



# Landtag von Baden-Württemberg

26. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 10. Februar 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:01 Uhr

Mittagspause: 13:22 bis 14:19 Uhr

Schluss: 17:52 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	1371	Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . .	1413
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb . . . . .	1371	Abg. Manfred Kern GRÜNE . . . . .	1415
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012)</b>		Abg. Helen Heberer SPD . . . . .	1416
a) <b>Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport</b>		Staatssekretär Jürgen Walter . . . . .	1417
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1104 . . . . .	1371	Beschluss . . . . .	1420
Abg. Georg Wacker CDU . . . . .	1371	c) <b>Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft</b>	
Abg. Sandra Boser GRÜNE . . . . .	1375	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1106	
Abg. Christoph Bayer SPD . . . . .	1378	d) <b>Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)</b>	
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	1380, 1398	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1107	
Abg. Viktoria Schmid CDU . . . . .	1383	e) <b>Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung</b>	
Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer . . . . .	1384	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1112	
Abg. Jörg Fritz GRÜNE . . . . .	1395	f) <b>Staatshaushaltsgesetz 2012</b> – Drucksache 15/1000	
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . .	1396	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1116	
Beschluss . . . . .	1398	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Haushaltsgesetz 2012</b> – Drucksache 15/1001	
b) <b>Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst</b>		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1117	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1114 . . . . .	1401		
Abg. Dr. Dietrich Birk CDU . . . . .	1402		
Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE . . . . .	1404		
Abg. Martin Rivoir SPD . . . . .	1406		
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	1408		
Ministerin Theresia Bauer . . . . .	1410		

<p>3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung in 2011 in Baden-Württemberg 2012 (BVAnpGBW 2012)</b> – Drucksache 15/1002</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1118</p> <p>4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 15. Dezember 2011 – <b>Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015</b> – Drucksachen 15/1003, 15/1119 . . . . . 1422</p> <p>Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU . . . . . 1422</p> <p>Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . . 1424</p> <p>Abg. Hans-Peter Storz SPD . . . . . 1426</p> <p>Abg. Leopold Grimm FDP/DVP . . . . . 1428</p>	<p>Minister Dr. Nils Schmid . . . . . 1429, 1448</p> <p>Abg. Karl Klein CDU . . . . . 1432</p> <p>Abg. Muhterem Aras GRÜNE . . . . . 1436</p> <p>Abg. Klaus Maier SPD . . . . . 1441</p> <p>Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . . 1445</p> <p>Abg. Klaus Herrmann CDU . . . . . 1451</p> <p>Beschluss . . . . . 1453</p> <p>5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 17. Januar 2012, Az.: GR(V) 1/11, GR(V) 2/11, GR(V) 3/11, GR(V) 4/11, GR(V) 5/11, GR(V) 6/11, GR(V) 7/11, GR(V) 8/11, GR(V) 9/11, GR(V) 1/12, GR(V) 2/12, GR(V) 3/12, GR(V) 4/12, GR(V) 5/12, GR(V) 6/12 und GR(V) 7/12 – <b>Einsprüche gegen die Volksabstimmung zum S-21-Kündigungsgesetz</b> – Drucksache 15/1226 . . . . . 1459</p> <p>Beschluss . . . . . 1460</p> <p>Nächste Sitzung . . . . . 1460</p>
--	---

## Protokoll

über die 26. Sitzung vom 10. Februar 2012

Beginn: 9:01 Uhr

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 26. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet ist Frau Abg. Schneidewind-Hartnagel.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich für heute Vormittag Herr Minister Stickelberger.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Friedrich, Herr Minister Bonde und Herr Minister Hermann.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege von Eyb hat heute Geburtstag. Im Namen des Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich, lieber Herr Kollege, und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012)**

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

**Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1104**

**Berichterstatter für den Bereich Kultus: Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei**

**Berichterstatter für die Bereiche Jugend und Sport: Abg. Jörg Fritz**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – eine Grundredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht einer der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Wacker für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns den Einzelplan 04 – Ministerium für

Kultus, Jugend und Sport – anschauen, stellen wir auf den ersten Blick fest, dass es sich hierbei um einen unauffälligen Haushaltsentwurf handelt, der offensichtlich wenige Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aufweist.

Auf den zweiten Blick allerdings müssen wir schon feststellen, dass politische Entwicklungen erkennbar sind, die auf negative Veränderungen in unserer Bildungslandschaft hinwirken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mäßiger Beifall! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Alles Vorurteile!)

Ich möchte mit dem allerwichtigsten Thema beginnen: der frühkindlichen Bildung. Wir sind uns in diesem Hohen Haus immer darüber einig, dass es in der frühkindlichen Bildung besonders wichtig ist, besondere Qualitätsmaßstäbe anzulegen. Aber um der besonderen Qualität Rechnung zu tragen, wäre es richtig, das Erfolgsprojekt „Singen – Bewegen – Sprechen“ uneingeschränkt fortzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das tun Sie, meine Damen und Herren, gerade nicht. Bei dem Projekt „Singen – Bewegen – Sprechen“ handelt es sich nicht nur um ein frühmusikalisches Projekt, sondern es werden auch andere wichtige Kompetenzen der Kinder gefördert: die Fein- und die Grobmotorik, natürlich auch die Sprachentwicklung. Das heißt, es handelt sich um ein ganzheitliches wichtiges Bildungsprogramm, das Sie jetzt an einer ganz entscheidenden Stelle beschneiden, nämlich wenn es um den Übergang in die Grundschule geht. Das ist nicht verantwortbar, und das hat wenig mit Qualität in der frühkindlichen Bildung zu tun. Deswegen bedauern wir dies, und wir fordern Sie auf, dennoch einen Schritt in die Richtung zu tun, dass „Singen – Bewegen – Sprechen“ auch eine Fortsetzung in der Grundschule erfährt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens ist unklar, welche Bedeutung die musikalische Bildung in den Kindergärten zukünftig haben wird. Durch die Wahlmöglichkeit, entweder Sprachförderung zu betreiben oder das Projekt „Singen – Bewegen – Sprechen“ fortzusetzen, besteht die Gefahr, dass dieses Projekt nach und nach bröckelt. Deswegen plädieren wir dafür, dies als eigenständiges Programm fortzusetzen. Das würde zur Planungssicherheit für alle Projektpartner führen.

(Georg Wacker)

Meine Damen und Herren, Sprachförderung und „Singen – Bewegen – Sprechen“ führen zu einer besseren ganzheitlichen Bildung in unseren Kindergärten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Ich möchte einen zweiten Teilbereich ansprechen. Kurz vor Weihnachten hatten wir die Gelegenheit, im Bildungsausschuss im Rahmen einer Anhörung die Jugendverbände zur Aufstellung des Landesjugendplans zu hören. Wir alle waren sehr darüber erstaunt, mit welcher massiven Kritik sich die Vertreter des Landesjugendrings darüber beklagt haben, dass überhaupt keine Handlungsempfehlung aus dem Bündnis für die Jugend im Einzelplan 04 für das Haushaltsjahr 2012 einen Niederschlag findet.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass über mehrere Jahre hinweg Arbeitsgruppen mit großer Energie ihren Ideenreichtum einbringen, dies zum Ende der letzten Legislaturperiode auch zu einem Abschluss gebracht haben und Sie einfach mit einer Null reagieren.

(Beifall bei der CDU)

Das geht nicht, meine Damen und Herren, zumal wir genau wissen, dass die Jugendverbände im Rahmen des Gesamtbildungskonzepts ein wichtiger Partner für die Schule sind, wenn es um den weiteren Ausbau von Ganztagschule geht. Auch Sie wollen mehr Ganztagschulen. Deswegen ist es unverständlich, dass Sie die Jugendverbände im Zusammenhang mit diesem Bündnis in diesem Haushalt überhaupt nicht berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, die Privatschulfinanzierung holt uns wieder ein. Auch hier sind wir uns im Grundsatz wie immer einig: Privatschulen sind wichtige Ergänzungen zum öffentlichen Schulwesen, und in der Qualität stehen sie den öffentlichen Schulen überhaupt nicht nach.

Natürlich geht es dabei um eine angemessene Finanzausstattung. Auch da sind wir uns über weite Strecken einig gewesen. Das Bruttokostenmodell wurde als eine neue Berechnungsgrundlage entwickelt. Dann wurde das Bruttokostenmodell als eine verbindliche Berechnungsgrundlage im Privatschulgesetz verankert. Dann hat sich der Landtag in der vergangenen Legislaturperiode mehrmals auf einen verbindlichen Stufenplan zur Anhebung der Kostendeckungsgrade in Richtung 80 % verständigt. Es gibt sogar einstimmige Beschlüsse dieses Hohen Hauses, die dies dokumentieren.

Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, haben vor der Landtagswahl großmündig die Einführung eines solchen Stufenplans gefordert. Sie haben das in Ihren Wahlprogrammen und in Ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Nun fallen Sie mit Ihrem wachweichen Entschließungsantrag, der uns heute vorliegt, sehr deutlich hinter das zurück, was Sie viele Jahre lang von uns eingefordert haben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen darf ich sagen: Früher haben Sie versucht, uns mit diesem Thema zu treiben, und heute haben Sie mit diesem Thema Ihre Unschuld verloren.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Was?)

Kritik dürfen Sie in diesem Zusammenhang nicht mehr anbringen.

(Beifall bei der CDU)

Wir, die CDU-Fraktion, werden heute einen Antrag vorlegen, mit dem wir einen Einstieg – mit einer moderaten Erhöhung der Kostendeckungsgrade für alle sogenannten Kopfsatzschulen – fordern, ohne dabei die Verschuldung des Landes zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zu einem Hauptbereich, nämlich den Unterrichtsressourcen. Wir wissen – wenn wir uns den Einzelplan 04 anschauen, sehen wir es –, dass die Personalausgaben der größte Bereich sind und im Wesentlichen den Einzelplan 04 bestimmen.

Zunächst einmal begrüßen wir, dass Sie in diesem Haushaltsjahr – das haben Sie auch für die Restlaufzeit dieser Legislaturperiode erklärt, und ich hoffe, Sie halten auch Kurs – keine Einsparungen vorsehen, was den Lehrerbestand in unseren Schulen betrifft. So weit, so gut.

Aber Sie belasten durch den Ausbau Ihrer ideologisch motivierten Projekte bestehende weiterführende Schularten auf leisen Sohlen und Schritt für Schritt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich!)

Meine Damen und Herren, Sie führen unsinnigerweise das G-9-Modell ein und bezeichnen das als einen Schulversuch. Sie tun so, als hätten wir in Baden-Württemberg überhaupt keine Erfahrungen mit G 9. Sie tun ferner so, als wäre die Maßnahme im Grunde völlig kostenneutral zu finanzieren.

Natürlich werden Sie am Anfang kaum zusätzliche Ressourcen brauchen, wenn Sie zunächst an 22 Schulstandorten mit einer Jahrgangsklasse 5 beginnen. Aber nach und nach werden Sie einen Ausbau von G 9 vornehmen und dabei auch die Unterrichtsversorgung von G 8 belasten.

Das, meine Damen und Herren, darf nicht sein, zumal auch davon auszugehen ist, dass es nicht weniger Eingangsklassen bei den G-8-Schulen geben wird, wenn Sie G 9 einführen, und Sie überhaupt nicht wissen, wie Sie G 9 pädagogisch umsetzen wollen. Sie lösen das Problem einfach damit, dass binnen kürzester Frist die entsprechenden Antragsteller ein pädagogisches Konzept für diese Schulform vorlegen sollen. Darauf, wie das funktionieren soll, sind wir gespannt. An anderer Stelle werden wir noch Gelegenheit haben, uns sehr ausführlich damit auseinanderzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, bei Ihrer sogenannten Gemeinschaftsschule erleben wir das Gleiche.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was heißt hier „sogenannt“? – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Es ist eine Gemeinschaftsschule! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Sagt doch Einheitsschule!)

(Georg Wacker)

60 Deputate werden der allgemeinen Unterrichtsversorgung entnommen, um die Gemeinschaftsschulen in besonderem Maß zu berücksichtigen. Diese Schulen erhalten eine üppige Personalausstattung, über die sich jede andere weiterführende Schule freuen würde. Sie haben auch einen weiteren Ausbau vor. Auch hierbei ist programmiert, dass Schritt für Schritt die anderen weiterführenden Schularten darunter leiden werden, da Sie die Gemeinschaftsschule privilegieren. Das darf nicht angehen, denn individuelle Förderung findet in jeder Schule statt und nicht in Ihrer sogenannten Gemeinschaftsschule, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Genau das Gegenteil tun Sie bei der Werkrealschule. In der Jahrgangsstufe 10 führen Sie plötzlich zwei unterschiedliche Lerngruppen zusammen und sparen damit zulasten der Unterrichtsqualität Ressourcen. Zielführender wäre es, Sie würden die Kooperation mit den zweijährigen Berufsfachschulen belassen und dafür 250 Deputate einsparen, die der allgemeinen Unterrichtsversorgung zugutekämen.

Das wäre ein echter Beitrag für eine bessere Berufsvorbereitung unserer jungen Menschen. Aber hier bewirken Sie im Grunde einen Abbruch der Qualität an unseren Werkrealschulen und investieren dafür noch Ressourcen, was zulasten anderer Schularten geht. Damit, meine Damen und Herren, begehen Sie in diesem Zusammenhang einen doppelten Fehler.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bei großartigen Ankündigungen rudern Sie mittlerweile deutlich zurück. Ich erwähne nur das Stichwort „Pädagogischer Assistent“. Sie haben dafür immer eine Verstetigung gefordert. Jetzt wollen Sie den Einsatz Pädagogischer Assistenten theoretisch verstetigen, aber die Schulen sollen letztlich darüber entscheiden, ob der Einsatz Pädagogischer Assistenten fortgesetzt werden soll oder ob die Mittel in die Unterrichtsversorgung fließen werden.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Sie haben es ja gar nicht probiert!)

Sie werden feststellen, dass die Schulen dann, wenn die Mittel für die Unterrichtsversorgung knapper werden, den Einsatz Pädagogischer Assistenten eben nicht verstetigen wollen, sondern die Mittel in die Unterrichtsversorgung investieren, wo sie notwendig sind. Damit haben Sie im Grunde das Sterben dieses Projekts auf Raten programmiert.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

Damit bin ich bei einem weiteren Beispiel, nämlich den Realschulen. Ich erinnere mich daran, dass Herr Staatssekretär Dr. Mentrup im Spätherbst des vergangenen Jahres hier im Rahmen der Beantwortung einer Mündlichen Anfrage erklärte, die Realschule bekomme – Zitat – „einen nennenswerten Deputatsbetrag in dreistelliger Höhe“. Donnerwetter! Die Realschulen dürfen sich darauf freuen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Das wollen sie auch!)

Die zuständige Frau Ministerin hat beim Bildungsgipfel im November letzten Jahres gesagt, die Realschulen erhielten zu-

sätzlich 200 Deputate. Das ist auch nicht schlecht. Wenn wir aber genau hinschauen, stellen wir fest, dass die überwiegende Zahl der 200 Deputate zur Umsetzung der Kompetenzanalyse verwandt werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Trickserei ist das!)

Das heißt, der Unterrichtsversorgung kommen diese überhaupt nicht zugute. Über 400 Realschulen im Land erhalten also nahezu etwas weniger als 100 Deputate. Wenn man das pro Klasse umrechnet, bedeutet das, dass jeder Klasse 30 Minuten an Zeitdeputat mehr zur Verfügung stehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und pro Schüler?)

Meine Damen und Herren, das, was Sie hier machen, ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen fordern wir Sie auf, auch die anderen weiterführenden Schularten zu berücksichtigen.

Damit bin ich bei dem interessantesten Thema des Vormittags, beim Klassenteiler.

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

Um das ganz deutlich zu sagen: Wir stehen klipp und klar zur weiteren stufenweisen Absenkung

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Ja!)

des Klassenteilers für alle Schularten auf 28. Das untermauern wir auch in unserem Antrag.

(Zuruf: Haben Sie Ihre Partei gefragt? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer ist denn „wir“? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Unsere Fraktion, Herr Schmiedel! Wir haben es schon bewiesen: von 33 auf 30!)

Sie vollziehen hier eine Rolle rückwärts,

(Zuruf: Genau!)

wobei Sie sich doch erst am 2. Februar 2011 in einem Entschließungsantrag im Landtag einstimmig ebenfalls für die stufenweise Senkung des Klassenteilers ausgesprochen haben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

Was sagen Sie denn heute dazu? Auch Sie haben es versprochen, doch Sie setzen es nicht um.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Alles Sprüche! Zehn Jahre lang Sprüche gemacht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: 25 haben Sie versprochen!)

Meine Damen und Herren, ich muss mich jetzt kurz mit der Frau Ministerin beschäftigen. Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben im Rahmen der Einbringung Ihres Gesetzentwurfs zur Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung gesagt, man müsse auf Eltern, Lehrer und Schüler hören.

(Georg Wacker)

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Aber nicht auf die CDU!)

In diesem Zusammenhang, was die Senkung des Klassenteilers betrifft, sagt jeder, dass es in kleineren Klassen bessere Arbeitsbedingungen gibt und das Lernklima verbessert wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Außer der CDU!)

Ich habe den Eindruck, Sie hören nur dann auf Eltern, Lehrer und Schüler, wenn diese sich mit Ihrer Ideologie in Einklang befinden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Klassenteiler müssen Sie auf die Eltern hören.

Der Erfolg ist erkennbar. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode 3 200 zusätzliche Unterrichtsdeputate geschaffen, die bereits an den Schulen angekommen sind.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sie? – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das wissen Sie nicht! Da waren Sie noch nicht im Haus!)

– Ja, wir. Das wissen Sie nicht. Sie waren noch nicht dabei, Frau Kollegin. Das sehe ich nach.

(Unruhe)

Die Entlastung ist mittlerweile deutlich spürbar. Gerade in den Jahrgangsstufen 5, 6 und 7, in denen wir sehr große Klassen an den Realschulen und Gymnasien hatten, kam es zu vielen kleineren Klassen. Aber die Folge eines Verzichts auf eine weitere Senkung des Klassenteilers würde bedeuten: Die Eingangsklassen laufen voll –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sagen Sie doch einmal, wie Sie es finanzieren!)

erst recht durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung –, und das führt zu Problemen der Jahrgangsstufe 5 an den Realschulen, aber auch an den Gymnasien. Sie lassen schlicht und einfach die Schulen mit ihren Problemen allein.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Außerdem widersprechen Sie sich, Frau Ministerin. Sie sagen, der Klassenteiler sei kein pädagogisches Instrument. Aber gleichzeitig bevorzugen Sie die Gemeinschaftsschulen, indem Sie dort den Klassenteiler auf 28 senken.

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Dort lassen Sie dieses Argument nicht gelten, bei den anderen weiterführenden Schularten aber schon. Das ist pure Ideologie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Aber ich möchte Ihnen an einer Stelle auch recht geben. Sie sagen – damit zitieren Sie sich nicht selbst, sondern die empirische Bildungsforschung; insofern bemächtigen Sie sich einer anderen Quelle –, dass es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Größe einer Lerngruppe und der Unterrichtsqualität gibt. Absolut richtig; das stimmt.

(Zuruf: Aha!)

Aber ich möchte in diesem Zusammenhang auch sagen – damit bringe ich drei Kernaussagen an den Schluss meiner Ausführungen –: Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten Jahren erleben, dass der Lehrerarbeitsmarkt sehr angespannt sein wird.

(Zuruf: Was?)

Jetzt gibt es noch Lehramtsbewerber auf dem Arbeitsmarkt. In fünf bis sieben Jahren werden wir auch in den alten Flächenländern ein großes Problem haben. In den neuen Bundesländern gibt es aufgrund der demografischen Entwicklung des Personals dort schon heute Probleme. Wenn wir diese Lehrer nicht jetzt auf Vorrat einstellen,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: „Auf Vorrat“!)

werden wir in einigen Jahren massive Probleme haben, meine Damen und Herren.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Was haben Sie denn gemacht? – Unruhe)

Deswegen brauchen wir jetzt qualifiziertes Lehrpersonal, um damit den Lehrerbestand auch für die nächsten Jahre zu sichern.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl, bravo! Jetzt gilt es! – Glocke des Präsidenten)

Damit haben Sie sich noch gar nicht beschäftigt. Ich biete Ihnen an, Herr Vorsitzender des Bildungsausschusses, Herr Lehmann, dass wir genau diese Frage gemeinsam kritisch-konstruktiv im Bildungsausschuss beleuchten. Deswegen lasse ich gern die Zwischenfrage zu.

**Präsident Guido Wolf:** Herr Abg. Wacker, Sie gestatten die Zwischenfrage des Kollegen Lehmann. – Bitte schön.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Herr Präsident, wenn Sie bitte die Uhr dafür stoppen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, nein, nein! – Zuruf: Das geht nicht!)

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Wacker.

Meine Frage ist ganz einfach und kurz. Wir haben im Bereich der beruflichen Schulen seit vielen Jahren eine Unterrichtsversorgung, die bei unter 100 % liegt, und Sie haben nichts dagegen getan. Jetzt sagen Sie, hier solle man Lehrer auf Vorrat einstellen. Wie passt das zusammen?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da gibt es trotzdem Handlungsbedarf!)

**Abg. Georg Wacker** CDU: Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Lehmann, dass das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen – das wir in den vergangenen Jahren unter der ehemaligen Landesregierung systematisch abgebaut haben –

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Zurufe von den Grünen und der SPD: Was? – Wo?  
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das muss nachts heimlich passiert sein! Gemerkt hat es niemand!)

nicht nur mit der Frage der Ressourcen zu tun hat, weil es auch schwierig war – das wissen Sie am allerbesten –, gerade für die besonderen Fächer an dieser Schulart die erforderlichen Lehrer zu gewinnen. Aber dieses Beispiel eignet sich sehr gut dazu, aufzuzeigen, dass das gleiche Problem bei den Realschulen und den Gymnasien entsteht, wenn wir jetzt keine Vorsorge betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Damit komme ich zur zweiten Kernaussage: Durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung brauchen die Realschulen und die Gymnasien jetzt eine spürbare Entlastung und nicht erst in fünf Jahren, wenn die Schülerzahlen an diesen Schularten ohnehin rückläufig sind.

Meine letzte Bemerkung: „Individuelle Förderung“ ist Ihr Zauberwort, Frau Ministerin, im Zusammenhang mit der Einführung Ihrer sogenannten Gemeinschaftsschule.

(Abg. Walter Heiler SPD: Sie sogenannter Herr Wacker!)

Individuelle Förderung muss an allen Schularten stattfinden. Deswegen fordern wir die Gleichbehandlung aller Schularten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Boser.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir Grünen betrachten die Weiterentwicklung und den Ausbau eines leistungsfähigen Bildungssystems in Baden-Württemberg als eine Schlüsselaufgabe. Es ist ein zentrales Ziel unserer Fraktion, die Bildungspolitik von den Kindern und Jugendlichen her zu denken und den Bildungserfolg endlich von der sozialen Herkunft zu entkoppeln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir wollen daher verstärkt Möglichkeiten bieten, um Talente und Begabungen der Kinder und Jugendlichen zu fördern, und stellen daher die individuelle Förderung in den Mittelpunkt. Zum Erreichen dieser Ziele investieren wir in geeignete bildungspolitische Maßnahmen. Diese ermöglichen mehr Durchlässigkeit und bieten den unterschiedlichsten Begabungen und Talenten mehr Raum zur Entfaltung.

Besonders wichtig ist es hier, dass wir zielgenau in die Bildung und Zukunft unserer Kinder investieren. Nur so können wir Baden-Württemberg dauerhaft an der Spitze halten. Für

die politischen Weichenstellungen brauchen wir in diesen Zeiten mehr denn je den Blick für das Wesentliche.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist gewiss wahr!)

Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. Dabei geht es aber nicht allein um die Frage der Quantität. Es geht hier vor allem um zielgerichtete Investitionen und Qualität. Denn Bildung ist der Baustein für ein erfolgreiches und starkes Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir legen den Grundstein für das Gelingen schon sehr früh, nämlich ganz an den Anfang. Gute Bildungspolitik setzt im frühesten Kindesalter an. Die Entfaltung der Begabungen eines Kindes wird hier determiniert. Diese Jahre gelten unter den Experten nicht umsonst als die entscheidenden Jahre im Leben eines Menschen. Hier Fähigkeiten, Anlagen und Entwicklungen zu stärken ist eine große Aufgabe für die Eltern. Es ist aber auch die Aufgabe der Gesellschaft, Hilfestellung und Unterstützung zu bieten. Daher liegt unser Augenmerk in diesem Haushalt zu einem wesentlichen Teil auf der frühkindlichen Bildung und damit auf der Sprachförderung. Damit wir mehr Kindern einen guten Start bieten können, haben wir die Mittel für die Sprachförderung aufgestockt, meine Damen und Herren. Mit den zusätzlichen Mitteln ermöglichen wir den Kindergärten, endlich Sprachförderung vom Beginn des ersten Kindergartenjahrs an anzubieten und nicht erst nach der Einschulungsuntersuchung.

Herr Wacker, SBS war immer ein Sprachförderprogramm und kein Programm zur musikalischen Früherziehung.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Die Zahl der Kinder mit einem Sprachförderbedarf steigt stetig. Diese Entwicklung wurde gerade erst im Bericht der Krankenkassen bestätigt. Daher ist es uns ein wichtiges Anliegen, hier verstärkt Möglichkeiten anzubieten. Denn Sprache ist der wichtigste Schlüssel, um zu verstehen und zu lernen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
sowie des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir werden unsere Anstrengungen in diesem Bereich weiterführen und Wege anbieten, die über die Projektitis der vergangenen Jahre hinausgehen und eine Kontinuität in diesem Bereich bieten,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau! Das machen wir!)

wie es für eine nachhaltige und alltagsintegrierte Sprachförderung unabdingbar ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Schritt in diesem Bereich war und ist der Pakt mit den Kommunen, den Sie, meine Damen und Herren, wohl nicht anerkennen wollen. Mit diesem leisten wir endlich unseren Beitrag, der Konnexität in diesem Bereich wirklich Rechnung zu tragen. Wir investieren 326 Millionen € in den Ausbau der Kleinkindbe-

(Sandra Boser)

treuung und in die Sprachförderung. Das bedeutet für die Kommunen oftmals mehr als die doppelten Zuschüsse als bisher.

(Abg. Walter Heiler SPD: Genau!)

Wir unterstützen damit die Kommunen, die hier bereits in den vergangenen Jahren ein Engagement gezeigt haben, und bieten endlich Anreize für die Kommunen, die es bisher nicht getan haben, in die U-3-Betreuung einzusteigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darüber hinaus hat die Landesregierung die Beteiligung an der Schulsozialarbeit mit einem Drittel der Kosten zugesagt und beschlossen. Nicht 13 Millionen €, nicht 14 Millionen €, sondern 15 Millionen € fließen in diese wichtige Investition.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum nicht 12 Millionen €?)

Dies bedeutet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Schulgemeinschaften und der Kollegien.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die Finanzierung der Schulsozialarbeit im Haushalt kürzen wollen und uns gleichzeitig vorwerfen, wir würden die Kommunen im Stich lassen, kann wohl widersprüchlicher nicht sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Uns als Regierungsfraktion ist sehr bewusst, wie wichtig die Schulsozialarbeit für die Schulen, die Lehrer, die Eltern und die Schüler ist und welch wertvollen Beitrag die Schulsozialarbeiter leisten, indem sie als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und bei Problemen Hilfestellung bieten. Für uns ist die Schulsozialarbeit ein wesentlicher Bestandteil der Schulorganisation, der eine wichtige Entlastung für die Lehrer bietet.

Dieses Angebot kann aber nur dann umgesetzt werden, wenn die Finanzierung gesichert ist und unterstützt wird. Wir leisten diesen Beitrag an die Kommunen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Für ein wirtschaftsstarkes Baden-Württemberg ist es unabdingbar, dass Unternehmen und Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg den Fachkräftebedarf mit gut qualifizierten Schülerinnen und Schülern abdecken können. Derzeit haben wir die Situation, dass wir zwar eine enorm niedrige Arbeitslosenquote zu verzeichnen haben, aber auf der anderen Seite die Fachkräfte fehlen, um offene Stellen tatsächlich besetzen zu können. Initiativen, die im Ausland Fachkräfte akquirieren sollen, sind die Folge, weil viel zu lange versäumt wurde, die Fachkräfte, die bereits im Land sind, entsprechend zu qualifizieren und weiterzubilden.

Unser Ziel ist daher, mehr Menschen zur Ausbildungsreife zu führen. Dieses Ziel verfolgen wir mit der Perspektive, jedem Schüler am Ende den bestmöglichen Bildungserfolg in Aussicht zu stellen. Etliche Jugendliche verlassen leider noch heute die Schulen mit mangelnden Deutsch-, Englisch- und Mathematikkenntnissen. Daher stärken wir die Kernfächer an der neuen Werkrealschule und bieten die Möglichkeit, den Haupt-

schulabschluss auch nach der zehnten Klasse abzulegen, was für viele einen enormen Schritt bedeutet, um hier auch noch ihren Abschluss zu machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir setzen hier auch auf das breite Angebot der beruflichen Schulen, die für viele Jugendliche eine wichtige Alternative auf ihrem Weg zum Schulabschluss bieten. Darüber hinaus werden wir die individuelle Förderung an allen Schularten stärken. Wir wollen den Lehrerinnen und Lehrern die Freiräume bieten, um individuelle Förderung zu ermöglichen und an ihren Schulen neuer Lehr- und Lernkultur Raum zu geben. So erhalten beispielsweise die fünften und sechsten Klassen an den Gymnasien wieder eine zusätzliche Poolstunde, die Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, gestrichen hatten. Dies bedeutet aber eine wichtige Maßnahme, um den gesteigerten Anforderungen am Gymnasium gerecht zu werden und die achtjährige Schulzeit am Gymnasium schrittweise zu verbessern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Realschulen werden wir ebenfalls mit Poolstunden ausstatten, um Differenzierung und individuelle Lernangebote einbringen zu können. Mit der Einführung der Kompetenzanalyse unterstützen wir die Realschulen zusätzlich, um die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler für ihre berufliche Orientierung zu analysieren und zu stärken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja nichts Neues!)

Individuelle Förderung ist aber am besten durch ein gutes Ganztagsangebot und durch rhythmisierten Unterricht umsetzbar. Wir setzen daher für die Zukunft stark auf die Ganztagschule, weil sie Schülern und Lehrern Freiräume und eine Entlastung bietet und weil sie Familien dadurch stärkt, dass mehr Zeit für Gemeinsamkeit bleibt, wie die StEG-Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 2010 eindrucksvoll nachgewiesen hat. Sie verbessert zusätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was wir dringend benötigen, um Eltern die Rückkehr an ihren Arbeitsplatz zu erleichtern.

Die Einführung der Gemeinschaftsschule ist zudem ein wichtiger Beitrag, um den Schulen und Schulträgern ein umfassendes Schulangebot zu machen, das auf die Heterogenität von Klassen setzt und dies als Chance sieht.

Das Gesetz hierzu befindet sich derzeit in der Anhörungsphase und trifft auf eine breite Unterstützung über alle Verbände hinweg. Dass Sie die Gemeinschaftsschule regelmäßig in ein schlechtes Licht rücken wollen, wird am Ende auf Sie zurückfallen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es!)

Nehmen Sie sich doch einfach einmal die Zeit und besuchen Sie eine der Starterschulen, gehen Sie nach Kilsheim, Bergatreute oder Villingen-Schwenningen und lassen Sie sich erklären, wie eine gute Schule auch funktionieren kann. Sie sind jetzt doch mit Ihrem krampfhaften Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem völlig isoliert. Setzen Sie sich endlich kon-



(Sandra Boser)

struktiv mit der Gemeinschaftsschule auseinander, statt ständig mit billiger Polemik daherzukommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo! – Zuruf von der CDU: Einheitsbrei!)

Meine Damen und Herren, um am Ende all diese Angebote auch wirklich zu ermöglichen, braucht man verlässliche Unterrichtsangebote. Daher haben wir ein weiteres Mal die Zahl der Krankheitsvertretungsstellen aufgestockt, weil diese Quote in Baden-Württemberg bisher eine der schlechtesten im Bundesvergleich war. Wir haben derzeit eine Quote von Krankheitsvertretungsstellen von 1,5 %. Wir haben uns das Ziel gesetzt, diese Quote schrittweise auf 2,5 % aufzustocken; denn nur wenn das Grundangebot gesichert ist, können weitere Maßnahmen angeboten werden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir benötigen ein Schulsystem, das niemanden im Stich lässt, sondern jedem Kind und Jugendlichen den bestmöglichen Bildungsabschluss bietet. Wir haben aber auch die Menschen im Blick, die sich im außerschulischen Bereich fort- und weiterbilden wollen. Wir stärken sie unter dem Stichwort „Lebenslanges Lernen“, wofür wir ebenfalls zusätzliche Haushaltsmittel einstellen konnten. So wird das Nachholen des Hauptschulabschlusses ebenso gefördert wie weitere Initiativen, mit denen Menschen ihre Qualifikation und Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Bildung hat nicht nur den Arbeitsmarkt zum Ziel, sondern stärkt den Menschen im Ganzen und bietet darüber hinaus gesellschaftliche Teilhabe.

Es gibt viele weitere Punkte im Bildungshaushalt, die man positiv hervorheben kann. Dies sind beispielsweise die Mittel für die Jugendkunstschulen, die ein wichtiger Bestandteil für eine qualitativ hochwertige Ganztagsbildung sind und zudem die Kreativität stärken. Die Ergebnisse der Arbeit der Enquete-Kommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ zur Stärkung unserer Jugendlichen werden wir weiter konsequent Schritt für Schritt umsetzen.

Wir, die die Regierung tragenden Fraktionen, die Fraktion GRÜNE und die Fraktion der SPD, verbessern die Bildung, aber auf seriöser finanzieller Grundlage.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir stellen die notwendigen Schritte und Vorhaben zur Verbesserung von Bildungschancen mit diesem Haushalt auf eine solide Grundlage und lösen so auch unser Versprechen ein, nachhaltig zu investieren. Dafür brauchen wir auf der einen Seite einen ausgeglichenen Haushalt und auf der anderen Seite Mittel, die für ein leistungsstarkes Bildungssystem notwendig sind; denn unsere Kinder und Jugendlichen brauchen für eine gute Zukunftsperspektive beides, nämlich qualitativ hochwertige Bildung als Eintrittskarte in eine erfolgreiche Zukunft und ausgeglichene öffentliche Haushalte als Garant dafür, dass auch den kommenden Generationen Startchancen geboten werden können. So, wie Sie in den vergangenen Jahren Haushaltspolitik betrieben haben, könnte doch kein Unternehmen existieren.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Es gab ständig neue Kosten, die nicht durchfinanziert waren. Ihnen hat der Weitblick bis zum nächsten Haushalt, geschweige denn in die Zukunft völlig gefehlt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Zeiten des Gießkannenprinzips nach dem Motto „Viel hilft viel“ sind vorbei. Statt sich mit auf Pump finanzierten Projekten zu verzetteln, folgt unsere Bildungspolitik einer anderen Maxime, nämlich der Maxime von Nachhaltigkeit und Zielgenauigkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir setzen dem Auftürmen immer neuer Schuldenberge daher eine Grenze. Wir lassen aber trotz des Schülerrückgangs Lehrerstellen im System. So wird die demografische Rendite im Wert von 180 Millionen € zur Bildungsrendite und zur Bildungsinvestition, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben in den kommenden Haushalten noch Maßnahmen vor uns, die bisher leider versäumt wurden. Eines unserer wichtigsten gesellschaftlichen Ziele in der Zukunft wird die Inklusion sein. Bisher wurde es versäumt, zum Erreichen dieses Ziels wesentliche Weichenstellungen vorzunehmen. Für Kinder mit Beeinträchtigungen war und ist die Möglichkeit des Besuchs der Regelschule eine seltene und oft hart umkämpfte Ausnahme.

Unser Ziel ist eine Bildungslandschaft, in der jeder dazugehört.

(Zuruf: So ist es!)

Kinder mit Behinderungen sollen künftig an den allgemeinen Schulen willkommen sein und unabhängig vom Förderort ein qualitativ hochwertiges Lern- und Förderangebot vorfinden.

Gemeinsam mit Betroffenen, mit Verbänden, mit Schulen und mit Lehrkräften werden wir Möglichkeiten und Lösungen erarbeiten, die den Ansprüchen und Anforderungen der Beteiligten gerecht werden. Dies wird ein langer Weg sein; denn wir stehen in Baden-Württemberg beim Thema Inklusion leider vielerorts noch am Anfang. Viele engagierte Lehrer und Schulen haben in Einzelprojekten und aus eigenem Engagement heraus sehr gute Angebote geschaffen, die aber leider noch weit entfernt sind von einem flächendeckenden Angebot. Wir wollen dieses Engagement aufgreifen und zusammenführen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie einmal!)

Unser politisches Ziel ist eine Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt, sondern allen die gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Ich fordere Sie gern auf, sich dazu an dieser Diskussion und an diesem Diskurs zu beteiligen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das machen wir gern!)

und konstruktive Kritik zu üben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Keine Sorge!)

(Sandra Boser)

Dies werden wir auch in den kommenden Haushaltsjahren Schritt für Schritt umsetzen und somit unserem Ziel immer näher kommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bayer.

**Abg. Christoph Bayer SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um den Haushalt des Kultusministeriums, die bildungspolitischen Gesamtperspektiven, die damit verbunden sind, und auch die Einzelanträge politisch zu gewichten, möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen vorausschicken. Hierzu verweise ich auf zwei, wie ich glaube, parteipolitisch unverdächtige Kronzeugen:

Exbundespräsident Horst Köhler hat in seiner Berliner Rede aus dem Jahr 2006 darauf aufmerksam gemacht, dass die Chance eines Kindes aus einer Arbeiterfamilie, aufs Gymnasium zu kommen, nur ein Viertel der Chance beträgt, die ein Kind eines Akademikerpaars besitzt. Diesen Befund nannte Köhler beschämend. Bildungsforscher wie Andreas Schleicher von der OECD sagen es kurz und knapp: Man kann mit einem Bildungssystem aus dem 19. Jahrhundert im 21. Jahrhundert keinen Blumentopf mehr gewinnen. Er meint damit, dass eine Schule mit einem ständischen Grundmuster nicht in der Lage sei, genug kreative Bürger für eine technologieorientierte Exportnation zu mobilisieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Auch ein Blick in die Geschichte zeigt: Wir hatten in Deutschland keine demokratische Schulstunde null. Wir hatten also keinen Kristallisationspunkt, von dem die Botschaft ausging, man könne eine Gesellschaft im Alter von zehn Jahren in ein Oben und ein Unten einteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben aber einen Verfassungsauftrag, meine Damen und Herren, denn in der baden-württembergischen Landesverfassung heißt es:

*Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.*

*Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es!)

Die wissenschaftliche Diagnose aber zeigt, dass sich soziale Benachteiligungen im Laufe von Bildungsbiografien eher noch verschärfen. Wir müssen deswegen in Bezug auf Veränderungen sowohl von Schulkultur als auch Schulstruktur neue Wege gehen. Wir wollen dabei die Bildungslandschaft nicht umpflügen. Wir wollen aber neue Akzente setzen. Wir wollen Veränderungen, die aus Betroffenen Beteiligte machen. Wir wollen Veränderungen, die allesamt zum Ziel haben, Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, Veränderungen sind immer mit Unsicherheiten verbunden. Dem einen geht es zu schnell, dem anderen geht es zu langsam. Manchen passt vielleicht die ganze Richtung nicht. Dem einen ist der Mitteleinsatz zu hoch, dem anderen zu niedrig.

Die Ausgangsposition ist durchaus schwierig, nämlich das erklärte Ziel, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln, mit der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung zu verbinden. Aus diesem Grund war z. B. eine weitere Senkung des Klassenteilers – wiewohl sicherlich wünschenswert – finanziell derzeit nicht darstellbar. Dies würde nämlich andere bildungspolitische Vorhaben beenden. Im Übrigen ist dieses Instrument durchaus umstritten, und zwar auch in Ihrer Fraktion.

Ich möchte nun einige zentrale Elemente nennen. Sie werden nachher von meinem Kollegen Fulst-Blei um die Aspekte der Finanzierungsfragen und des Privatschulwesens ergänzt.

Die zentralen Eckdaten im Stenogramm: Alle durch Rückgang der Schülerzahl theoretisch wegfallenden 3 300 Stellen werden im System bleiben. Die Unterrichtsversorgung – ein wichtiges, wenn nicht überhaupt das wichtigste bildungspolitische Anliegen –, wird verbessert, indem die feste Krankheitsreserve um 200 Stellen aufgestockt wird. Das ist ein Plus von 15 %.

Das Konzept der Werkrealschule wird an entscheidenden Stellen verändert, sodass mehr Jugendliche unter Beibehaltung der Berufsorientierung einen mittleren Abschluss machen können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das bringt nicht für alle Schulen etwas!)

Zur Realisierung des zehnten Schuljahrs werden die notwendigen Deputate zur Verfügung gestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: 85 % haben wir schon!)

Die Arbeitsverhältnisse der Pädagogischen Assistenten werden entfristet, und die Entlohnung wird angehoben.

Es gibt zusätzliche Poolstunden an Gymnasien und Realschulen, 30 zusätzliche Eingangsklassen an beruflichen Gymnasien und einen Abbau des Unterrichtsdefizits.

Durch den Pakt mit den Kommunen wird die Betreuung von Kindern unter drei Jahren gewährleistet. Der seit Langem geforderte Wiedereinstieg des Landes in die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit wird mit 15 Millionen € gesichert. Damit wird deutlich, dass Schulsozialarbeit eben auch in einer Teilverantwortung des Landes liegt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Sprachförderung – Kollegin Boser hat es erwähnt – wird mit 11 Millionen € deutlich akzentuiert. Sie erfolgt durch eine Zusammenführung der Sprachförderprogramme im Kindergarten früher, mehr in der Fläche, noch stärker alltagsorientiert, auch im Projekt „Singen – Bewegen – Sprechen“, wenn auch nicht im ursprünglichen Umfang. Sie hatten leider vergessen, das in die mittelfristige Finanzplanung hineinzunehmen.

(Christoph Bayer)

Der Solidarpakt Sport wird weitergeführt. Die Weiterbildung wird deutlich gestärkt. 2,2 Millionen € werden für die institutionelle Förderung zusätzlich ausgebracht, 1,2 Millionen € zur Erleichterung nachzuholender Schulabschlüsse.

Meine Damen und Herren, dieses Gesamtpaket kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Schließlich komme ich auf die Einführung der Gemeinschaftsschule als gebundene Ganztagschule mit einem modernen Konzept und der Chance einer Schulentwicklung von unten zu sprechen. Das Gesetzgebungsverfahren ist gerade erst angelaufen. Wir werden genügend Möglichkeiten haben, uns darüber auszutauschen.

Heute nur so viel: Wenn Sie versuchen, die Gemeinschaftsschule semantisch zu verunglimpfen, indem Sie sie mit dem Kampfbegriff „Einheitsschule“ belegen oder als „sogenannte Gemeinschaftsschule“ bezeichnen, in der sowieso nicht viel gelernt werde,

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

nimmt Ihnen das niemand mehr ab. Hören Sie sich doch einmal an, was der Präsident des Baden-Württembergischen Handwerkstags in einem Zeitungsinterview gesagt hat:

(Abg. Georg Wacker CDU: Ich würde einmal den Städtetag befragen!)

*Herr Möhrle, freuen Sie sich jetzt, dass die neue, grün-rote Landesregierung den Schulen längeres gemeinsames Lernen möglich machen will? Oder ärgern Sie sich?*

*Joachim Möhrle: Ich finde es gut, weil wir das Prinzip der neuen Gemeinschaftsschule schon seit Langem propagieren. Wir wollen, dass die Schüler länger zusammenbleiben und so Restschulen vermieden werden. In erster Linie aber müssen wir unsere Lernkultur ändern! Das Lernkonzept der „Belehrung“ darf nicht länger im Mittelpunkt stehen.*

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Warum soll sich eine gute Schulgemeinschaft nicht Gemeinschaftsschule nennen, wo doch das Schulwesen im Sinne des Grundgesetzes aus staatspolitischen Gründen gemeinschaftsbildend und eben nicht „gettoisierend“ wirken soll? Muss man sie deswegen verunglimpfen?

(Abg. Georg Wacker CDU: Sag einmal!)

Eine Schule, die alle Schüler – –

(Abg. Georg Wacker CDU meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

– Ich trage meine Überlegungen im Zusammenhang vor. Sie haben nachher die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Eine Schule, die von allen Schülern gemeinsam bis zur achten, bis zur neunten oder bis zur zehnten Klasse besucht wird,

ist in anderen Ländern schon lange eine demokratische Selbstverständlichkeit.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die CDU-Politiker sind jetzt einmal ruhig! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die sind genauso diszipliniert wie Sie immer!)

Die beste Antwort auf die Frage „Können denn ein Gymnasiast und ein Hauptschüler wirklich gleichzeitig unterrichtet werden?“ hat mir kürzlich eine Lehrerin gegeben. Sie hat gesagt: „Herr Bayer, wir unterrichten Kinder und nicht Fächer.“

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Georg Wacker: Das ist eine uralte pädagogische Weisheit! Die ist uralt!)

– Sie ist nicht überall angekommen. – Vor dem Hintergrund der in den Zwischenrufen wieder deutlich gewordenen Defizite

(Beifall des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

zeigt sich, wie wichtig die Einrichtung einer Stabsstelle im Ministerium war. Sie leistet eine allseits anerkannte, hervorragende Arbeit. Sie begleitet die Reformbestrebungen direkt vor Ort –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie zwingt auf!)

in unmittelbarer und in engster Zusammenarbeit mit den Schulämtern. Sie ist Hilfe und Katalysator

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da lacht sogar Herr Schmiedel!)

für Schulentwicklungsprozesse. Bauen Sie da bitte keine Gegensätze auf. Sie treffen nicht zu.

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik ist natürlich immer auch Gesellschaftspolitik. Durch sie wird mitentschieden, wie wir unsere Gesellschaft künftig aufstellen und wie wir in dieser Gesellschaft künftig leben wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Deswegen sagen wir: Bildungschancen von Anfang an und ein Leben lang dürfen niemals vom Wohnort, von der Herkunft und vom Geldbeutel abhängen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Mit einem Zitat des Präsidenten des Baden-Württembergischen Handwerkstags Joachim Möhrle zur Schulstandortdiskussion – es ist aber durchaus verallgemeinerbar auf den gesamten Stil der Bildungsdebatte – möchte ich schließen:

*Die Idee, die Schulstandorte nicht von oben nach unten umzukrempeln, halten wir für richtig. Das heißt aber auch: Jetzt haben es die Eltern und die Schulträger in der Hand, das Bildungssystem zu reformieren. Der Wandel kommt von unten.*

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was?)

Liebe Kollegin Boser, sehr geehrter Herr Kollege Bayer, ich fand Ihre Reden heute passend – passend für die Landesparlamente in Bremen oder Berlin. Aber sie haben doch mit der Wirklichkeit an baden-württembergischen Schulen nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Blödsinn! Wir sind in Baden-Württemberg, nicht in Berlin!)

Der Haushalt hätte für die Landesregierung eine große Chance geboten. Die durch die zurückgehenden Schülerzahlen rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen hätten Sie nutzen können, um dort, wo in der baden-württembergischen Bildung der Schuh am meisten drückt, eine bessere Ressourcenausstattung zu erreichen. Es wäre z. B. möglich gewesen, die Schüler-Lehrer-Relation vor allem in den Schulen bzw. Schularten mit sehr großen Klassen, wie in Realschulen und Gymnasien, zu verbessern,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Genau!)

die beruflichen Gymnasien, wo noch immer die Kapazitäten für die Aufnahme aller qualifizierten Bewerber fehlen, beherzt auszubauen, die Vertretungsreserve gegen den Unterrichtsausfall zu verbessern oder mehr Geld für die frühkindliche Bildung – Stichworte Sprachförderung und Orientierungsplan – bereitzustellen.

Mit einem klaren Kompass wären diese Verbesserungen im Grunde sehr einfach gewesen. Das Land stellt die Ressourcen in auskömmlichem Maß zur Verfügung, und die Verantwortlichen vor Ort treffen die Entscheidung darüber, an welchen Stellen die Ressourcen dem jeweiligen Bedarf entsprechend eingesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Das Problem ist nur: Sie von Grün-Rot haben diesen klaren ordnungspolitischen Kompass nicht.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Was?)

Sie von Grün-Rot können sich der Versuchung einfach nicht entziehen, doch von oben kräftig zu steuern

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, aufzwingen!)

und die Bildungspolitik in den Dienst Ihres ideologischen Weltbilds zu stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, völlig richtig!)

Mit dieser Voraussetzung aber ist es für Sie nicht mehr möglich, faire Ausgangsbedingungen für alle Schularten zu schaf-

fen. Denn das freie Spiel der Kräfte könnte ja Ergebnisse zeitigen, die nicht in Ihr Weltbild passen.

(Zuruf von der SPD: Abwarten! – Glocke des Präsidenten)

– Fragen bitte am Ende meiner Rede.

Also lautet Ihre Devise, Ihre Lieblingskinder systematisch zu bevorzugen und die Stiefkinder entsprechend ins Hintertreffen geraten zu lassen oder gar zu demontieren, wie Sie das u. a. am Beispiel der Werkrealschule zeigen.

(Beifall des Abg. Rudolf Köberle CDU)

Ihr Hauptziel war es und bleibt es auch für die Zukunft, das differenzierte, vielfältige und – ich betone es – erfolgreiche baden-württembergische Schulwesen umzugraben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Chancengerechtigkeit kaputt zu machen!)

Das aber ist das Gegenteil einer Bildungspolitik, die der Freiheit und der Eigenverantwortung vor Ort Vorfahrt gibt.

Am deutlichsten wird dieses Vorgehen bei der Einführung der Gemeinschaftsschule. Gelder gibt es von Ihnen nur dann, wenn die Verantwortlichen vor Ort Ihren engen pädagogischen Vorgaben folgen. Wen wundert es da, wenn Kommunen versuchen, mithilfe der Gemeinschaftsschule ihren Schulstandort zu retten, obwohl sie damit ein pädagogisches Konzept einkaufen müssen, welches sie überhaupt nicht wollen?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen des Abg. Jörg Fritz GRÜNE – Abg. Sandra Boser GRÜNE: So ein Quatsch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sozusagen Verantwortung von unten nach oben!)

Ein Blick auf die Landkarte mit der Verteilung der Gemeinschaftsschulen bestätigt diese Feststellung. Die allermeisten Standorte sind kleinere Gemeinden, die das grundsätzlich legitime Ziel haben, ihren Standort zu sichern. Eine Politik des goldenen Zügels ist das Gegenteil einer freiheitlichen Bildungspolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Mit unseren Anträgen schlagen wir wichtige und sinnvolle Alternativen vor, die diesen klaren Kompass ermöglichen sollen. Ich verweise beispielsweise auf unseren Entschließungsantrag zur Senkung des Klassenteilers auf 28 Schülerinnen und Schüler.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Woher kommt das Geld?)

Zwischen 2009 und 2011 haben wir den Klassenteiler in Jahrestufen von 33 auf 30 an den allgemeinbildenden Schulen und auf 28 an den Grundschulen gesenkt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

(Dr. Timm Kern)

Über 3 500 Lehrerstellen wurden dafür neu geschaffen. Am 2. Februar 2011 – wir haben es gerade gehört – hat der Landtag einstimmig beschlossen, die Senkung des Klassenteilers auf 28 in Jahresschritten fortzusetzen. Zugegeben: Der Antrag kam seinerzeit von CDU und FDP/DVP. Aber er wurde einstimmig – und damit auch von Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot – beschlossen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Finanzierung! Wo ist die Deckung?)

Sie haben in Ihren Wahlprogrammen sowie im Koalitionsvertrag versprochen, die durch den Rückgang der Schülerzahlen frei werdenden Ressourcen im Bildungsbereich zu belassen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wenn Sie diesen Beschluss vom Februar 2011 wieder einsammeln

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

und das Ziel eines Klassenteilers von 28 kippen, haben Sie ein weiteres massives Glaubwürdigkeitsproblem. Oder, um es mit den Worten des Ministerpräsidenten zu sagen: Da haben Sie wohl einfach den Mund zu voll genommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es ist ohnehin ein Rätsel: Der Finanz- und Wirtschaftsminister verkündet stolz, 3 300 Lehrerstellen seien in diesem Haushaltsjahr rechnerisch frei geworden. Da muss man sich doch fragen: Wohin sind die 3 300 Lehrerstellen eigentlich gegangen? Der traditionell nicht für seine Transparenz bekannte Einzelplan des Kultusministeriums gibt über diese doch nicht ganz unbedeutende „Kontobewegung“ wirklich keine Auskunft.

So beschleicht einen der Verdacht, dass einerseits schon einmal die Weichen für Stelleneinsparungen gestellt werden sollen, andererseits aber auch die Intransparenz genutzt werden soll, um jetzt und zukünftig anfallende Kosten von Lieblingsexperimenten wie der Gemeinschaftsschule zu verschleiern. Nur aus der Presse ist zu erfahren, dass der Mehrbedarf für die Starterschulen auf 60 Lehrerstellen geschätzt wird.

Dieser Verdacht bestätigt sich auch von einer anderen Seite. Es werden zum nächsten Schuljahr im Bereich der Gymnasien kaum Lehrer eingestellt, wie auch das Kultusministerium mehr oder weniger direkt einräumt. Das ist nicht nur für die Referendare eine verheerende Nachricht, sondern stellt auch einen schweren Schlag für eine nachhaltige Personalplanung an den Schulen dar.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie wohl recht!)

Auch hier stellt sich die Frage: Warum nutzen Sie die Situation an den Gymnasien nicht, an denen Absolventen des achtjährigen und des letzten neunjährigen Bildungsgangs in diesem Jahr gemeinsam Abitur machen und anschließend Personalressourcen frei werden? Wo bleibt denn eine Fortbildungs-

offensive, wo die überfällige Rückgabe der Bugwellenüberstunden an die Gymnasiallehrer,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

wo eine allgemein verbesserte Ressourcenzuweisung? Wo bleibt die Senkung des Klassenteilers, durch die Sie einen Einbruch bei der Lehrereinstellung vermeiden könnten?

Vielleicht ist es Ihnen, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, auch gar nicht so unrecht, wenn die Gymnasien ins Hintertreffen geraten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau so ist es! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Vielleicht sind Sie aber auch der Ansicht, dass Sie mit der homöopathischen Wiedereinführung von G-9-Zügen dem Gymnasium genügend Gutes getan haben. Immerhin haben Sie im Wahlkampf versprochen, die Wahl zwischen einem acht- und einem neunjährigen gymnasialen Bildungsweg zu ermöglichen. Nun ist Ihnen bei der Aufstellung des Haushalts aber wohl aufgefallen, dass die Einlösung dieses Wahlversprechens sehr, sehr teuer wird.

Sicher sind Ihnen auch Zweifel gekommen, ob die knappen Ressourcen hier an der richtigen Stelle eingesetzt werden. Da Sie nun aber nicht mehr zurückkonnten, bekommen nun 44 Standorte einen G-9-Zug. Das ist gerade einmal ein „Feigenblatt-G-9“ pro Landkreis, ein Feigenblatt, das einige Ressourcen verschwendet, nur um die Blöße zu kaschieren, dass Ihr Wahlversprechen nicht einzuhalten ist. Oder, um es mit den Worten des Ministerpräsidenten zu sagen: Auch da haben Sie vor der Wahl den Mund zu voll genommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Feigenblattpolitik nützt vor Ort niemandem. Da werden keine echten Wahlmöglichkeiten an den Gymnasien geschaffen; allenfalls entsteht eine Menge Frust vor Ort.

Die FDP/DVP kann Ihnen verraten, wie Sie tatsächlich mehr Bildungschancen schaffen.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Ausgerechnet! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Hören Sie gut zu! – Investieren Sie in die beruflichen Gymnasien, die das entscheidende Bindeglied des Aufstiegs zwischen mittlerer Reife und Hochschulzugang sind. Sie bilden bereits heute eine neunjährige Alternative zur Erlangung des Abiturs und sind so stark nachgefragt, dass keineswegs alle qualifizierten Bewerber einen Platz am beruflichen Gymnasium erhalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich darf Sie daran erinnern: Es war Konsens aller Landtagsfractionen, die beruflichen Gymnasien auszubauen. Erinnern Sie sich an die Handlungsempfehlungen der Enquetekommis-

(Dr. Timm Kern)

sion „Berufliche Schulen“ aus der vergangenen Legislaturperiode. Wir Liberalen erlauben uns deshalb, unseren Antrag zu wiederholen. Die 133 Stellen, die nach Aussagen der Kultusministerin für die 44 „Feigenblatt-G-9“-Züge aufgewendet werden, sollten den beruflichen Gymnasien zugeschlagen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Sie können damit ihre Kapazitäten ausbauen und mehr Schüler aufnehmen und diesen somit eine echte Bildungs- und Aufstiegschance eröffnen.

Darüber hinaus möchte die FDP/DVP-Fraktion der Landesregierung eine zweite Chance bei der Privatschulfinanzierung geben. Wir haben deshalb noch einmal unseren Entschließungsantrag eingebracht, der wortgleich den Beschluss vom Februar 2011 wiedergibt, nur mit dem Unterschied, dass Sie eine Fristverlängerung bis Ende 2012 bekommen.

Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes haben Sie den Ansatz für die Privatschulförderung um 7,5 Millionen € erhöht, eine Summe, die kaum ausreichen wird, um die Kostendeckungsgrade bei allen Schularten auf mindestens 71,5 % zu bringen. Leider haben Sie von den Regierungsfractionen sich dazu entschlossen, dem FDP/DVP-Antrag einen Antrag entgegenzusetzen, der unverbindlicher kaum sein könnte. Weder ist hier von einem Stufenplan noch von einer Frist die Rede. Deutlicher lässt sich nicht mehr dokumentieren, dass sich der Stand der freien Schulen mit dem Regierungswechsel innerhalb eines Jahres erheblich verschlechtert hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ja Bildungsparanoia!)

Statt des Aushandelns eines Stufenplans auf Augenhöhe mit den Verbänden wird es Zuschusserhöhungen bestenfalls in Gestalt von Gnadenakten geben. Aber als Theologe gebe ich die Hoffnung nicht vorschnell auf,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was, Sie sind Theologe? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er kann Ihnen sogar die Beichte abnehmen!)

die Regierungsfractionen könnten den Beschluss wiederholen, dem sie vor einem Jahr noch zugestimmt haben. Andernfalls haben Sie von den Grünen und der SPD ein weiteres schweres Glaubwürdigkeitsproblem. Oder, um es mit den Worten des Ministerpräsidenten zu sagen: Da haben Sie vor einem Jahr den Mund wohl etwas zu voll genommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Was tut die grün-rote Landesregierung im Bereich der frühkindlichen Bildung? Sie rühmt sich, den Grunderwerbsteuersatz um 1,5 Prozentpunkte erhöht zu haben, um in dem erwähnten Bereich investieren zu können. Das kann man auch kritisch sehen. Denn es gibt wahrlich andere Wege als Steuererhöhungen, um Finanzmittel für wichtige Zwecke aufzubringen,

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

zumal wenn diese Steuererhöhungen gerade junge Familien, die ein Eigenheim erwerben wollen, stark belasten.

Spätestens dann aber, wenn Sie nun auch noch den Erlös aus den Steuererhöhungen teilweise zweckentfremden und 25 Millionen € in die Mietwohnungsbauförderung investieren, wird doch das Gebäude Ihrer Begründung mehr als wackelig. Wenn diese Zweckentfremdung wenigstens einem realen Bedarf entsprechen würde, könnte man Ihr Handeln vielleicht noch nachvollziehen. Aber selbst aus Fachkreisen wird darauf aufmerksam gemacht, dass diese 25 Millionen € für die Mietwohnungsbauförderung kaum gebraucht bzw. abgerufen werden.

Die FDP/DVP schlägt deshalb vor, diese 25 Millionen € in die Sprachförderung und damit in eine qualitative Verbesserung der frühkindlichen Bildung zu investieren. Denn die Qualität der frühkindlichen Bildung, meine Damen und Herren, die vor allem mit den Stichworten Orientierungsplan und Sprachförderung verbunden ist, kommt in Ihrem Haushalt definitiv zu kurz. Mit den 25 Millionen € könnte beispielsweise die Sprachförderung früher einsetzen – womöglich zeitnah nach der Sprachstandserhebung. Auch könnte die Sprachförderung z. B. durch Elemente der musikalischen Frühförderung sinnvoll erweitert werden.

Lassen Sie mich noch etwas zum Bereich Jugend sagen. Hier hat Grün-Rot in Zeiten der Opposition sehr hohe Erwartungen geweckt und sie spätestens mit diesem Haushalt enttäuscht.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auch hier ließe sich der Ministerpräsident zitieren.

Von einem „Zukunftsplan Jugend“ ist im Koalitionsvertrag die Rede. Die Bezeichnung „Bündnis für die Jugend“ musste wohl wegen ihres Ursprungs in der schwarz-gelben Ära ausgetauscht werden. Besser wäre es gewesen, wenn die Gespräche schlicht fortgesetzt und konkrete Ergebnisse erzielt worden wären. Stattdessen sind die Zuständigkeiten für den Jugendbereich zwischen dem Kultus- und dem Sozialministerium hin- und hergeschoben worden, sodass die Abgrenzung bis heute unklar bleibt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da im Haushalt nun aber sogar die Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule beim Sozialministerium angesiedelt ist, stellt sich allmählich schon die Frage, inwieweit sich das Kultusministerium eigentlich noch Jugendministerium nennen darf.

Uns Liberalen erscheint vor allem der Bereich der Kooperation von Schule mit der außerschulischen Jugendarbeit ein wichtiges Handlungsfeld im Zusammenhang mit dem Ausbau zu Ganztagschulen und weit darüber hinaus als eine Betreuungsform für Jugendliche, die sich den Gesetzmäßigkeiten des Schulalltags entzieht.

Da es sich bei Schule und außerschulischer Jugendarbeit geradezu um zwei verschiedene Welten handelt, kommt einer gelingenden Kooperation eine umso größere Bedeutung zu. Wir haben deshalb Mittel für eine Stelle beantragt, die es

(Dr. Timm Kern)

schon einmal gegeben hat. Aufgabe des Stelleninhabers ist die landesweite Koordination und Beratung der Kooperationsprojekte Jugendarbeit und Schule.

Leider sind Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen, unserem Vorschlag nicht gefolgt. Das ist eine schlechte Nachricht für die Jugendarbeit und ihre Verbände, die gut organisiert sind und trotzdem nicht die Lobby haben, um von der selbst ernannten Regierung des Dialogs nicht nur angehört, sondern auch ernst genommen zu werden. Wir Liberalen werden weiterverfolgen, wie ernst es die Landesregierung mit der Wertschätzung der außerschulischen Jugendarbeit tatsächlich meint.

Abschließend begrüße ich im Namen der FDP/DVP-Fraktion ausdrücklich, dass im Bereich Sport die Rahmenbedingungen des noch von der ehemaligen Landesregierung beschlossenen Solidarpakts Sport II erfüllt und die weiteren Förderungen bedarfsgerecht fortentwickelt werden. Das hätten wir in dieser Form auch gemacht

(Lachen des Abg. Andreas Stoch SPD)

und können es unterstützen, zumal es der Bedeutung des Sports für die Gesellschaft Rechnung trägt, den wir als Liberale besonders schätzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Abg. Dr. Kern, gestatten Sie eine Nachfrage von Herrn Abg. Lehmann?

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Ja.

**Präsident Guido Wolf:** Bitte schön.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Herr Dr. Kern, mich verwundert in verschiedenen Beiträgen, die wir gehört haben, dass Sie massiv kritisieren, dass es zu wenig Krankheitsvertretungen gibt. Wir haben die Regierungsarbeit erst vor Kurzem aufgenommen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Im Vierten Nachtragshaushalt für 2011 haben wir 711 Stellen, die Sie bereits gestrichen hatten, wieder ausgebracht. Im Haushaltsplan für 2012 haben wir Krankheitsvertretungen ausgebracht. Das, was Sie nicht getan haben, haben wir mit der Übernahme der Regierung erhalten. Im bundesweiten Vergleich sind wir bei Krankheitsvertretungen eigentlich Schlusslicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Erblast!)

Sie beklagen das.

Solche Aussagen wie heute habe ich in den vergangenen Jahren – auch von Ihnen, Herr Wacker – nie gehört. Es ist schön, dass wir die Einschätzung teilen, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht. Aber kritisieren Sie doch nicht, dass wir in diesem Bereich mit den Handlungen anfangen. Sie müssten kritisieren, dass Sie eigentlich nichts gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Lehmann, was haben Sie gefragt?

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Kann es sein, dass Sie keine einzige Frage gestellt haben, obwohl es eigentlich Ihre Aufgabe gewesen wäre, eine Frage zu stellen?

(Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Lehrer!)

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Meine Frage ist, warum Sie kritisieren, dass wir mit den Handlungen anfangen, nachdem Sie nichts gemacht haben.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Sie geben Mittel für nicht sinnvolle Projekte aus. Ich habe Ihnen ausführlich aufgezählt, an welchen Stellen die Mittel sinnvoller ausgegeben werden könnten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

**Präsident Guido Wolf:** Seitens der CDU wurde der Wunsch geäußert, die Gesamtredezeit für diesen Tagesordnungspunkt bereits in der ersten Runde zu splitten, sodass Frau Kollegin Schmid noch zum Thema Sport reden wird. Die Ministerin ist damit einverstanden.

Frau Kollegin Schmid.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine tolle Rednerin!)

**Abg. Viktoria Schmid CDU:** Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen es außerordentlich, dass die jetzige Landesregierung den Solidarpakt Sport II, den im Übrigen die damalige Landesregierung auf den Weg gebracht hat, uneingeschränkt bis 2016 fortschreibt. Vorgesehen sind zusätzlich 20 Millionen €. Für die Vereine ist das ein ganz wichtiges Signal, denn diese sind auf finanzielle Planungssicherheit dringend angewiesen.

Der Solidarpakt Sport II ermöglicht es, die Handlungsfelder im Breiten- und Leistungssport zukunftsfähig zu gestalten. Das landespolitische Engagement zur Förderung des Sports in Baden-Württemberg bemisst sich nicht zuletzt, aber doch maßgeblich am aktuellen Sporthaushalt.

Ein bisschen Kritik muss ich an dieser Stelle trotzdem üben.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ein bisschen Kritik ist in Ordnung!)

Der Solidarpakt Sport wurde in konjunkturell äußerst schwierigen Zeiten vereinbart. Deshalb hätte ich erwartet, dass man in konjunkturell besseren Zeiten wie jetzt auch gewisse zusätzliche finanzielle Akzente setzt.

(Beifall bei der CDU)

Der finanzielle Spielraum ist eindeutig vorhanden. Sie haben diese Chance trotz 4,5 Milliarden € mehr in der mittelfristigen Finanzplanung ganz einfach verspielt.

Im aktuellen Haushalt sind 12 Millionen € für den kommunalen Sportstättenbau veranschlagt. Das begrüßen wir grund-

(Viktoria Schmid)

sätzlich. Eine Erhöhung wäre aber auch hier nach wie vor wünschenswert gewesen, um den Vereinen vor allem bei der Sanierung ihrer Sportstätten stärker unter die Arme greifen zu können.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Von wegen „goldene Zeiten für den Sport“!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eine wichtige Säule im Sport ist der Leistungssport. Spitzensportler sind wichtige Vorbilder gerade für unsere Kinder und Jugendlichen. Spitzensportler sind aber auch wichtige Werbeträger und Botschafter für das Land Baden-Württemberg. Deshalb müssen wir dringend die Bedingungen für unsere Spitzenathleten und Leistungssportler verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Sportler müssen die Möglichkeit haben – darauf legen wir besonderen Wert –, ihren Sport mit Schule, Ausbildung und Arbeit unter einen Hut zu bringen. Die Vereinbarkeit von Beruf bzw. Ausbildung oder Studium mit dem Spitzensport steht im Fokus unserer sportpolitischen Bemühungen. Derzeit ist die Freistellung für Trainingseinheiten, aber auch für Wettkämpfe von den vor Ort agierenden Akteuren abhängig. Ich gebe zu, das funktioniert häufig sehr gut. Aber auch hier benötigen die Athleten dringend eine Planungssicherheit, die sie im Moment nicht haben. Hier sind Sie gefordert.

(Beifall bei der CDU)

Der CDU-Fraktion ist es ein besonderes Anliegen, den Sport in seiner Gesamtheit zu fördern. Hierzu gehört auch, den medizinischen Aspekt der Sportförderung aufzugreifen. Die inhaltliche und institutionelle Verzahnung mit den Universitätskliniken bewirkt hier einen ganz hervorragenden Mehrwert für den Sport und für unsere Athleten. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle ganz klar und deutlich für die sportmedizinischen Untersuchungszentren an den Universitätskliniken aussprechen. In eigenständigen Abteilungen werden die Leistungssportler hier unter professioneller Aufsicht sowohl präventiv als auch akut medizinisch versorgt. Die enge Zusammenarbeit mit der Forschung ist hier ein ganz entscheidender Vorteil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-geführte Landesregierung hat in der Vergangenheit die Sportpolitik vorangebracht. Wir haben zielgerichtete und innovative Maßnahmenpakete für die Zukunft geschnürt. Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, haben im Koalitionsvertrag auch Beiträge zum Sport geliefert. Sie wollen einen Landessportentwicklungsplan erarbeiten, um angeblich die Kommunen zu unterstützen. In Wahrheit bedeutet dies aber, dass Sie die Planungshoheit der Kommunen zentralisieren, anstatt auf die Kompetenz vor Ort zu setzen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Unglaublich! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn das für ein Geschwätz? Sie wissen es doch besser!)

Ich fordere Sie dringend auf, sich mit den Sportverbänden über Ihre Planungen auszutauschen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das machen wir doch!)

Ich sage Ihnen schon heute: Wir lehnen diesen Eingriff in die Autonomie ab. Sie wollen damit den Individualsport weiter fördern, ohne zu erkennen, welchen wichtigen Beitrag die Vereine vor Ort leisten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Zentralist Schmiedel!)

In der Grundschule wollen Sie die tägliche Sport- und Bewegungsstunde einführen. Leider ist nach wie vor völlig offen, auf Kosten welches Schulfachs Sie diese zusätzliche Stunde etablieren wollen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ganztagschule, Frau Kollegin!)

Es bedarf wohl einer Erweiterung der Stundentafel und zusätzlicher Deputate, wenn Sie dieses Ziel erreichen wollen. Unsere Kinder verdienen eine qualitativ hochwertige Sportangebotsstunde in der Schule.

(Beifall des Abg. Volker Schebesta CDU)

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch einmal allen Beteiligten im Sport, ganz besonders den Vertretern der Landessportverbände, aber auch den Trainern, Betreuern und allen ehrenamtlich Tätigen für ihr Engagement zu danken. Nur gemeinsam werden wir den Sport für unsere Gesellschaft voranbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Warminski-Leitheußer.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die neue, grün-rote Landesregierung gibt mit diesem Kultus- und Sporthaushalt jede Menge Antworten auf Fragen, die sich schon sehr lange im baden-württembergischen Bildungssystem stellen und auf die Sie keine Antworten formuliert haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Baden-Württemberg – das ist überhaupt keine Frage – hat ein Schulsystem, das traditionell gut abschneidet. Das ist überhaupt nicht bestritten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr gut!)

Das ist übrigens – um es ganz deutlich zu machen – im Wesentlichen das Verdienst von 120 000 Lehrerinnen und Lehrern, die eine ausgezeichnete Arbeit leisten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielen Dank! Endlich anerkennen Sie meine Arbeit!)

Man darf übrigens auch den Beitrag der vielen Erzieherinnen und Erzieher nicht vergessen, die in der frühkindlichen Bildung viel erreicht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Das sind ja Neuigkeiten! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wer spricht von den Eltern?)



(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Baden-Württemberg ist aber, was das Schulsystem angeht und auch was den frühkindlichen Bereich angeht, nicht auf der Höhe der Zeit.

(Zurufe der Abg. Georg Wacker und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deshalb ist es unser Anliegen, die Schule und den Elementarbereich den Entwicklungen in der Gesellschaft anzupassen. Denn was ist passiert? Wir haben andere Anforderungen in der Berufswelt. Wir haben eine sich verändernde Gesellschaft, was die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht. Wir haben Erkenntnisse, auch im wissenschaftlichen Bereich, darüber, was in der Förderung Sinn macht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und wir haben Sie in der Verantwortung!)

Darauf geben wir Antworten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kein Applaus! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das glauben nicht einmal die eigenen Leute!)

Es ist unbestritten – ich denke, da sind wir uns einig –, dass für die Innovationskraft eines Landes wie Baden-Württemberg eine gute Bildung der jungen Menschen entscheidend ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir entscheiden heute und in den nächsten Jahren darüber, mit welchem Handwerkszeug unsere jungen Menschen ins Leben gehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist völlig klar, worum es beim Bildungsaufbruch geht. Wir wollen, dass jeder junge Mensch – wirklich jeder junge Mensch – in Baden-Württemberg die Chance hat, eine möglichst gute Bildungslaufbahn zu durchlaufen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Zurufe von der CDU: Genau! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nichts Neues!)

Das entspricht den Erfordernissen der Wirtschaft.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt einmal zum Haushalt!)

Jetzt kommen wir zum Haushalt. Wir alle wissen, meine Damen und Herren, was man braucht, um Kinder gut zu fördern. Da sind sich mittlerweile alle Experten einig. Man braucht einen ausgezeichneten frühkindlichen Bereich,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Völlig neu!)

gute Kinderkrippen, gute Kindergärten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und gute Elternhäuser!)

Warum Sie, Herr Wacker, sagen, Sie machten sich Sorgen um den frühkindlichen Bereich

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das verstehe ich auch nicht!)

angesichts eines Haushalts, bei dem 315 Millionen € zusätzlich in die Hand genommen werden,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! Das hat er nicht gelesen!)

um die Krippen in diesem Land vernünftig auszubauen, das ist mir ein Rätsel.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Wir haben mit den Kommunen einen Pakt geschlossen und gemeinsam vereinbart, wie wir unter Lastenverteilung den Krippenbereich auf ein Niveau ausbauen können, das dem tatsächlichen Bedarf in Baden-Württemberg entspricht. Das ist ein riesengroßer Fortschritt für dieses Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So!)

Jetzt komme ich zu dem Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“, weil Ihnen das so wichtig ist, Herr Wacker. Im Übrigen frage ich mich, wieso das nicht in der mittelfristigen Finanzplanung abgesichert war, wenn Ihnen das so wichtig ist.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Genau! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts haben sie gemacht! – Abg. Peter Hauk CDU: Bei 38,8 Milliarden €! Unglaublich! 5 Milliarden € mehr! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die ganze Zeit nichts gemacht, Herr Hauk! Ihre Krawatte ist sogar noch grün! Ziehen Sie eine schwarze an!)

Worum es geht,

(Abg. Peter Hauk CDU: Um 5 Milliarden € Delta!)

ist, eine vernünftige Sprachförderung im frühkindlichen Bereich sicherzustellen. Ich denke, in dieser Frage besteht Einigkeit.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Wie macht man das? Indem man allen Kindertageseinrichtungen die Mittel zur Verfügung stellt, um den Kindern, die dies brauchen, eine vernünftige Sprachförderung zu bieten.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Deswegen haben wir 11 Millionen € zusätzlich zu den 3,6 Millionen € für das Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir schaffen es jetzt, dass in jedem Kindergarten in Baden-Württemberg die Kinder, die dies benötigen, eine Sprachförderung bekommen. Das ist Qualitätssicherung in der frühkindlichen Bildung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Unbestritten ist übrigens auch, dass eine musikalische Frühbildung selbstverständlich auch einen Effekt auf die Sprach-

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

entwicklung hat. Niemand bestreitet das. Aber wir müssen es hinbekommen, dass wir angesichts der Finanzlücken, die Sie uns hinterlassen haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja unglaublich!)

in der Lage sind, jeder Kindertageseinrichtung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit Sprachförderung gelingt. Sie wissen, dass wir es deshalb ermöglichen, die bewährten Kooperationen zwischen Musikschulen und Kindertageseinrichtungen dort, wo sie sich mittlerweile positiv entwickelt haben, fortzuführen. So offen sind die Konzepte.

(Zuruf von der CDU: Zu welchen Bedingungen?)

Was ist weiter wichtig, wenn man einen besseren Bildungserfolg erreichen möchte? Eines ist klar: Es geht um bessere und individuellere Förderung gerade im schulischen Bereich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schon wieder etwas Neues! – Abg. Peter Hauk CDU: Ganz neue Erkenntnis!)

Und es ist völlig klar, dass dies grundsätzlich für alle Schulen gilt. Auch das ist doch völlig unbestritten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Bei weniger Lehrern!)

Was haben wir in Baden-Württemberg getan?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer ist „wir“?)

Wir – die neu gewählte, grün-rote Landesregierung – haben die Pädagoginnen und Pädagogen, die in diesem Land schon längst viel weiter sind, als Ihre Bildungspolitik es immer suggeriert hat, in die Lage versetzt, innovative, modernste pädagogische Bausteine wirklich anzuwenden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das tun wir, indem wir Gemeinschaftsschule zulassen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und was haben die bisher gemacht?)

Worum geht es bei der Gemeinschaftsschule? Es geht darum, junge Menschen in die Lage zu versetzen, tatsächlich mit den Herausforderungen des Lebens in einer sich immer schneller wandelnden Gesellschaft klarzukommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen schaffen wir die Leistung ab! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Quatsch! So ein Quatsch! – Glocke des Präsidenten)

Das gelingt, indem man Menschen länger zusammen lernen lässt. Das gelingt, indem man Menschen individuell fördert und insbesondere individuelle Lernprozesse fördert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Leistung negiert!)

– Leistung ist ein ganz wichtiger Aspekt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nirgends kommt das zum Tragen!)

Wissen Sie, was dabei herauskommt? Sie sind herzlich eingeladen, sich einmal eine dieser 34 Starterschulen anzuschauen. Dort werden Sie sehen, was passiert.

(Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, es ist entschieden zu laut. Das Wort hat die Frau Ministerin.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich lade Sie ein, einmal zu uns zu kommen! Sie müssen sich einmal normale Schulen anschauen! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Kollege Zimmermann, ich bitte Sie.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Also, worum geht es?

(Abg. Peter Hauk CDU: Diese Frage stellen wir uns auch!)

Es geht darum, jungen Menschen durch eine konsequente Förderung ihrer Kompetenzen eine Grundlage zu vermitteln, ein unerschütterliches Selbstvertrauen darüber zu vermitteln, was sie können und was sie leisten können. Darum geht es.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir alle wissen, dass innovative pädagogische Bausteine dort einen wichtigen Beitrag leisten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das sind doch Plattitüden! Entschuldigung!)

Wir wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Abg. Peter Hauk CDU: Eine solche Ansammlung von Plattitüden habe ich bei den Haushaltsberatungen noch nie gehört! – Gegenruf: Außer zu stören können Sie nichts!)

dass es wichtig ist, junge Menschen fit zu machen für eine Welt, die sich immer schneller verändert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das machen wir seit Jahrzehnten! – Abg. Peter Hauk CDU: Das haben Sie jetzt schon dreimal gesagt! Wo ist der Neuigkeitswert? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Ich bitte Sie um Ruhe.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Das bedeutet, man braucht eine andere Kultur, man braucht auch eine andere Kultur in der Bildungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das geht so: Wenn ich möchte, dass sich Schule tatsächlich von unten entwickelt – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Ministerin, ich darf Sie bitten, Ihre Rede kurz zu unterbrechen.

Meine Damen und Herren, eine sinnvolle Debatte ist bei diesem Dauergeräuschpegel nicht möglich. Ich darf Sie daher bitten, ruhiger zu sein und der Ministerin zuzuhören. – Bitte schön, Frau Ministerin.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Sie muten uns heute viel zu, Herr Präsident!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Ich glaube, auch die Besucher auf der Zuhörertribüne möchten gern hören, was wir zu sagen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht darum, eine Kultur zu entwickeln, die Ideen und Schulentwicklung tatsächlich zulässt. Das bedeutet, dass man nicht einfach ein Konzept, das am grünen Tisch erdacht worden ist, über das Land legt. Das bedeutet aber auch, dass man die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land ermutigt, querzudenken.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist die neue Konzeptlosigkeit!)

Das ist etwas, was bisher nicht möglich war.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Unter meiner Verantwortung wird keine Lehrerin und kein Lehrer mehr in ein Regierungspräsidium oder in ein Staatliches Schulamt einbestellt, nur weil sie oder er eine andere Meinung vertritt. Das ist ein Kulturwechsel.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wie verfahren Sie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien?)

Das ist ein Kulturwechsel, der befreit, meine Damen und Herren. Wir haben damit eine ungeheure Energie freigesetzt, eine ungeheure pädagogische Energie, die dazu führt, dass sich sehr viel im Land bewegt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Nein, ich möchte erst meine Ausführungen zu Ende bringen.

**Präsident Guido Wolf:** Am Ende oder gar nicht?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Am Ende meiner Ausführungen gestatte ich das herzlich gern.

Kommen wir nun zu der Situation, die ich beim Regierungswechsel vorgefunden habe, die wir seitens der Landesregierung gemeinsam vorgefunden haben. Sie haben insbesondere im Kultusbereich jede Menge Finanzlöcher und jede Menge unerfüllte Versprechungen hinterlassen.

Die Qualitätsoffensive Bildung ist nicht ausfinanziert, meine sehr verehrten Damen und Herren. 226 Millionen € müssen im kommenden Doppelhaushalt aufgebracht werden. Diese sind in der mittelfristigen Finanzplanung nicht vorgesehen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben ein Jährlichkeitsprinzip! Wann kapierten Sie das endlich einmal?)

Damit haben Sie den Klassenteiler, für den Sie gerade eingetreten sind, Herr Wacker, nicht ausfinanziert. Sie haben nicht einmal die Klassenteilersenkung ausfinanziert, die bereits vorgenommen wurde. Das sind die Fakten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das hat mit einer nachhaltigen Finanzpolitik und mit einer nachhaltigen Bildungspolitik nichts zu tun. Man muss sich doch darauf verlassen können, dass die Grundsatzentscheidungen, die inhaltlich getroffen worden sind, auch finanziell abgesichert sind.

(Abg. Peter Hauk CDU: Deshalb stellen wir den Haushalt auf!)

Wir haben ferner festgestellt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie wollen es nicht!)

dass Sie im Zusammenhang mit der demografischen Rendite von einer Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, die bis zum Jahr 2020 zur Verfügung steht, und bereits jetzt von rund 10 000 Stellen 8 377 Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen haben. Das ist eine versteckte Kreditaufnahme.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

Was denn sonst? Ich kann nicht nachvollziehen, wie man nicht nur die vollständige demografische Rendite, sondern noch 600 Stellen zusätzlich fordern kann, wenn man weiß, dass man solch eine Altlast hinterlassen hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt kommen wir zu den Bugwellen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist in der Tat ein sehr interessantes Thema. Was sind eigentlich Bugwellen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sicherstellung der Unterrichtsversorgung!)

Das ist auch eine Kreditaufnahme, und zwar bei den Lehrerinnen und Lehrern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Damit haben wir Unterrichtsversorgung sichergestellt!)

Wir haben festgestellt, dass wir an den Gymnasien eine Bugwelle von locker 2 000 Deputaten haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Interesse der Unterrichtsversorgung!)

Bei den beruflichen Schulen haben wir aufgrund des strukturellen Defizits eine ähnliche Bugwelle. Natürlich müssen wir das zurückzahlen. Das gebietet schon die Rechtslage. Sie ha-

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

ben diese Schritte aber nicht unternommen. Jetzt erwarten Sie von uns, dass wir alles auf einmal lösen. Das geht schlicht nicht, wenn man solche Finanzlasten hinterlässt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht auf einmal, aber Sie sollten es angehen!)

Ich sage hier sehr deutlich, dass ich großen Respekt vor den Lehrerinnen und Lehrern habe, die sich überhaupt darauf eingelassen haben, diese vielen Überstunden zu leisten, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben sie im Interesse der Kinder gemacht!)

Streng genommen aber gehören solche versteckten Kreditaufnahmen in die mittelfristige Finanzplanung. Das muss deutlich werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deutlich werden muss, was eigentlich abbezahlt werden muss. Wir werden diesen Kredit abzubezahlen haben. Dazu bekenne ich mich ausdrücklich. Das ist einfach eine Frage des politischen Anstands und eine Frage der Wertschätzung der Lehrerinnen und Lehrer in allen Bereichen. Wir werden erste Schritte für den Doppelhaushalt 2013/2014 formulieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist einmal ein Wort!)

Dann kommen wir zum Haushalt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da sind wir eigentlich schon!)

Ich habe gerade schon gesagt, dass für die frühkindliche Bildung noch nie so viel investiert wurde, wie wir es jetzt tun. Sie haben für die frühkindliche Bildung 129 Millionen € investiert. Wir investieren jetzt 450 Millionen €. Das ist doch wohl eine ganz andere Dimension.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In den Kommunen wird jetzt richtig gebaut und gearbeitet. Jetzt schaffen wir Krippenplätze.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! In den Kommunen wird gebaut!)

Ferner – das haben Sie gerade positiv vermerkt – belassen wir 3 300 Lehrerstellen – das sind umgerechnet 180 Millionen € – im System. Damit kann man etwas machen. Sie stehen der Bildung zur Verfügung. Was tun wir damit? Natürlich tun wir etwas für die Unterrichtsversorgung, Herr Dr. Kern. Das ist doch selbstverständlich. Sie haben absolut recht. Die Unterrichtsversorgung ist das Rückgrat einer guten Bildungspolitik. Wir müssen es schaffen, dass in Baden-Württemberg so wenig Stunden wie möglich ausfallen. Wir haben deshalb nicht nur im Nachtragshaushalt die ersten Schritte unternommen, die heute schon aufgezählt worden sind. Wir haben mit diesem Haushalt 200 zusätzliche Stellen für die feste Krankheitsreserve vorgesehen. Das alles hätten Sie schon längst machen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das nützt den Gymnasien aber nichts!)

Das ist ein ganz wichtiger Schritt, damit wir die Unterrichtsversorgung besser steuern können. Das wissen die Experten vor Ort. Wir werden diese Reserve stufenweise um weitere 600 Stellen aufstocken. Das ist ein richtiger Meilenstein.

Im Übrigen werden wir uns sehr genau anschauen – eine Expertengruppe ist in unserem Haus bereits dafür eingerichtet –, an welchen Stellen wir die Steuerung der Ressourcen verbessern können, damit die zusätzlichen Stellen, die wir schaffen, tatsächlich zu einer besseren Unterrichtsversorgung führen.

(Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

Dann kommen wir zur Lehrerfortbildung. Sie ist in der Bildungspolitik ebenfalls eine ganz wichtige Säule. Denn nur in dem Maß, in dem ich eine ausreichende und gute Lehrerfortbildung gewährleisten kann, kann ich auch die Schulen belasten und die Entwicklung mit begleiten. Das ist doch vollkommen klar. Wir werden für die Lehrerfortbildung 1 Million € mehr zur Verfügung stellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist der Quantensprung!)

Sie haben um 12,5 % gekürzt. Das haben Sie im letzten Haushalt getan.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das ist Ihre Wertschätzung der Lehrerinnen und Lehrer gewesen.

Wir haben diese Kürzung nicht nur zurückgenommen, sondern sogar noch etwas draufgesetzt, weil wir wissen,

(Unruhe bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist bei diesen Steuermehreinnahmen nicht viel!)

dass die Lehrerinnen und Lehrer eine gute Fortbildung brauchen. Sie brauchen eine gute Fortbildung, und im Übrigen wird es auch ein neues Konzept für die Lehrerfortbildung geben, und zwar unter Beteiligung derjenigen, die etwas dazu zu sagen haben, nämlich der Praktiker.

Kommen wir zur Gemeinschaftsschule. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe zunächst einmal positiv zur Kenntnis genommen, dass Sie jetzt zumindest den Begriff „Gemeinschaftsschule“ verwenden.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Vielleicht ist das schon ein Schritt in die richtige Richtung.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das habe ich schon immer gemacht!)

– Ja, Herr Dr. Kern, das haben Sie schon immer. Das ist wahr. – Es geht um Folgendes, meine Damen und Herren: Wir müssen es hinbekommen, dass wir die Kinder in diesem Land noch besser fördern. Für ein Schulsystem, das auf der Höhe der Zeit ist, ist eine integrierte Schulform ein Muss, einfach deshalb, weil wir wissen, dass es ausgezeichnet funktioniert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo?)

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Gerade denjenigen, die etwas länger brauchen, kann man so sehr gut zu einer noch besseren Bildung verhelfen, und diejenigen, die gut sind – jetzt kommen wir zur Leistung –, haben die Möglichkeit, zusätzlich zum Standardstoff Anreize zu bekommen, um sich noch schneller und noch besser weiterzuentwickeln. Das ermöglicht eine integrierte Schulform.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Sagen Sie einmal ein Beispiel dafür, wo es funktioniert, wo es besser ist!)

Jetzt ist es klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Gemeinschaftsschule mehr ist als nur eine neue Schulart. Die Gemeinschaftsschule ist auch ein Vehikel, um deutlich sichtbar moderne Pädagogik, moderne Bausteine einer modernen Pädagogik weiterzubringen.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Jetzt komme ich zu den anderen Schularten. Selbstverständlich gibt es schon Schulen, sogar Gymnasien,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das ist richtig!  
Viele!)

die solche Bausteine anwenden –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, jeden Tag!)

ich sage es noch einmal –, weil die Schulen sowie die Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Land schon deutlich weiter sind, als Sie es bisher immer formuliert haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie haben es doch machen dürfen!  
Jesses Gott! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben es geleugnet!)

– Sie haben es machen dürfen, weil die Staatlichen Schulämter nicht so genau hingeschaut haben. Das ist passiert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Widerspruch bei der CDU – Lachen bei der FDP/DVP – Abg. Helmut Rau CDU: Das ist ein unglaublicher Blödsinn!  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie beleidigen unser Schulsystem! Das ist schon seit Jahrzehnten Bestandteil der Lehrerausbildung! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Ich bitte Sie um Ruhe.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen wir jetzt wieder zu den Fakten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja, Sie!)

Kommen wir zu den Fakten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kommen Sie zu den Fakten! Sagen Sie einmal etwas zu den Studienseminaren!)

Also: Die Lehrerinnen und Lehrer, die Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Land sind richtig gut und schon deutlich

weiter. Andernfalls hätten wir aus dem Stand nämlich gar nicht so viele Gemeinschaftsschulen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

Übrigens: Selbstverständlich wollen die Schulen dieses Konzept. Uns zu unterstellen, wir würden die Schulen zwingen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

ein Konzept umzusetzen, das sie gar nicht wollen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dafür gibt es Beispiele! – Weitere Zurufe von der CDU)

ist absurd. Die Schulen, die sich auf den Weg machen, sind begeistert. Die brennen förmlich darauf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie lassen nur diesen Weg zu!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition,

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ich glaube, in dieser Frage fehlt es Ihnen einfach an Realitätsinn. Gehen Sie doch hinaus ins Land. Reden Sie doch mit den Leuten!

(Unruhe)

Die Eltern sind begeistert dabei, die Schülerinnen und Schüler sind begeistert dabei, und vor allem sind es die Lehrerinnen und Lehrer.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche Anträge haben Sie abgelehnt, andere Wege zu gehen?)

Es gibt übrigens noch einen Punkt, an dem Sie offensichtlich noch nicht die tatsächlichen Entwicklungen wahrnehmen wollen. Das dreigliedrige Schulsystem, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat sich überholt. Ja!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Peinlich! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Zumindest so viel kann ich wohl in Bezug auf die CDU sagen:

(Abg. Peter Hauk CDU: Dass es noch differenzierter ist! – Weitere Zurufe von der CDU)

Zumindest die Bundespartei hat mittlerweile auch verstanden, dass es so ist.

Worauf es ankommt, ist, dass wir eine Antwort geben auf die Fragen, die sich durch die Veränderungen der Gesellschaft stellen. Wie wollen wir denn sicherstellen, dass wir im ländlichen Raum

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt kommt wieder das Standortargument!)

in erreichbarer Entfernung eine gute weiterführende Schulbildung anbieten?

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Deshalb stellt ja jeder einen Antrag, weil alle wollen, dass sie eine weiterführende Schule haben!)

Wir müssen uns doch Gedanken machen, wie wir Schulstruktur gestalten. Eine Möglichkeit hierfür bietet u. a. die Gemeinschaftsschule.

Ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren, sich deutlich zu dieser Zukunftsaufgabe zu bekennen und hierzu auch die richtigen Antworten zu formulieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Eigentlich müssen Sie das doch machen! Warum sollen wir das machen? Machen Sie es doch!)

Kommen wir zum Thema Klassenteiler, weil das gerade so vehement vorgetragen wurde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie einfach, dass Sie ihn weiter absenken! Dann sind wir zufrieden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle zunächst einmal fest, dass sich auch die CDU in diesem Land nicht einig ist, wie es sich denn mit dem Klassenteiler verhält.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Fragen Sie doch einmal in allen anderen Parlamenten nach! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dazu gibt es doch Beschlüsse!)

Die CDU ist eine große Volkspartei; da gibt es unterschiedliche Auffassungen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, Gott sei Dank! – Zurufe der Abg. Tanja Gönner und Klaus Herrmann CDU)

Aber zumindest der Vorsitzende der Jungen Union hat formuliert, dass er die Senkung des Klassenteilers nicht mehr wirklich für nötig hält.

(Zurufe von der CDU)

Worum geht es beim Klassenteiler, meine sehr verehrten Damen und Herren? Da haben wir in der Tat eine andere Auffassung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt wird's spannend!)

Die Senkung des Klassenteilers ist natürlich eine sinnvolle pädagogische Maßnahme, aber die teuerste, die Sie vornehmen können. Gerade weil wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht unbegrenzt Ressourcen zur Verfügung haben, müssen wir uns sehr genau überlegen, an welcher Stelle wir einen Euro ausgeben, um einen maximalen Effekt für den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen in diesem Land zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb hat Ihr Stabsstellenleiter jahrelang 25 gefordert! – Abg. Karl Zimmermann CDU: 30 Jahre lang haben Sie anders geredet!)

Die richtige Antwort lautet:

(Zuruf: Jetzt sind wir gespannt!)

Wir müssen mehr Geld für individuelle Förderung einsetzen. Das tun wir übrigens auch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie viel bekomme ich im Gymnasium?)

– Das Gymnasium bekommt

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja?)

eine zusätzliche Poolstunde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herzlichen Glückwunsch! Ich bin gerührt!)

– Das erfolgt natürlich schrittweise. Der zweite Schritt kommt im nächsten Haushalt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es ist doch vollkommen klar, dass wir das G 8 besser machen müssen, damit es noch besser funktioniert. Das ist doch klar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Warum brauchen Sie dann das G 9? Sie verplempern doch das Geld mit Ihren Versuchen!)

Die Realschulen brauchen selbstverständlich mehr Kapazitäten für individuelle Förderung. Die Realschulen bekommen 200 zusätzliche Deputate.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für die Kompetenzanalyse!)

Das teilt sich auf. In die Kompetenzanalyse gehen 117 Deputate. Der Rest steht für individuelle Förderung zur Verfügung. Im Organisationserlass steht, dass das eineinhalb Stunden zusätzlich für die Realschulen sind. Das ist doch schon einmal ein Wort.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das ist aber der Ergänzungsbereich! Das hat doch damit nichts zu tun! Sie wissen gar nicht, was Ergänzungsbereich ist!)

Die Kompetenzanalyse ist auch eine Form der individuellen Förderung. Das wissen Sie doch, Herr Wacker.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deshalb haben wir sie ja auf den Weg gebracht! – Abg. Georg Wacker CDU: Sie kennen Ihren eigenen Organisationserlass nicht! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Eigentlich wollen Sie doch die Gemeinschaftsschule! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Für die beruflichen Schulen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir in diesem Haushalt sehr viel getan. Erstens gibt es 100 Deputate mehr, um das strukturelle Defizit von 4,5 auf 4 % abzubauen. Das ist ein Riesenschritt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auch da sage ich sehr deutlich: Das hätten Sie schon längst veranlassen können. Das ist doch überhaupt keine Frage.

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Wir haben für die Umsetzung der von der Enquetekommission beschlossenen Maßnahmen 247 Deputate eingesetzt, und wir schaffen 50 zusätzliche Eingangsklassen für die beruflichen Schulen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist Beschluss des Landtags! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist gemeinsamer Beschluss des Landtags! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben 100 gesagt!)

Das ist wichtig, um eine bessere Leistungsfähigkeit hinzubekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist gut so, dann kriegt der Sohn von Herrn Mentrup auch einen Platz!)

Jetzt möchte ich Ihnen noch etwas zum frühkindlichen Bereich sagen, weil Sie sich darüber so große Sorgen machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle wissen, dass es ein riesengroßes Problem gibt, nämlich den schon jetzt erkennbaren Erzieherinnen- und Erziehermangel. Was haben wir dagegen getan? Wir haben eine duale Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher auf den Weg gebracht. Wir versetzen die Schulen in die Lage, mit zusätzlichen Deputaten diese Ausbildung auch tatsächlich zu leisten.

Das sind konkrete Antworten auf die Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Kommen wir zum Thema Inklusion. Auch das ist so eine Altlast, die Sie uns hinterlassen haben.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wir müssen die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Wir werden das auch tun. Wir werden in diesem Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg bringen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Arbeitskreis!)

– Das ist kein Arbeitskreis. Die Experten müssen darüber beraten, wie das Ganze aussehen kann. Denn Sie wissen: Es ist ganz wichtig, dass wir für behinderte junge Menschen auf der einen Seite ein erreichbares Regelangebot und auf der anderen Seite eine sonderpädagogische Förderung hinbekommen.

Wir haben, um den Sonderschulen die Möglichkeit zu geben, eine bessere sonderpädagogische Unterstützung des Regelbereichs vorzunehmen, 100 zusätzliche Deputate eingestellt.

Kommen wir zu den Privatschulen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich mit den Privatschulen in einen Rechtsstreit begeben. Wir verhandeln mit den Privatschulen. Es bleibt dabei, dass wir

(Abg. Peter Hauk CDU: 80 %!)

– genau –

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann aber ran! Wo sind die Taten? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Zuhören! – Abg. Johannes Stober SPD: 58 Jahre lang regiert!)

den Kostendeckungsgrad schrittweise erhöhen werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo sind die Taten? Wo?)

Wir tun das schrittweise entsprechend den finanziellen Möglichkeiten,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja wo? Fangen Sie doch einmal an! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

die wir in diesem Haushalt haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Fangen Sie doch an!)

– Wir haben angefangen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo denn?)

Wir haben mit 7,5 Millionen € angefangen.

(Zuruf von der SPD: 7,5 Millionen €!)

Der Kostendeckungsgrad wurde auf 71,5 % erhöht. Hinzu kommt übrigens ein Baukostenzuschuss von 2,5 Millionen € für die Privatschulen. Das kommt noch obendrauf.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja etwas ganz Neues!)

Außerdem stellen wir zur Verfügung: 2 Millionen € für die Erneuerung der Ausstattung der staatlichen Heimsonderschulen, 8 Millionen € für die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ und 9 Millionen € für Präventionsmaßnahmen gegen Jugendgewalt an Schulen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt komme ich zum Sport. Da komme ich, denke ich, zu einem Bereich, der in diesem Haus glücklicherweise und zu Recht – das haben die Sportlerinnen und Sportler in diesem Land verdient – weitestgehend unstrittig ist.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

In der Tat leisten die Sportvereine einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen unseres Gemeinwesens. Wir haben deshalb sehr gern – auch ich persönlich; ich bin nämlich dem Sport schon immer verbunden gewesen – den Solidarpakt Sport II fortgesetzt. Wir haben die Sportförderung des Landes um immerhin rund 3 Millionen € erhöht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben ferner weitere 30 Millionen € für den kommunalen Sportstättenbau zur Verfügung gestellt. Das ist kein kleiner Betrag, auch wenn klar ist, dass die kommunalen Sportstätten einen erheblichen Sanierungsbedarf haben. Im Übrigen haben wir weitere 12 Millionen € über Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nächstes Jahr!)

Wir haben außerdem ganz klar erkannt, dass wir bis 2016 die geplanten Stufen des Solidarpakts Sport fortsetzen werden.

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das haben wir Gott sei Dank vor der Wahl festgelegt!)

– Das war ja gut. Wir führen das gern weiter fort.

Jetzt komme ich zu einer Frage, die Sie, Frau Schmid, angesprochen haben: Wie fördern wir den Spitzensport besser? Ja, Sie haben absolut recht: Wir haben in Baden-Württemberg an unseren Olympiastützpunkten, an unseren Leistungszentren grandios gute Sportlerinnen und Sportler. Sie kommen übrigens auch aus anderen Bundesländern, weil sie hier so gute Trainingsbedingungen vorfinden. Unsere gemeinsame Aufgabe muss es sein, für diese jungen Menschen

(Unruhe)

gute Ausbildungsbedingungen hinzubekommen und ihnen vor allem Möglichkeiten zu bieten, nebenbei ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ich bin sehr gern mit Ihnen dabei, weiter daran zu arbeiten.

Nun zum Landesjugendplan.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja Moment! Wie wollen Sie weiter daran arbeiten? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bla, bla!)

– In dieser Frage braucht man kein Geld, sondern einen Pakt mit all denjenigen, die Interesse an guten Fachkräften haben, und auf der anderen Seite mit den Sportlerinnen und Sportlern, die ihr Wissen sehr gern einbringen.

Kommen wir zum Jugend- und Weiterbildungsbereich, der von Ihnen angesprochen wurde. Wir haben eine Aufgabenteilung zwischen dem Sozialministerium und dem Kultusministerium vorgenommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Ich bitte um Ruhe.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Das war überfällig, um die Aufgaben ordnungsgemäß abzurunden. Denn wir hatten einen Überschneidungsbereich. Das wissen Sie doch auch noch.

Die Maßnahmen, die im „Bündnis für die Jugend“ vorgesehen sind, befinden sich im Augenblick in der Verhandlung zwischen den Jugendverbänden und dem Sozialministerium. Auch das wissen Sie. Wir werden diese Maßnahmen umsetzen und im kommenden Doppelhaushalt berücksichtigen.

Wir haben übrigens – um das auch noch einmal deutlich zu machen – die Musikschulförderung erhöht, und auch die Jugendkunstschulen bekommen mehr Geld. Das wissen Sie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das ist ein wichtiger Baustein. 150 000 € für die Jugendkunstschulen – das ist nicht wenig.

(Abg. Peter Hauk CDU: Grundsätzlich fixiert!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in diesem Haushalt der neu gewählten, grün-roten Landesregierung einen ganz klaren Investitionsschwerpunkt auf der Bildung.

Ich fasse noch einmal zusammen: 315 Millionen € im frühkindlichen Bereich, zusätzlich 11 Millionen € für Sprachförderung,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

3 300 Lehrerinnen- und Lehrerstellen, die im System bleiben, die wir einsetzen können für bessere Unterrichtsversorgung, für bessere Lehrerfortbildung, für bessere individuelle Förderung an allen Schularten.

Das ist ein Pfund, und das ist eine klare Aussage, ein klares Bekenntnis dazu, dass Investition in Bildung die Investition mit der besten Rendite, die man haben kann, und damit die beste Investition ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Ministerin, gestatten Sie noch einige Nachfragen?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Ja.

**Präsident Guido Wolf:** Mir liegen Fragen von den Kollegen Wacker, Kurtz, Mack und Dr. Kern vor. – Herr Abg. Wacker, bitte.

**Abg. Georg Wacker CDU:** Frau Ministerin, nach Ihren sehr umfangreichen Ausführungen gäbe es mehrere Nachfragen zu stellen. Ich möchte mich allerdings auf eine Nachfrage konzentrieren.

Sie haben darüber gesprochen, dass Sie jetzt eine neue Kultur des Querdenkens ermöglichen wollen. Das gab es angeblich früher nicht. Deswegen möchte ich konkret die Frage stellen. Sie bereiten schon jetzt Ihre zweite Tranche zur Genehmigung neuer Gemeinschaftsschulstandorte ab dem Schuljahr 2013 vor. In den Kommunen finden bereits jetzt sehr viele Diskussionen und Gespräche statt, denn das Antragsverfahren soll im Spätjahr zum Abschluss kommen.

Jetzt zum Stichwort Querdenken: Wie gehen Sie damit um, dass sich die Kommunen jetzt sehr intensiv Gedanken machen, wie sie ihren Standort sichern können? Dabei spielt nicht allein das Thema Gemeinschaftsschule eine Rolle, sondern es gibt Ideen, Verbundschulen zu beantragen, sprich Haupt- und Realschulen zusammenzulegen. Wie gehen Sie mit einem solchen Querdenken um? Werden Sie da genauso verfahren wie bei den Gemeinschaftsschulen und solche innovativen Ansätze genehmigen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Ministerin, wenn Sie einverstanden sind, würden wir die Fragen sammeln.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Präsident, wir wollen die Frau Ministerin nicht überfordern! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Ich bin einverstanden. Vielleicht deckt sich auch manches.

**Präsident Guido Wolf:** Frau Abg. Kurtz.



**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Frau Ministerin, ich möchte auf einen Punkt Ihrer Rede zurückkommen, bei dem Sie angesprochen haben, Ihre Vorgängerregierung hätte Schulleiter, die sich politisch exponiert hätten, zu einem Gespräch ins Kultusministerium eingeladen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Vorgeladen!)

– Vorgeladen. Ich habe es jetzt nicht mehr wörtlich im Kopf, Herr Drexler – oder Herr Schmiedel, Entschuldigung.

(Zuruf: Was? – Heiterkeit – Zuruf: Sie sehen so gleich aus! – Zuruf: Alles eins! – Unruhe)

Sie wissen, worauf ich anspiele.

Mir geht es um Folgendes: Es kursiert im Land eine Aussage, zu der ich Sie bitten möchte, sie entweder als Gerücht in die Schranken zu verweisen oder zu bestätigen. Wenn Sie sich nicht erinnern, müssten Sie es vielleicht in Ihrem Ministerium prüfen. Es geht um Folgendes: Es wird gesagt, Sie hätten im vergangenen Sommer einer zweistelligen Zahl von Schulleitern einen Brief geschrieben, in dem Sie diesen ein Disziplinarverfahren androhten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mir auch! Ich habe den auch bekommen! – Heiterkeit bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Unruhe)

– Dann hat sich die Frage, ob es sich um ein Gerücht handelt, vielleicht schon geklärt. – Auf jeden Fall sollen Sie Schulleitern offensichtlich ein Disziplinarverfahren

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

angekündigt haben, weil sie sich vor der Landtagswahl in einer Zeitungsanzeige für das differenzierte Schulwesen ausgesprochen haben sollen.

(Unruhe)

Ich würde gern wissen, warum Sie – für meinen Geschmack – mit unterschiedlichem Maß messen und ein Gespräch in Ihrem Haus mit einem Schulleiter ganz anders und viel kritischer bewerten als einen Brief Ihrerseits, in dem Sie Disziplinarverfahren androhen. Ich bitte Sie, dies hier zu erklären.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Unruhe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Ministerin, bitte schön.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Frau Kurtz, ganz herzlichen Dank für diese Frage.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Als ich dieses Gerücht gehört habe, hat es mich völlig fassungslos gemacht, wie man einen Sachverhalt verdrehen kann;

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

ich unterstelle Ihnen jetzt allerdings nicht persönlich, dass Sie den Sachverhalt verdreht haben. Was ist passiert? Im vergan-

genen Sommer bin ich in der Tat darauf aufmerksam gemacht worden, dass rund 50 Schulleiterinnen und Schulleiter während des Wahlkampfs einen Aufruf zur Rettung des dreigliedrigen Schulsystems unterzeichnet haben. Im Ministerium hat man mir empfohlen – –

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Moment! Man hat der Frau Ministerin eine Frage gestellt. Jetzt muss man ihr auch die Chance geben, diese Frage zu beantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Bitte schön, Frau Ministerin.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Die Personalverwaltung in meinem Ministerium – um es ganz konkret zu sagen – hat mir empfohlen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer hat es Ihnen empfohlen?)

diese Schulleiterinnen und Schulleiter zu disziplinieren.

(Unruhe)

Dazu habe ich gesagt: „Nein, ich mache das Gegenteil.“

(Zurufe von der CDU)

Ich habe diesen Schulleiterinnen und Schulleitern geschrieben und ihnen mitgeteilt: „Offensichtlich wäre es zu damaligen Zeiten üblich gewesen, Sie zu disziplinieren, aber ich tue das nicht.“

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hört, hört!)

Ich habe den Schulleiterinnen und Schulleitern sinngemäß geschrieben: „Ich fordere Sie ausdrücklich auf, dass Sie sich weiterhin zu Wort melden, gerade weil Sie anderer Auffassung sind.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Denn wir können nur in einem offenen Dialog gerade auch mit Andersdenkenden dieses System weiterentwickeln.“ Das ist der neue Stil der Kultusministerin.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich weiß genau, was ich unterschrieben habe. Das dürfen Sie mir glauben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und ich weiß, was ich gelesen habe!)

Also ist das Gegenteil der Aussage der Fall.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben Sie mir nicht geschrieben! – Zurufe von den Grünen und der SPD: Vorlegen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Es ist noch die Frage von Herrn Wacker zu beantworten.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Ich habe das unterschrieben; das weiß ich genau.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mich hat es sowie-so nicht beeindruckt! – Heiterkeit – Unruhe)

– Wir haben so gute Argumente, dass wir den Dialog nicht scheuen, gerade nicht den Dialog mit den Lehrerinnen und Lehrern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Wacker, zu Ihrer Frage: Insbesondere durch den Städte-tag ist vorgetragen worden, dass wir uns überlegen sollten, bei der Entwicklung der Schullandschaft, bei der Entwicklung hin zu Gemeinschaftsschulen Entwicklungsschritte – z. B. über Verbundschullösungen – zuzulassen.

Ich habe mir das sehr genau angehört und werde mit meinen Fachleuten intensiv darüber beraten.

(Zuruf: Wie immer! – Abg. Peter Hauk CDU: Bisher haben Sie alles abgelehnt! – Unruhe)

Denn eines ist klar: Wir stehen mit den kommunalen Landesverbänden im Dialog. Wir haben uns darauf geeinigt, zur Bildungspolitik insgesamt eine Zielvereinbarung zu schließen. Wir werden uns gerade über diese Frage sehr sorgfältig unterhalten.

Die Frage ist, ob wir Entwicklungsschritte hin zur Entwicklung einer Gemeinschaftsschule zulassen, wenn eine Schule sagt oder mehrere Schulen sagen, sie seien jetzt noch nicht in der Lage, den ganz großen Schritt zu machen. Das halte ich für überlegenswert, und das wird im Augenblick diskutiert und beraten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Also das große Ziel ist die Gemeinschaftsschule! – Abg. Peter Hauk CDU: Was machen Sie dann? Würden Sie solche Modelle zulassen oder nicht? Das ist eine ganz einfache Frage! Die kann man mit Ja oder Nein beantworten!)

– Die Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha! So viel zum Querdenken und zum Thema „Neues von unten“!)

**Präsident Guido Wolf:** Eine Nachfrage des Kollegen Mack, bitte.

**Abg. Winfried Mack CDU:** Frau Ministerin Warminski-Leitheußer, können Sie mir sagen, in welchen deutschen Ländern es erfolgreiche Gesamtschulen gibt,

(Lebhafte Unruhe – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Mannheim!)

und kennen Sie den Satz von Joachim Gauck: „Wir träumten vom Paradies und wachten auf in Nordrhein-Westfalen“?

(Lachen bei der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Ministerin.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Ja, ich kenne ein Bundesland, in dem es drei erfolgreiche Gesamtschulen gibt. Das Bundesland heißt Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das sage ich mit allem Selbstbewusstsein: Diese Schulen sind grandios gut und haben einen unglaublich großen Bildungserfolg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schauen Sie einmal die Rankings an! Platz 12 bis 16!)

Sie sind übrigens sehr gut ausgestattet und mit den Gesamtschulen in anderen Bundesländern nicht vergleichbar. Ich sage das ausdrücklich.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Und wer hat die eingerichtet? Bestimmt nicht Sie!)

– Sie haben in 25 Jahren drei Schulen als Schulversuch genehmigt. Das ist wahr.

Wir haben also gute Schulen hier in Baden-Württemberg. Ansonsten kann ich nur sagen: Ich fühle mich in Baden-Württemberg sehr wohl.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist ein wunderschönes Land mit einem ungeheuren Potenzial und ungeheuren Entwicklungsmöglichkeiten.

**Präsident Guido Wolf:** Die nächste Nachfrage, Kollege Dr. Kern.

(Unruhe)

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Frau Ministerin, ich habe in meiner Rede sinngemäß gesagt, Sie zwingen den Kommunen, die eine Gemeinschaftsschule haben wollen, ein ganz bestimmtes pädagogisches Konzept auf. Sie haben jetzt geantwortet, dass das nicht stimme. Deshalb möchte ich jetzt von Ihnen wissen: Wenn eine Kommune und die vor Ort an der Schule Beteiligten längeres gemeinsames Lernen, beispielsweise bis einschließlich Klasse 6, unter einem gemeinsamen Dach haben möchten und danach ein Kurssystem mit einem Gymnasialzug, mit einem Realschulzug, mit einem Hauptschulzug haben möchten und das Ganze „Gemeinschaftsschule“ nennen, genehmigen Sie dann diese Gemeinschaftsschule, ja oder nein?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Um das ganz klar zu sagen: Nein. Das wäre keine Gemeinschaftsschule, sondern das ist das Konzept der Gesamtschule. Man müsste sich dann darüber unterhalten, ob man so etwas als Modell zuließe.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Und deshalb zwingen Sie die Kommunen!)

Es ist eine Genehmigungsvoraussetzung.

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie wollen doch Querdenker!)

Was ich deutlich machen wollte, Herr Dr. Kern, ist Folgendes: Diejenigen, die sich auf den Weg machen, sind begeistert von diesen neuen Konzepten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Wir kommen jetzt zur zweiten Runde. Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Fritz.

**Abg. Jörg Fritz GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Werter Kollege Wacker, werter Kollege Dr. Kern, wenn ich Sie hier reden höre, dann befallen mich ganz nostalgische Gefühle.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Um Gottes willen!)

Da fällt mir nämlich das Grammofon meiner Großeltern ein und die Platte von Mario Lanza – Schellack, 78 Umdrehungen in der Minute, reichlich angestaubt, und einen Sprung hatte sie auch. Das fällt mir ein, wenn Sie hier über Bildung reden. Das ist reichlich verstaubt und hat einen Sprung. Irgendwann kommt immer nur noch: Einheitsschule, Einheitsschule, Einheitsschule. Heute sagen Sie: „sogenannte Gemeinschaftsschule“.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Fällt Ihnen denn nichts mehr ein? Merken Sie nicht, wie weit Sie sich von der gesellschaftlichen Debatte entfernen? Es sind doch Bürgermeister mit Ihrem Parteibuch, die uns die Tür einrennen und fragen: „Was muss ich tun, damit ich eine Gemeinschaftsschule bekomme?“

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist doch die CDU im Land, von Tübingen bis Stüben, von Nord nach Süd, von Ost nach West, die in den Gemeinderäten einstimmig für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen streitet.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl Zimmermann: Weil jedes Dorf mit 1 000 Einwohnern meint, es könnte eine Gemeinschaftsschule haben!)

– Herr Zimmermann, Sie können nachher drankommen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Zimmermann nach hinten! – Unruhe)

Seit dem Regierungswechsel ist doch ein Aufatmen durch das Land, ein Ruck durch die Lehrerzimmer gegangen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Was haben wir vorgefunden?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Haben Sie zu viel Traubenzucker gegessen? – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen ist fast nirgendwo anders so sehr von der Herkunft der Eltern abhängig wie in Baden-Württemberg. Immer mehr Jugendliche können nicht mehr richtig lesen und sind nicht ausbildungsfähig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Demnächst noch mehr!)

Es fallen zu viele Kinder durch den Rost.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Rust heißt er!)

Das finden wir vor.

(Zurufe von der CDU)

Was haben Sie gemacht? Rektoren, die jeden Tag erleben, dass sie die Kinder bei diesem System nicht mehr fördern können, bestellen Sie ins Regierungspräsidium ein und lassen sie rüffeln.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ach, jetzt kommt die alte Kamelle! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist die alte Platte!)

Die neue Landesregierung macht die Fenster auf, sie lässt frische Luft in dieses verstaubte System.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir machen keine Experimente.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Doch!)

Alles, was wir machen, ist langjährig erprobt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Ergebnisse haben wir schon gesehen!)

nicht nur in Skandinavien, sondern auch in Baden-Württemberg. Glauben Sie ernsthaft, Sie könnten mit Konzepten aus dem vorvergangenen Jahrhundert die Probleme von heute lösen?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Glauben Sie dies ernsthaft?

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Herr Birk, wir brauchen eine moderne Pädagogik, und wir machen das behutsam und mit Bedacht. Niemand wird dazu gezwungen, eine Gemeinschaftsschule einzurichten. Das wird nicht oktroyiert. Aber wir eröffnen denen die Möglichkeit, die neue Wege gehen wollen, die tagtäglich vor ihren Schülern stehen und feststellen: Wir kommen in diesem System, mit diesem Bildungskanon nicht mehr weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Zuspruch ist überragend. Ich höre von niemandem außer von Ihnen grundsätzliche Kritik – im Detail wohl. Aller Anfang ist schwer, und man wird sicherlich das eine oder andere nachsteuern müssen. Wie sollte es nach 60 Jahren Verkrustung auch anders sein? Aber von den Handwerkskammern über die IHKs bis zu den Gewerkschaften und den Lehrerverbänden gibt es keine grundsätzliche Kritik.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die GEW und der Philologenverband sind dagegen und der Realschullehrerverband auch!)

(Jörg Fritz)

Wir tun noch mehr. 3 300 Stellen, die rechnerisch frei würden, lassen wir zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, zur Aufstockung der Krankheitsvertretung im System. Wir verbessern die Lehrerfortbildung.

Sie haben die Pädagogischen Assistenten angesprochen. Sie haben sie mit 850 € netto im Monat nach Hause geschickt, und diese Leute wussten wegen ihrer befristeten Verträge im Juli noch nicht, ob sie im September noch Arbeit haben würden. Wir haben deren Gehalt um zwei Stufen angehoben und die Verträge mit einer unbefristeten Laufzeit versehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Schulsozialarbeit ist erwähnt worden. Hierfür gibt es 15 Millionen € mehr. Über 300 Millionen € werden für die U-3-Betreuung eingesetzt; ich brauche das nicht zu wiederholen.

Ich komme zu dem Punkt, der mir besonders am Herzen liegt: die Weiterbildung. Wir haben im Koalitionsvertrag versprochen, dass wir die Grundförderung durch das Land in Schritten von 20 % auf den Bundesdurchschnitt anheben werden. Das haben wir in diesem Haushalt umgesetzt. Es werden 2,2 Millionen € mehr für die Weiterbildung zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Lebenslanges Lernen darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein, sondern es müssen bezahlbare Kurse an den Volkshochschulen und bei den anderen Weiterbildungsträgern möglich sein.

(Beifall bei den Grünen)

Ein Zweites: Sie haben 2005 die Förderung für den zweiten Bildungsweg gekürzt. Wir nehmen diese Kürzung zurück. Wir tun das für die Leute, die sich weiterbilden wollen und einen Schulabschluss nachholen wollen. Wir erhöhen hier die Förderung wieder auf nahezu 100 %.

Und was machen Sie? Sie stellen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss Anträge, die real zu einer Kürzung im Bereich des zweiten Bildungswegs um 10 bis 15 % geführt hätten. Sie haben die Anträge später zurückgezogen, weil Sie das nicht wussten. Aber das zeigt doch, welches Augenmerk Sie bisher auf die Weiterbildung gelegt haben. Sie kennen noch nicht einmal die Fördersätze, obwohl Sie 60 Jahre lang an der Regierung waren,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Zu lang!)

bringen Anträge mit unbeabsichtigten Wirkungen ein und müssen sie nachher wieder schamhaft zurückziehen. Es ist ein Trauerspiel, Herr Wacker, was Sie hier aufführen.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Sie führen hier einen Budenzauber auf, bringen aber nicht einen substantiellen Vorschlag zur Verbesserung unseres Bildungssystems.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich prophezeie Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition: Wie bei der Energiewende – bei der Windkraft ha-

ben Sie sich so schnell um 180 Grad gedreht, dass einem schon beim Zuschauen schwindelig wird – werden Sie uns auch bei der Bildungspolitik folgen müssen. Es wird Ihnen gar nichts anderes übrig bleiben – wenn nicht aus Einsicht, dann deshalb, weil die Verhältnisse Sie überrollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wacker, ich muss Ihnen widersprechen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das wundert mich aber sehr, Herr Kollege!)

– Ja, sonst wären Sie enttäuscht. – Sie haben am Anfang Ihrer Rede davon gesprochen, dass dieser Haushaltsentwurf unauffällig sei. Ich sage Ihnen: Dieser Haushaltsentwurf ist das Gegenteil davon. Er ist nämlich das Ergebnis einer großen finanzpolitischen und konzeptionellen Kraftanstrengung. Das hat auch etwas mit Ihrer Finanzpolitik und den zahlreichen schwarzen Löchern zu tun, die Sie uns hinterlassen haben und die wir jetzt stopfen müssen.

Sie haben nämlich in der Vergangenheit vollmundige Versprechungen gemacht, deren Einhaltung im Haushalt leider nicht abgesichert ist. Die Frau Ministerin hat das an der einen und anderen Stelle schon ausgeführt. Aber es lohnt sich, sich einmal die gesamte Liste anzuhören. Wir reden in diesem Zusammenhang beim Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ von einem Deckungsdefizit von 18,3 Millionen € für die Jahre 2012 und 2013. Kumuliert ist Ihr Lieblingsprojekt bis 2016 übrigens 85 Millionen € schwer – mit einer anschließenden Belastung von 25,6 Millionen €. Da sehe ich keine Finanzierung Ihrerseits.

Wir reden von der Enquetekommission „Fit fürs Leben“: Die Umsetzung ihrer Empfehlungen ist nur bis Ende Juli 2012 finanziell abgesichert. Das heißt, 157 Stellen müssen ab dann finanziert werden. Das macht in diesem Jahr 3,2 Millionen € und im nächsten Jahr 7,85 Millionen € aus.

Für die Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Amoklauf“ werden in diesem Jahr 9,1 Millionen € und im Jahr 2013 15 Millionen € benötigt.

Pädagogische Assistenten – Hauptschule – sind nur bis Januar dieses Jahres abgesichert. Das heißt, die Frist ist schon abgelaufen. Für 2012 beträgt die Deckungslücke 10 Millionen € – im nächsten Jahr kommen noch 11,5 Millionen € on the top.

Qualitätsoffensive Bildung – die Frau Ministerin hat es erwähnt –: Die jährliche Mehrbelastung beläuft sich auf 226 Millionen €, wenn die Rücklagen ab 2013 aufgezehrt sind. In diesem Zusammenhang ist übrigens auch Ihr Gegenfinanzierungsvorschlag interessant. Sie bringen die altbekannte Nummer: 310 Stellen wollen Sie bei den bildungspolitischen Modernisierungsprojekten streichen. Zusätzlich beantragen Sie aber 600 Stellen, die Sie nicht aus der demografischen Ren-

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

dite refinanzieren. Wir reden damit von weiteren 30 Millionen € zusätzlicher Belastung. Minister Schmid hat im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu Recht festgestellt, dass Sie an dieser Stelle auch den Pfad der Konsolidierung verlassen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Bezeichnend ist übrigens in diesem Zusammenhang, Herr Dr. Kern, dass der Entschließungsantrag der FDP/DVP zur weiteren Klassenteilerenkung auf einen Beschluss vom Februar 2011 verweist. Das war genau der Zeitpunkt, zu dem mitten im Wahlkampf plötzlich die Meldung hochgekommen ist, dass Sie 711 Lehrerstellen streichen wollen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Stimmt ja nicht!)

Das hat schon damals Ihre Glaubwürdigkeit konterkariert.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Unsinn! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wenn wir gerade beim Thema „Handwerkliche Fehler“ sind, lieber Kollege von der FDP/DVP: Sie verwechseln bei der Einführung von „G 8 plus“ den Endausbaubedarf von 133 Stellen mit der Einführung des Schulversuchs in diesem Jahr, wofür deutlich weniger Stellen benötigt werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wacker?

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Am Ende, bitte. – Ihr Antrag würde nämlich faktisch dazu führen, dass wir den allgemeinbildenden G-8-Gymnasien in diesem Jahr in deutlichem Umfang Stellen entziehen müssten. Ich fordere Sie auf: Ziehen Sie diesen Antrag zurück, denn Sie demontieren sonst die Gymnasien, was die Stellen angeht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn ich gerade bei Ihnen bin: Drollig ist es übrigens, dass Sie Gelder aus der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes verteilen, obwohl Sie diese Maßnahme der Erhöhung ablehnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Ja, genau!)

Wir reden nur bis hierhin übrigens von einem riesigen schwarzen Loch allein im Kultusetat von über 300 Millionen €, was die Haushaltsjahre 2012 und 2013 – das fällt in Ihre letzte mittelfristige Finanzplanung – angeht.

Den Oberhammer, das „oberschwarze“ Loch hat die Frau Ministerin schon angesprochen.

(Zuruf von der CDU: „Oberquatsch“!)

Summiert bis 2018 haben Sie uns eine Anzahl von 8 377 künftig wegfallenden Stellen hinterlassen. Übrigens: Nur für das Jahr 2014 reden wir von 1 993 Stellen. Wenn man den Standarddeckwert pro Stelle heranzieht, reden wir hier auch von 100 Millionen €. Herr Wacker, das konterkariert völlig Ihre Forderung, auf Vorrat einzustellen. Das haben Sie doch schon verfrühstückt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Die Zahlen darf man gar nicht hochrechnen. Wenn Sie Ihren Vorschlag zur Gegenfinanzierung des Lebensarbeitszeitkontos unterbreiten, müssen Sie auch dazusagen, dass das noch einmal 500 Stellen kosten würde. Das ist doch nicht seriös.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dieses haushalterische Vorgehen war nichts anderes als eine kaum ernst gemeinte Beschönigung der Ausgabenseite. Deshalb muss Grün-Rot nun eine Antwort auf Ihre ungedeckten Schecks finden.

An dieser Stelle möchte ich, wie angekündigt, ein Wort zum Thema Privatschulfinanzierung verlieren. Es ist richtig, dass wir hierbei noch einen Weg zu gehen haben, bevor wir das Ziel eines Kostendeckungsgrads von 80 % gemäß dem Bruttokostenmodell erreichen. Gleichwohl – Sie können es nachlesen – fließen mit diesem Haushalt fast 38 Millionen € zusätzlich an die Privatschulen. Die strukturelle Zuschusserhöhung beträgt über die Einzelpläne 04 und 09 hinweg 7,5 Millionen €. Die Förderung der Privatschulen ist damit nach Einschätzung des Ministeriums der einzige Bereich, der im neuen Haushalt strukturelle Zuwächse verzeichnet.

Auf der Grundlage des zuletzt vorgelegten Privatschulberichts kommen wir auf eine Steigerung des Kostendeckungsgrads auf 71,5 %. Im Jahr 2012 ist ein neuer Bericht fällig, der zeigen wird, wie sich die Zahlen tatsächlich entwickeln.

Wir werden in diesem Jahr die Verhandlungen mit Blick auf die Realisierung der 80-%-Marke weiterführen. Ein entsprechender Antrag von Grünen und SPD liegt vor.

Herr Dr. Kern, im Gegensatz zur FDP/DVP definieren wir keine Frist. Dies hat aber schlichtweg praktische Gründe. Der Privatschulbericht wird nämlich erst Ende dieses Jahres vorliegen. Unter Berücksichtigung des durchzuführenden Anhörungsverfahrens wird es damit für 2012 schlichtweg eng. Der zuletzt vorgelegte Bericht lag übrigens erst am 10. Dezember 2009 vor. Wir haben durchaus den Ehrgeiz, die Kuh zeitnah und solide vom Eis zu bekommen, weil die Privatschulen eine verlässliche Grundlage brauchen.

An dieser Stelle muss man sich aber darüber amüsieren, dass ausgerechnet diejenigen, die in den vergangenen Jahren wenig Bewegung in die Finanzierung der Privatschulen gebracht haben, nun mit einer Reihe von wieder zurückgeholten Anträgen das Feld bestellen wollen. Das kennen wir aber schon.

Fazit: Wir haben 2011 bereits 711 Lehrerstellen vor der Streichung bewahrt. In diesem Jahr bleiben noch einmal 3 300 durch den Rückgang der Schülerzahl frei werdende Lehrerstellen komplett im System. Die Reformen werden umgesetzt und sind seriös gegenfinanziert.

Dies ist eine Leistung, die vor dem Hintergrund der schwarzen Finanzlöcher und der Nullnettoneuverschuldung, an der wir festhalten, nicht deutlich genug betont werden kann. Wir unterscheiden uns damit auch von anderen Bundesländern, die in diesem Jahr Lehrerstellen als Steinbruch für die Finanzkonsolidierung nutzen. An der Privatschulfinanzierung sind wir dran.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Wir wissen, dass wir nicht alle Wünsche zeitnah erfüllen können. Abgesehen davon ist das Reformtempo schon jetzt sehr hoch. Gleichwohl sind die Modernisierungsschritte beeindruckend und solide gegenfinanziert – und dies in Anbetracht der schwarzen Finanzlöcher.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Eine Nachfrage des Kollegen Wacker.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Herr Kollege Fulst-Blei, Sie und andere Redner der Regierungsfractionen haben immer die Frage der Durchfinanzierbarkeit aufgeworfen. Sie wissen sehr wohl, dass ein Haushalt immer von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr beschlossen wird und somit der Haushaltsgesetzgeber immer wieder neu darüber entscheiden muss.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch! Mittelfristige Finanzplanung!)

Deswegen ist es wichtig zu sagen, dass am Ende der Haushaltsgesetzgeber immer neu entscheidet. Insofern greift Ihr Argument der Durchfinanzierbarkeit nicht.

Nun zu meiner Frage, die ich für entscheidend halte. Dabei bitte ich Sie um eine Klarstellung, weil mich die Aussage des Kollegen Bayer in der ersten Runde sehr bewegt hat. Er hat eine Nachfrage leider nicht zugelassen. Im Zusammenhang mit dem bestehenden differenzierten Bildungssystem sprach er von einer „Gettoisierung“ der Schullandschaft. Ich bitte Sie sehr herzlich, sich davon klar zu distanzieren; denn eine solche Aussage kann im politischen Raum nicht stehen bleiben, da sie unsäglich ist.

(Beifall bei der CDU)

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Ich sehe überhaupt keinen Grund, mich an dieser Stelle von meinem sehr wohl geschätzten Kollegen Christoph Bayer zu distanzieren.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das ist schlimm!)

– Darüber können wir auf dem Flur gern weiter diskutieren, Herr Wacker.

Eine Sache noch: Ich komme aus einer Großstadt mit einem großen kommunalen Haushalt. Eines habe ich gelernt: Das, was ich einplane, muss ich in der mittelfristigen Finanzplanung absichern. Das habe ich bei Ihnen vermisst.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das hat etwas mit Seriosität zu tun. Das sage ich vor dem Hintergrund, dass sich Ihr Fraktionsvorsitzender die ganze Woche darüber aufregt, dass wir ihm vorwerfen, er hätte eine unsolide Finanzpolitik gemacht. Egal, wohin wir schauen, dauernd finden wir Löcher. Ihre unsolide Finanzpolitik hängt uns wie ein Markstein im Genick.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Die FDP/DVP hat noch eine knappe Minute Redezeit. Herr Abg. Dr. Kern.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich denke, es war ein Minus!)

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident! Frau Ministerin, Ihre Rede war über weite Strecken bemerkenswert

(Zurufe von der SPD: Gut!)

– bemerkenswert allgemein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie wurden in einem einzigen Punkt konkret, als ich nachgefragt habe, ob es dabei bleibt, dass der, der seinen Schulstandort in Baden-Württemberg aufgrund des demografischen Wandels retten will, ein ganz bestimmtes pädagogisches Konzept vorlegen muss, so, wie Sie es wollen.

Bemerkenswert finde ich auch, wie hier die Vertreter der Grünen und der SPD in der Bildungspolitik ausstrahlen. Kein einziger Lehrerverband verliert ein gutes Wort über Ihre Bildungspolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD: Nein!)

Egal, ob es der Philologenverband, der Verband Bildung und Erziehung, der Realschullehrerverband oder sogar die GEW ist, niemand sagt uneingeschränkt Ja zur Ihrer Bildungspolitik. Sie aber blasen die Backen auf. In Demut müssten Sie hier stehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur *A b s t i m m u n g*, zu einem richtigen Abstimmungsmarathon. Ich bitte Sie, diese Abstimmungen mit großer Aufmerksamkeit durchzuführen. Wir stimmen jetzt ab über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Abstimmungsgrundlage ist zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1104.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Es ist zu laut.

Die Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0401

Ministerium

Zu Kapitel 0401 liegen Ziffer 1 Buchstabe c und Ziffer 2 Buchstabe c des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1202-1, vor. Über die anderen Buchstaben der Ziffern 1 und 2 wurde bereits beim Einzelplan 02 – Staatsministerium – insgesamt abgestimmt. Die Ziffer 3 dieses Antrags

(Präsident Guido Wolf)

wird im Rahmen der Beratung des Entwurfs des Staatshaushaltsgesetzes zur Abstimmung gestellt.

Wer Ziffer 1 Buchstabe c und Ziffer 2 Buchstabe c des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1202-1, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 0401. Wer stimmt dem Kapitel 0401 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0401 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0402

##### Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0403

##### Obere Schulaufsichtsbehörden

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0404

##### Staatliche Schulämter

Wer stimmt dem Kapitel 0404 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmige Zustimmung.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0405

##### Grund-, Haupt- und Werkrealschulen

Wer stimmt dem Kapitel 0405 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0408

##### Sonderschulen, Staatliche Sonderschulen und Staatliche Heimsonderschulen

Wer stimmt dem Kapitel 0408 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0410

##### Realschulen

Wer stimmt dem Kapitel 0410 zu? – Gegenstimmen? –

(Unruhe bei der SPD)

Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0416

##### Gymnasien und Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim

und dazu Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1204-1. Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 des Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 0416 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0416 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0420

##### Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

und dazu Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1204-1. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der gesamte Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 0420 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0420 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0428

##### Staatliche Berufliche Schulen Villingen-Schwenningen und Furtwangen

Wer stimmt dem Kapitel 0428 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0435

##### Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Dazu liegen sechs Änderungsanträge und ein Entschließungsantrag vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1204-5. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1204-6. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Präsident Guido Wolf)

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1204-7, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1204-8. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1204-9, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1204-10. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1204-2. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 0435 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0435 zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0435 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0436

##### Allgemeine Schulangelegenheiten

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1204-11. Sind Sie damit einverstanden, dass die Ziffern 1, 2 und 3 gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden? – Sie stimmen dem zu.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1204-11, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – abstimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0436 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0436 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0437

##### Qualitätsoffensive Bildung

Dazu liegen ein Änderungsantrag und ein Entschließungsantrag vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1204-12. Sind Sie damit einverstanden, dass wir die Ziffern 1 und 2 wiederum gemeinsam zur Abstimmung stellen? – Sie stimmen dem zu.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1204-3. Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0437 – Qualitätsoffensive Bildung – abstimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0437 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0439

##### Vorschulische Bildung und Betreuung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1204-4. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: CDU uneinig!)

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0439 abstimmen. Wer stimmt zu? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also, geht doch!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Es löst sich langsam!)

Ich rufe auf

#### Kapitel 0440

##### Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer stimmt dem Kapitel 0440 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0441

##### Überregionale und internationale Kulturpflege und Bildungshilfe für Entwicklungsländer

Wer stimmt dem Kapitel 0441 zu? – Wer stimmt dagegen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0442

##### Landesinstitut für Schulentwicklung, Landesmedienzentrum und Medienförderung

Wer stimmt dem Kapitel 0442 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitliche Zustimmung.



(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe auf

Kapitel 0445

Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung  
sowie Pädagogische Fachseminare

Wer stimmt dem Kapitel 0445 zu? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0448

Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss  
Rotenfels

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! –

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu CDU und FDP/DVP:  
Was, ihr seid gegen das Schloss? – Weitere Zurufe,  
u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Dagegen-  
Partei“!)

Enthaltungen? – Mehrheitliche Zustimmung.

Ich rufe auf

Kapitel 0453

Weiterbildung

Wer stimmt dem Kapitel 0453 zu? – Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Gegen die Weiter-  
bildung?)

Enthaltungen? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unentschieden bei  
der Weiterbildung! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen  
GRÜNE)

Mehrheitlich zugestimmt. – Dass man bei so vielen Kapiteln  
noch unterschiedliche Reaktionen auslösen kann, ist bemerkenswert.

Ich rufe auf

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendun-  
gen für andere Religionsgemeinschaften und sonsti-  
ge kirchliche Zwecke

Wer stimmt dem Kapitel 0455 zu? –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wenigstens für die  
Kirchen!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmige Zustimmung.

Wir haben es bald geschafft.

Ich rufe auf

Kapitel 0460

Sportförderung

Wer stimmt dem Kapitel 0460 zu? –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Jetzt aber!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der  
Fraktion der SPD, Drucksache 15/1204-13.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das  
Handzeichen. –

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Volker Schebesta  
CDU: Aber es geht noch weiter!)

Wir haben noch über das Kapitel 0465 abzustimmen. Wer  
stimmt Kapitel 0465 mit den beschlossenen Änderungen zu? –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Jetzt müsst ihr aber  
zustimmen!)

Wer stimmt dagegen? –

(Oh-Rufe von der SPD)

Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung  
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache  
15/1104, abzustimmen. Sie sind damit einverstanden, dass  
über die Ziffern 1 und 2 dieses Abschnitts gemeinsam abge-  
stimmt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.  
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Abschließend haben wir noch über Abschnitt III der Be-  
schlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirt-  
schaft, Drucksache 15/1104, abzustimmen. Wer Abschnitt III  
zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe!  
– Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung des  
Einzelplans 04 – Ministerium für Kultur, Jugend und Sport.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 b** auf:

**Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung  
und Kunst**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Fi-  
nanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1114**

(Präsident Guido Wolf)

**Berichterstatter für die Bereiche Ministerium, Allgemeines sowie Hochschulen und Forschung: Abg. Tobias Wald**

**Berichterstatter für die Bereiche Bibliothekswesen und Kunst: Abg. Peter Hofelich**

Das Präsidium hat für die Beratung dieses Einzelplans eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht einer der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Abg. Dr. Dietrich Birk** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Zukunftsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg sind gute Hochschulen sehr wichtig – sowohl für die Forschung als auch für die Wissenschaft –, weil es unser wichtigstes Ziel ist, junge Talente hier im Land zu fördern, ihnen eine gute Ausbildung zu vermitteln und damit auch Arbeitsmarktchancen in Baden-Württemberg zu eröffnen. Deshalb verdient der Einzelplan 14 unsere besondere Aufmerksamkeit. Immerhin fließen über 4 Milliarden € in die Wissenschaft.

Dieser Haushalt unter Grün-Rot weist Licht und Schatten auf. Frau Ministerin, Licht ist dort zu finden, wo Sie die gute Politik Ihres Amtsvorgängers fortsetzen,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

sei es im Bereich des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“, bei der besseren Ausstattung der Studentenwerke, für die immerhin 2,5 Millionen € und nochmals 2 Millionen € zusätzlich bereitgestellt werden, auch im Hinblick auf die bessere Wohnunterbringung von Studierenden, sei es aber auch beim Ausbau etwa der angewandten Forschung an unseren Fachhochschulen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Doch es gibt auch einige dunkle Seiten, Wermutstropfen.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schwarze!)

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Politik von Schwarz-Gelb und der von Grün-Rot ist, meine Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

dass wir an dem bewährten Instrument der Studiengebühren in Baden-Württemberg festhalten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Die alte Leier!)

In den letzten Jahren haben immerhin über 120 Millionen € aus Studiengebühren substanziell zur Verbesserung der Lehre an den baden-württembergischen Hochschulen beigetragen. Was macht Grün-Rot? Sie haben die Studiengebühren abgeschafft, und Sie wollen diese Gelder nun durch entsprechende Qualitätssicherungsmittel kompensieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Studiengebühren haben in Baden-Württemberg keinen Studierenden von einem Studium abgehalten, im Gegenteil.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die höchsten Studierendenzahlen in der Geschichte unseres Landes – mit weiter steigender Tendenz. Die Studiengebühren in Baden-Württemberg sind ein Ausweis für Qualität in der Lehre, für Qualität in der Ausbildung. Deshalb möchte ich Ihnen an dieser Stelle mit Erlaubnis des Präsidenten aus einem Brief eines Vaters zitieren, der in der „Schwäbischen Zeitung“ veröffentlicht wurde:

*Unsere Tochter, die eine Ausbildung zur Physiotherapeutin machte, musste monatlich rund 400 € Schulgeld bezahlen für eine dreijährige Ausbildung. Das macht 14 400 €. Das ist wesentlich mehr, als unser Sohn für sein Ingenieurstudium an Studiengebühren aufwenden musste.*

*Vergleicht man den Verdienst der beiden, muss festgestellt werden, dass der Ingenieur schon nach einigen Jahren die Physiotherapeutin weit hinter sich gelassen hat.*

*Unserer rot-grünen Landesregierung sollte ein Handwerker so viel wert sein wie ein Hochschulabsolvent. Beide sollten gleichbehandelt werden.*

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind für eine gute Hochschulbildung. Aber, Frau Ministerin, Sie privilegieren die Hochschulausbildung ganz klar gegenüber der dualen Ausbildung.

(Zuruf von der CDU: Genau so ist es!)

Wenn wir sehen, dass wir in den nächsten Jahren einen Fachkräftemangel in Baden-Württemberg haben, kann dies nicht so stehen bleiben,

(Beifall bei der CDU)

zumal Sie ohne Not auf 117 Millionen € in diesem Jahr verzichten, 117 Millionen €, die bei einer Deckungslücke von über 2,5 Milliarden € noch zusätzlich auf den Haushalt draufgesattelt werden, 117 Millionen €, Frau Ministerin, die nicht einmal gerecht auf die Hochschulen verteilt sind.

(Zuruf von den Grünen: Was? – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Dr. Birk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

**Abg. Dr. Dietrich Birk** CDU: Derzeit nicht. Ich möchte gern fortfahren.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Was ist denn bei Ihnen gerecht?)

Bei der Verteilung dieser 117 Millionen € werden die Hochschulen unterschiedlich behandelt. So stehen unserer Dualen Hochschule in Baden-Württemberg allein in diesem Haushaltsjahr 2,5 Millionen € weniger und im nächsten Jahr 5 Millionen € weniger zur Verfügung.

(Dr. Dietrich Birk)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle aus einem Schreiben der Dualen Hochschule Mosbach an die Ausbildungsbetriebe zitieren. Es ist doch Hohn, Frau Ministerin, was hier im Land derzeit abläuft. Die Duale Hochschule schreibt:

*Ab 1. April 2012 entfallen in Baden-Württemberg die gesetzlichen Studiengebühren von zweimal 500 €, gleich 1 000 € pro Student und Jahr. Leider muss die DHBW ab dem 1. April 2012 voraussichtlich mit weniger als ca. 200 € pro Student und Jahr rechnen. Bei knapp 3 000 Studenten bedeutet dies eine ganz erhebliche Reduzierung, da nur ein Teil des Ausfalls vom Land ersetzt wird.*

Sehr geehrte Frau Ministerin, was bedeutet das? Das bedeutet letztendlich, dass für die Lehre an der Dualen Hochschule in Baden-Württemberg weniger Geld zur Verfügung steht.

Sie sind die stellvertretende Vorsitzende im Aufsichtsrat der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Ich sage Ihnen: Kommen Sie Ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Studierenden in diesem Jahr und in den nächsten Jahren nach. Sorgen Sie dafür, dass die Ausstattung der Lehre an der Dualen Hochschule im Jahr 2012 nicht verschlechtert, sondern mindestens in der gleichen Höhe wie in den Jahren zuvor gehalten wird, sonst können Sie nicht davon sprechen, dass die Studiengebühren durch den Landeshaushalt voll kompensiert werden.

Dieser Brief widerlegt Sie eindeutig. Deshalb bitten wir Sie, zu diesem Thema hier Stellung zu nehmen und sich dafür einzusetzen, dass diese Ungleichbehandlung beendet wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das stimmt doch nicht!)

Meine Damen und Herren, Sie von den Regierungsfractionen hätten unserem Antrag zustimmen können. Wir haben den Antrag eingebracht, dass die Duale Hochschule in diesem Jahr eine Sonderzahlung von 2,5 Millionen € bekommen soll. Mit der Regierungsmehrheit haben Sie sich arrogant darüber hinweggesetzt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das sagen die Richtigen!)

Sie können es heute korrigieren, indem Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Flickschusterei!)

Ebenso gilt dies bei den kirchlichen Hochschulen mit über 3 000 Studierenden. Die werden in Zukunft natürlich nicht mehr die Studiengebühren verlangen können. Da sagen Sie: Na ja, die könnten das; rein rechtlich müssen sie mit den Privathochschulen gleichgestellt und genauso behandelt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Sie sprechen davon, dass Ihnen alle Studierenden gleich wert sind. Nein, das ist nicht der Fall. Die kirchlichen Hochschulen werden ab diesem Jahr schlechtergestellt. Auch dazu haben wir einen Antrag eingebracht und bitten Sie herzlich, diesem zuzustimmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass hier im Land mit zweierlei Maß – hier die staatlichen Hochschulen, deren Mittel sozusagen kompensiert werden, dort die priva-

ten und kirchlichen Hochschulen, die in der Zukunft deutlich schlechtergestellt sind – gemessen wird.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Meine liebe Frau Ministerin, so kann die Arbeitsteilung für die gute Ausbildung in unserem Land in Zukunft nicht aussehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Einzelplan 14 gibt es einen deutlichen Stellenzuwachs: 531 Stellen, davon 27 mit k.w.-Vermerk, und weitere 200 Stellen sollen jetzt dazukommen. Sie, SPD und Grüne, sind sich noch nicht einig, wie Sie in dem Bereich, der den größten Anteil des Landeshaushalts ausmacht, bei den Personalkosten, künftig einsparen wollen. In einem sind Sie sich jedoch einig, nämlich darin, dass die Zusatzbelastungen in den nächsten Jahren deutlich wachsen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist keine Vorsorge in der Haushaltspolitik. Wenn Sie uns vorwerfen, in der mittelfristigen Finanzplanung hätten wir zu wenig eingestellt, frage ich Sie: Wo sind Ihre Beiträge für die Zukunftsvorsorge in den nächsten Jahren? Sie haben munter neue Stellen ohne k.w.-Vermerk eingestellt, mit allen Pensionsverpflichtungen, mit allen weiteren Verpflichtungen, die auf uns zukommen.

Frau Ministerin, was antworten Sie, wenn die Qualitätssicherungsmittel in den nächsten Jahren zurückgehen, wenn diese 117 Millionen € nicht mehr zur Verfügung stehen, die Stellen aber eingestellt sind? Dann müssen Sie in einem anderem Bereich des Hochschulwesens umso mehr kürzen. Davor kann ich nur warnen. Ausbildung muss in Baden-Württemberg auch zukünftig Vorfahrt haben. Bitte beherzigen Sie das.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Frau Ministerin, bislang haben Sie wenig Kontur vorgegeben, sodass nicht deutlich wird, wo Sie eigentlich neue Schwerpunkte setzen wollen und was Sie anders machen wollen. Bei einem Punkt, über den in dieser Woche auch in der Zeitung zu lesen war, sind wir aber sehr hellhörig geworden: Sie wollen sich vom Leitbild der unternehmerischen Hochschule verabschieden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Das ist aber schon länger bekannt! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist erst jetzt angekommen!)

Damit wir uns klar sind: Wir wollen keine Hochschule, die wie ein Unternehmen geführt wird. Baden-Württemberg ist bei der Hochschulgesetzgebung immer an der Spitze gewesen. Unser Credo war, den Hochschulen so viel Eigenverantwortung wie möglich, so viel Profilbildung wie möglich und so viel klare Aufgabenkompetenz im Hochschulrat, im Senat und im Rektorat wie notwendig zu geben, damit das Gesamtwerk Hochschule funktionieren kann.

Präzisieren Sie deshalb endlich Ihre Vorschläge. Präzisieren Sie, wie die neue Organisationsform der Hochschule aussehen soll. Außer ein paar Ankündigungen, Schlagworten und Schlagzeilen sind Sie bislang vieles schuldig geblieben.

(Dr. Dietrich Birk)

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Wir wollen das mit den Betroffenen besprechen! Das ist der Unterschied!)

Wenn Sie anfangen wollen, die Hochschulräte zu beschränken, wenn Sie darauf verzichten wollen, externen Sachverstand aus der Wirtschaft, aus den Verbänden und vielen anderen Bereichen einzubeziehen, wenn Sie den Sachverstand der Vertreter aus der Wirtschaft und anderen Bereichen, die heute Verantwortung für die Hochschulen tragen, nicht mehr einbinden wollen, dann ist dies ein deutlicher Rückschritt für die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Quatsch!)

Wir setzen darauf, dass die Wirtschaft, die Verbände, die Sozialverbände auch in Zukunft sehr stark in das Hochschulwesen in Baden-Württemberg einbezogen sind. Nur dadurch kann gute Hochschule gelingen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Quatsch!)

Deshalb, Frau Ministerin: Es sind einige Fragen gestellt. Die Antworten darauf sind bislang ausgeblieben. Wir betreiben keine Fundamentalkritik, aber an den Stellen, an denen wir es für nötig erachten, zu korrigieren, werden wir eingreifen. Wir laden die Regierungsfraktionen herzlich ein, unseren Anträgen zuzustimmen, damit sich die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg weiterhin gut entwickeln kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist aber nett! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was ist das, wenn keine Fundamentalkritik?)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Dr. Schmidt-Eisenlohr.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Jetzt aber!)

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren, Frau Ministerin! Ich bin über die Vehemenz der Argumentation überrascht. Insofern muss ich ein Stück weit darauf eingehen, auch wenn ich natürlich gehofft habe, dass wir mehr über die positiven Highlights dieses Haushalts für 2012 sprechen können.

Hochschule und Wissenschaft müssen die gesellschaftliche Entwicklung erkennen und Lösungen entwickeln; das haben Sie auch schon richtig erkannt. Vor allem ist wichtig, dass diese Lösungen und Ideen an die jungen Menschen und auch an die mittlerweile vielen Älteren an den Hochschulen weitergegeben werden.

Für die Hochschul- und Forschungslandschaft in Baden-Württemberg haben wir hier grundsätzlich gute Voraussetzungen. Ich denke, das haben wir nie bestritten.

Die Frage ist nun, wie man mit diesen Voraussetzungen umgeht: Was macht man daraus? Herr Dr. Birk, mit dem, was Sie gerade gesagt haben, und mit den Anträgen, die Sie gestellt haben, haben Sie gezeigt, dass Sie eine komplett andere Herangehensweise haben als wir.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Immerhin schon etwas!)

– Das sieht man sehr deutlich. – Wir analysieren die Sachverhalte. Bei den Studiengebühren nenne ich Ihnen gleich noch ein Beispiel. Wir schauen uns den Kern des Problems an.

(Heiterkeit der Abg. Manfred Kern GRÜNE und Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Was muss man eigentlich tun? Welche Herausforderung besteht? Wir versuchen, eine klare und strukturierte sowie vor allem nachhaltige Lösung zu finden. Sie dagegen – das zeigt sich nicht nur bei diesem Haushalt, sondern das zeigte sich in den letzten zwei Tagen der Beratung an vielen Stellen – sehen irgendwo ein Feuer brennen und versuchen es dann irgendwie zu löschen. Sie suchen immer irgendeinen Topf, aus dem es finanziert werden soll. Was in den letzten Jahren von Ihnen gemacht wurde, ist in den meisten Fällen leider überhaupt nicht nachhaltig, auch nicht im Hochschulbereich. Das war Flickschusterei, nicht mehr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben von dem guten Instrument Studiengebühren gesprochen. Darüber haben wir bereits im Dezember letzten Jahres diskutiert. Wir haben Schluss damit gemacht, dass jede Hochschule jedes Jahr aufs Neue darauf hoffen muss, dass sich die Sondertatbestände – die Fälle, in denen ein Student keine Studiengebühren zahlt – nicht verändern. Ab sofort weiß jede Hochschule, wie viel Geld sie mit der Anzahl ihrer Studierenden erhält. Das ist doch zuverlässig. Wir garantieren ihnen, dass sie ihre Mittel jedes Jahr in Abhängigkeit von der Zahl der Studierenden erhalten. Das ist nachhaltig, und das ist zuverlässig. Damit kann eine Hochschule planen – nicht mit dem unstrukturierten Instrument Studiengebühr.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Ich habe da einfach eine andere Vorstellung als Sie. Planungssicherheit hat man, wenn man für eine gewisse Anzahl von Studierenden eine gewisse Höhe an Mitteln erhält. Das ist viel verlässlicher. Mittlerweile sehen die Hochschulen das auch so. Dieses Feedback erhält man von allen Stellen. Insofern ist diese Lösung einer klaren, nachvollziehbaren Kompensation eindeutig die bessere.

Ihr Vorschlag, darüber hinaus eine Sonderzahlung an die Duale Hochschule zu zahlen, zeigt wieder, dass Sie nur irgendwelche Ausnahmen schaffen wollen. Das durchlöchert doch die ganze Idee einer stringenten Kompensation.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Das ist aber nicht zielführend; das kann man nicht machen, und – das habe ich Ihnen auch schon im Dezember 2011 gesagt – es löst nicht das Problem der Dualen Hochschule. Das Problem der Dualen Hochschule sind nicht die Studiengebühren. Gehen Sie einmal zur Dualen Hochschule vor Ort, und fragen Sie, was denn ihre eigentlichen Probleme sind. Das ist die Infrastruktur vor Ort. Gehen Sie nach Mannheim, gehen Sie nach Stuttgart, gehen Sie nach Mosbach.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wer trägt denn jetzt die Verantwortung für den Haushalt? Sie könnten es doch ändern!)

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

Seit Jahren regieren Sie hier im Land, und die Duale Hochschule hat katastrophale Infrastrukturprobleme.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Zuruf von den Grünen: Aha!)

Sie erzählen es überall, und in Mosbach zeigt es sich ganz besonders: Da sind die Landespolitiker, da sind die Bundespolitiker, da sind sogar die Europapolitiker auf einmal unterwegs, veröffentlichen Pressemitteilungen, schauen sich die Duale Hochschule in Mosbach an und sagen: „Da muss jetzt dringend etwas gemacht werden.“ Jeder weiß, dass da etwas gemacht werden muss. Wer hat es nicht in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen? Es war Ihre Regierung. Der Unterschied der jetzigen Regierung ist: Wir haben es aufgenommen. Die Duale Hochschule bekommt endlich ihren Bau. Das wäre bei Ihnen wahrscheinlich nicht geschehen. Das heißt, die neue Regierung nimmt das, was an der Dualen Hochschule passiert, ernst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Blödsinn! Das ist absoluter Blödsinn, was Sie hier erzählen! Das haben wir doch eingeleitet!)

– Das ist so. Die Planung war drin, Herr Dr. Birk, aber die Kosten für den Bau waren es nicht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Quatsch!)

Meine Damen und Herren, nachdem wir das jetzt geklärt haben, könnten wir auch noch über die Grundfinanzierung der Dualen Hochschule sprechen. Die Grundfinanzierung ist bisher auch miserabel gewesen. Auch da werden wir etwas tun. Insofern halten Sie sich beim Thema „Duale Hochschule“ zurück, denn da bekommen Sie das alles sehr gern immer wieder withhelden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich muss mich kurzfassen. Auf die Studiengebühren bin ich schon eingegangen.

Das zweite Thema ist das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“; Sie haben es angesprochen. Damit werden wir so viele Studienplätze zusätzlich schaffen und in Zukunft so viele Studienplätze in Baden-Württemberg haben wie niemals zuvor. Das ist in diesem Haushalt abgesichert.

Sie haben auch den Ausbau angesprochen. Auch dieser war dringend notwendig. Da wurden zusätzlich – das muss man einfach einmal sagen – 2,5 Millionen € extra für die Studentenwerke eingestellt. Denn dort, wo man studiert und wo in Zukunft auch mehr Studierende sind, brauchen wir auch Wohnungen, und dort brauchen wir auch Mensaeinrichtungen. Also ist es konsequent, dass da auch mehr Geld hineinfließt. Insofern ist das ein sehr wichtiges Zeichen in diesem sehr sinnvollen Haushalt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein weiteres Thema, das Sie angesprochen haben, sind die Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Auch da werden zusätzlich 8 Millionen € hineingesteckt, weil uns die For-

schung sehr wichtig ist. Wer weiß, was an den Hochschulen alles geleistet wird, insbesondere wenn es um die Kooperation mit der Industrie geht, sieht, dass das sehr, sehr gut angelegtes Geld ist. Insofern ist auch das ein Highlight dieses Haushalts.

Ein weiteres Thema sind europäische Forschungsprojekte. Auch an dieser Stelle haben wir noch zusätzliche Mittel bereitgestellt. Es gibt das Programm „InnoEnergy“, für das im Haushalt extra 250 000 € vorgesehen werden. Wir müssen wissen – ich sage das einfach für diejenigen, die jetzt mit dem Haushalt nicht so sehr vertraut sind –: Forschungsmittel von der europäischen Ebene sind für Baden-Württemberg extrem wichtig. Wir profitieren davon extrem. Insofern ist es sehr gut angelegtes Geld, von dem Baden-Württemberg und insbesondere der Standort mit dem Projekt „InnoEnergy“ sehr stark profitieren werden.

Was auch dazugehört, ist, dass man mit den Projekten in der Forschungslandschaft auch eine Vielseitigkeit darstellt. Wir haben mit den Islamstudien ein gutes Projekt in Tübingen gewonnen. Die Islamwissenschaften sind dort jetzt gestartet. Ich muss an dieser Stelle auch sagen: Es ist schon eigenartig, wer da alles aufgetreten ist. Bei der Eröffnung waren Vertreter aller Parteien dabei, haben sich auf die Schultern geklopft und hervorgehoben, wie toll das alles gelaufen sei. Aber auch da haben wir eine Finanzierungslücke gehabt. Auch dafür waren nicht die nötigen Gelder vorgesehen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Skandal!)

Da mussten wir auch wieder tätig werden.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir warten jetzt auf Ihre Finanzierung!)

– Wir finanzieren es. Das Projekt geht weiter. Der Bund ist da in Vorleistung gegangen. Wir, das Land, ziehen jetzt nach. Insofern haben wir auch da konsequent eine Lücke geschlossen, die uns leider hinterlassen wurde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Schluss noch zwei Punkte, die mir wichtig waren. Wir haben zusammen mit den Kollegen aus dem Landwirtschaftsbereich Gelder für die Entwicklung von Alternativmethoden für Tierversuche vorgesehen. Ich glaube, das ist sehr wichtig.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das haben wir schon gehabt! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist doch nichts Neues!)

– Das gab es früher einmal. Das ist aber wieder beendet worden. Wir haben den Ball aufgenommen und haben jetzt einen deutlich größeren Betrag eingestellt, um dieses Thema voranzubringen. Insofern ist auch das ein guter, wichtiger Schwerpunkt, der gemeinsam von den Leuten aus dem Wissenschaftsbereich und dem Landwirtschaftsbereich vorangetrieben wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Als Letztes möchte ich auf die Stellensituation eingehen. Es ist wirklich ein Hammer, dass Sie sagen, da würden unnötig Stellen geschaffen. 200 der benannten Stellen werden nur

(Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr)

überführt. Diese wurden bisher aus den Einnahmen aus Studiengebühren finanziert, waren aber immer befristet. Wir haben lediglich 200 Stellen entfristet. Das sind typische Beispiele aus dem Forschungsbereich und vor allem dem Lehrbereich, bei denen an den Hochschulen Personen in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren. Das schaffen wir jetzt für 200 Stellen in Baden-Württemberg ab. Das ist doch eine super Sache. Da können Sie doch nicht dagegen sein. Da schaffen wir doch keine neuen Stellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie müssen sagen, wie Sie das finanzieren!)

– Das ist genau wie vorher finanziert. Aber wir nutzen jetzt die Möglichkeit, diese Stellen endlich zu entfristen. Das ist für die Betroffenen sehr gut. Der Wissenschaftsbetrieb ist in dieser Hinsicht sowieso sehr schwierig; das wissen Sie genau. Insofern ist es ein Hohn, dass Sie diese Stellen in Ihre Rechnung einbeziehen.

Dieser Haushaltsentwurf setzt deutliche Schwerpunkte für die Öffnung und den Ausbau der Hochschulen, für eine starke Forschungslandschaft. Für gute Lehre und Forschung muss aber ausreichend Geld vorhanden sein. Das stellen wir jetzt sicher. Ich würde mich freuen, wenn Sie das anerkennen und dem Haushalt so zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bravo!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Rivoir.

**Abg. Martin Rivoir** SPD: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu Beginn sagen: Ich bin fast elf Jahre im Wissenschaftsausschuss zugange und habe viele Abstimmungen über Anträge der damaligen Oppositionsfraktionen erlebt. In all diesen Jahren habe ich es eigentlich nie erlebt, dass irgendein Antrag der Opposition angenommen worden ist. Wir haben die damaligen Anträge oft wenige Wochen oder Monate später als Anträge der damaligen Regierungsfractionen wiedergefunden.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Deswegen sind wir jetzt einmal gespannt!)

Mein lieber Herr Dr. Birk, dass Sie sich hier hinstellen und wegen einer Abstimmung von einer „Arroganz der Mehrheit“ sprechen, finde ich angesichts der geschilderten Historie ziemlich infam.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Dr. Birk lernt noch Opposition!)

Ich verstehe auch die ganze Aufregung nicht, weil wir bei dem Einzelplan 14 in den großen Linien seit Jahren eigentlich in die gleiche Richtung, in die richtige Richtung gehen. Der vorliegende Einzelplan 14 zeichnet sich einerseits durch Kontinuität und andererseits auch durch Neuorientierung aus.

Kontinuität gibt es z. B. bei der Exzellenzinitiative. Die hervorragend aufgestellten und im bundesweiten Wettbewerb sehr erfolgreichen Universitäten in unserem Land bekommen auch in diesem Haushalt die entsprechende Kofinanzierung abgesichert. Uns ist das ganz wichtig: Auch unter der neuen Landesregierung soll Spitzenforschung an den Universitäten gefördert werden. Wir wollen und werden dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg auch weiterhin Spitzenforschung im Bundesbereich betrieben wird, und schaffen dafür die finanzielle Voraussetzung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Unter dem Stichwort Kontinuität will ich auch das KIT in Karlsruhe erwähnen. Der Prozess der Harmonisierung wird auch in diesem Jahr weiter vorangetrieben. Auch die Autonomie, aber auch die Demokratisierung dieses Flaggschiffs der baden-württembergischen Hochschullandschaft wird von uns in Kontinuität weiterbefördert.

Kontinuität – das wurde vorhin schon angesprochen – zeigt sich auch im Programm „Hochschule 2012“. Vor sechs Jahren von der Vorgängerregierung aufgelegt, von uns immer kritisch, aber durchaus positiv begleitet, ist dieses Programm jetzt sozusagen im Zieljahr 2012 angekommen. Wir haben in all den Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass die ursprünglich geplanten 16 000 neuen Studienplätze zu wenig sind. Wir haben immer 20 000 neue Studienplätze gefordert. Ich muss auch sagen: Diese Forderung der damaligen Opposition wurde von der Realität überholt. Im Haushalt sind nun – das wurde schon gesagt – Mittel vorhanden, um den endgültigen Aufwuchs dieses Programms auf 22 000 neue Studienplätze zu finanzieren.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Nach Angaben des Statistischen Landesamts! Das hätten wir auch nicht anders gemacht!)

– Ja, ja. – Dieses Programm „Hochschule 2012“ und dessen Umsetzung – das muss man, glaube ich, einmal in aller Deutlichkeit sagen – stellt nicht nur eine Riesenleistung der Finanzpolitik, der Haushaltspolitik des Landtags dar, sondern auch eine Riesenleistung der Hochschulen im Land, die zum Teil wirklich an der Grenze arbeiten, um die hohe Zahl der Studienanfänger in eine Ausbildung zu bekommen. Dem gilt unser Dank.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Dafür gilt ihnen unser Dank.

Meine Damen und Herren, eines wird auch immer klarer: Die Finanzpolitiker dürfen sich keine Hoffnungen machen, dass diese hohe Zahl an Anfängerstudienplätzen, an Studienplätzen kurzfristig zurückgefahren werden kann. Nein, die höheren Übergangsquoten und nicht nur die geburtenstarken Jahrgänge werden diese Zahl für längere Zeit oben halten. Auch der Aufwuchs bei den dringend erforderlichen Masterstudiengängen und Masterstudienplätzen wird sicherlich auch im Bereich der Finanzen keine Entlastung bringen können.

So weit zum Thema Kontinuität.

Nun komme ich zu einigen Punkten, meine Damen und Herren, bei denen wir eine deutliche Neuorientierung der Hoch-

(Martin Rivoir)

schulpolitik vorgenommen haben. Es wird Sie nicht wundern: Ich werde als Erstes hier noch einmal das Thema Studiengebühren ansprechen. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft, und zwar zu Recht. Wir haben den Hochschulen eine faire Kompensation gegeben. Ich verstehe den Antrag und die aufgeregten Diskussionsbeiträge der CDU hierzu nicht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist ja das Schlimme! Genau das ist ja die Arroganz!)

Nach all dem, worüber wir hier in den letzten Wochen diskutiert und uns ausgetauscht haben, hätte ich von Ihnen, Herr Dr. Birk, eigentlich etwas mehr Einsicht und Verständnis für diesen Vorgang erwartet. Deswegen sage ich es Ihnen hier noch einmal in aller Deutlichkeit: Studiengebühren sind unsozial, und sie halten Menschen vom Studium ab.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ach was! Das stimmt schlicht nicht!)

Deswegen werden sie zu Recht von uns abgeschafft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Rivoir, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Birk?

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Nein, nein. Am Schluss vielleicht.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Es wird doch nicht besser, wenn Sie immer das Gleiche sagen!)

Wenn Sie so tun, als würde ein Studium nichts mehr kosten, wenn man die Studiengebühr von 500 € pro Semester abschafft, sage ich Ihnen: Auch ohne Studiengebühren kostet ein Studium noch sehr viel Geld und ist für viele Familien ein gewaltiger finanzieller Kraftakt.

(Zuruf von der CDU: Das kostet die Meisterprüfung auch!)

Wir werden diese Familien nicht zusätzlich mit Studiengebühren belasten. Deswegen ist die Abschaffung völlig richtig.

Nun noch ein weiterer Punkt bei der Neuorientierung unserer Hochschulpolitik: Wir werden – es wurde oft darüber diskutiert, oft gefordert; nun ist es auf dem Weg – eine Demokratisierung der Hochschulen einleiten. Der Gesetzentwurf zur Verfassten Studierendenschaft, der sich jetzt in der Anhörung befindet, ist im Internet veröffentlicht worden. Auch das ist eine neue Form der Beteiligung und der Teilhabe an Entscheidungsprozessen.

Die Neuausrichtung – wir haben das hier auch schon einmal besprochen – in der Hochschulpolitik gilt auch für die Universitätsmedizin. Das unsägliche Universitätsmedizinengesetz wurde rückabgewickelt, und ein neues Gesetz wird auf Augenhöhe mit den Beteiligten entstehen.

Meine Damen und Herren, einen weiteren Punkt will ich ansprechen. Beim Kassensturz wurde eines klar: Im Bereich der Hochschulbauten besteht Sanierungsbedarf in Milliardenhöhe. Die Vorgängerregierung hat nichts gemacht. Wir gehen das Problem nun an und haben in diesen Haushalt einen deut-

lichen zweistelligen Millionenbetrag eingestellt, um mit der Abarbeitung des Sanierungsstaus zu beginnen.

Es wird auch neu gebaut, um dem Ansturm der Studierenden gerecht zu werden. Mosbach wurde genannt. Ulm und andere Hochschulstandorte werden durch Neubauten gestärkt.

Jetzt hat hier auch das Thema „Duale Hochschule“ schon eine Rolle gespielt. Deswegen will ich auch dazu und zu dem betreffenden Antrag der CDU-Fraktion etwas sagen. Für uns ist es völlig klar: Die Duale Hochschule ist ein absolut wichtiger Bestandteil unserer Hochschullandschaft. Sie ist praxisorientiert und wirtschaftsnah, und dort wird eine hervorragende Ausbildung sichergestellt. Aber eines ist auch klar: Die Duale Hochschule – Sie haben das schon angesprochen, Herr Kollege von den Grünen – ist strukturell unterfinanziert. Für diese strukturelle Unterfinanzierung, die seit Beginn der Existenz dieser Hochschule gegeben ist, tragen Sie, meine Damen und Herren von den früheren Regierungsfractionen, die Verantwortung.

Hier jetzt einfach mit einem Antrag auf Erhöhung der Kompensationsmittel zu kommen ist keine Abhilfe. Uns – das ist ein Grundsatz – ist jeder Studierende gleich viel wert. Deswegen gibt es die Kompensationsmittel für jede Hochschulart, für jeden Studierenden in gleicher Höhe. Wir haben aber das Problem dieser strukturellen Unterfinanzierung der Dualen Hochschule erkannt. Wir sind mit den Verantwortlichen im Gespräch und werden auch dafür eine faire Lösung finden.

An dieser Stelle will ich etwas zu den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, zu den ehemaligen Fachhochschulen, sagen. Wir sind froh, dass wir in Baden-Württemberg nicht nur Spitzenuniversitäten haben, sondern auch sozusagen eine breite Liga der Hochschulen für angewandte Wissenschaften. An diesen Hochschulen wird hervorragende Arbeit geleistet. Diese Hochschulen leisten gerade im Rahmen des Programms „Hochschule 2012“ Großes und sorgen durch eine gute Ausbildung dafür, dass unserem Mittelstand hoch qualifizierte Ingenieure zur Verfügung stehen.

Wir werden die Hochschulen in Baden-Württemberg stärken. Deswegen haben wir 8 Millionen € zur Förderung der angewandten Forschung an den ehemaligen Fachhochschulen in diesen Haushalt eingestellt.

Eines ist meiner Fraktion sehr wichtig: Diese ehemaligen Fachhochschulen sind traditionelle Ausbildungsorte mit einem eher niedrigschwelligem Zugang. Sie waren und sind ein Transmissionsriemen für den sozialen Aufstieg. Sie ermöglichen Menschen ein Studium, die zum Teil eher aus bildungsfernen Schichten kamen und kommen. Wir sehen deswegen bei dieser Hochschulart eine große Zukunftsaufgabe hinsichtlich der Heranführung junger Menschen – insbesondere mit Migrationshintergrund – an ein Studium. Ich glaube, dass dies ein wichtiger Beitrag sein kann, um dem Ingenieurmangel Herr zu werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nun möchte ich zu dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion kommen, in dem es um die Studiengebühren an den kirchlichen Hochschulen geht. Ich muss in aller Klarheit Folgendes feststellen: Kirchliche Hochschulen sind private Hochschu-

(Martin Rivoir)

len. Der Landtag hat weder Studiengebühren an diesen Hochschulen eingeführt, noch kann er sie abschaffen.

(Zuruf von den Grünen: So ist es!)

Das müssen Sie von der CDU auch ganz genau wissen. Ihr Antrag, mit dem Sie den kirchlichen Hochschulen Kompensationsmittel zur Verfügung stellen wollen, ist reiner Populismus. Wenn wir diesen Antrag annehmen würden, würden wir Tür und Tor für Kompensationsmittel für alle privaten Hochschulen öffnen. Das geht so nicht.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Vielleicht will die CDU das!)

Wir haben das Problem erkannt. Wir werden auch in diesem Fall gemeinsam mit den Hochschulen eine Lösung finden. Ihren Antrag müssen wir heute aber leider ablehnen.

(Zuruf: „Leider“!)

Ich komme zum Schluss. Meine Kollegin Helen Heberer wird nachher noch etwas zur Kunst sagen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beschäftigt man sich mit dem Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst –, so stellt man fest, dass die neu gewählte Landesregierung in den allermeisten Bereichen die Politik der CDU-FDP/DVP-Vorgängerregierung fortsetzt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist aber eine Unterstellung!)

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u. a. der Hochschulpakt und das Programm „Hochschule 2012“, das in diesem Jahr in die Zielgerade einläuft. In diesen Bereichen unterstützt die FDP/DVP den Haushaltsentwurf; denn Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen sind die wesentlichen Grundlagen für ein erfolgreiches wissenschaftliches Arbeiten.

„Never change a winning team“ – dieser Grundsatz aus dem Sport kann auch für die Politik im Wissenschaftsland Baden-Württemberg gelten, aber keineswegs nur im Hinblick auf die bevorstehende zweite Exzellenzrunde. Dennoch ist der vorliegende Einzelplan 14 auch Ausdruck einer falschen Weichenstellung der grün-roten Koalition. Die ersten Folgeprobleme der kürzlich vorgenommenen Abschaffung der Studiengebühren zeigen sich nämlich bereits an dieser Stelle: 117 Millionen €, die wir an anderer Stelle im Hochschulbereich gut hätten gebrauchen können, müssen nun als Kompensationsmittel bereitgestellt werden.

Frau Ministerin Bauer, es ist schon ulkig, dass Sie wenige Wochen nach der Verabschiedung des Studiengebührenabschaffungsgesetzes plötzlich feststellen, dass für die Bewältigung des eigentlich sehr erfreulichen Zuwachses an Studierenden das Geld fehlt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Statt sich nun selbst auf die Suche nach Lösungen zu machen, was eigentlich Ihre Aufgabe als Ministerin wäre, rufen Sie einfach nach dem Bund nach dem Motto: Hauptsache, jemand anders hat den Schwarzen Peter. Dabei ist der Bund laut Grundgesetz nicht für die Hochschulen zuständig, sondern zuständig sind die Länder. Bereits jetzt beteiligt sich der Bund über den „Hochschulpakt 2020“ freiwillig am Ausbau der Hochschulen. Voraussichtlich wird er sich auch einer weiteren Beteiligung nicht verweigern. Die Verantwortung und damit auch der Großteil der Finanzierung eines Hochschulausbauprogramms bleiben jedoch beim Land.

Über die Abschaffung der Studiengebühren sind die Hochschulen übrigens alles andere als glücklich; denn sie wissen, dass die für die Kompensation aufgewandten Mittel im Haushalt an anderer Stelle fehlen. Auch ist nicht völlig auszuschließen, dass der Sonderposten Kompensationsmittel angegangen wird, wenn einmal schlechtere Zeiten kommen. Dann werden Tauschgeschäfte möglich sein, die unter dem Strich sicherlich nicht zugunsten der Hochschulen ausgehen. Vielleicht erklärt dieser Umstand auch Ihren rätselhaften Widerstand gegen einen zusätzlichen Solidarpakt, gegen den man sonst eigentlich nichts haben kann.

Schlimm finde ich vor allem, dass sich Grüne und SPD so tief in das Dogma der Gebührenabschaffung verbohrt haben, dass sie sich einem Nachdenken über alternative Wege der Hochschulfinanzierung mit sozialverträglicher Beteiligung der Studierenden, wie beispielsweise durch nachlaufende Studiengebühren, schlichtweg verweigert haben.

(Zuruf von den Grünen: Wo ist Ihr Konzept?)

Dabei hätten nachlaufende Studiengebühren auch die Chance geboten, die durch die Geschwisterregelung bedingten Ausnahmefälle auszugleichen. Wenn die Studiengebühren erst nach dem Studium mit dem Erreichen einer bestimmten Einkommensgrenze fällig würden, wäre eine Berücksichtigung der familiären Verhältnisse obsolet. Da Sie von Grün-Rot für die Berechnung der Pro-Kopf-Kompensation nur das Mittel nach Abzug der Geschwisterbefreiung angesetzt haben, wird hier für die Hochschulen nicht das Optimum zur Verfügung gestellt, was aber möglich wäre.

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie doch auch nicht gemacht!)

Ihre Verweigerungshaltung in dieser Frage ist nicht nur deshalb so rätselhaft, da nachlaufende Studiengebühren unbestreitbar sozial ausgewogen sind, sondern auch deshalb, weil wir Liberalen nachlaufende Studiengebühren für sozialer halten, als die Steuerzahler zu 100 % für die Kosten eines Studiums aufkommen zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Offenbar gibt es den einen oder anderen Grünen, der sich, wie auch der SPD-Landesvorsitzende, diesen Überlegungen nicht ganz verschließen kann. Meine Damen und Herren von Grün-Rot, bei diesem Thema fehlt es Ihnen schlicht an Mut; denn inhaltliche Gründe gegen nachlaufende Studiengebühren gibt es nicht. Einigen von Ihnen fehlt auch noch der Mut, die ei-



(Dr. Timm Kern)

gene Überzeugung und das für besser Erachtete zu vertreten, auch wenn einem einmal der Wind ins Gesicht bläst.

Ein weiteres Problem infolge der Abschaffung der Studiengebühren wird uns in Zukunft sicherlich noch öfter beschäftigen. Es ist das Dilemma zwischen dem grundsätzlich nachvollziehbaren Anliegen der Hochschulen, aus den Kompensationsmitteln feste Stellen zu erhalten, und der Frage, inwieweit durch das Schaffen fester Stellen aus Kompensationsmitteln im Landeshaushalt den Studierenden und ihrer Vertretung Schritt für Schritt die Möglichkeit genommen wird, über die Verwendung der Kompensationsmittel selbst zu entscheiden. Nachdem es sich bei den Kompensationsmitteln nicht mehr um echte Einnahmen aus Studiengebühren handelt, sondern eigentlich um Haushaltsmittel, wird diese Frage virulent bleiben. Laut aktuellem Haushaltsentwurf handelt es sich um 736 Stellen. Auch zukünftig werden es sicher nicht weniger werden. Die FDP/DVP jedenfalls wird die Entwicklung in diesem Bereich weiter kritisch beobachten.

Am Beispiel der kirchlichen Hochschulen und ihrer berechtigten Forderung nach Beteiligung an den Kompensationsmitteln ist deutlich geworden, dass wir uns mit dem Thema Hochschulfinanzierung nach dem Prinzip „Geld folgt Student“ noch intensiver befassen müssen. Im vorliegenden Entwurf des Einzelplans 14 findet sich hierzu jedoch noch nichts. Sie haben aber Sympathie für das Prinzip „Geld folgt Student“ geäußert.

Wir Liberalen fühlen uns diesem Thema naturgemäß sehr verbunden und haben mit den Studiengutscheinen schon Vorschläge in diese Richtung gemacht, dass die Hochschulfinanzierung an der Nachfrage der Studierenden ausgerichtet werden soll und unabhängig von Hochschulart oder Trägerschaft erfolgen soll. Das würde auch eine stärkere Schwerpunktsetzung im Bereich der Lehre nach sich ziehen. Denn damit würde ein echter Wettbewerb um die Studierenden im besten Sinn entfacht. Ihre weiteren Schritte im Zusammenhang mit dem Prinzip „Geld folgt Student“ werden wir Liberalen mit großem Interesse verfolgen und Sie gelegentlich an Ihre diesbezüglichen Vorhaben erinnern.

Bedauerlich ist schließlich auch die Ablehnung des FDP/DVP-Antrags zur Beteiligung des Landes an der Förderung der empirischen Bildungsforschung, deren Arbeit bisher hauptsächlich aus Bundesmitteln finanziert wird. Die empirische Bildungsforschung überprüft auf der Basis von Daten und mithilfe von wissenschaftlichen Methoden beispielsweise, an welchen Stellen ein Bildungssystem erfolgreich ist und an welchen nicht. Damit gibt diese Forschungsrichtung wertvolle und fundierte Hinweise für Qualitätsverbesserungen und bringt Licht ins Dunkel einer häufig ideologisch geführten Diskussion über bildungspolitische Fragestellungen. Da es sich bei der empirischen Bildungsforschung um eine junge, im Aufbau begriffene Forschungsrichtung handelt, halten wir Liberalen eine verbesserte Ressourcenausstattung für notwendig und fordern die Landesregierung auf, diese Forschungsrichtung auch von Landesseite aus zu unterstützen.

Für den Kunst- und Kulturbereich begrüßt die FDP/DVP-Landtagsfraktion ähnlich wie für den Wissenschaftsbereich, dass die Politik der CDU-FDP/DVP-Vorgängerregierung fortgesetzt wird. Gerade im Kunst- und Kulturbereich sind die handelnden Personen auf die Verlässlichkeit der Förderungen angewiesen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Für Tübingen kann man das nicht sagen! Das müssten Sie eigentlich wissen!)

Auch begrüßen wir, dass zur Umsetzung der in der vergangenen Legislaturperiode erarbeiteten und von allen Fraktionen mitgetragenen Kunstkonzeption zusätzlich 5 Millionen € in die Hand genommen werden. Allerdings wird hieraus ein Kunstfonds eingerichtet, zu dem im Haushaltsplan nur wenig Konkretes gesagt wird. Wir Liberalen sind jedoch der Auffassung, dass die Verwendung öffentlicher Gelder transparent und nachvollziehbar erfolgen sollte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Es ist doch ein Gebot der Fairness gegenüber den Kunst- und Kulturschaffenden, wenn Förderprogramme öffentlich ausgeschrieben und mit ebenso klaren wie eindeutig gefassten Regeln der Förderung versehen sind. Einen Kunstfonds als Schatulle, aus dem der Staatssekretär nach eigenem Gutdünken Wohltaten verteilt, lehnen wir Liberalen jedenfalls ab.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie sind also gegen einen Kunstfonds? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Leider hat der Finanz- und Wirtschaftsausschuss den Antrag der FDP/DVP auf Konkretisierung der Förderbedingungen für den Kunstfonds abgelehnt. Unser Vorschlag lautete, aus den Mitteln des Kulturfonds zum einen ein Förderprogramm für die kulturelle Bildung, insbesondere für die Kooperation von Kunst- und Kulturschaffenden mit Schulen, und zum anderen einen Wettbewerb zur Prämierung von innovativen und interkulturell ausgerichteten Projekten zu finanzieren.

Zudem sollte ein Teil der Mittel nach unseren Vorstellungen für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Provenienzforschung verwendet werden. Denn wir sind der Meinung, dass es neben sorgfältiger Forschung vor allem auch einer guten Zusammenarbeit und Vernetzung der Wissensträger insbesondere in den Museen, Archiven und Bibliotheken bedarf, um enteignetes Kulturgut und seine ursprünglichen Eigentümer ausfindig zu machen. Dass die Regierungsfractionen diesen Konkretisierungs- bzw. Verbesserungsvorschlag nicht annehmen wollten, ist sicherlich der Neigung zum reflexartigen Ablehnen von Oppositionsanträgen geschuldet.

(Unruhe bei den Grünen)

Wir hoffen aber, dass die Konkretisierung nachträglich noch erfolgt, sodass der Kunstfonds im Sinne der gemeinsam gesetzten Ziele und zum Wohle von Kunst und Kultur arbeiten kann.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie wollten ihn doch abschaffen!)

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Bauer.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns in einer Phase des Umbruchs mit großen Herausforderungen für unsere Gesellschaft und für unsere Wirtschaft. Ich bin überzeugt, dass Wissenschaft, Forschung und Kunst ganz entscheidend dazu beitragen können und müssen, diese Herausforderungen zu bewältigen. Insbesondere sind unsere Hochschulen als Stätten der wissenschaftsbasierten Ausbildung, der Weiterbildung und Forschung dafür prädestiniert und in einer besonderen Weise gefordert. Dem muss auch unsere Prioritätensetzung in unserer Haushaltspolitik folgen. Der Haushalt 2012 kann in diesem Zusammenhang nur ein erster Schritt sein, um die wichtigen finanziellen Weichenstellungen vorzunehmen, die in den nächsten Jahren auch konsequent weiterzuverfolgen sind.

Unser Etat orientiert sich an zwei Grundgedanken:

Erstens: Die Hochschulen wachsen, und zwar viel stärker, als alle Prognosen vorhergesagt haben. Während sie wachsen, müssen sie leistungsfähig bleiben; sie müssen genau genommen noch leistungsfähiger werden, als sie es bislang sind; denn nur so können sie ihrer Rolle als Denkfabrik und Innovationsschmiede gerecht werden.

Zweitens ist bei all diesen Bemühungen das Ziel der Nullneuerschuldung nicht aus den Augen zu verlieren. Das ist eine schwierige Gratwanderung, ein schwieriger Spagat.

Ich glaube, dass der Einzelplan 14 beide Vorgaben sehr gut erfüllt.

Auf der einen Seite stellt der Einzelplan 14 sicher, dass Baden-Württembergs Hochschul- und Forschungslandschaft ihre Stärke erhält, eine Stärke, die auch in der Vielfalt der unterschiedlichen Profilierungen unserer Hochschul- und Forschungseinrichtungen liegt. Gleichzeitig gelingt es, Studienbedingungen und Teilhabechancen zu verbessern.

Auf der anderen Seite trägt die globale Minderausgabe ganz erheblich dazu bei, dass das landespolitische Ziel der Nullneuerschuldung erreicht wird. Damit sind durchaus erhebliche Zumutungen, verteilt auf die einzelnen Bereiche in Wissenschaft, Forschung und Kunst, verbunden.

Wir sind stolz darauf und freuen uns sehr, dass es gelungen ist, das Ausgabenvolumen für Wissenschaft, Forschung und Kunst insgesamt in diesem Haushalt zu steigern. Wir verzeichnen eine Steigerung um 9 %; das heißt, 373 Millionen € fließen zusätzlich in diesen Bereich. Dennoch wird in bestimmten Bereichen durch die globale Minderausgabe und durch die Einsparauflagen wieder etwas weggenommen. Das mindert dieses Wachstum, neutralisiert es aber nicht.

Ich möchte nicht unter den Teppich kehren, dass die Einsparauflagen, die im Einzelplan 14 zu erbringen sind, besonders diejenigen Bereiche treffen, die zwar nicht vom Solidarpakt erfasst werden, aber unsere eigenen politischen Schwerpunkte darstellen. Das gilt neben der globalen Minderausgabe insbesondere für das Stelleneinsparprogramm, das noch von der vorherigen Landesregierung auferlegt wurde, das sogenannte 1480-Stellen-Einsparprogramm. Im Rahmen dieses Stelleneinsparprogramms sind im Einzelplan 14 bis zum Jahr 2020 99 Stellen einzusparen. Betroffen sind davon im We-

sentlichen Kunst und Kultur, ein wenig die Forschung sowie das Ministerium an sich. Damit sind erhebliche Zumutungen verbunden; das möchte ich einfach nicht unerwähnt lassen. Wir schöpfen hier nicht aus dem Vollen, sondern muten – im Gegensatz zu den Ansagen, die wir alle miteinander fraktionsübergreifend für den Kulturbereich gemacht haben – diesen Einrichtungen viel zu.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich sagte es eben: Die Aufwendungen im Bereich Forschung, Wissenschaft und Kunst wachsen erheblich. Ich möchte betonen, dass ein Teil dieses Wachstums nicht allein auf eigene Anstrengungen aus dem Landshaushalt zurückgeht, sondern dass auch Mittel, die vom Bund in unsere Forschungs- und Wissenschaftslandschaft fließen, einen relevanten Teil ausmachen. Das ist erfreulich. Ich bin überzeugt davon, dass dies unverzichtbar ist. Es hat aber auch seine Schattenseiten. Denn die Bundesprogramme sind befristet; das bedeutet, dass beim Auslaufen der Bundesförderung das Land in der Verantwortung ist, für Nachhaltigkeit und Stabilität einzustehen und die Nachfolgefinanzierung zu übernehmen.

Ich möchte Ihnen an ein paar wichtigen Punkten verdeutlichen, wo der Bund in unsere Finanzierung von Forschung und Wissenschaft eingreift und woran er beteiligt ist.

Erstens ist da natürlich die Exzellenzinitiative zu erwähnen. Gerade in Baden-Württemberg hat sie für einen enormen Schub gesorgt, auch für viele zusätzliche finanzielle Ressourcen. Wir haben im Moment – die Exzellenzrunde I läuft noch – rund 87 Millionen € jährlich, die von Landesseite um jährlich 29 Millionen € ergänzt werden und zu einem relevanten Finanzierungsschub von 116 Millionen € führen.

Wir befinden uns in der Antragsphase für die Exzellenzrunde II. Im Sommer werden wir mehr wissen. Baden-Württemberg ist auch für diese zweite Runde hervorragend aufgestellt. 20 Anträge sind unterwegs, davon zehn Neuanträge. Wir sind sehr zuversichtlich, dass es gelingen kann, über die bestehenden Erfolge hinaus weitere Erfolge in der Exzellenzinitiative zu erreichen. Das bedeutet, dass nicht nur zusätzliches Geld vom Bund, sondern auch zusätzliche Kofinanzierungsaufgaben des Landes kommen werden. Landesregierung und Landesparslament haben schon signalisiert: Wir stellen uns dieser Verantwortung,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das finanzieren wir gern!)

und wir werden auch zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

Wir wissen auch: Wenn dieses Programm ausläuft, sind wir in der Verantwortung, für die Nachhaltigkeit von sinnvollen neuen Strukturen mit einzustehen. Wir können die Universitäten damit nicht alleinlassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein zweites Beispiel ist das Programm zur Sicherung der Qualität in der Lehre, sozusagen ein gewisses nachgelagertes Pendant zur Exzellenzinitiative: Aus diesem Programm erhält Baden-Württemberg bis 2016 insgesamt 130 Millionen € vom Bund.

(Ministerin Theresia Bauer)

Ein drittes Beispiel ist der „Hochschulpakt 2020“, der das Landesprogramm „Hochschule 2012“ ergänzt und übrigens aus gutem Grund mit einem anderen Zeithorizont versehen ist.

Wir haben in unserem Land so viele zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger, dass wir jetzt auch die positiven finanziellen Folgen dieser Entwicklung zur Kenntnis nehmen dürfen. Wir freuen uns, dass im Jahr 2012 durch unsere wachsenden Studierendenzahlen rund 133 Millionen € an Bundesgeld aus dem „Hochschulpakt 2020“ in unser Land fließen. Zusätzlich stecken wir weitere Landesmittel in die Finanzierung dieses Aufwuchses.

Lassen Sie mich das erläutern, verehrter Herr Kollege Dr. Kern: Ich habe in diesen Tagen in der Tat sehr deutlich darauf hingewiesen, dass wir eine Finanzierungslücke haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir haben sie nicht deshalb, weil wir das Geld woanders ausgeben würden.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Vielmehr entsteht die Finanzierungslücke dadurch, dass der „Hochschulpakt 2020“ des Bundes nicht auskömmlich finanziert ist. Er ist auch nicht auf der Basis realistischer Zahlen berechnet. Die entsprechende Korrektur habe ich in diesen Tagen der Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit vorgestellt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie viel fehlt?)

Wir haben in diesen Jahren sehr viel höhere Anfängerzahlen. Die Kultusministerkonferenz hat die Zahlen früher immer kleingerechnet und musste diese Zahlen nun unter realistischeren Vorannahmen nach oben korrigieren. Dies gilt aber nicht nur für die Spitzenjahre 2012 und 2013, sondern insbesondere auch für die Jahre danach.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Langfristig!)

Die Entwicklung geht nicht nach unten, sodass wir sozusagen mit dem Abschmelzen anfangen könnten, sondern wir befinden uns am Anfang eines neuen Plateaus.

Die neuen Zahlen zeigen, dass der Hochschulpakt mit den zur Verfügung gestellten Mitteln nicht ausreichen wird. Bislang sind die Planungen auf Bundesebene bis 2015 angedacht. Die Gelder für 2015 werden spätestens Mitte 2014 aufgebraucht sein, weil die Studierendenzahlen so hoch sind, wie sie sind. Wir brauchen dringend eine längerfristige Perspektive, damit wir auch den Hochschulen bessere Möglichkeiten geben können, vernünftige Beschäftigungsverhältnisse einzugehen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das ist sehr wichtig!)

Deswegen muss der Deckel des Hochschulpakts angehoben und muss die Laufzeit bis 2020 erweitert werden.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Nach allem, was uns vorliegt, wird bis 2020 hinsichtlich der Beteiligung des Bundes am „Hochschulpakt 2020“ eine finan-

zielle Lücke von über 9 Milliarden € entstehen. Darüber habe ich geredet. Ich bitte Sie, auch parteiübergreifend im gesamten Haus mit dafür einzutreten, dass der Bund diese Verantwortung mit wahrnimmt. Das Land schleicht sich da überhaupt nicht aus der Verantwortung. Wir werden die Nachhaltigkeit dieser Studienplätze immer selbst zu finanzieren und eigenes Geld hineinzustecken haben. Aber allein werden die Länder – nicht Baden-Württemberg und auch kein anderes Bundesland – diese Aufgabe nicht schultern können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es gibt auch weitere Förderprogramme des Bundes, bei denen sich unsere Hochschulen mit Erfolg beworben haben. Genannt sei beispielhaft das Professorinnenprogramm oder das Programm zur Förderung von Zentren für Islamische Theologie. Herr Schmidt-Eisenlohr hat das eben ausgeführt.

Genauso erfolgreich ist Baden-Württemberg beim Einwerben von Bundesanteilen an der Forschungsförderung. Auch da ist Baden-Württemberg traditionell hervorragend aufgestellt. Baden-Württemberg ist beim Ansiedeln von hervorragenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen überdurchschnittlich erfolgreich.

Aber, Herr Kollege Dr. Birk, ich muss ein bisschen Wasser in den Wein gießen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber nicht zu viel!)

wenn Sie sagen, alles, was früher passiert ist, sei gut und alles, was wir verändern, sei dann ein Schatten in diesem Spiel mit Licht und Schatten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

Wenn wir uns anschauen, wie erfolgreich Baden-Württemberg in den letzten Jahren beim Einwerben von Bundesmitteln zur Forschungsförderung war, sehen wir, dass der Vorsprung geschmolzen ist.

Wir haben im Jahr 2006 in Baden-Württemberg noch 18 % der Bundesforschungsfinanzierung erhalten; 2010 waren es nur noch 16,2 %. Wir befinden uns seit Jahren auf einer schiefen Ebene. Der Vorsprung schmilzt. Der Anteil für Nordrhein-Westfalen beispielsweise ist im selben Zeitraum gewachsen.

Ich möchte vor zu viel Selbstzufriedenheit warnen. Wir müssen uns in Baden-Württemberg auch in diesem Bereich anstrengen, damit wir unseren Vorsprung halten und weiterhin erfolgreich außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Bundesgelder hier im Land halten sowie zusätzliche Gelder holen. Auch die anderen legen sich nicht auf die faule Haut, und wir haben uns weiterhin nach der Decke zu strecken.

Ein gutes Beispiel, das ich im Zusammenhang mit der Forschungsförderung erwähnen möchte, auf das wir auch sehr stolz sind, ist das Thema Hoch- und Höchstleistungsrechner. Es ist gelungen, Mittel für die Finanzierung von Investitionen, Betrieb und Anwendungsentwicklung an Bundeshochleistungsrechenzentren in Stuttgart, München und Jülich einzuwerben. Unsere gesamte universitäre Landschaft wird davon profitieren. In diesem Zusammenhang werden wir bis 2015 Mittel in Höhe von insgesamt 400 Millionen € einwerben. Davon sind 50 % von den Sitzländern zu finanzieren. Das

(Ministerin Theresia Bauer)

Land Baden-Württemberg hat die Aufgabe, dafür 90 Millionen € aufzubringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, es ist die ureigene Aufgabe, die das Land gegenüber unseren Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen hat, dafür zu sorgen, dass die Grundausstattung und die Infrastruktur optimal sind. Das ist die Grundlage für Kreativität und Innovation und nicht – immer kurzfristiger – das Springen von Programm zu Programmchen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns dieser Aufgabe stellen und dabei nicht nachlassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: So ist es!)

Unabhängig von Bundesförderungen müssen wir uns darum kümmern, dass unsere Hochschulen als Zukunftslabore der Gesellschaft weiter gestärkt und entwickelt werden.

Ich möchte ein paar Bereiche aufzeigen, in denen wir in den nächsten Jahren besonders investieren müssen.

Erstens: Baden-Württemberg muss mit seinem dichten Netz aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen, aber auch gesellschaftlichen Akteuren, die sich im Bereich der Verbindung von Ökologie und Ökonomie engagieren, dafür sorgen, dass unsere Einrichtungen Vorreiter bei der Wende zu einer nachhaltigen Entwicklung werden.

Zweitens: In allen Hochschularten muss daher die Forschung vorangetrieben werden, und zwar insbesondere in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung. Bei der Stärkung der Forschung möchte ich die Hochschulen für angewandte Wissenschaften nennen, die schon bislang mit sehr wenig Mitteln ihre Forschungsfähigkeit unter Beweis gestellt haben. Es ist daher ein ganz wichtiges Signal, dass es gelungen ist, zusätzlich 8 Millionen € für diesen Bereich auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das kann nicht das Ende sein; das möchte ich deutlich sagen. Es ist genau genommen die Fortführung dessen, was Sie in der vorherigen Landesregierung nicht ausfinanziert hatten. Wir stabilisieren im Moment,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Frau Ministerin, Sie nehmen uns ab, dass wir es auch machen können?)

und wir müssen in den nächsten Jahren darüber reden, wie die Forschungsfähigkeit der Hochschulen für angewandte Wissenschaften wirklich gestärkt werden kann.

Drittens: Wir müssen uns dem Fachkräftemangel und der zunehmenden Akademisierung stellen und müssen die Einrichtung zusätzlicher Bachelor- und Masterstudienplätze in Angriff nehmen. Auch da werden wir über die Finanzierbarkeit reden müssen. Aber im nächsten Jahrzehnt sind die Weichen zu stellen, damit wir dem Fachkräftemangel wirklich entgegenreten können. Wir dürfen dieses Jahrzehnt nicht verschlafen.

Viertens: Wir müssen mit mehr Mut und Nachhaltigkeit dangehen, den Sanierungsstau im Hochschulbereich abzubauen.

en. Dieser Haushalt setzt die ersten starken Signale, dass wir diese Aufgabe angehen. Diese Aufgabe wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten. Wir brauchen mehr Mittel für Neubauten, für Sanierung. Wir brauchen auch Mittel für Mietmaßnahmen, auch für Wohnraum für Studierende. Ich darf mich deswegen sehr herzlich für die Initiative bedanken, die von den Fraktionen kam, die zusätzlichen Mittel für den Wohnheimbau noch einmal aufzustocken.

Auch da wird eher eine Lücke geschlossen, die die vorherige Landesregierung geschaffen hat; denn das gesamte Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ war geplant, ohne den Ausbau der Studierendenwerke vorzusehen. Diese Aufgaben müssen aber auch weiterentwickelt werden, wenn man es mit einem solchen Wachstum zu tun hat. Deswegen ist das wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte in aller Kürze noch einmal auf ein paar Stichworte aus der Debatte eingehen. Ich möchte heute nicht mehr über die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren sprechen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das kann ich verstehen!)

Das Parlament hat die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren beschlossen. Ich möchte heute über die Anträge sprechen, die sich auf den Beschluss dieses Hauses, die Studiengebühren abzuschaffen, beziehen.

Ich bin etwas verwundert über die Logik der vorliegenden Anträge. Wenn ich es recht verstanden habe, verehrte Herrschaften von der CDU,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herrschaften?)

beantragen Sie, die für die Qualitätssicherung eingestellten 117 Millionen € komplett zu streichen. Heute reden wir nicht über die Abschaffung von Studiengebühren; sie sind abgeschafft. Das Gesetz ist beschlossen. Sie beantragen, die Qualitätssicherungsmittel für die Hochschulen zu streichen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist zu viel für Deutschland! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Pfusch! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt herausreden wollen!)

Sie wollen also die Qualität an den Hochschulen beim doppelten Abiturjahrgang – –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da steht „ersatzlos“! – Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE zur CDU: Ihr könnt keine Anträge stellen! – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Da steht es!)

Erläutern Sie es mir. Wie soll ich den Antrag verstehen? Sie beantragen, 117 Millionen € zu streichen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ersatzlos! – Unruhe)

Ich versuche, den vorliegenden Antrag von Ihnen richtig zu lesen. Sie beantragen die Streichung von 117 Millionen € für die Qualitätssicherung. Sie beantragen gleichzeitig – –

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

(Ministerin Theresia Bauer)

– Vielleicht können Sie, Herr Dr. Birk, dies nachher noch einmal erläutern. Ich versuche mit meinem einfachen Gemüt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

zu verstehen, was Sie mit Ihren Anträgen fordern.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Pfusch und Schlamperei!)

Sie haben gleichzeitig beantragt, der Dualen Hochschule Baden-Württemberg eine Sonderzahlung zu gewähren und auch den kirchlichen Hochschulen eine Sonderzahlung als Qualitätssicherungsmittel zu gewähren, obwohl Sie allen Hochschulen die Qualitätssicherungsmittel streichen wollen. Ich verstehe Ihre Logik nicht. Vielleicht haben Sie noch ein bisschen Redezeit übrig und können diesen Widerspruch auflösen.

Zum Thema „Duale Hochschule Baden-Württemberg“: In der Tat ist die Duale Hochschule Baden-Württemberg enorm gewachsen. In der Tat ist die Duale Hochschule Baden-Württemberg von dem transparenten und gerechten Verteilungsmodell für die Qualitätssicherungsmittel negativ betroffen. Das Prinzip ist richtig: Jeder Studierende ist uns gleich wert. Deswegen zahlen wir den Hochschulen, unabhängig davon, um welche Hochschulart es sich handelt, den gleichen Pro-Kopf-Betrag. Das ist transparent und gerecht. Aber wir sehen natürlich, dass die Duale Hochschule Baden-Württemberg, die bislang weniger Freistellungstatbestände hatte, einen finanziellen Nachteil durch die Abschaffung der Studiengebühren erleidet, der übrigens durch das Wachstum, das die Duale Hochschule erfährt, überkompensiert wird.

Die Duale Hochschule Baden-Württemberg hat also im nächsten Jahr nicht weniger Geld, sondern sie wird mehr Qualitätssicherungsmittel erhalten, als sie früher Mittel aus Studiengebühren erhalten hat; aber in der Tat hat sie auch mehr Studierende.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie hat mehr Studenten zu betreuen!)

Über die Problematik bezüglich der DHBW müssen wir aber an anderer Stelle reden, nämlich dann, wenn es darum geht, ob man der DHBW, wie es die ehemalige Landesregierung geplant hat, mit dem gesamten Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ über die temporäre Überlast gerecht wird. Das darf man bezweifeln. Deswegen werden wir darüber zu gegebener Zeit zu reden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Bereich „Kunst und Kultur“ wird von Herrn Staatssekretär Jürgen Walter ausgeführt werden.

Lassen Sie mich zum Ende meiner Rede kommen. Ich bin mir sicher, wir sind mit dem Haushalt für Wissenschaft und Forschung, so, wie er aufgestellt ist, in Baden-Württemberg sehr gut gerüstet, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen. Der Haushalt ist eine Grundlage für eine nachhaltige Wissenschafts- und Forschungspolitik.

Ich darf das Wort an Herrn Staatssekretär Walter weitergeben – möglicherweise spricht er zu einem späteren Zeitpunkt.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das Wort erteilt der Präsident!)

**Präsident Guido Wolf:** Zunächst kommen wir zur zweiten Runde. Der Staatssekretär redet dann am Schluss.

Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Frau Abg. Kurtz.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine Klasse Frau und eine tolle Rednerin!)

**Abg. Sabine Kurtz CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Kunst geht es in Baden-Württemberg gut, und das schon seit Langem. Das höre ich in Gesprächen und bei Besuchen immer wieder. Ich bin sicher, die Kollegen der anderen Fraktionen werden Ähnliches hören. Aber wir wollen das heute hier noch einmal ganz deutlich sagen, damit Sie das auch alle hören. Denn wir haben jetzt zwei Tage lang gehört, wie furchtbar hier im Land alles sei. Die CDU-geführte Regierung hat anscheinend nur verbrannte Erde hinterlassen, und Grün-Rot hat jetzt alle Hände voll damit zu tun,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Erlöser!)

den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen. Kein gutes Haar lassen Sie an der Politik der früheren Landesregierung. Ministerin Bauer ist da vielleicht eine rühmliche Ausnahme. Deswegen sehe ich ihr ihre rhetorische und etwas trickreiche Frage zu unseren Anträgen auch nach. Ich denke, dass Sie mit einigem Nachdenken die Antwort auch selbst geben können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie lassen also kein gutes Haar an der vorherigen Landesregierung.

Ich muss Ihnen aber sagen, meine Damen und Herren: Die Künstlerinnen und Künstler und diejenigen, die im Kulturbetrieb in unserem Land tätig sind, sehen das anders.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Die sind heilfroh!)

Die wissen ganz genau, was sie an der Politik der früheren Landesregierung in Baden-Württemberg hatten, nämlich Verlässlichkeit und Planbarkeit,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Da sagt das LTT etwas anderes!)

eine reichhaltige und stabile Förderung. Hinzu kommt ein kenntnisreiches Publikum, das Kunst sehr ernst nimmt und Qualität zu schätzen weiß. Das, meine Damen und Herren, ist ein Ergebnis jahrzehntelanger CDU-Politik in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf Sie an Ministerpräsident Lothar Späth erinnern – denn das ist angesichts der 58 Jahre, die Sie hier immer zitieren, noch nicht so lange her – und an die erste Kunstkonzeption,

(Sabine Kurtz)

die wir in Baden-Württemberg hatten. Diese Politik trägt wirklich seit Langem Früchte. Sie wurde in der vergangenen Legislaturperiode mit der zweiten Kunstkonzeption fortgeschrieben. Es gab einen guten Konsens – da waren wir alle uns einig –, dass das eine gute Konzeption war. Wir freuen uns jetzt wirklich und ganz ehrlich, dass die neue Landesregierung diesen guten Konsens fortführen und den eingeschlagenen Weg weiter beschreiten will.

Wir freuen uns auch ganz ehrlich über das Geld, das jetzt in den Haushalt eingestellt wird. Ich kann mir nicht verkneifen, auch für den Kunstbereich zu sagen: Das ist bei diesen Steuereinnahmen keine Kunst. Aber, wie gesagt, wir freuen uns auch.

Es gibt mehr Geld z. B. für die Filmförderung. Das ist ganz in der Kontinuität der Filmkonzeption, die wir in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht haben. Herr Staatssekretär, wir sind uns völlig einig: Es kann auch bei diesen Summen nicht bleiben; das muss in Zukunft weiter fortgeschrieben werden.

Es gibt mehr Geld für das Deutsche Literaturarchiv in Marbach. Auch da besteht Konsens. Das war eine Empfehlung des Wissenschaftsrats. Da geht es um die Kofinanzierung mit Bundesmitteln. Aber auch viele größere und kleinere Einrichtungen in unserem Land können sich über kräftige Zuschüsse freuen. Wie gesagt, die CDU freut sich mit ihnen.

Aber, meine Damen und Herren, es bleibt noch viel zu tun. Sie werden nachher sicherlich auch noch darauf eingehen. Ich denke, bei der Popakademie in Mannheim oder beim ZKM in Karlsruhe wird sich eine Baustelle auftun. Wenn wir die digitale Kunst, um die es dort geht, auch in Zukunft noch anschauen oder anhören wollen, müssen wir das Ganze fortschreiben und umbauen. Das wird Geld kosten, damit wir sie uns auch mit den neuen Medien später noch zu Gemüte führen können. Da gibt es berechnete Erwartungen. Dazu habe ich von Ihnen bisher noch nichts gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist nicht alles Gold, was in dieser Landesregierung angeblich glänzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Viel Messing!)

Beispielsweise die soziokulturellen Zentren machen jetzt diese Erfahrung. Sie messen nämlich die jetzige Regierung an dem, was Sie jahrelang versprochen haben und offensichtlich doch nicht ganz halten können. Große Häuser wie z. B. das Theaterhaus in Stuttgart oder das Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim kommen nämlich nicht in den Genuss der 2:1-Förderung. Die Mittel sind gedeckelt worden, und die Häuser sind ziemlich verduzt über das, was ihnen da jetzt geschieht. Das muss man auch einmal ganz ehrlich sagen dürfen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Eine deutliche Verbesserung im Vergleich zu dem, was vorher war!)

So manches Ihrer Versprechen löst sich in Schall und Rauch auf. Zum Schluss ist nämlich nicht überall viel festzustellen.

Ich hoffe nur, dass es uns mit den Kulturbeauftragten an den Schulen nicht auch so geht. Wir haben im September in gro-

ßem Konsens im Ausschuss beschlossen, dass wir zum nächsten Schuljahr Kulturbeauftragte an allen Schulen haben wollen. Ein entsprechendes Konzept steht noch aus. Ich kann es auch in diesem Haushalt nicht finden. Ich kann nur hoffen, dass das Kunstministerium dem Kultusministerium Beine macht, damit sich dies nicht auch in Schall und Rauch auflöst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit der neuen Kommunikationskultur – das kann ich Ihnen nicht ersparen, Herr Staatssekretär – ist es auch nicht so weit her. Ich muss Ihnen wirklich sagen: In den Gremien, in denen ich Sie erlebt habe, ist das Klima ganz anders geworden. Da herrschen Abschottung und das große Schweigen. Da werden dicke Mauern hochgezogen.

(Abg. Helen Heberer SPD: Stacheldraht!)

Da sind nicht viel Transparenz und Ehrlichkeit zu erkennen. In vielen wichtigen Fragen, die uns noch beschäftigen werden, vermisste ich wirklich Kreativität und Innovation. Auch von Transparenz ist keine Spur zu finden.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: So, so!)

Das muss ich einmal sagen, ohne hier zu sehr ins Detail gehen zu wollen. Darüber war ich auch persönlich ganz arg enttäuscht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen frage ich mich wirklich, inwieweit dieser Haushalt ehrlich und transparent ist. Das werden wir wahrscheinlich erst in der nächsten Zeit merken. Wenn ich mir den Innovationsfonds anschau, muss ich feststellen: Da spielen Sie wirklich mit verdeckten Karten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit gezinkten Karten!)

Wir haben versucht, herauszubekommen, was sich dahinter versteckt, was mit den 5 Millionen € finanziert werden soll. Die FDP/DVP hat dazu einen Antrag gestellt. Wir sind aber nicht schlauer geworden. Ich habe den Eindruck, da wird eine Art eiserne Reserve angelegt, um hinterher, wenn eine globale Minderausgabe zu erwirtschaften ist und die dünnen Zeiten kommen, daraus schöpfen zu können, ohne dass wir es genau mitbekommen.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Das ist Ihre Strategie gewesen! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So habt ihr es vielleicht früher gemacht!)

Wir sind auf den konkreten Haushaltsvollzug wirklich gespannt. Den Worten müssen Taten folgen. An den Taten werden wir Sie messen.

Die CDU kann für Kunst und Kultur in diesem Land nur hoffen, dass die Saat weiterhin aufgeht, dass wir aus dem, was die CDU in ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit angelegt hat, weiterhin reiche Früchte ernten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Kern.

**Abg. Manfred Kern** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

*Kunst ist nicht Luxus, sondern Notwendigkeit.*

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Feststellung des Malers Lyonel Feininger gilt heute genauso wie vor 100 Jahren. Kunst ist nicht Luxus, im Gegenteil: Kunst fördert Kreativität und Fantasie, sie bereichert, provoziert und versöhnt. In jedem Fall verlangt sie nach kritischer Auseinandersetzung. Ohne Kunst und kulturelles Schaffen wäre unser Leben armselig. Das hatten wohl alle Fraktionen in diesem Haus erkannt, als sie im Juli 2010 einvernehmlich die Kunstkonzeption „Kultur 2020“ beschlossen haben.

Doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei hehren Absichten darf es nicht bleiben. Auch wenn ich der Vorgängerregierung hoch anrechne, dass sie die Kunstkonzeption initiiert hat – die Umsetzung war gleichwohl nicht durchfinanziert.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Aha! So etwas!)

Frau Kurtz hat gerade so schön gesagt: „Den Worten sollen Taten folgen.“ Vorgestern hat Herr Hauk gesagt – er wurde in der Zeitung zitiert; ich darf es mit Erlaubnis des Präsidenten wiedergeben –:

*Nicht Zielsetzungen, sondern Taten sind wichtig.*

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

Was Sie nicht gemacht haben, das wollen wir tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unsere wichtigste Aufgabe für die nächsten Jahre ist also, zu handeln, ehrlich und mit Augenmaß Akzente zu setzen für die Kreativen in Baden-Württemberg, mit Wirkung für alle Menschen im Land. Allein für die Umsetzung der Schwerpunkte der Kunstkonzeption werden wir in diesem Jahr 5 Millionen € mehr zur Verfügung stellen. Viel stärker als bisher wollen wir die Kultur in die Mitte der Gesellschaft rücken. Jeder soll Zugang zu kulturellen Angeboten haben. Allen soll die Möglichkeit zur kulturellen Teilhabe offenstehen, völlig unabhängig von Geldbeutel oder Herkunft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut! Das war auch vorher so!)

Dazu müssen wir das kulturelle Angebot in der Fläche stärken.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut! Das wollten wir auch!)

Meine Vorrednerin hat hier öffentlich bedauert, wir würden den soziokulturellen Zentren teilweise die 2:1-Förderung vorenthalten. Ich kann dazu nur sagen: Als Sie an der Regierung

waren, wurde ständig von einer Verbesserung geredet, aber getan wurde nichts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das stimmt doch nicht, Herr Kollege!)

– Jedenfalls nicht genug. Dann verbessere ich mich und sage statt „nichts“ „nicht genug“.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das mag sein! Aber wir haben tatsächlich etwas getan!)

Wir haben in dem jetzt vorliegenden Haushalt 2012 1 Million € zusätzliche Mittel für die soziokulturellen Zentren vorgesehen. Damit ist das Loch, das Sie hinterlassen haben, noch immer nicht ganz gefüllt.

Wir haben die von Ihnen eingeführte unsägliche Closed-Shop-Regelung aufgehoben, die für zahlreiche Kulturzentren bedeutete, dass sie nicht in den Genuss einer Landesförderung kommen konnten, obgleich sie die Anforderungen erfüllten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das stimmt auch nicht!)

Auf dem wichtigen Gebiet der kulturellen Jugendbildung haben wir ebenfalls Pflöcke eingerammt. Nicht allein, dass der Fachbeirat „Kulturelle Bildung“ seine Arbeit aufgenommen hat – auch er wurde von Ihnen initiiert –; die Jugendkunstschulen sind mit der vorgesehenen Erhöhung der Mittel um 100 000 € in der Lage, mehr als 3 000 zusätzliche Unterrichtsstunden im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung anzubieten.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die förderungswürdige Arbeit des Kindermuseums „Junges Schloss“ hier in Stuttgart kann weitergehen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

Breite kulturelle Bildung von klein auf ist die Grundlage für eine wache, aufgeschlossene, kritische, kreative und tolerante Gesellschaft.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jawohl!)

Musik, Malerei, Lyrik, Theater dürfen nicht den Eliten vorbehalten sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir brauchen mehr Unterstützung für die Kultur in der Breite. Aber vergessen wir dabei die Spitze nicht. Es macht keinen Sinn, das eine gegen das andere auszuspielen. Man muss das eine tun, ohne das andere zu lassen. Denn das eine kann ohne das andere nicht existieren.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ein Philosoph!)

Seien Sie versichert: Das Geld, das in die Kultur gesteckt wird, ist gut investiert. Aktuelle Erhebungen belegen, dass jeder Euro, der dem Kulturbetrieb zufließt, das Fünffache an Wertschöpfung generiert: in Gastronomie, Hotellerie, Einzelhandel, Tourismus usw.

(Manfred Kern)

Kunst und Kultur, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Deshalb müssen wir sie im Dialog mit allen Beteiligten weiter fördern. Die Konzeption „Kultur 2020“ ist eine Sammlung hervorragender Absichten. Wir sind auf dem Weg – auf einem guten Weg –, Schwerpunkte dieser Konzeption umzusetzen. Das wollen wir mit Augenmaß und im ständigen Dialog mit den Kulturschaffenden und, wie ich hoffe, mit breiter Unterstützung aller Fraktionen tun.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Heberer.

**Abg. Helen Heberer SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! An den Anfang meiner Ausführungen möchte ich etwas stellen, womit ich wiederhole, was die SPD auch in den zurückliegenden Jahren immer mit dem gleichen Herzblut zum Ausdruck gebracht hat, nämlich: Unser Land hat eine hochrangige Kulturlandschaft, auf die es national und international stolz sein kann.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Können wir das auch unterschreiben?)

– Das unterschreiben Sie auch, das weiß ich. – Es ist ein großes Erbe, das uns alle verpflichtet. Deshalb machen wir ernst mit der Umsetzung unserer parteiübergreifend konzipierten und beschlossenen Landeskunstkonzeption, indem wir die Mittel, und zwar ein Mehr an Mitteln, in den Haushalt einstellen, um die Zielsetzung der Konzeption weiterzuverfolgen und auszubauen.

Dazu sind zwei Schritte nötig. Der eine ist der Bestandserhalt – Stichwort Kontinuität –, wie es mein Kollege Rivoir für den Bereich der Wissenschaft zum Ausdruck gebracht hat. Zunächst liegt es natürlich in unserem Interesse, den Bestand zu sichern. Aber allein das ist schon anspruchsvoll genug, denn erstaunlich viele Einrichtungen waren seither doch knapp auf Kante genäht oder manchmal sogar Not leidend. Sie müssen derzeit aufgefangen werden. Ich nenne beispielsweise das Auslaufen von Anschubfinanzierungen mit Drittmitteln, also mit privaten Mitteln, bei der Popakademie, wie Sie, Frau Kurtz, es angesprochen haben, oder das Auslaufen der noch von Ministerpräsident Teufel ins Leben gerufenen Zukunftsoffensive. Da waren keine weiterführenden Mittel eingestellt.

So erhalten die Staatstheater, die Kulturorchester, Museen und Festspiele notwendige Erhöhungen, Dynamisierungen, was die Förderung betrifft, und bei acht Kommunaltheatern erfolgt auch die Festschreibung der Förderverhältnisse wie bei den Landesbühnen. Die freien Theater, die Klein- und Laientheater – alle haben einen spürbaren Mehrbedarf. Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sind z. B. am Badischen Staatstheater in Planung. Beim Stuttgarter Schauspielhaus sind sie gerade im Abschluss begriffen – mit Problemen – und bei der Staatsoper ab diesem Jahr in Angriff zu nehmen. Da hört man schon heraus, dass es sich um große Beträge handelt.

Die Orchesterförderung muss Personalkostensteigerungen berücksichtigen. Bei den Museen waren die Personalkostensteigerungen sogar schon mit einer Nachfinanzierung im Jahr 2011 abzufedern.

Auch umfangreiche investive Maßnahmen z. B. bei den Museen schlagen zu Buche. Ich will das jetzt nicht im Einzelnen ausführen. Dies sind alles nur einzelne Beispiele zum Bestandserhalt, die aber deutlich machen sollen, in welchen Bereichen Mehraufwendungen notwendig sind.

Hinzu kommen – das ist der zweite Schritt – neue Akzente. Wir verfolgen nämlich darüber hinaus eine klare kulturpolitische Schwerpunktsetzung, die nach innen und nach außen den kulturellen Anspruch und eine eigene Zielsetzung des Landes erkennbar werden lässt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir fördern die Möglichkeiten, die die freie Kulturszene bieten kann, und statten diese besser aus; denn wir wollen die enormen baden-württembergischen Potenziale bei neuen Kunstformen, im Medienkunstbereich sowie bei Zukunftsthemen wie z. B. einer konsequenten Unterstützung und Entwicklung von interkultureller Arbeit, kultureller und ästhetischer Bildung heben.

Deshalb schreiben wir die Künstlerförderung in allen Sparten fort, z. B. mit Kunstförderankäufen sowie der Unterstützung von Tanzinitiativen und der Unterstützung von freien Theatern, Klein- und Figurentheatern und Kunstvereinen. Zudem installieren wir für die zentralen Perspektiven der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ im Staatshaushaltsplan einen Innovationsfonds in Höhe von 5 Millionen €. Damit können Laienmusik, Amateurtheater, Provenienzforschung, innovative Sparten und genreübergreifende Initiativen und Kunstprojekte gefördert und vor allem die Soziokultur ausgebaut werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Interkulturelle Arbeit und kulturelle Bildung bilden nicht nur einen Schwerpunkt der Kulturpolitik, sondern auch einen Schwerpunkt im Haushalt. Denn uns ist klar: Die Zukunft der Kultur ist interkulturell. Darauf muss eine vorausschauende Kulturpolitik reagieren.

Der von der vorherigen Landesregierung einberufene Kunstbeirat warnte schon im Jahr 2009 davor, dass soziale und kulturelle Ausgrenzung Hand in Hand gehen. Er forderte damals – mit konkreten Beispielen hinterlegt – die aktive Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft durch Kultur. Wir sehen in der kulturellen und der ästhetischen Bildung eine staatliche Aufgabe und einen gleichwertigen Teil der Bildungs- und Erziehungsaufgabe. Wir wollen den richtungweisenden Appellen des Kunstbeirats Raum geben für praxisnahe und umsetzbare Konzepte zur Musik-, Theater- und Festivallandschaft, zur Kunstvermittlung und zur Theater- und Museumspädagogik.

Wir wollen der Kulturpolitik unseres Landes auch durch die Umsetzung unserer gemeinsamen Kunstkonzeption ein zukunftsgerichtetes Profil geben, das den kulturellen Reichtum unseres Landes, die Kreativität unserer Kulturschaffenden und die integrierenden Kräfte von Kunst und Kultur in ein sinnvolles und kraftvolles Ganzes führt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir machen Ernst mit der Umsetzung der Kunstkonzeption und haben dafür die notwendigen Instrumente geschaffen, die es vorher noch nicht in



(Helen Heberer)

ausreichendem Maß gab. Deshalb hoffen wir, dass Sie diesem Haushalt zustimmen werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Walter.

**Staatssekretär Jürgen Walter:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg hat – das wurde hier schon ausgeführt – eine herausragende, vielfältige, kreative und engagierte Kunst- und Kulturlandschaft. Kunst und Kultur sind zentral und wichtig und dienen als Grundlage und Nährboden einer kreativen, freien und konstruktiv-kritischen Gesellschaft. Sie sind die Essenz unserer Gesellschaft.

Auch die neue Landesregierung weiß um die wichtige Bedeutung von Kunst und Kultur zur Entwicklung der Persönlichkeit und von Schlüsselkompetenzen wie Ausdrucksfähigkeit, Toleranz, Empathie, Selbstbewusstsein. Jedoch stellt sich eine Frage, meine Damen und Herren, die ich immer wieder betonen muss. Bei der ersten Kunstkonzeption von Hannes Retlich kam der Begriff „Kulturelle Bildung“ nicht vor. Jetzt ist er ein zentraler Punkt der neuen Kunstkonzeption. Also muss sich in unserer Gesellschaft etwas zum Negativen verändert haben.

Deshalb stellt sich die Frage, ob die Überzeugung, dass wir viel Geld in die Hand nehmen und Kultur fördern müssen, tatsächlich noch in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Daher – aber nicht nur deswegen – ist es unser Ziel, die Kultur noch stärker in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Kulturpolitik und Kultur dürfen nicht nur für diejenigen da sein, die ohnehin schon an der Kultur interessiert sind. Wir müssen alle für Kultur begeistern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Kultur muss für alle erlebbar sein, unabhängig von sozialem Hintergrund, Bildung oder Herkunft. Der öffentliche Raum in Städten muss viel mehr mit Kunst gefüllt werden. Kunst soll überall erlebbar sein: in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch außerhalb der Bildungszentren und auch an sozialen Brennpunkten. Kunst muss auch im „Wohnzimmer“ Stuttgarts, auf dem Schlossplatz, erlebbar sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Gemeinsam mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium haben wir ein Konzept dafür entwickelt – dafür danke ich dem Finanz- und Wirtschaftsminister ausdrücklich –, dass bei der Nutzung des Schlossplatzes in Stuttgart Kunst zukünftig Vorrang vor Kommerz haben wird. Wir werden dies in diesem Frühjahr wieder erleben, wenn in Stuttgart das Trickfilmfestival stattfindet. Jetzt wird bei der Majerus-Ausstellung eine Skateranlage errichtet, mit der wir speziell Jugendliche mit Kunst konfrontieren wollen. Das ist ein erster Schritt, um die Kultur auch hier auf dem Schlossplatz mehr in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was wären Kunst und Kultur ohne herausragende Künstlerpersönlichkeiten und ohne überregional bedeutende Kultureinrichtungen und Ausbildungsstätten?

Bestmögliche Qualität in allen Bereichen ist auch der Anspruch der neuen Landesregierung. Spitzen- und Breitenkultur bedingen einander und befruchten sich gegenseitig. Dieses wechselseitige Verhältnis zwischen Spitze und Exzellenz auf der einen Seite und Breite und Vielfalt auf der anderen Seite wollen und werden wir weiterhin fördern.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang sagen, dass wir einen wichtigen Schritt gemacht haben, damit das größte Dreispartenhaus der Welt, die Staatstheater in Stuttgart, weiterhin europäische Spitze sein wird. Wir haben mit Armin Petras eine der herausragendsten Persönlichkeiten des deutschsprachigen Theaters nach Stuttgart holen können. Alle, die bisher immer gesagt haben, nur Berlin sei der Mittelpunkt der kulturellen Welt, werden mit diesem Schritt eines Besseren belehrt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Klar ist aber auch, meine Damen und Herren: Wer Spitzentheater haben möchte, kann nicht so bezahlen, als wären wir in der Provinz. Ferner ist auch klar – damit komme ich auf die Kritik der Kollegin Kurtz zu sprechen –: Solange wir regieren, wollen wir Peinlichkeiten, wie sie bei der Suche nach dem Puhlmann-Nachfolger durch dilettantisches Verhalten entstanden sind, vermeiden.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Sabine Kurtz CDU: Da war ich gar nicht dabei!)

– Doch. Sie waren in der Findungskommission die Einzige, die das von uns praktizierte Vorgehen kritisiert hat. Fragen Sie einmal den Kollegen Birk. Er weiß, wie es geht. Wir haben ein gutes Ergebnis erzielt. Alle Mitglieder der Findungskommission haben uns dafür gelobt und waren sehr zufrieden. Nur eine war es nicht. Wenn ich das zusammenrechne, ergibt sich, dass das Vorgehen unter dem Strich positiv war. Mit der Bestellung von Armin Petras haben wir ein hervorragendes Resultat erzielt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, einer unserer ersten Erfolge war die Bündelung von Zuständigkeiten. Das war ein erster Schritt, um die Fehler der vorherigen Landesregierung nicht zu wiederholen. Es ist ein Vorteil, dass die Zuständigkeiten für Kunst und Kultur nun bei unserem Ministerium gebündelt sind.

Dabei wurden vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Zuständigkeiten für Laienkunst, Volksmusik und Heimatpflege auf unser Haus übertragen. Dazu gehören u. a. die Förderung der Amateurtheater, der Laienmusikverbände und der Musikakademie Weikersheim. Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die Zuständigkeiten für Film und Medien, die Filmförderung und Medienentwicklung, die MFG, die Filmfestivals und die Filmakademie ebenfalls auf das Wissenschaftsministerium übergegangen sind. In diesem Fall wurden sie vom Staatsministerium abgegeben.

Diese Bündelung macht deutlich, welchen Stellenwert Kunst und Kultur, Film und Medien bei uns haben. Diesen werden sie auch in Zukunft haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Staatssekretär Jürgen Walter)

Die mit allen Fraktionen – Kollege Birk, ich habe es schon mehrfach gesagt, auch an dieser Stelle: das Vorgehen war vorbildlich – und auch mit sehr vielen Kulturschaffenden erarbeitete Konzeption „Kultur 2020 – Kunstpolitik für Baden-Württemberg“ formuliert wichtige Grundlagen für das kulturpolitische Handeln in den kommenden Jahren. Unser Ziel ist es, „Kultur 2020“ in einem aktiven Dialog und Austausch kritisch und konstruktiv umzusetzen.

Kunstpolitik versucht, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für künstlerische Einrichtungen und Kunstschaffende zu gewährleisten. Hierfür ist ein aktiver Dialog mit denen notwendig, die Kunst vor Ort gestalten und verantworten. Kunstpolitik, meine Damen und Herren, darf nicht von oben herab verordnet werden. Deshalb wollen wir in einer Reihe von regionalen und themenbezogenen Kulturdialogen mit den Kulturschaffenden ins Gespräch kommen und haben damit natürlich auch schon im vergangenen Jahr begonnen.

(Zuruf von den Grünen: Gut!)

Lassen Sie mich ein paar Worte zur Ausgangssituation des Kunstbereichs sagen. Bevor wir uns an die Umsetzung von „Kultur 2020“ machen, sollten wir uns zunächst diese Ausgangssituation näher anschauen. Der Anteil der Kulturausgaben an den Gesamtausgaben des Landes ist in den letzten 20 Jahren von 1,3 % auf 1,1 % gesunken. Während die Gesamtausgaben um 48,1 % gestiegen sind, liegt die Steigerung bei den Kulturausgaben bei lediglich 21,7 %. Die Schere zwischen Kultur- und Gesamtausgaben hat sich somit weiter geöffnet. Daher ist in den letzten Jahren im Bereich von Kunst und Kultur eine zunehmende Unterfinanzierung festzustellen. Im nationalen Vergleich der Kulturausgaben belegt Baden-Württemberg schon längst keinen Spitzenplatz mehr, sondern ist – vor allem dank des Geldes der Kommunen – gerade noch im Mittelfeld gelandet.

Es bleibt festzuhalten, meine Damen und Herren – das gilt auch im Hinblick auf die Beratungen des Haushalts 2013/2014 –, dass die Kunst- und Kultureinrichtungen am unteren Limit ihrer finanziellen Ausstattung angekommen sind. Jede weitere Belastung würde zu Einschnitten in der Qualität und Quantität des Kulturangebots führen. Abgesehen davon müssen wir auch Lösungen für Einrichtungen finden, die bereits jetzt strukturell unterfinanziert sind. Auch die Kollegin Kurtz hat beispielsweise die Popakademie und das ZKM in Karlsruhe genannt.

Diese Ausgangssituation müssen wir bei der Umsetzung von „Kultur 2020“, für die die Vorgängerregierung keinen Finanzierungsspielraum vorgesehen hatte, berücksichtigen.

Anknüpfend an die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit bei „Kultur 2020“ möchte ich Sie, verehrte Mitglieder des gesamten Hauses, hiermit einladen, Kunst- und Kulturpolitik weiterhin gemeinsam zu gestalten und weiterzuentwickeln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich habe auch die Hoffnung, dass sich das nicht nur in schönen Worten, sondern auch in Zahlen niederschlägt.

Frau Kollegin Kurtz hat auf Lothar Späth hingewiesen. In der Tat: Lothar Späth war derjenige, der damals mit Hannes Retlich begonnen hat, die Kunstkonzeption umzusetzen. Wir müs-

sen allerdings feststellen: So manche Einrichtung – ich nenne nur die Akademie Schloss Solitude – ist im Grunde genommen noch immer ungefähr auf demselben finanziellen Stand wie damals. Das heißt, man hat zwar etwas eingeführt, aber man hat es nicht wirklich weiterentwickelt. Das wird nun unsere gemeinsame Aufgabe sein.

Die neue Landesregierung hat damit bereits begonnen und im Etat für das Jahr 2012 zusätzliche Mittel vorgesehen: für den Innovationsfonds – ich komme noch auf die Kritik der Opposition zurück – 5 Millionen €, für die Filmförderung 2,2 Millionen €, für das deutsche Literaturarchiv – ebenfalls ein Leuchtturm in unserem Land – 700 000 €. Insgesamt, meine Damen und Herren – das hat es in Baden-Württemberg schon viele, viele Jahre nicht mehr gegeben –, sind ungefähr 8 Millionen € an neuen Geldern für Kunst und Kultur ausgebracht. Dafür gilt auch ein herzlicher Dank den beiden Regierungsfractionen bzw. dem gesamten Haus, denn das meiste, was neu ist, wurde vom ganzen Haus mitgetragen.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu den wichtigsten Akzenten im Kunsthaushalt sagen. Zunächst einmal: Ein besonderes Augenmerk liegt auf den soziokulturellen Zentren. Sie sind Zentren, Bildungsstätten, Aufführungsorte und Ideenschmieden für unterschiedlichste kulturelle Betätigungen und Nutzungen, die sich den Prinzipien „Kultur für alle“ und „kulturelle Vielfalt“ verschrieben haben. Es war höchste Zeit, meine Damen und Herren, dass wir, nachdem 15 Jahre lang das Versprechen einer 2:1-Förderung galt, tatsächlich dahin gekommen sind: Wenn die Kommunen 1 € geben, geben wir vom Land 50 Cent. Das ist ein erheblicher Fortschritt. Wir nehmen mehr als 1 Million € für die soziokulturellen Zentren in die Hand, Geld, das ihnen bisher verweigert wurde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ehrlich gesagt, Frau Kurtz, an Ihrer Stelle würde ich zu diesem Thema einfach schweigen.

(Beifall der Abg. Rita Haller-Haid SPD – Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Selbstverständlich hat sich Herr Kollege Birk um die soziokulturellen Zentren verdient gemacht – besonders bei den Baumaßnahmen –, auch wenn wir jetzt einen Anteil des Landes wieder zurückzahlen müssen.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Er hat sich dafür eingesetzt, dass dieses Geld kommt. Doch wenn Sie jetzt das Haus Osterfeld anführen, Frau Kollegin, ein Haus, bei dem wir froh sind, dass Herr Mappus es nicht zugemauert hat –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Haus mit Maulkorb!)

er hat sich geweigert, mit dem Verband der soziokulturellen Zentren zu reden, weil dessen Vorsitzender der Chef des Hauses Osterfeld ist –, dann ist das geradezu lächerlich.

Was Sie ebenfalls offensichtlich noch nicht gesehen haben, ist: Das Theaterhaus Stuttgart hat einen eigenen Haushaltstitel. Das wäre bei der 2:1-Förderung der LAGs gar nicht hineingekommen.

(Staatssekretär Jürgen Walter)

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Warum haben Sie mit denen nicht gesprochen?)

– Ich habe mit denen in meinem Leben wahrscheinlich schon viel öfter gesprochen als Sie.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber nicht über das Richtige!)

– Das überlassen Sie mir, worüber ich mit ihnen rede.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Danke schön!)

Zum Thema Theaterhaus wollen wir einmal festhalten: Als ich noch in der Opposition saß, habe ich immer beantragt, dass die Landesregierung eine der herausragenden Gruppen, die das Theaterhaus anbietet, nämlich die Company von Eric Gauthier – Gauthier Dance –, institutionell fördert. Das haben Sie immer verweigert, auch Sie, Kollegin Kurtz.

(Zurufe der Abg. Sabine Kurtz und Dr. Dietrich Birk CDU)

Unter der neu gewählten Regierung bekommt das Theaterhaus dank der Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart 400 000 € mehr im Jahr. Wenn man sagt, wir würden denen das Geld verweigern, ist das schlicht lächerlich und zeugt von völliger Unkenntnis der Realität.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Wenn wir schon bei Zahlen sind: Nur ein einziges Haus – Osterfeld – ist betroffen. Aber auch dieses Haus bekommt im Jahr 2012 sage und schreibe 86 000 € mehr als bei Ihnen. Auch da wäre es besser gewesen, Sie hätten geschwiegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, der Innovationsfonds Kunst wurde schon mehrfach angesprochen. Wir wollen dem Neuen, dem Kreativen Spielräume und Chancen eröffnen. Wir werden innovative Projekte aus allen Sparten – gern auch genreübergreifend – fördern. Unkonventionelles, das noch nicht etabliert ist, soll eine Chance bekommen. Schwerpunktthemen sind dabei – deswegen sehen wir den Fonds als Einstieg in die Umsetzung von „Kultur 2020“ – eben kulturelle Bildung und interkulturelle Kulturarbeiten.

Ich habe Ihnen schon im Ausschuss erklärt, dass wir gerade dabei sind, die Richtlinien zu erarbeiten. Wir werden sie dem Ausschuss vorstellen. Selbstverständlich werden wir Ihnen auch sagen, wer die Jury bildet, die über diese Projekte entscheidet. Das alles habe ich Ihnen im Ausschuss erklärt.

Deshalb, Kollege Kern, hätten Sie es einfach – –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP zeigt auf Abg. Manfred Kern GRÜNE.)

– Dr. Kern, FDP-Mann.

(Heiterkeit des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Sie reden von Gutdünken. Ich glaube, Herr Kollege, Sie wechseln das Wissenschaftsministerium in Stuttgart, in dem

nicht nach Gutdünken entschieden wird, mit dem Entwicklungshilfeministerium in Berlin.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Damit haben Sie sich keinen Gefallen getan.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Mehr fällt Ihnen nicht ein!)

Aber Sie werden von uns noch genau informiert werden.

(Unruhe)

Vor dem Hintergrund der Selbstverpflichtung des Landes – da komme ich auf einen weiteren Antrag von Ihnen zurück, Herr Kollege –, in der NS-Zeit beschlagnahmtes Kulturgut aufzuspielen und zurückzugeben, kommt der Provenienzforschung an den staatlichen Museen eine hohe gesellschaftliche und politische Bedeutung zu. Zum ersten Mal ist es uns gelungen, in diesem Zusammenhang mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium eine Einigung zu erreichen. Dieser Geldbedarf wird anerkannt. Wir müssen die Mittel nicht aus unserem Haushalt herauschneiden, sondern das Geld wird vom Finanz- und Wirtschaftsministerium zusätzlich zur Verfügung gestellt. Auch dies ist ein großer Fortschritt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, hinter den Förderbereichen Laienmusik und Amateurtheater – dafür sind Sie doch sicherlich auch, Herr Kollege –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Absolut dafür!)

verbirgt sich eine Vielzahl von Vereinen, Verbänden und Organisationen. Hier möchten wir die versprochene Gleichbehandlung mit dem Sport einlösen, aber auch den Sanierungstau bei den 45 Freilicht- und sonstigen Bühnen abbauen.

Ganz wichtig ist uns die Zukunftsbranche Film und Medien. Sie ist wichtig für den Kreativstandort Baden-Württemberg.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Hier geht es um eine zukunftsorientierte Filmförderung. Entsprechend der neuen Filmkonzeption – sie stammt noch von der vorherigen Landesregierung; daran haben wir im Landtag aber auch mitgearbeitet – stärken wir den Ausbau des Förderschwerpunkts Animation Media und stocken die Produktionsfördermittel nochmals auf.

Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen – da möchte ich auch an all diejenigen appellieren, die sonst vielleicht nur ökonomisch denken –: Gerade dieser Bereich sollte nicht nur als Kunst und Kultur angesehen werden. Denn wir schaffen hier durch den Strukturwandel wichtige Arbeitsplätze.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Dr. Dietrich Birk CDU)

Wir haben es mittlerweile geschafft, dass viele Produktionsfirmen nach Baden-Württemberg gekommen sind. Damit ist es uns auch gelungen, dass bei der Produktion der „SOKO

(Staatssekretär Jürgen Walter)

Stuttgart“ des ZDF auch 90 % der Postproduktion in Baden-Württemberg bzw. in der Region stattfinden. Das heißt, für jeden Euro Förderung, den wir für die Produktion der „SOKO Stuttgart“ gegeben haben, wurden zusätzlich 15 € hier in der Region ausgegeben. Das zeigt, wie wichtig dieser Bereich auch zukünftig für uns sein muss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt dazu erwähnen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie reden schon länger als die Ministerin!)

Der amerikanische Regisseur Scorsese hat für seinen neuen Film, der für mehrere Oscars nominiert wurde,

(Unruhe)

die Animation, die ganzen Special Effects nach Stuttgart vergeben, weil wir mittlerweile – –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ludwigsburg!)

– Nein, nach Stuttgart, Herr Kollege. Ich unterscheide auch nicht. Wir leben in einer Region, und ob das bei Ihnen in Göppingen oder bei mir in Ludwigsburg stattfindet, ist völlig egal.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Stuttgarter Firma Pixomondo ist in der Kategorie „Visual Effects“ für einen Oscar nominiert. Das ist ein großer Erfolg für uns, meine Damen und Herren. Deshalb: Unterstützen Sie uns dabei, da künftig weiterzumachen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zur Popakademie. Sie alle wissen: Das sind immer die etwas windigen Finanzierungen bzw. das ist hier ebenfalls nicht durchfinanziert. Jetzt laufen Gelder der Zukunftsoffensive III aus. Das heißt, wenn wir die Popakademie weiterführen wollen –

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

ich glaube, es gibt hier niemanden, der daran zweifelt, dass wir diese herausragende Institution weiterführen wollen –,

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

müssen wir im Doppelhaushalt 2013/2014 die entsprechenden Gelder in die Hand nehmen. Da hoffe ich auch auf Ihre Zustimmung.

Lassen Sie mich am Schluss noch –

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

es gäbe noch viel dazu zu sagen, was wir verändert haben –

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

ein Zitat aus der „Zeit“ anführen. Es geht um einen wunderschönen Artikel mit der Überschrift „Hoch die Hochkultur!“. Der Untertitel lautet: „Und nieder mit ihren Verächtern: Sie ist der Maßstab, den unsere Zivilisation nicht verlieren darf.“ Das, was Jens Jessen geschrieben hat, sollten wir uns als Maß-

stab für unsere Arbeit nehmen. Ich zitiere die „Zeit“ vom 7. Juli letzten Jahres:

*Es muss möglich sein, und zwar für jedermann, den Weg zu ermessen, den die Kunst von Velázquez bis Rothko zurückgelegt hat; wer ihn nicht kennt, weiß weder, aus welcher Welt wir kommen, noch, in welcher Welt wir heute leben.*

Ich füge hinzu: Er weiß auch nicht, in welcher Welt wir leben wollen. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie: Besuchen Sie die Stuttgarter Staatsgalerie. Eine hervorragende Ausstellung eröffnet morgen. Das ist kulturelle Bildung für alle. Nutzen Sie die Gelegenheit.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Und wer hat's genehmigt?)

– Das hat Mister Rainbird geregelt, nehme ich an.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genehmigt!)

– Genehmigt. Darauf komme ich jetzt lieber nicht zurück, Herr Kollege Birk.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die große Landesausstellung!)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, Ihnen für die Zwischenrufe. Ich danke allen für die Unterstützung bei den Haushaltsberatungen und hoffe, wir haben bei Kunst und Kultur die Zustimmung des ganzen Hauses auch für die Jahre 2013/2014.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, noch einmal zur Ruhe zu kommen. Denn wir haben jetzt einen Abstimmungsmarathon vor uns, und je ruhiger Sie sind, desto schneller geht er über die Bühne.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1114. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 1401

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel 1401 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe auf

#### Kapitel 1403

Allgemeine Aufwendungen für die Hochschulen

Dazu liegen zwei Änderungsanträge vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1214-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1214-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1403 abzustimmen. Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer stimmt dem Kapitel 1405 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1406 bis Kapitel 1408

Wer stimmt diesen drei Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Den Kapiteln ist zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studierenden im Hochschulwesen

Wer stimmt dem Kapitel 1409 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1410 bis Kapitel 1414

Wer stimmt diesen Kapiteln zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir können bis zum Kapitel 1467 zusammenfassen!)

Ich rufe auf

#### Kapitel 1415 bis Kapitel 1467

Wer stimmt den genannten Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1468

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Es ist das 49. Kapitel in diesem Einzelplan. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1214-3, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1468 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1468 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1469 bis Kapitel 1477

Diese Kapitel behandeln u. a. das Landesarchiv Baden-Württemberg und die Hochschule für Gestaltung Karlsruhe. Wer stimmt diesen neun Kapiteln zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

Wer stimmt dem Kapitel 1478 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1479 bis Kapitel 1484

Die Themen dieser Kapitel reichen vom Badischen Staatstheater Karlsruhe bis hin zum Badischen Landesmuseum Karlsruhe. Wer stimmt diesen Kapiteln zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1485

Landesmuseum Württemberg

Wer stimmt dem Kapitel 1485 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1486 bis Kapitel 1495

Diese Kapitel reichen vom Archäologischen Landesmuseum Baden-Württemberg bis hin zur Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Wer stimmt diesen sechs Kapiteln zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

(Präsident Guido Wolf)

Wer stimmt dem Kapitel 1499 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1114, abzustimmen. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II der Beschlussempfehlung ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Wir treten nun in die Mittagspause ein. Da ich unterstelle, dass Sie heute zügig fertig werden wollen, wird die Sitzung um 14:15 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:22 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:19 Uhr)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 1 c bis 1 f sowie 2 bis 4** gemeinsam auf:

**Punkt 1 c:**

**Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1106**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Köblier**

**Punkt 1 d:**

**Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1107**

**Berichterstatterin für den Bereich allgemeine Wirtschaftspolitik: Abg. Andrea Lindlohr**

**Berichterstatter für die Bereiche Wohnungswesen, Städtebau und Denkmalpflege: Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke**

**Punkt 1 e:**

**Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1112**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

**Berichterstatter für den Bereich kommunaler Finanzausgleich: Abg. Andreas Schwarz**

**Berichterstatter für den Bereich Staatlicher Hochbau: Abg. Karl-Wolfgang Jägel**

**Punkt 1 f:**

**Staatshaushaltsgesetz 2012 – Drucksache 15/1000**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1116**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Maier**

**Punkt 2:**

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2012 – Drucksache 15/1001**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1117**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Maier**

**Punkt 3:**

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung in 2011 in Baden-Württemberg (BVAnpGBW 2012) – Drucksache 15/1002**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1118**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Maier**

**Punkt 4:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 15. Dezember 2011 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015 – Drucksachen 15/1003, 15/1119**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Maier**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung der Tagesordnungspunkte 1 c bis 1 f sowie 2 bis 4 eine Grundredezeit von 25 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass in einer ersten Runde der Einzelplan 07, also der Themenbereich Wirtschaft, und in einer zweiten Runde dann die beiden anderen Einzelpläne einschließlich der Gesetzentwürfe und der mittelfristigen Finanzplanung erörtert werden.

Wünscht von den Berichterstatterinnen und Berichtstattern jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Löffler für die CDU-Fraktion das Wort.

(Abg. Peter Hauk CDU: Doktor! So viel Zeit muss sein!)

– Herrn Abg. Dr. Löffler.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Wo ist Behle?“ – Sie kennen die quälende Frage des legendären Sportreporters Bruno Moravetz beim Skilanglauf bei den Olympischen Winterspielen 1980 in

(Dr. Reinhard Löffler)

Lake Placid. Wäre er heute noch aktiv und würde heute über die Landespolitik berichten, würde er fragen: „Wo ist der Superminister für Finanzen und Wirtschaft?“

(Beifall des Abg. Peter Hauk CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da ist er doch! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er ist doch da!)

– Ja, es scheint, er ist auf Tauchstation.

(Zuruf: Da sitzt er doch!)

Das heißt, Wirtschaftspolitik nach dem Affenkodex: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Grün-Rot hat bald ein Jahr die Regierungsverantwortung in unserem Land. In dieser Legislaturperiode war im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft die Wirtschaftspolitik noch nie Gegenstand,

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Nie?)

und im Plenum sind wirtschaftspolitische Themen weiße Raben.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Innovationsallianz!)

Einmal haben wir über Mindestlöhne debattiert und einmal über die Kapitalerhöhung der EnBW.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das Wirtschaftsministerium ist auch ein Rumpfmministerium!)

Da hat die Regierung, wie weiland Salome, einen Tanz aufgeführt, um für die Zustimmung zur Kapitalerhöhung den Kopf des Vorstandsvorsitzenden Villis einzufordern. Das war alles.

Die Kapitalerhöhung bei der EnBW gehört mittlerweile zur Energiepolitik, und diese ist heute nicht mehr beim Wirtschaftsministerium angesiedelt. Für Mindestlöhne sind wir im Land gar nicht zuständig.

In seiner Regierungserklärung theoretisierte der Ministerpräsident über eine „neue Gründerzeit“, über die „ökologische und soziale Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft“, über „dialogorientierte Industriepolitik“ und „New Green Deal“. Mit der Gabe eines großen Ökonomen hat dann der Ministerpräsident seine Wirtschaftsphilosophie niederschwellig erklärt – es soll ja auch jeder verstehen – und mit den Worten „weniger Autos sind besser als mehr Autos“ auf den grünen Kern gebracht. Dieser legendäre Satz hat mittlerweile Kultstatus.

Immerhin, der Ministerpräsident hat sich der Kritik bei Unternehmen und Wirtschaftsverbänden gestellt. Das war mutig. Respekt! Aber mehr als dieser Satz kam bislang nicht.

(Lachen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann)

Die Strategie des Nichtstuns geht noch auf. Die Wirtschaftspolitik der Vorgängerregierung hat unser Land zur stärksten

Wirtschaftsregion Europas gemacht. Die Steuereinnahmen sprudeln wie der Geysir Old Faithful im Yellowstone National Park. Unsere Unternehmen sind stärker aus der Finanzkrise herausgekommen, als sie hineingegangen sind. Die Auftragsbücher sind prallvoll. Wir haben die höchsten Beschäftigungszahlen seit der Nachkriegszeit, mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen als Bewerber und nahezu Vollbeschäftigung.

Unsere Unternehmen sorgen sich um qualifizierte Fachkräfte. Das ist – europäisch gesehen – ein Luxusproblem.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir haben auch eine gute Bundesregierung!)

– Ja, das auch. – Der Aufschwung wird an Dynamik nachlassen. Das ist ganz normal. Dennoch wird das Bruttoinlandsprodukt auch in diesem Jahr noch einmal wachsen. Noch profitiert unsere Wirtschaft von der Niedrigzinspolitik der EZB, der Europäischen Zentralbank, dem niedrigen Eurokurs, den Lohnstückkosten, die vorbildlich konstant gehalten wurden und unter denen der PIIGS-Länder liegen, und von der Qualität ihrer Produkte. Wie lange noch?

Die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt steigen, und der Standortfaktor Energiekosten führt zu Produktionsverlagerungen ins Ausland. Wenn Transportkosten für die heimische Produktion billiger sind als die Herstellung vor Ort, sollten wir einmal nachdenken, woran das liegt.

Ich kritisiere es nicht, wenn die jetzige Regierung die Elemente der Mittelstandsförderung und des Technologietransfers der vorherigen Regierung weiterführt und ökologische Elemente stärker betont. Ich halte es auch für einen richtigen Ansatz, Migrantenökonomie, die Förderung von Frauen in der Wirtschaft und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker in das Zentrum politischen Handelns zu rücken.

Aber warum haben Sie unsere Anträge, mehr Geld für diese Handlungsfelder zu bewilligen, abgelehnt? Warum vernachlässigen Sie den Binnenmarkt? Gerade für kleine mittelständische Unternehmen und für das Handwerk ist der Binnenmarkt unverzichtbar. Hier die Gelder für die örtlichen Leistungsschauen mit dem Argument zu streichen, es gäbe Mitnahmeeffekte, ist ein Armutszeugnis

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und ein Totschlagargument, das bei jeder Subvention vorgebracht werden kann. Der Kollateralschaden, der damit ange richtet wird, zeigt sich in der Stagnation des privaten Konsums.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wie soll man das denn schaffen?)

Es ist eine wichtige Aufgabe, unsere Wirtschaft dabei zu unterstützen, die globalen Herausforderungen zu bewältigen. Mit Ihren regulativen Tendenzen, wie bei Ihrem geplanten Tarif treugesetz, oder mit Ihrer Steuererhöhungspolitik, wie beim Grunderwerbsteuersatz, werfen Sie unserer Wirtschaft Krähfüße vor.

(Lachen bei der SPD)

(Dr. Reinhard Löffler)

Damit nicht genug. Sie unterstellen unserer Wirtschaft kollektives Lohndumping, und weil der Wirtschaftsminister in seiner Rolle als Finanzminister unsere Unternehmen unter den Generalverdacht der Steuerhinterziehung stellt, werden in den Finanzämtern 100 Beamtenstellen für Steuerprüfer und 100 Anwärterstellen geschaffen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Regulierung schafft keine Arbeitsplätze und stimuliert keine Märkte. Beseitigen Sie die wachsenden Planungsunsicherheiten bei großen gewerblichen und öffentlichen Infrastrukturprojekten. Sie wirken sich negativ auf die Wirtschaft aus. Konsolidieren Sie den Haushalt, bauen Sie Staatsschulden ab. Das ist das beste Wirtschaftsprogramm.

(Abg. Walter Heiler SPD: So wie ihr!)

Ministerpräsident Kretschmann, der wegen der wirtschaftspolitischen Vakanz im Doppelministerium die Rolle des Wirtschaftsministers mit übernimmt, hat EU-Kommissionspräsident Barroso gesagt: „Wir brauchen eine Haushaltskonsolidierung, die wirtschaftspolitisch atmet.“ Mit weniger Staatsschulden lässt sich leichter atmen. Zur Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung ist die Regierung aber nicht bereit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer in einem Garten der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft von Wirtschaft und Gesellschaft lustwandelt, erkennt nicht, dass sich der Arbeitsmarkt neu aufstellt. Dienstleistungen, die heute noch von Arbeitnehmern erbracht werden, werden mehr und mehr ins Netz verlagert. Dies sind nicht nur komplexe Softwareentwicklungen, sondern auch triviale Büroaufgaben. Große Unternehmen verzichten zunehmend auf Arbeitnehmer und bauen Stellen ab. Die Personalvorstände sprechen neudeutsch – wie ich meine, etwas zynisch – von „open generation“ und „liquid generation“. Durch ein sogenanntes Crowdsourcing wird ein neues Human-Relations-Konzept unter Umgehung aller arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften geschaffen, das zu einem neuen interaktiven Wertschöpfungsprozess führt.

Diese Personalstrategie ist nichts anderes als die Tagelöhnerarbeit des 19. Jahrhunderts. Das Elend der schlesischen Weber aus der Zeit des Vormärz wird heute ins digitale Netz verlagert. Das Zeitalter der digitalen Proletarier hat begonnen.

(Zuruf von der SPD: Sag mal! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Ihr habt es nicht kapiert!)

Dieses Phänomen, das bald unsere reale Arbeitswelt bestimmen wird, blenden wir politisch noch völlig aus. Wir blenden es aus, weil unser Finanz- und Wirtschaftsminister es nicht auf seinem Radarschirm hat und weil die Sozialdemokraten traditionell noch immer glauben, dass ein Arbeitnehmer morgens mit seinem Henkelmann zur Arbeit geht, seinen Mindestlohn bekommt und eine tarifliche Raucherpause macht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Statt sich dem neuen Problem zu widmen, erhöhen die Regierungsfractionen das Budget für die Gründung einer Fachkräf-

teallianz sowie die Mittel für Veranstaltungen im Bereich „Wirtschaft und Demografie“. Sie verdoppeln die Ausgaben für Sachverständige und Gutachten, um grün-rote Wohlfühlthemen wiederzukäuen.

Wer ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsprozess wiedereingliedern will, muss das Kündigungsrecht verändern und den Abschluss befristeter Arbeitsverträge erleichtern. Das will unsere Wirtschaft. Wenn nach der Politik des Gehörtwerdens das Schweigen der Lämmer kommt, ist das zu wenig. Zuhören und anpacken, das ist entscheidend.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: Bin ich froh, wenn Aschermittwoch ist!)

Das Land fördert den sozialen Wohnungsbau mit 64 Millionen €.

(Zuruf von der SPD: Das ist richtig!)

– Das ist richtig, und das finde ich gut. – Die Mittel für die Landeswohnraumförderung betragen gerade einmal 0,2 % der Steuereinnahmen. Das Fehlen sicherer Anlagemöglichkeiten an den Finanzmärkten macht den Wohnungsbau für private Investoren heute aber attraktiv. Für die Förderung studentischen Wohnraums stellt die Regierung 2 Millionen € bereit. Beim Affenhaus in der Wilhelma ist man großzügiger.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat denn das Affenhaus gebaut? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Für 20 Millionen € sollen zwei Dutzend Menschenaffen in einem Mehrgenerationenhaus zusammen wohnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aus lauter Affenliebe wurden im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft auf den letzten Drücker noch schnell 5 Millionen € durchgewunken, weil sich die Wilhelma bei den Baukosten verkalkuliert hatte. Anscheinend gelten beim sozialen Wohnungsbau für Menschenaffen andere Maßstäbe.

Angesichts dieses staatlichen Geldsegens erwäge ich, mir einen Schimpansen als Haustier zu halten und bei ihm zur Untermiete zu wohnen.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Da werden Tierschutzbestimmungen verletzt!)

Die Wirtschaftspolitik der Regierung ist nur mäßig professionell. Im Haushalt herrscht bei wirklich neuen wirtschaftspolitischen Akzenten Fehlanzeige. Noch übertüncht die starke Wirtschaft die Abwesenheit wirtschaftspolitischer Konzepte. Verdient hat unser Land diese Wirtschaftspolitik nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

**Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Dr. Löffler, ich glaube, wir wollen jetzt nicht vertiefen, wer was verdient hat und ob dieses Haus diese Rede verdient hatte. Dennoch vielen



(Andrea Lindlohr)

Dank für Ihren Parforceritt durch die Jahrhunderte inklusive der Anteile schwarzer Magie wie Krähenfüße und für den Ihnen eigenen Kulturpessimismus. Ich wünsche Ihnen von Herzen alles Gute und auch wieder einmal einen konkreten Bezug zur Wirtschaftspolitik, die wir in der Zwischenzeit hier betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine wichtige und gute Erkenntnis über eine große Wirtschaftsregion unseres Landes, nämlich die Region Stuttgart, ist vor wenigen Wochen der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Sie heißt – Zitat –:

*GreenTech muss ein neues Markenzeichen der Region Stuttgart werden!*

So ist die gemeinsame Presseinformation des Verbands Region Stuttgart, der IHK, der Handwerkskammer Region Stuttgart und der übrigen Partner zum Strukturbericht 2011 überschrieben. Der Strukturbericht lotet die Chancen der Energiewende und der Rohstoffverknappung für unseren Maschinenbau aus. Das Fazit lautet: Der Maschinen- und Anlagenbau hat als industrieller Ausrüster für Energie und Ressourcen sparende Technologien ein riesiges Wachstumspotenzial. Was stellen wir also fest? Der Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft hat begonnen, und er wird von einer breiten Mehrheit getragen. Die gute Nachricht ist: Wir haben die richtige Regierung, um diesen Wandel zu unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Ingo Rust SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das Protokoll verzeichnet mäßigen Beifall!)

Mit grünen Ideen vor Ort schwarze Zahlen zu schreiben und Arbeitsplätze zu sichern, sei es im Handwerk, in der Industrie oder bei Dienstleistern, ist ein klares Ziel der Wirtschaftspolitik dieser Koalition.

Lassen Sie mich kurz auf einige Punkte eingehen:

Wir gestalten die Energiewende im Land. Die Energiewende bringt enorme Chancen für das Handwerk und die Industrie vor Ort. Das sehen unsere Partner und – ich denke noch weiter – auch Ihre Gesprächspartner im Handwerk so. Ich nenne die energetische Gebäudesanierung. Die Koalition stellt allein für das Jahr 2012 im staatlichen Hochbau 50 Millionen € mehr zur Verfügung, um Landesgebäude zu sanieren. Damit sparen wir Energie, und wir gehen als Land endlich mit gutem Beispiel voran, wie wir es in diesem Haus schon lange gefordert haben. Dies hat positive Folgen für die Auftragsbücher unserer Handwerksbetriebe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum Stichwort Handwerk: Damit das Handwerk auch morgen genug qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung hat, stärken wir die duale Berufsausbildung, indem wir die Mittel für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten erheblich aufstocken. Allein die Investitionsmittel der ÜBAs erhöhen wir um 1,8 Millionen € auf 7,6 Millionen €.

Ein weiteres Beispiel für eine gelungene grün-rote Wirtschaftspolitik ist die Neuausrichtung der Wohnraumförderung, die allerdings, wie wir wissen, auf Ihrer Seite keine Zustimmung findet, was ich sehr bedaure.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das stimmt nicht! Das habe ich nicht gesagt!)

Wir haben aus der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes 23 Millionen € mehr zur Verfügung. Wir schließen damit eine Gerechtigkeitslücke. Wir fördern den sozialen Mietwohnungsbau in viel höherem Maß. In der vergangenen Legislaturperiode hatte Ihre Seite diese Förderung für zwei Jahre komplett ausgesetzt. Wir lassen die Kommunen und die Wohnungsbau träger nicht länger im Regen stehen, wenn sie in den Ballungsräumen Wohnungen für sozial Benachteiligte schaffen. Das ist auch ein Aspekt der Energiewende, weil wir die Wohnraumförderung heute konsequent an die Einhaltung energetischer Standards koppeln. Mehr energetische Sanierung nutzt auch wieder unseren Handwerksbetrieben. Sie senkt die Nebenkosten für die Mieter auf Dauer, und sie erhöht den Wert der Immobilie insgesamt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie ist aber teilweise nicht bezahlbar!)

Lieber Kollege Dr. Bullinger, den Antrag der FDP/DVP gegen die Aufstockung der Wohnraumförderung haben wir deshalb im Ausschuss abgelehnt. Sie haben ja – wenn auch nicht Sie persönlich – mit der Ressortzuständigkeit beim Thema „Sozialer Mietwohnungsbau“ schon genug falsch gemacht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fragen Sie einmal die Wohnungswirtschaft! Die klärt Sie auf! Nicht der Mieterbund!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir, die grün-rote Koalition, betreiben eine aktive Mittelstandspolitik. Denn nur mit einem Mittelstand, der innovativ sein kann, den wir in seiner Innovationskraft unterstützen, lässt sich der Umbau unserer Wirtschaft auch im Bereich der Ressourcen- und Energieeffizienz wirklich stemmen. Deshalb haben wir die Mittel für die wirtschaftsnahe Forschung erheblich aufgestockt – hierzu gab es vorhin immerhin Zustimmung vom Kollegen Dr. Löffler –, und zwar um knapp 6 Millionen €. Wir haben hier im Land Perlen, international renommierte Institute der Forschungsalianz wie das Institut für Mikroelektronik Stuttgart oder das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung in Stuttgart und Ulm. Das sind zentrale Anlaufstellen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen in unserem Land, um Auftragsforschung gut erledigen zu lassen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 20 Jahre erfolgreich!)

So berät z. B. das IMS kleine und mittlere Unternehmen beim Aufbau eigener Fertigungslinien für Mikrochips und stellt Prototypen her. Diese Zusammenarbeit funktioniert gut und soll weiter ausgebaut werden. Das unterstützen wir mit unserer Haushaltspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir unterstützen die Zukunftsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen im Land

(Abg. Peter Hauk CDU: Was ist da eigentlich neu? Wo ist der Neuigkeitswert?)

(Andrea Lindlohr)

auch beim neuen, wichtigen Thema „Nachhaltige Mobilität“, lieber Kollege Hauk: Vernetzte Mobilitätskonzepte sollten möglichst schnell Wirklichkeit werden, und auch dafür haben wir die Landesinitiative Elektromobilität II aufgebaut. Die Regierung hat sie aufgestellt, und wir haben sie mit Haushaltsmitteln abgesichert und dafür 13 Millionen € bereitgestellt. Mit diesem Geld unterstützen wir den Forschungs- und Technologietransfer.

Wir wissen auch: Viele mittelständische Automobilzulieferer stehen vor großen Herausforderungen beim Wechsel in der Antriebstechnologie. Teilweise profitieren sie schon heute vom steigenden Umsatz im Batterie- und Brennstoffzellenbereich. Damit sie auch in Zukunft diese neuen Marktchancen noch besser nutzen können, stellen wir hier im Einzelplan 07 die Mittel für die Strukturwandelberatung zur Verfügung. Das halte ich für einen wichtigen Schritt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nun noch zu Ihrer Kritik hinsichtlich der Leistungsschauen. Wir werden Ihrem Antrag dazu nachher nicht zustimmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Den Hofe-  
lich als Mittelstandsförderer einmal fragen, der über-  
all etwas anderes erzählt!)

Ich habe Ihnen schon gezeigt, wie wir mit konkreten Unterstützungen zur Innovation – auch weiter mit dem Innovationsgutschein und seiner neuen Variante – Handels- und Handwerksbetriebe tatsächlich in wichtigen Aufgaben unterstützen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo ist der Neuigkeitswert?)

Leistungsschauen haben aus unserer Sicht einen örtlichen Charakter. Deren Förderung ist nicht Aufgabe des Landes.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es geht auch lediglich um 150 000 €, die bisher durch Fraktionsanträge Ihrerseits in den letzten Jahren in den Haushalt eingestellt worden sind. Diese Aufgabe können die kommunalen Wirtschaftsförderungen gut erledigen. Betrachten wir einmal, worum es geht: 750 € für halbtägige Leistungsschauen und 1 500 € für ganztägige Leistungsschauen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist auch  
Psychologie!)

Gute Veranstaltungen kosten oft einen fünfstelligen Betrag. Wenn Sie jetzt auch noch überlegen, welchen Verwaltungsaufwand dieser sehr kleine und eher symbolische Zuschuss verursacht, muss man sagen:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Minimal!)

Man muss auch einmal Verwaltungsaufwand abbauen. Gleichwohl werden die Handels- und Gewerbeschauen im Land auch weiterhin gedeihen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Peter Hauk CDU: Das ist gegenüber den Mit-  
telständlern regelrechter Zynismus!)

– Nein, das ist eine gute Abschichtung von Aufgaben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie verstehen das nicht!)

Wir haben dazu auch Gespräche geführt. Machen Sie sich keine Sorgen, lieber Kollege Hauk.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Über die Er-  
gebnisse hat uns der Bund der Selbstständigen be-  
richtet!)

– Man muss auch einmal Entscheidungen treffen, und das tun wir.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Politik des  
Gehörtwerdens!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Fazit zum Einzelplan 07 lautet: Wir setzen hier die richtigen Akzente für die Innovationskraft unseres Landes. Wir stärken weiter unsere gute Wirtschaftsstruktur, die nicht wir erfunden haben, die nicht Sie erfunden haben, sondern die primär von den Unternehmerinnen und Unternehmern, von den aktiven Menschen dieses Landes selbst herrührt. Das ist auch eine wichtige Erkenntnis, auch wenn hier vorhin etwas anderes verlautbart wurde.

Wir knüpfen mit unserer Wirtschaftspolitik klug an die Wachstumsfelder an, die der Innovationsrat identifiziert hat, und machen dabei auch eine gute Politik über die Ressortgrenzen hinweg. Ich nenne das Thema Ressourceneffizienz, zu dem wir gestern beim Einzelplan 10 Beschlüsse gefasst haben. Ich nenne ausdrücklich auch das Thema „Gute Arbeit“, das sowohl im Sozialministerium als auch auf Bundesebene bearbeitet wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir sind  
aber jetzt beim Wirtschaftsministerium, und da hakt's!)

Denn gute Arbeit stärkt unseren Wirtschaftsstandort. Wir brauchen gut bezahlte und langfristig sichere Arbeitsplätze, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Peter Hauk CDU: Das ist Innovationspeitsche  
und Ignoranz!)

Die nachhaltige Mobilität und die Energiewende sind wichtige Jobmotoren, die wir dabei besonders im Blick haben. Mit den im Haushaltsplan vorgesehenen Maßnahmen werden wir dazu beitragen, unseren Wirtschaftsstandort auch in Zukunft stark und wettbewerbsfähig zu halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Storz das Wort.

**Abg. Hans-Peter Storz SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für mich als Neuling waren die Beratungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss spannend, vor allem, weil ich beobachten konnte: Wie reagiert denn die Opposition auf unsere Vorschläge zur Aufstellung des Haushalts? Da ist mir aufgefallen, dass Sie von der CDU und der FDP/DVP insgesamt 183 Änderungsanträge gestellt haben.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Haben Sie mitge-  
zählt?)

(Hans-Peter Storz)

– Ja, ich habe mitgezählt. – Das ist eine stattliche Zahl, immerhin pro Einzelplan durchschnittlich mehr als zehn.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Insgesamt sind es so viele Anträge, Ihre eingeschlossen!)

Zum Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft – haben Sie von der Opposition gerade einmal drei Anträge gestellt.

(Abg. Ingo Rust SPD: Was, nur drei? Dann ist ja alles in Ordnung!)

Zustimmungsfähig waren diese beim besten Willen nicht. Aber darum geht es gar nicht; diese verschwindend geringe Zahl zeigt vielmehr, dass sogar Sie seitens der Opposition nicht wirklich etwas an der Wirtschaftspolitik der grün-roten Landesregierung auszusetzen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Solange es keine gibt!)

Herr Löffler, Sie haben versucht, mit einer sehr bildhaften Sprache, aber mit wenig konkretem Inhalt deutlich zu machen, dass die Landesregierung keine eigenständigen Impulse setze.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: So ist es!)

Dass dem nicht so ist, auch wenn Sie es nicht zugeben werden, wissen Sie, und ich werde es noch im Einzelnen aufzeigen.

Zuvor möchte ich aber deutlich machen, was unsere Wirtschaftspolitik von der konservativ-liberalen unterscheidet. Ihnen geht es darum, für das Kapital die besten Verwertungsbedingungen zu schaffen. Das nennen Sie unternehmer- oder wirtschaftsfreundlich. Jeder Euro Steuern vermindert zwangsläufig die Erträge, die Kapitaleigner aus ihren Unternehmen schöpfen können. Daher reden Sie permanent von niedrigeren Steuern.

Aber nicht das Kapital, sondern das Wissen und Können der Arbeiter, der Angestellten, der Ingenieure und der Fachkräfte schafft Werte. Arbeit, und zwar gute Arbeit, ist die Voraussetzung für die Gewinne der Unternehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie „Marx für Anfänger“ gelesen?)

Deswegen wollen wir mit unserer Wirtschaftspolitik die Bedingungen dafür schaffen und langfristig sichern, dass in unserem Land tüchtige Unternehmer und fleißige Arbeitnehmer auch weiterhin gute Produkte entwickeln und auf den Markt bringen können, die die ganze Welt kaufen will. Ohne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht das nicht. Sie haben einen Anspruch auf einen gerechten Anteil an den Werten, die sie geschaffen haben.

Wie wichtig der Faktor Arbeit in unserem Wirtschaftssystem ist, zeigt ein Thema, von dem Sie auch schon geredet haben. Ich spreche vom drohenden Fachkräftemangel. Es ist ein bedrückendes Szenario, wenn in einem reichen Land Unternehmer volle Auftragsbücher haben, aber niemanden mehr

finden, der die Arbeit gut und qualifiziert erledigen kann. Wenn gegen den Fachkräftemangel angegangen werden soll, reicht es nicht, als Politiker eine Rede zu halten. Es geht darum, alle Akteure an einen Tisch zu holen, die es in der Hand haben, gemeinsam mit verbindlichen eigenen Beiträgen etwas gegen den Fachkräftemangel zu tun.

Mit der „Allianz für Fachkräfte“ ist Wirtschaftsminister Nils Schmid genau dies gelungen. Für diese Allianz haben wir im Finanzausschuss die Haushaltsansätze der Regierung erhöht.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Und was machen Sie damit?)

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik folgt nicht zwangsläufig dem Gesetz der großen Zahl. Nicht immer bewirken große Summen Großes. Es kommt vielmehr darauf an, gute Konzepte finanziell ausreichend auszustatten. Man erreicht auch vieles, wenn man kleinere Beiträge an der richtigen Stelle zielgerichtet einsetzt.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Diesen Weg gehen wir mit der Förderung von Innovationen kleiner und mittlerer Unternehmen. Von dem Konzept des Innovationsgutscheins B Hightech profitieren zielgerichtet kleine Unternehmen in der Gründungsphase.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie das erfunden?)

So machen wir aus einer Idee, die zugegebenermaßen von der FDP kommt, von uns aber aufgenommen und weiterentwickelt wurde, ein wirksames Förderinstrument.

(Lachen des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sehr gut! Politik des Gehörtwerdens!)

Ich denke, wir zeigen durch dieses Vorgehen auch, dass wir uns über konstruktive Ideen aus der Opposition freuen und eine Politik nach dem Grundsatz „Das Gute behalten“ umsetzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da kann man viel behalten!)

Einen Schwerpunkt der Technologiepolitik möchte ich herausgreifen. Jeder weiß, dass das Autoland Baden-Württemberg einer der bedeutendsten Standorte für den Fahrzeugbau ist.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Daher muss man kein Ökonom sein, um feststellen zu können: Der Wohlstand Baden-Württembergs hängt in hohem Maß von der Automobilindustrie ab.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber weniger Autos fordern!)

Ebenfalls nicht neu ist die Erkenntnis: Wer nur so weitermacht wie bisher, verkauft in nicht allzu ferner Zukunft immer weniger Autos.

(Zurufe der Abg. Claus Paal und Peter Hauk CDU)

(Hans-Peter Storz)

Die Wirtschaft unseres Landes weiß das längst, und sie handelt. Das Land unterstützt die vielfältigen Initiativen der Wirtschaft mit der zweiten Phase des Landesprogramms E-Mobilität. Mit 50 Millionen € statten wir dieses Programm für die nächsten Jahre angemessen aus.

Öffentliche Investitionen sorgen für mehr Beschäftigung im Land. Besonders effektiv sind Investitionen im Wohnungsbau und in der Städtebauförderung. Nirgendwo sonst werden so viele Arbeitsplätze geschaffen und gesichert, nirgendwo sonst werden so viele zusätzliche Investitionen angeregt wie hier.

Die Wohnungsbaupolitik macht einen großen Unterschied zwischen den Regierungs- und den Oppositionsfraktionen aus. Wir wissen, dass in Groß- und Universitätsstädten Wohnraum so knapp ist, dass sich Normalverdiener die Mieten kaum mehr leisten können.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP –  
Gegenruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Daher gibt es ab 2012 deutlich mehr Geld für die Wohnraumförderung. Wir haben zudem umgeschichtet. Niemand von uns hat etwas gegen die Förderung des Wohneigentums. Das würde auch nicht ins Land der Häuslebauer passen. Wohl aber muss Wohnungsbaupolitik zur Kenntnis nehmen, dass es für mehr als die Hälfte der Bevölkerung keine Alternative zur Mietwohnung gibt. Für uns ist ein Mieter kein Mensch zweiter Klasse. Mit dem Landeswohnraumförderungsprogramm 2012 haben wir den Einstieg in eine stärkere Förderung von Mietwohnungen an den Orten, wo sie am dringendsten benötigt werden, geschaffen.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE und Walter Heiler SPD)

Einstieg heißt aber auch, dass wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie behaupten, die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes hindere junge Familien daran, Wohneigentum zu bilden. Dafür gibt es aber keinen Beleg.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann lesen  
Sie einmal die Stellungnahme des RWI!)

Ganz im Gegenteil: Nie war die Nachfrage nach Wohneigentum so hoch, wie sie zurzeit ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Jürgen Filius GRÜNE – Abg. Ingo Rust SPD: Richtig!)

Der Unterschied zwischen Ihnen von den Oppositionsfraktionen und uns von den Regierungsfractionen ist: Wir schimpfen nicht nur auf andere, sondern wir bieten konkrete Projekte. Das Wohnungsbauprogramm bietet eine echte Chance auf eine eigene Wohnung. Das wird auch durch die Mehreinnahmen aus der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes möglich.

Die Förderung von energiesparenden Investitionen im Wohnungsbestand schafft vor allem im Handwerk Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, bei den Haushaltsberatungen zeigt sich, wie viel die Ankündigungen einer Regierung wert sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist gewiss wahr! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD:  
Jetzt aufpassen!)

Für den Einzelplan 07 gilt: Die Regierungskoalition macht ernst. Wir sind auf dem richtigen Weg hin zu einer sozialen und ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft und unseres Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Ich erteile Herrn Abg. Grimm für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

**Abg. Leopold Grimm FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was die Regierung zur Wirtschaftsförderung im Haushalt sagt, kann sich durchaus sehen lassen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Starker Beginn der Rede!)

Mein Kompliment gilt allerdings Ihren Vorgängern im Amt, der von CDU und FDP/DVP geführten Regierung.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das war schwach! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich habe festgestellt – und es ist so –, dass Sie von Grün-Rot dieses Kompliment teilen. Denn Sie haben fortgeschrieben – man kann auch sagen: Sie haben abgeschrieben –, was die frühere Regierung

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Weitergeschrieben!)

mit ihrer anerkannten und erfolgreichen Wirtschaftskompetenz für Baden-Württemberg als wichtig erachtet hat. Das Land muss seine Energie an Forschung, Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit, gewerblicher und industrieller Produktion stets erneuern. Denn nur so bleibt unser Land Spitze in Europa.

Ihr Zauberwort, meine Damen und Herren, heißt Nachhaltigkeit. Ich aber sage Ihnen: Wir brauchen Vorhaltungen. Wir müssen den Menschen in diesem Land Mut machen, in dieser mittelständischen Wirtschaft, die Arbeit und Wohlstand bedeutet, mitzuwirken. Den Worten müssen stets Taten folgen.

„Vorhaltung“ bedeutet, die Menschen zu fördern, die sich selbstständig machen wollen, die Betriebe gründen wollen. Hierfür nimmt das Land seit Jahren Geld in die Hand. Sie setzen die Tradition fort, indem Sie Existenzgründern ebenfalls helfen. Sie haben die Mittel in der bisherigen Summe im Haushalt auch fortgeschrieben.

Manchmal ist nur ein kleiner Anstoß notwendig, um eine Lawine an wirtschaftlicher Entwicklung in Gang zu setzen. So können beispielsweise neue wirtschaftliche Zentren für viele Bereiche von Forschung und Entwicklung und Produktion in den Städten und Gemeinden entstehen, wenn aufgegebene Liegenschaften oder Brachflächen umgenutzt werden.

Was Sie an Förderungen fortsetzen, angelehnt an frühere Programme und Ansätze, kann ich loben. Aber die Erde dreht sich weiter, und die globale Wirtschaft kennt keinen Stillstand.

(Leopold Grimm)

Deshalb brauchen wir noch mehr Anstrengungen, um das Land immer wieder neu zum Spitzenstandort für Gründerinnen und Gründer, auch aus unseren Hochschulen heraus, werden zu lassen und ihnen dabei Mut zu machen. Die frühere Förderung, die immer auch eine Förderung des Mutes ist, sich etwas zu trauen, sich auf ein Wagnis einzulassen, hat hier einen besonderen Stellenwert. Gründerförderungen und die Förderung der Übernahme von Betrieben gehen häufig Hand in Hand.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass auch die steuerlichen Rahmenbedingungen, von der Frage der Einbeziehung ertragsabhängiger Elemente in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuern bis hin zu Erbschaftssteuern, stimmen müssen.

Wer „Wirtschaftsförderung“ sagt, muss natürlich auch „Leistungsschau“ sagen. Daher empfehle ich der Regierung, sich unserem Antrag zugunsten der Beibehaltung der Förderung solcher Leistungsschauen anzuschließen. Diese Förderung von örtlichen Gemeinschaftsausstellungen der Gewerbe- und Handelsvereine und die Förderung von Veranstaltungen in den Bereichen Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien haben sich in all den Jahren bewährt. Die Entscheidung, diese Finanzmittel zu reduzieren oder gar zu streichen, wäre auch aus der Sicht des Bundes der Selbständigen in Baden-Württemberg ein völlig falsches Signal für den Mittelstand und für die ehrenamtlich Tätigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Es ehrt Sie von Grün-Rot, wenn Sie sich in der Förderung von Existenzgründern auf einen vorgespurten Weg begeben. Denn als Regierung üben Sie noch immer ein bisschen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sie noch länger!)

Noch vor fast einem Jahr klang dies von Ihnen ganz anders. Sie wollten Baden-Württemberg neu erfinden. Sie haben angekündigt, Existenzgründungen zu vollziehen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Sie proklamierten eine Revision der Existenzgründungspolitik.

Ihre – ich zitiere – „neue Gründerwelle“ ließ einen Tsunami erwarten, welcher das Land überrollt. Sie kündigten die Unterstützung von Gründernetzwerken an; Sie wollten das Angebot an Mikrokrediten erhöhen. Die Liste für geplante wirtschaftliche Entwicklungshilfe grün-roter Couleur für eine Weltmarke wie Baden-Württemberg ist endlos. Die Liste scheint jedoch beim Christkind hängengeblieben zu sein.

Die Ankündigung des Tsunami war ein Fehllalarm. Sie haben es nicht einmal bis zum Sturm im Wasserglas gebracht.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Heißt das neue Lebens- und Landesmotto nun: „Wir können alles nicht, außer uns“? Den Beweis dafür, dass Sie „Wirtschaft können“, müssen Sie uns noch erbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort erteile ich dem Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid.

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Phasenweise haben wir gedacht, Sie verwechseln das Feuilleton mit der harten Landespolitik. Deshalb will ich jetzt nicht über Zinspreis- oder Rohstoffpreisentwicklung reden, sondern über das, was wir hier im Land für Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung tun können.

In einem haben Sie, Herr Dr. Löffler, völlig recht: Wenn man die Unternehmen fragt, was der nächste große Engpass in der wirtschaftlichen Entwicklung sein wird, der sich schon jetzt deutlich am Horizont abzeichnet, dann wird die Knappheit an Fachkräften genannt.

Deshalb war eine der ersten Initiativen, die ich ergriffen habe, die Gründung einer Fachkräfteallianz für Baden-Württemberg, an der alle Akteure – Arbeitsagenturen, kommunale Landesverbände, die Verbände der Wirtschaft und der Gewerkschaften – an einem Tisch sitzen und überlegen, mit welchen konkreten Maßnahmen wir diesem absehbaren Mangel abhelfen können.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ich hatte Ihnen gesagt, wie es geht!)

Das ist nur der Auftakt gewesen. Es geht weiter: Wir wollen das in die Regionen bringen. Diese Landesregierung hat beispielhaft schon zwei konkrete Maßnahmen ergriffen, die dem Fachkräftemangel abhelfen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was kam denn dabei heraus? Was war denn das Ergebnis?)

Ein Beispiel ist, dass wir die Kinderbetreuung maßgeblich verbessert haben; denn im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – damit die am besten ausgebildete Frauengeneration unserer Geschichte ihre Qualifikation auch wirklich anwenden kann – ist dies ein sehr wichtiger Beitrag. Deshalb werden die Mittel für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren fast verdreifacht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein zweites Beispiel: Wir haben nicht nur über die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte geredet, sondern wir haben mit der „Aktion Nikolaus“ auch ein konkretes Beispiel gegeben. Zusammen mit den Verbänden aus der Region Stuttgart haben wir arbeitslose spanische Ingenieurinnen und Ingenieure nach Baden-Württemberg eingeladen, damit sie sich nach ihren Berufsaussichten bei unseren mittelständischen Betrieben erkundigen können. Das ist eine großartige Aktion, die inzwischen von anderen IHK-Bezirken aus dem ganzen Land übernommen wird. Es ist ein praktisches Beispiel, wie wir das Thema „Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte in Baden-Württemberg“ im Interesse der Wirtschaft endlich angepackt haben.

Sie sehen: Alle Felder der Landespolitik, bei denen wir eine originäre Zuständigkeit haben – Kinderbetreuung, Schule, be-

(Minister Dr. Nils Schmid)

rufliche Bildung und natürlich auch Hochschulen –, wirken zusammen, um dem sich abzeichnenden Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken.

Hierzu gehört selbstverständlich auch, dass wir den älteren Beschäftigten mehr Chancen geben müssen. Deshalb habe ich gesagt: Wir machen nicht noch eine weitere Studie darüber, sondern wir wollen anhand konkreter Beispiele herausfinden, wie in einem Handwerksbetrieb, in einem mittelständischen Produktionsbetrieb Arbeitsplätze so gestaltet werden können, dass auch ältere Beschäftigte eine Chance haben, weiterhin am Erwerbsleben im konkreten Betrieb teilzuhaben. Genau das werden wir dank der Zustimmung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses nun erproben können.

Es geht darum, den Übergang in die Rente und den schrittweisen Übergang zu einem regulären Renteneintrittsalter mit 67 Jahren auch wirklich erfahrbar und für die Betriebe tragbar zu gestalten. Das ist keine ganz einfache Aufgabe. Wir leisten dazu einen Beitrag, obwohl das Land nicht einmal in erster Linie dafür zuständig ist. Aber wir wollen das gemeinsam mit den Betrieben und den Gewerkschaften voranbringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dann zum großen Thema „Innovative Wachstumsfelder unseres Landes“. Natürlich haben wir die Studien des Innovationsbeirats, der verschiedenen Wirtschaftsforschungsunternehmen als Grundlage unserer Technologiepolitik herangezogen. Das war eine gute Grundlage. Wir haben diesen Bereich im Koalitionsvertrag ausdrücklich anerkannt. Deshalb werden wir die Instrumente der Technologiepolitik und der Technologietransferpolitik des Landes konsequent entlang dieser Wachstumsfelder ausrichten.

Wir haben schon im Vierten Nachtragshaushalt für 2011 die ersten Akzente gesetzt und ein Modellvorhaben in Pfinztal für die Redox-Flow-Batterie unterstützt – Stichwort Energiewende. Wir haben jetzt noch einmal die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute maßgeblich unterstützt, zuletzt mit einem um 1 Million € aufgestockten Zuschuss an das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung.

Wir werden bei der Leichtbauweise vorankommen, nicht nur bei der Leichtbauweise für den Autobereich, sondern auch beim stationären Leichtbau, der für unsere Grundlagenindustrie, für den Maschinen- und Anlagenbau, von großer Bedeutung ist.

Technologiepolitik, Innovationspolitik steht bei uns ganz weit oben, und das ist auch im Haushalt anhand zusätzlicher Mittel ablesbar.

Wenn wir über die Zukunft der Mobilität reden, dann kann man gar nicht genug herausheben, dass es der Regierung in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gelungen ist, zusätzliche Mittel für eine weitere Tranche der Landesinitiative Elektromobilität zu mobilisieren. Das Konzept ist da. Es ist verabschiedet. Die erste Tranche wird mit diesem Haushalt freigegeben, weil wir wissen, dass die Mobilität der Zukunft vernetzt gedacht werden muss, dass wir alternative Antriebsformen unterstützen müssen und dass wir dem Grundbedürfnis der Menschheit nach individueller Mobilität natürlich auch in Zukunft entgegenkommen müssen – aber mit anderen Autos,

die deutlich sauberer sind und deutlich weniger das Klima belasten als die Autos, die bislang von den Bändern laufen.

Deshalb sage ich voller Überzeugung: Baden-Württemberg wird auch in Zukunft das Autoland Nummer 1 bleiben, und die Regierung wird die Autoindustrie dabei unterstützen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Peter Hauk CDU: Was sagt da Ihr grüner Koalitionspartner?)

Ich weiß viel besser als alle anderen, dass Mittelstand und Handwerk das Rückgrat unserer Wirtschaft sind.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Warum tun Sie dann nichts?)

Ausbildungsplätze, Beschäftigung, Bruttowertschöpfung – alles findet bei Mittelstand und Handwerk statt. Deshalb ist es mir auch persönlich ein wichtiges Anliegen, Mittelstand und Handwerk zu unterstützen. Wir haben auch da die ersten Weichen gestellt. Wir haben den Innovationsgutschein, der sich entgegen mancher Befürchtungen von uns durchaus ganz gut entwickelt hat, um eine Hightechkomponente erweitert, den Innovationsgutschein B, bei dem wir gesagt haben: Mit ein bisschen mehr Geld, das wir in die Hand geben, können wir es schaffen, den Mangel an technologieintensiven Existenzgründungen in Baden-Württemberg zu beheben. Denn das war das große Defizit, was unabhängige Gutachter, was aber auch die Industrie- und Handelskammern immer wieder beklagt haben: dass wir in Baden-Württemberg zu wenige technologieintensive Existenzgründungen haben. Wenn wir noch einmal eine zusätzliche Existenzgründungsoffensive brauchen, dann in diesem Bereich. Die erste Weichenstellung mit den Innovationsgutscheinen ist erfolgt. Sie sehen: Auch in diesem Punkt halten wir Wort.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Natürlich wird das Handwerk auch bei seinen klassischen Aufgaben unterstützt. Ich habe gesagt, dass ein Großteil der Ausbildungsplätze gerade im dualen System von Handwerksbetrieben und mittelständischen Betrieben bereitgestellt wird. Deshalb unser unablässiger Einsatz für die Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Denn da sind wir gemeinsam mit dem Bund gefordert. Wenn der Bund die Mittel dafür aufstockt, dann bemühen wir uns – genau das werden wir auch in diesem Haushalt noch einmal unterstreichen –, diese Mittel ebenfalls aufzustocken.

Ich bin dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft und hier insbesondere den Regierungsfractionen dankbar, dass es durch ihre Initiative gelungen ist, zusätzliche Projekte in das Modernisierungsprogramm für die ÜBAs hineinzunehmen. Das ist ein klares Bekenntnis nicht nur zu Mittelstand und Handwerk, sondern auch zur Ausbildungsleistung in diesen Betrieben, die so wichtig für unser Land ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf von der CDU – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir schwätzen nicht nur, wir handeln! Ihr müsst auch handeln!)

Wenn ich über Mittelstand und Handwerk rede, dann rede ich natürlich über Sanierung und Bauwirtschaft, über die Anstren-

(Minister Dr. Nils Schmid)

ungen, die die Landesregierung unternimmt, um Investitionen zu unterstützen. Da hat sich bewährt, dass das Finanz- und das Wirtschaftsressort jetzt in einer Hand sind. Denn nur diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Diskussion über steuerliche Anreize für die energetische Sanierung von Wohngebäuden nicht in einem Ressortkonflikt zwischen Wirtschaftsministerium auf der einen Seite und Finanzministerium auf der anderen Seite versandet ist.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Da sind wir aber dankbar!)

Es war der Anstoß aus Baden-Württemberg, der neuen Schwung in die Debatte gebracht hat. Dass wir jetzt weitere Gespräche in der Bundespolitik über diese steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten führen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Stimmt im Bundesrat zu! Das würde etwas bringen!)

ist eindeutig auf Baden-Württemberg zurückzuführen. Wir führen da eine sehr verantwortungsvolle Diskussion. Deshalb sagen wir: Jawohl, wir sind bereit, eine steuerliche Förderung zu machen, aber wir müssen im Interesse der Konsolidierung des Landeshaushalts dann auch die Steuerausfälle begrenzen. Da war dieser Vorschlag goldrichtig. Ich bin auch zuversichtlich, dass wir da in den nächsten Monaten vorankommen

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, Wochen!)

und damit für Mittelstand und Handwerk hier in Baden-Württemberg, aber auch mit Blick auf Wohnungseigentum und Klimaschutz viel Gutes werden tun können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gebt im Bundesrat die Verweigerung auf!)

Wir fördern den Wohnungsbau. Es ist schon angesprochen worden: Der geringe Anteil an Wohnungsbauförderung hier im Land war ein Armutszeugnis für das Land Baden-Württemberg. Wir stocken die Mittel maßgeblich auf.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fragen Sie die Verbände, was die davon halten!)

Eigentumsförderung erfolgt weiterhin. Vor allem aber wird der soziale Mietwohnungsbau unterstützt, damit wir nicht nur in Großstädten, sondern auch in den städtischen Ballungsräumen dem Wohnungsmangel im Einzelfall abhelfen können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! Das war überfällig! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schauen wir einmal, wie es abgerufen wird!)

Damit bekennen wir uns dazu: Das Recht auf erschwinglichen Wohnraum ist ein ganz wichtiges Menschenrecht. Die baden-württembergische Landesregierung hilft dabei.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dort, wo wir unmittelbar Verantwortung tragen, nämlich bei den Gebäuden des Landes – Hochschulgebäude und andere –, unternehmen wir eine große Sanierungsoffensive, beginnend im Vierten Nachtrag für 2011, fortgesetzt in diesem

Haushalt: deutlich mehr Mittel für die energetische Sanierung, aber auch insgesamt für die Modernisierung der Landesgebäude. Das ist wirtschaftspolitisch sinnvoll, schützt aber auch das Landesvermögen vor dem Werteverzehr. Es war überfällig, dass eine Landesregierung diese Aufgabe angepackt hat. Das hilft auch hinsichtlich der Themen Arbeit und Wachstum hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Angesichts dieser eindrucksvollen Weichenstellung in kurzer Zeit erscheint es doch seltsam kleinkariert, dass die einzig namhafte wirtschaftspolitische Initiative aus den Reihen der Opposition die Wiedereinführung des Zuschusses für Leistungsschauen ist, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Gießkannenpolitik!)

Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden: Leistungsschauen sind ein wichtiger Bestandteil, helfen Handel und Gewerbe, sich vor Ort zu präsentieren, ihre Innovationskraft gerade auch dem örtlichen Publikum nahezubringen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

damit man nicht meint, man muss in die Großstadt eilen, um schöne Produkte zu erwerben und Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt macht ihr Politik gegen den ländlichen Raum! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Quatsch! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Natürlich! Vor allem die Grünen!)

Nur sage ich eines ganz deutlich: Die geringen Zuschüsse, die dann zufällig über das Land verteilt einmal bei den örtlichen Vertretern des BDS ankommen, sind nicht ausschlaggebend. Entscheidend ist vielmehr, dass wir Handel und Gewerbe, Mittelstand und Handwerk bei der dualen Ausbildung, bei den überbetrieblichen Ausbildungsstätten und bei der Gewinnung von Fachkräften unterstützen. Das sind die harten Fakten, die wirklich zu einer Unterstützung von Mittelstand und Handwerk führen, und nicht die Leistungsschauen. Lassen Sie doch da bitte die Kirche im Dorf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Schließlich: Was uns in der Regierung und in den Regierungsfractionen trägt, ist die tiefe Überzeugung, dass gerade in dem starken Industrieland Baden-Württemberg wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit zwei Seiten einer Medaille sind. Deshalb ist das erste große Gesetzgebungsvorhaben, das in meinem Haus erarbeitet und im Frühjahr ins Kabinett und in den Landtag eingebracht wird, das Tarifreuegesetz. Es geht nicht nur darum, dass wir Beschäftigte vor Niedriglöhnen schützen und dass wir die Tarifpartner in ihrem Handeln für Tarifverträge stärken, sondern es geht auch um die Unterstützung des ehrbaren Kaufmanns, des ordentlichen Handwerkers, der sich eben an Tarifverträge hält

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

und nicht mit Dumpinglöhnen mit anderen Anbietern konkurriert. Deshalb haben wir bei diesem Tariftreuegesetz breite Unterstützung, und zwar nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von den Wirtschaftsverbänden. Ich würde mich freuen, wenn im Zuge der Beratung dieses Gesetzentwurfs aus diesem Landtag ein klares Signal für Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt und für Mittelstand und Handwerk in Baden-Württemberg gesendet würde. Das würde wirklich Wirtschaft und Beschäftigung stärken und würde wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit hier im Land betonen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Peter Hauk CDU: Alte Welt! Alte Sichtweise!)

Das Beispiel dieses landespolitischen Projekts des Tariftreuegesetzes zeigt, dass wir mit großer Sorge der Ausfransung des normalen Beschäftigungsverhältnisses gegenüberstehen. Denn es ist schon bezeichnend, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass es erst des Vorstoßes der IBM-Führung bedurft hat, damit Sie erkennen, wie gefährlich Werkverträge sind, wie gefährlich die Ausfransung des normalen Beschäftigungsverhältnisses ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das hat doch mit Tariftreue nichts zu tun!)

Wenn Ihre Antwort darauf ist, lieber Herr Löffler, befristete Beschäftigung noch weiter zu erleichtern, dann sind Sie wirklich auf dem falschen Dampfer.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Peter Hauk CDU: Es ist die Frage einer Lösung für ältere Arbeitnehmer, Herr Wirtschaftsminister!)

– Nein. – Die Ausfransung von sicherer Beschäftigung durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse hat schon längst begonnen. Es ist bezeichnend, dass das für Sie erst interessant wird, wenn es bei den „white-collar workers“ in der Softwareindustrie ankommt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Nein!)

Ich sage Ihnen: Es hat schon längst angefangen – in den Küchen, bei den Reinigungsdiensten, bei den Gabelstaplerfahrern und auch bei den großen Industriekonzernen unseres Landes.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben die Dimension nicht verstanden! Dann sind Sie fehl am Platz!)

Deshalb geht es darum, Leih- und Zeitarbeit wieder zu regulieren. Deshalb ist die Frage von gesetzlichen Mindestlöhnen so wichtig. Es geht um die Frage, ob wir die Würde der Arbeit im Land hoch schätzen oder nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie sehen, die Landesregierung ist unter Volldampf.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mehr „voll“ als „Dampf“!)

Der Wirtschaftsminister ist bei diesen Themen unterwegs.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Frage ist: Wo?)

Sie müssen sich irgendwann einmal entscheiden, ob Sie weiterhin den Untergang des Abendlands an die Wand malen wollen oder ob Sie uns Tatenlosigkeit in der Wirtschaftspolitik vorhalten wollen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ja! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das eine führt zum anderen!)

Ich sage Ihnen eines: Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser – für Baden-Württemberg und die Menschen im Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dampfplauderer! – Abg. Peter Hauk CDU: So wird mangelnde Substanz durch lauten Beifall kompensiert! – Gegenruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Da dürfte der Beifall bei Ihnen überhaupt nicht aufhören! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE zu Abg. Peter Hauk CDU: Ich klatzsche nachher bei Ihnen auch einmal!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** In der weiteren Aussprache erteile ich – wenn etwas Ruhe eingeleitet ist – dem Kollegen Klein für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Karl Klein** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von dem früheren Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, stammt das Zitat:

*Finanzpolitik – das ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die eine Mark haben und zwei ausgeben wollen,*

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: So, wie die CDU!)

*und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht.*

(Zuruf von den Grünen: Das sind wir!)

Egal, ob Mark oder Euro: Das Zitat ist auf jeden Fall zutreffend. Genau das ist auch der Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, warum das Land Baden-Württemberg derzeit noch herausragend dasteht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unglaublich viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sind fleißig, sind tatkräftig, haben den Mut und auch Ideen, um dieses Land voranzubringen, und zwar so voranzubringen, dass wir ganz vorn stehen.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Deswegen haben Sie die Wahl verloren!)

Es war – jetzt hören Sie einmal zu! – die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung, die über viele Jahrzehnte in politischer Verantwortung stand und richtigerweise die entsprechenden politischen Weichenstellungen vorgenommen hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Überall!)

Es war auch die schwarz-gelbe Landesregierung – jetzt hören Sie noch einmal zu –, die bei Anträgen von Grün oder Rot zu den jeweiligen Haushalten in der Vergangenheit stets zur Zu-



(Karl Klein)

rückhaltung mahnte, die maßhielt und vor allem auch die Finanzen stets im Auge behielt.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Es wurde auch solide und sparsam gewirtschaftet, es wurde sehr sorgfältig und sehr überlegt mit dem Geld der Steuerzahler in Baden-Württemberg umgegangen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Schön wär's!)

Unser Motto lautete und lautet noch immer: Solide Haushalten, nachhaltig Haushalten und vor allem auch nachhaltig wirtschaften und klug investieren.

Ganz nebenbei bemerkt, Herr Finanz- und Wirtschaftsminister: Die Arbeitslosenquote – das haben Sie jetzt in Ihrem Beitrag nicht erwähnt – ist im Vergleich zum Vorjahresmonat auf ein historisches Tief zurückgegangen. Mit einer Quote von 4,1 % hat das Land Baden-Württemberg weiterhin die beste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Warum wohl?)

Eine weitere gute Nachricht ist, dass wir im Land Baden-Württemberg auch das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer haben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Warum wohl?)

Die dritte gute Nachricht ist – jetzt hören Sie da auch noch zu –, dass wir in Baden-Württemberg die bisher höchsten Steuereinnahmen haben.

(Zurufe von den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sieht eigentlich jeder im Land Baden-Württemberg, nur unser Finanz- und Wirtschaftsminister und einige weitere Regierungsmitglieder nicht. Sie reisen doch durch das Land und sagen, wie schlecht es in Baden-Württemberg nach dem Kassensturz aussehe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Entschuldigen Sie, Herr Minister, das glaubt Ihnen in Baden-Württemberg kein Mensch mehr. Da trifft dann auch die Formulierung zu: Jammern auf einem sehr hohen Niveau.

Ich habe mich schon gefragt, Herr Finanzminister, was Sie eigentlich sagen würden, wenn Sie die finanzielle Verantwortung eines Finanzministers in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen oder in Berlin hätten übernehmen müssen.

Das Land Baden-Württemberg, meine sehr geehrten Damen und Herren, verfügt Gott sei Dank über viele kluge Köpfe, über viele fleißige und qualifizierte Menschen und vor allem auch über viele innovative Unternehmen. Wir haben das beste Wirtschaftswachstum, wir haben die geringste Arbeitslosigkeit, wir haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit, wir haben die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte des Landes, und Sie fahren durch das Land und jammern es voll.

Sie sprechen noch immer von leeren Kassen nach Ihrem Kassensturz.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Dabei können Sie beim besten Willen nicht das Land Baden-Württemberg meinen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Das Fazit ist – das möchte ich sagen –: Baden-Württemberg ist nach wie vor ein finanz- und wirtschaftsstarkes Land. Baden-Württemberg ist vor allem ein Land, das hervorragend aus der Finanz- und Wirtschaftskrise herausgekommen ist.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Trotzdem sind Sie abgewählt worden!)

Ich gebe Ihnen deshalb den Rat, den ich vor allem an den Herrn Minister richte: Hören Sie endlich auf, diese Märchen im Land zu erzählen, wie schlecht es angeblich nach Ihrem Kassensturz aussehe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Das haben die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht verdient.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Bürgerinnen und Bürger haben entschieden! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das hat vor allem unser Land nicht verdient. Wenn Sie es zugestehen, dann hat es auch die Vorgängerregierung nicht verdient.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt tragen Sie aber die Verantwortung im Land Baden-Württemberg.

(Zuruf von den Grünen: Richtig!)

Wir alle sind gespannt – besser gesagt: wir sind in Sorge –, wo Baden-Württemberg zukünftig stehen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich bezüglich des Haushalts 2012 auf folgende ausgewählte Punkte eingehen – Stichwort mittelfristige Finanzplanung –: Grün-Rot spricht von einem strukturellen Defizit in der von der CDU-geführten Landesregierung aufgestellten Finanzplanung für 2010 bis 2014. Spätestens nach der November-Steuerschätzung 2011 trifft dies in keiner Weise mehr zu. Allein die Überschüsse der Haushaltsjahre 2010 und 2011 sowie der nicht in Anspruch genommene Kreditrahmen betragen insgesamt ca. 1,5 Milliarden €. Sie haben also viel Luft in Ihrem Haushalt, Herr Finanzminister.

(Zurufe der Abg. Jörg Fritz GRÜNE und Ingo Rust SPD)

Noch etwas zur Klarstellung. Während die schwarz-gelbe Landesregierung – das gilt auch für den Staatssekretär – bei der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2011 von Einnahmen in Höhe von 24,3 Milliarden € ausgehen konnte, kann Grün-Rot mit mindestens 27 Milliarden € rechnen.

Ebenfalls interessant sind die Zahlen für das Jahr 2012. Während die schwarz-gelbe Landesregierung mit Einnahmen in

(Karl Klein)

Höhe von 25,3 Milliarden € rechnet, kann die grün-rote Landesregierung von Einnahmen in Höhe von 29 Milliarden € ausgehen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Herr Minister, deshalb jetzt noch einmal im Guten: Hören Sie endlich auf, von leeren Kassen nach dem Kassensturz zu reden, und hören Sie auf, davon zu reden, wie schlecht es unserem Land Baden-Württemberg gehe. Das glaubt Ihnen wirklich niemand mehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben es unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das schafft die grün-rote Landesregierung nun auch. Das ist in meinen Augen aber wahrlich keine Meisterleistung; denn die neuesten Zahlen, die das Statistische Landesamt am 31. Januar 2012 veröffentlicht hat, zeigen, dass Sie 10,1 % mehr Steuern als im Vorjahr einnehmen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Da sehen Sie einmal, wie gut wir das Land führen!)

Die Steuereinnahmen betragen 27,3 Milliarden €. Deshalb möchte ich nochmals feststellen: Angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen ist es wahrlich keine große Meisterleistung, einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2012 vorzulegen. Im Gegenteil – jetzt möchte ich Sie ansprechen, Herr Finanzminister –, Sie vergeben die große Chance, Altschulden des Landes Baden-Württemberg zu tilgen.

Warum das nicht möglich ist und warum das nicht angegangen wird, das fragt sich nicht nur die CDU-Landtagsfraktion, sondern das fragen sich auch viele Menschen in unserem Land. Wann, wenn nicht jetzt in Zeiten sehr hoher Steuereinnahmen, soll es möglich sein, für die zukünftigen Generationen Schulden zurückzuführen?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion hat zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2012 ein Finanzierungskonzept erarbeitet und vorgelegt, das es ermöglicht, ca. 250 Millionen € für die Tilgung von Altschulden zu verwenden.

Ich meine, Ihnen fehlt dazu der Wille und vor allem auch, was sehr bedauerlich ist, der politische Mut. Herr Finanzminister, es wäre eigentlich Ihre Aufgabe gewesen, die Ministerien „einzufangen“ und darauf zu drängen, dass bei diesen höchsten Steuereinnahmen auch eine Altschuldentilgung möglich wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Keine neuen Ministerien zulassen! Das wäre auch nicht schlecht!)

Nun komme ich noch kurz zu der von Ihnen vorgenommenen Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes. Von vielen Seiten haben Sie Kritik einstecken müssen, als Sie den Grunderwerbsteuersatz von 3,5 auf 5 % erhöht haben. Diese Kritik gab es in meinen Augen zu Recht. Mir wäre es in meiner Kommune nie eingefallen – ich glaube, auch dem Kollegen Heiler nicht

–, in Zeiten höchster Steuereinnahmen irgendwo Steuern zu erhöhen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, war ein erster Schritt, um Baden-Württemberg von einem Spitzenplatz in der Wirtschaft zu einem Spitzenplatz mit Spitzensteuersätzen zu führen.

Kommen wir nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum grün-roten Sonderopfer für Beamte in Höhe von 130 Millionen €.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Ich muss Ihnen nicht sagen, was darüber in den Zeitungen gestanden hat. So hieß es z. B. in der „Stuttgarter Zeitung“, die baden-württembergische Landesregierung wolle den 240 000 Beamten im Land im kommenden Jahr ein Sparopfer von 130 Millionen € abverlangen; dies sei nötig, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die Steuereinnahmen sprudeln wie nie zuvor, aber von den Beamten verlangen Sie jetzt ein Sonderopfer. Das ist in dieser Situation, schlicht und einfach ausgedrückt –

(Zuruf von den Grünen: Sozial gerecht!)

damit möchte ich auch den Ministerpräsidenten ansprechen –, wirklich wahllos und in meinen Augen aus der Verantwortung gegenüber den vielen Beamten heraus auch nicht nachvollziehbar.

(Beifall der Abg. Klaus Herrmann und Dieter Hillebrand CDU)

Die Beamten unseres Landes leisten eine hervorragende Arbeit. Sie sollten mehr motiviert anstatt mit Ihren Verschiebungen von Besoldungsanpassungen und Kürzungen demotiviert werden.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Grün und Rot – das möchte ich auch noch sagen – waren wirklich sehr großzügig bei der Neueinstellung von – lassen Sie es mich einmal höflich formulieren – Personen ihres Vertrauens,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

aber auch bei der Schaffung eines zusätzlichen Ministeriums, dessen Aufgaben vorher als Querschnittsaufgaben wahrgenommen wurden. Hier schauen Sie nicht auf die Kosten, aber die Beamten in unserem Land Baden-Württemberg sehr wohl.

Wenn ich an das Sonderopfer der Beamten denke, denke ich auch an die Polizisten, die unzählige Einsätze auch bei den Demonstrationen zu Stuttgart 21 leisten müssen. Auch heute müssen die Beamten dort noch Dienst leisten, da man – salopp formuliert – manche Geister der Grünen gerufen hat, die man jetzt trotz der Volksabstimmung nicht mehr loswird. Der Einsatz – das müssen die Bürgerinnen und Bürger draußen auch wissen – von Polizeibeamten aus anderen Bundesländern hat allein im letzten Jahr über 24 Millionen € gekostet. In diesem Jahr hat er schon über 3,8 Millionen € gekostet.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

(Karl Klein)

Wenn ich an die Sonderopfer für Beamte denke, denke ich auch an die Lehrerinnen und Lehrer. Heute Morgen haben wir gehört, dass wir die beste Bildung im Land haben wollen.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Jawohl!)

Wer soll denn die beste Bildung im Land gewährleisten, wenn nicht die vielen Lehrerinnen und Lehrer? Ausgerechnet da verschieben Sie Besoldungsanpassungen und kürzen die Beihilfesätze.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Meine Damen und Herren, die Beamten haben diese Behandlung, die sie durch die grün-rote Landesregierung erfahren, wirklich nicht verdient.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Absenkung der Beamtenversorgung und der Beihilfesätze mag man drehen wie man will: Auch ich hätte hier wie der Vorsitzende des Beamtenbunds Volker Stich mehr politisches Gespür, aber auch eine Beteiligungskultur und vor allem auch einen höheren verfassungsrechtlichen Sachverstand gewünscht.

Festzuhalten bleibt: Innerhalb kürzester Zeit haben Sie die Beamten in unserem Land, unsere Staatsdiener, mehr als verärger.

Herr Ministerpräsident, am 3. März 2012 haben Sie die Chance. Gehen Sie in die Liederhalle. Dort findet eine Versammlung der Beamtinnen und Beamten statt. Stellen Sie sich dort, und verantworten Sie die von Ihnen vorgenommenen Maßnahmen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Jetzt möchte ich Ihnen noch etwas sagen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die CDU-Landtagsfraktion verkennt nicht, dass wir in Baden-Württemberg erheblich steigende Pensionslasten haben. Deshalb sind wir auch in die Bildung von Pensionsrückstellungen für neu eingestellte Beamte eingestiegen. Steigende Pensionslasten sind aber keine Versäumnisse – ich glaube, da geben Sie mir auch recht – der Beamten hier in unserem Land,

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

sondern vor allem auf ein ehemals gewähltes Steuerversorgungssystem im Bereich der Beamten zurückzuführen,

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Sie wollen doch immer mehr Personal!)

aber nicht nur in unserem Land, sondern überall in der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb sage ich: Wir müssen hier eine gemeinsame Lösung finden. Vor allem müssen wir die Beamten in unserem Land Baden-Württemberg mitnehmen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Guten Morgen!)

Erste Ansätze dazu haben wir getroffen. Ich kann Sie nur einladen, auf diesem Weg mitzugehen und weiterzuarbeiten.

Zum Schluss noch zwei Worte zum kommunalen Finanzausgleich. Den Kommunen kann es nicht egal sein, wenn Sie weiterhin über den kommunalen Finanzausgleich Krankenhausinvestitionen tätigen. Denn vor der Wahl haben Sie angekündigt: Dazu nehmen wir eigenes Geld in die Hand und entlasten die Kommunen auf diesem Gebiet. So kann man mit den Kommunen in diesem Land nicht umgehen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sondern?)

Deshalb bitte ich um einen solch verlässlichen Umgang wie bisher.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir haben einen Pakt mit den Kommunen!)

– Ja, aber wer den Pakt richtig gelesen hat, kann den Protest der Kommunen aus der entsprechenden Vereinbarung herauslesen.

(Unruhe bei der SPD)

Zum Thema Länderfinanzausgleich hat Kollege Hauk schon einiges ausgeführt. Hierzu will ich nur noch sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Das ist für uns im Land Baden-Württemberg ein sehr wichtiges Thema, wenn wir die strukturellen Defizite, die wir im Landeshaushalt haben, künftig auch einigermaßen sozial abgedeckt abbauen wollen.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Deshalb kann es uns nicht egal sein, ob dort etwas passiert oder ob dort nichts passiert.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Jetzt widersprechen Sie sich!)

Deshalb muss man daran arbeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben doch dem Länderfinanzausgleich zugestimmt! Sie haben doch zugestimmt!)

Ich habe bereits im Finanz- und Wirtschaftsausschuss darauf hingewiesen, dass man anfangen muss, an diesem dicken Brett zu bohren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben doch zugestimmt!)

– Seien Sie jetzt einmal still, Herr Drexler! Ich will Ihnen nur einmal eines sagen:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben zugestimmt!)

Wenn man etwas daran ändern will,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben doch zugestimmt! Nicht wir!)

dann muss man einmal anfangen, große Löcher zu bohren, damit man auch entsprechend durchkommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines möchte ich Ihnen noch sagen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Abg. Karl Klein** CDU: Es ist schon seltsam – –

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Herr Drexler, jetzt hören Sie doch einmal zu!

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Lebhaftes Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zu laut.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das liegt aber nur an Herrn Drexler!)

Ich bitte Sie, Ihre Gespräche einzustellen und dem Redner zuzuhören.

**Abg. Karl Klein** CDU: Es ist doch seltsam, Herr Drexler – da geben Sie mir auch recht –, dass ausgerechnet das Bundesland, das schon immer in den Länderfinanzausgleich eingezahlt hat, als erstes auf die Idee kommen muss, Schuldenbremsen in anderen Landesverfassungen zu etablieren, und dass wir uns im Land Baden-Württemberg, dem Bundesland mit den höchsten Steuereinnahmen und diesen hohen Finanzausgleichszahlungen, mehr oder minder groß den Kopf zerbrechen müssen, wie wir strukturelle Defizite in unserem Landeshaushalt sozial abfedern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben doch zugestimmt!)

Deshalb kann ich Sie nur auffordern, dort tätig zu werden und nicht nur auf Verhandlungen zu setzen, die in meinen Augen endlos sein werden. Wir brauchen hier eine Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber Sie haben dem Länderfinanzausgleich zugestimmt!)

– Das stimmt; da gebe ich Ihnen recht.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren: Mit diesem Haushalt – vor allem angesichts der Rekordsteuereinnahmen, die Sie haben – vergeben auch Sie, Herr Finanzminister, die historische Chance, auch in die Tilgung von Alt-schulden einzutreten. Im Gegenteil: Mit den Stellenvermehrungen, die Sie jetzt vorgenommen haben, erhöhen Sie für die Zukunft noch das strukturelle Defizit.

Wenn ich in die mittelfristige Finanzplanung schaue, wird für mich für Baden-Württemberg der gleiche Weg wie in anderen SPD-geführten Bundesländern erkennbar: der Weg in die Verschuldung. Das wollen wir nicht. Wir wollen weiterhin solide haushalten, nachhaltig wirtschaften und vor allem auch klug investieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Klein, wenn ich Sie so höre,

(Abg. Karl Klein CDU: Haben Sie etwas gelernt!)

stelle ich mir vor, dass Sie noch immer träumen und dass Opposition wirklich sehr schwer sein muss. Aber ich helfe Ihnen gern, damit dieser Zustand noch ziemlich lange anhält,

(Zuruf von der CDU: Das glaube ich nicht!)

bis Sie eines Tages aufwachen und in der Welt ankommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Die grün-rote Landesregierung hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der solide und zukunftsweisend ist und unser Land stärkt,

(Zuruf: Richtig!)

ohne neue Schulden und mit klaren Akzenten. Er stellt eine wichtige haushaltspolitische Wende in diesem Land dar.

(Abg. Peter Hauk CDU: Eine Wende?)

– Eine wichtige Wende.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Wende in die Schuldenpolitik! Das ist entscheidend! Das ist wahr! – Unruhe)

Zunächst möchte ich ein Thema anschnitten, das mir jetzt, nach den Haushaltsberatungen, unter den Nägeln brennt. Ich möchte endgültig mit der Mär aufräumen, die CDU habe haushalts- und finanzpolitische Kompetenz.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Stimmt! Das ist die FDP/DVP!)

– Nicht zu früh freuen. – Manchmal, glücklicherweise immer seltener, trifft man auf den Irrglauben, die Schwarzen „könnten Finanzen“. Aber weit gefehlt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Einige Beispiele will ich nennen, die meiner Ansicht nach für das finanzpolitische Versagen der CDU stehen – es geht darum, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild davon machen können, wie die ehemalige CDU-FDP/DVP-Regierung mit den öffentlichen Finanzen umgegangen ist –: Baden-Württemberg sitzt auf einem Schuldenberg von 45 Milliarden €. Rein rechnerisch haben die CDU und ihre Regierungskoalitionen in der Vergangenheit jährlich rund 760 Millionen € an neuen Schulden angehäuft. Das muss man in so einem starken und leistungsfähigen Land wie Baden-Württemberg erst einmal hinbekommen. Gratulation.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Machen Sie Politik nach vorn oder nach hinten?)

– Keine Sorge, ich komme dazu. Sie müssen nur ein bisschen Geduld haben.

(*Muhterem Aras*)

45 Milliarden € Gesamtschulden, meine Damen und Herren, das ist die Bilanz aus 59 Jahren CDU-geführten Regierungen.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Bundesweit dritter Platz!)

Das ist ein wahrlich beeindruckendes Beispiel schwarzer Inkompetenz in der Haushalts- und Finanzpolitik.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Und was ist in Nordrhein-Westfalen?)

– Wir sind in Baden-Württemberg.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Gott sei Dank!)

– Gott sei Dank. Ich mag dieses Land.

(Zuruf von der CDU: Wir auch!)

Wenn Sie also wieder durch die Lande ziehen und das Märchen erzählen, Grün-Rot würde nicht genug sparen, seien Sie doch so gut und erzählen Sie den Menschen die ganze Geschichte, die da heißt: Wir müssen heute Geld einsparen, das Sie gestern auf Pump ausgegeben haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben Geld ausgegeben, das Sie gar nicht hatten, und Sie haben dabei billigend in Kauf genommen, dass unsere Kinder und Enkel die Kosten dafür tragen müssen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie machen das doch auch schon wieder! Wo sparen Sie? Geld haben wir alle keines! Sie auch nicht!)

Das ist wahrlich eine sonderbare Vorstellung von solidem Wirtschaften.

Diese Haltung hat mit der berühmten schwäbischen Hausfrau so viel zu tun wie Markus Söder mit einer fairen Reform des Finanzausgleichs, nämlich gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Gehen Sie doch nach Bayern! Da geht es Ihnen anscheinend besser!)

Nun haben wir also dank Ihrer langjährigen Misswirtschaft diesen immensen Schuldenberg. Nur nebenbei: Für diesen Schuldenberg zahlen wir jährlich rund 2 Milliarden € Zinsen. 2 Milliarden € nur für Zinsen! Dieses Geld ist weg, verpufft, ohne Wirkung für die Wettbewerbsfähigkeit in unserem Land.

(Abg. Alexander Throm CDU: Warum machen Sie es dann nicht besser?)

Damit können keine Schulen unterstützt, keine Professoren bezahlt und keine Landesstraßen saniert werden.

(Zuruf von der CDU: Bauen Sie doch endlich! Jetzt können Sie es machen! – Unruhe)

Warum sitzen wir also auf einem CDU-gemachten Schuldenberg von 45 Milliarden €? Hierzu drei Beispiele: Die vorherige, CDU-geführte Regierung hat künftige Zinseinnahmen – das muss man sich einmal überlegen – aus den Einlagen bei

der Landesbank verkauft, um Haushaltskosmetik zu betreiben. Das Grundkonzept ist ganz einfach: Das Land legt bei seiner Landesbank Geld an und bekommt dafür Zinsen. Weil Herr Stratthaus im Jahr 2004 aber dringend Geld brauchte, um Haushaltskosmetik zu betreiben, verkaufte er die Einnahmen aus künftigen Zinsen kurzerhand an jemand Dritten – in diesem Fall an die L-Bank. Damit wurden einmalig 550 Millionen € in den Landeshaushalt gespült, und die Haushaltskosmetik stimmte – jedenfalls im Jahr 2004.

Aber die Sache hat einen Haken: Die Landesbank kann aufgrund der derzeitigen Ertragslage plötzlich gar keine Zinsen mehr zahlen. Wer bürgt gegenüber der L-Bank, wer springt für die ausgefallenen Zinszahlungen ein? Dreimal dürfen Sie raten, meine Damen und Herren. Ja, richtig: der Landeshaushalt – im Jahr 2012 immerhin mit 79 Millionen €.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Hört, hört!)

Angesichts solcher Geschäfte würden sogar die Heuschrecken der Wall Street blass werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was? Die Heuschrecken sind doch grün!)

Ein zweites Beispiel für die Finanzmisswirtschaft der CDU: Sie haben die Landesstraßen, die Ihnen angeblich so am Herzen liegen, verlottern lassen. Die neue Landesregierung stellt für den Erhalt der Landesstraßen 100 Millionen €

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

zur Verfügung und investiert damit 50 Millionen € zusätzlich in den Erhalt der Infrastruktur unseres Landes. Selbst die Herren von der CDU haben zugegeben, dass noch nie so viele Mittel für den Erhalt der Landesstraßen zur Verfügung standen wie jetzt.

(Unruhe bei der CDU)

Sie, Herr Hauk – er ist jetzt leider nicht da –, hatten in Ihrer letzten Rede zum Thema Straßenbau Folgendes gesagt – ich zitiere –:

*Der Ansatz im Urhaushalt*

– also derjenige, der von CDU und FDP/DVP vorgelegt worden war –

*lag in der Tat unter 100 Millionen €.*

Nun, die Aussage, der Ansatz habe unter 100 Millionen € gelegen, ist ein wenig vage. Darum will ich Ihrem Gedächtnis ein wenig auf die Sprünge helfen: Erst im Nachtragshaushalt 2011 – und zwar einen Monat vor der Landtagswahl – haben Sie die Ansätze für den Erhalt der Landesstraßen plötzlich auf 105 Millionen € angehoben. Vorher standen dafür nämlich nur 50 Millionen € im Haushalt.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Wenn das nicht einmal ein schönes Wahlgeschenk war.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

(Muhnterem Aras)

Wir stellen fest: Finanzkompetenz à la CDU sieht so aus: Jahrzehntlang Landesvermögen verlottern lassen und einen Monat vor der Landtagswahl dicke Geschenke verteilen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie blasen aber die Banken ganz schön auf!)

– Das ist die Wahrheit. Sie können sich anstellen, wie Sie wollen. Das ist so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir sind froh, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von Ihnen nicht haben täuschen lassen und dass diese Art des Wirtschaftens, nämlich auf Pump, endlich zu Ende ist.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt warten wir einmal den Haushalt 2013/2014 ab! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Sanierungsrücklage, die wir gut ausgestattet haben, wird für den Erhalt des Landesvermögens eingesetzt. Das sind in diesem Jahr immerhin 144 Millionen €. Diese Mittel werden für folgende vier Blöcke verwendet: 15 Millionen € für den Hochwasserschutz, 50 Millionen € für die Sanierung von Landesimmobilien, 50 Millionen € für den Erhalt von Straßen und 29 Millionen € für den Schienenbereich. Schön, dass auch Sie von der CDU die Sanierungsrücklage mittlerweile begrüßen.

In Ihrem Antrag 12/3, der im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beraten wurde und in der Drucksache 15/1112 zu finden ist, beantragen Sie zwar die Auflösung der Sanierungsrücklage. Aber interessant ist Ihre Begründung. Ich zitiere:

*Eine Investitionsrücklage ist für sich genommen grundsätzlich finanzpolitisch sehr zu begrüßen, zumal in der Vergangenheit die Investitionshöhe unter den Abschreibungswerten lag, also Vermögensverzehr stattfand.*

Das ist Ihr Antrag, Ihre Begründung, meine Damen und Herren von der CDU.

Trotz dieser Einsicht – ich meine, es ist schon einmal etwas, Einsicht zu zeigen – ziehen Sie leider nicht die richtigen Schlussfolgerungen. Nein, Sie wollen die Sanierungsrücklage auflösen und für die Schuldentilgung verwenden, anstatt Straßen und Hochschulen zu sanieren. Wenn es nach Ihnen ginge, würde das Herunterwirtschaften des Landesvermögens also munter so weitergehen. Aber Gott sei Dank haben Sie nicht mehr das Sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist geschenkt! – Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

– Das ist Ihr Antrag. Ich habe ihn dabei. Sie können ihn gern haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

– Ja, natürlich, Schulden zurückzahlen. Das betrifft nur Schulden, die auf dem Kreditmarkt aufgenommen werden.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Sie haben jedoch Landesvermögen vernachlässigt und zunichte gehen lassen, und auch das ist Schuldenanhäufung. Das wissen Sie ganz genau.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Reden Sie das Land nicht so schlecht!)

Ihr Vorwurf, die Verwendung der Sanierungsrücklage sei intransparent, läuft ins Leere. Alle Maßnahmen, für die wir das Geld verwenden, stehen groß und deutlich im Haushalt, und über den Haushalt beschließt hier schließlich der Landtag. Die Verwendung der Mittel ist also transparent und solide, so, wie es dem Leitbild der grün-roten Koalition entspricht.

Noch ein Wort zum Hochwasserschutz, den wir nun mit dem Geld aus der Sanierungsrücklage ausbauen. Dank der früheren CDU-Regierung sind wir hier gegenüber allen internationalen Partnern ins Hintertreffen geraten. Dabei steht ganz klar im Vertrag – Verträge sollte man einhalten –: Eine Vertragspartei haftet gegenüber der anderen für alle finanziellen Schäden, die dadurch eintreten, dass Schutzmaßnahmen nicht durchgeführt worden sind. Frankreich hat seine Verpflichtungen bereits erfüllt. Wir dagegen sind mit 450 Millionen € im Rückstand. Hier wurden Vereinbarungen systematisch missachtet, Verabredungen nicht eingehalten. Das waren die Rahmenbedingungen, unter denen Sie, verehrte Damen und Herren der CDU, Ihre kameralistische Nullnettoneuverschuldung teilweise hingebogen haben. Das ist nichts anderes, als Lasten in die Zukunft zu verschieben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Man kann den Rückstand nicht in einem Jahr beheben, aber wir machen uns im Gegensatz zu Ihnen wenigstens auf den Weg, das Defizit in diesem Bereich abzubauen.

Ein weiteres Beispiel: Sie hatten die EU-Fördermittel für den ländlichen Raum, die für den Zeitraum bis 2013 vorgesehen waren, bereits im Jahr 2011 vollständig ausgegeben. Vor allem die ehemaligen Landwirtschaftsminister, Herr Hauk und Herr Köberle, könnten uns diese Geschichte selbst erzählen, doch das werden sie natürlich nicht tun. Denn Sie haben kurz vor der Landtagswahl

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Beide sind gar nicht da!)

33 Millionen € ausgegeben, die für den Förderzeitraum 2012 und 2013 vorgesehen waren. Das heißt, Sie haben unterm Strich Ihren Wahlkampf im ländlichen Raum wieder einmal mit EU-Mitteln finanziert, und zwar wieder auf Pump.

So viel zur Nachhaltigkeit Ihrer Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dieses Beispiel zeigt, wie kurzfristig, unsolide und vor allem auf Wahlen fokussiert die Haushaltspolitik der vorherigen Landesregierung war, Herr Hauk. Deshalb wäre ich an Ihrer Stelle vorsichtig – auch wenn er nicht hier ist –, der neuen Landesregierung eine unsolide Haushaltspolitik vorzuwerfen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zitieren Sie einmal den Hauk!)

(Muhterem Aras)

Es zeigt, wie absurd Ihre Vorwürfe gegenüber der Haushaltspolitik der neuen Landesregierung sind.

Gestern haben Sie, Herr Hauk, bei dieser Mittelverwendung von einer Punktlandung gesprochen und waren ganz stolz. Von einer haushaltspolitischen Bruchlandung zu sprechen fände ich jetzt sehr viel angebrachter.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Unterm Strich erhärtet sich der Verdacht zur Gewissheit. Sie haben nicht nur einen Schuldenberg von 45 Milliarden € aufgetürmt, Sie haben auch von der Substanz gelebt, getrickst und geschoben sowie Kosten in die Zukunft verlagert.

Aber das gravierendste Beispiel für Ihre unsolide Finanzpolitik ist die

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja?)

nicht finanzierte Pensionslast.

(Zuruf von der CDU: Gibt es auch noch etwas Positives?)

Immerhin haben die Beamten einen Anspruch auf 70 Milliarden € Pensionen. Im Versorgungsfonds und in der Rücklage sind gerade einmal 1,8 Milliarden €.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und was für einen Beitrag leisten Sie? – Zuruf von der CDU: Und wer lehnt die Erhöhung ab? – Weitere Zurufe)

– Wir sind dran. Keine Sorge, wir sind dran.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind immer dran! Als positiver Pharisäer! Können Sie auch einmal etwas Positives sagen?)

Sie hatten 59 Jahre lang Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Unruhe)

Wissen Sie, was? Ich finde es klasse, welches Zutrauen und welches Vertrauen Sie in uns setzen. Sie tun das nämlich zu Recht. Was Sie in 59 Jahren nicht geschafft haben, verlangen Sie von uns in einem Jahr. Klasse!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben den Fonds gegründet!)

Diese Beispiele zeigen die Inkompetenz der CDU im Umgang mit den öffentlichen Finanzen. Damit ist jetzt Schluss.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihre Inkonsequenz im Umgang mit den Beamten! Sie rauben den Menschen die Zukunft! – Zuruf: In einem Jahr sehen wir uns wieder! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, träumen Sie weiter.

(Unruhe)

Der Haushaltsentwurf der grün-roten Landesregierung leitet den Wechsel hin zu einer soliden Haushaltspolitik ein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! Endlich!)

Genau solch eine Politik hat dieses Land verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sagen Sie doch einmal etwas Positives zu uns! Einmal! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dazu möchte ich einige Punkte kurz erwähnen.

Punkt 1: Wir nehmen im Jahr 2012 keine neuen Schulden auf.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Eine deutliche Einsparung in allen Ressorts und die guten Steuereinnahmen sind der Grund für diesen Startschuss in die Solidität. Es gab im Jahr 2011 eine Nullneuerschuldung,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch keine Verschuldung!)

es gibt eine Nullneuerschuldung im Jahr 2012 und eine gut gefüllte Rücklage für Sanierungsinvestitionen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Na also! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kößler?

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Am Ende meiner Rede.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Also um 18:00 Uhr!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Am Ende der Rede.

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Punkt 2: der Pakt mit den Kommunen. Mit dem Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern wird für mehr Plätze in den Kindertagesstätten gesorgt. Hiermit stellen wir den Gemeinden im Rahmen einer verbindlichen und langfristigen Vereinbarung in diesem Jahr zusätzlich 326 Millionen € inklusive der Mittel für die Sprachförderung für mehr Bildungschancen von Anfang an zur Verfügung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und mit mehr Steuern! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Damit haben wir nicht nur einen Meilenstein gesetzt, was die finanzielle Planungssicherheit in den Kommunen angeht, sondern das ist auch ein Meilenstein für die frühkindliche Bildung, für die Kinderbetreuung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für den regionalen Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg.

Dritter Punkt: die Bildungsfinanzierung. Wir stellen den Schulen die aktuelle demografische Rendite zur Verfügung, die sich aus dem Rückgang der Schülerzahlen ergibt. Damit wird dies zur Bildungsinvestition; das betrifft über 3 000 Stellen in die-

(Muhnterem Aras)

sem Haushaltsjahr. Dazu gehört auch die deutliche Verbesserung der Krankheitsvertretung zur Verhinderung von Unterrichtsausfall. Nur zur Erinnerung:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie haben den Klassenteiler vergessen!)

Sie wollten über 700 Stellen streichen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das kann man gar nicht oft genug erwähnen!)

Außerdem stocken wir die Mittel für die Volkshochschulen und den zweiten Bildungsweg deutlich auf. Das ist eine gute Nachricht für alle, die sich um Weiterbildung bemühen oder sich auf den zweiten Bildungsweg machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Sascha Binder SPD)

Für die Schulen in freier Trägerschaft haben wir im Koalitionsvertrag einen Kostendeckungsgrad von mindestens 80 % der Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule nach dem Bruttokostenmodell vereinbart.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aha! Jetzt wird es interessant!)

In einem ersten Schritt erhöhen wir in diesem Jahr die Mittel strukturell um 7,5 Millionen €. Die nächsten Schritte werden folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was kommt jetzt noch? – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Punkt 4: konsequente Umsetzung der Energiewende.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Unser energiepolitisches Zieldreieck lautet: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Beim Thema Wirtschaftlichkeit gehen wir bei den Landesimmobilien einen entscheidenden Schritt weiter. Für die energetische Sanierung werden in diesem Jahr 50 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Hier geht das Land mit gutem Beispiel voran. Denn allen ist klar: Nur ein Mehr an erneuerbarer Energie reicht nicht aus, um die Energiewende zu stemmen. Wir brauchen auch mehr Energieeffizienz, gerade im Bereich der Gebäudedämmung.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Kapitalerhöhung bei der EnBW, die im Haushaltsbegleitgesetz in Form einer Bürgerschaft geregelt wird. Darüber haben wir mit allen Beteiligten im Dialog ausführlich diskutiert. Wir stehen zur EnBW, weil wir sicher sind, dass die EnBW den Umbau weg vom Atomkonzern erfolgreich meistern wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Fortsetzen wird!)

Wir werden sie positiv begleiten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat schon lange begonnen, gnädige Frau! Schon lange begonnen! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: „Lange“ ist relativ!)

Diese Investitionen setzen wichtige Akzente. Außerdem haben wir uns auf den Weg gemacht, bis zum Jahr 2020 die Schuldenbremse einzuhalten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Auf den Weg gemacht“!)

Lassen Sie mich deutlich machen, was hier von der Opposition verkannt wird: Die Schuldenbremse ist im Grundgesetz verankert. Wenn ich mich nicht täusche, gilt das Grundgesetz auch in Baden-Württemberg, oder?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe von den Grünen: Ja! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie recht! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wer hat es hineingebracht? – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der Herr Oettinger! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Dafür haben wir ihn gelobt!)

– Das ist doch gut. Wir haben ihn dabei unterstützt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Gut so! – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfraktionen, lassen Sie deshalb die Scheindiskussion um die Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung bleiben.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Konsolidierungsbeitrag der Beamtenschaft sagen. Selbstverständlich stehen wir zu den motivierten und hoch qualifizierten Beamten. Schließlich erbringt das Land eine Dienstleistung, und natürlich brauchen wir in einer Dienstleistungsgesellschaft, in einem Dienstleistungsunternehmen auch hoch motivierte Mitarbeiter, hier Beamte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit einer sicheren Pension!)

Niemand will, dass dieser wichtige Dienst unattraktiv oder unterbezahlt ist. Wer aber eine nachhaltige Haushaltspolitik macht, kann diesen Bereich, der einen Personalkostenanteil von knapp 40 % hat, nicht außen vor lassen. Deshalb haben wir für dieses Jahr moderate Einsparungen eingeplant.

Wir haben zum einen die Tarifierpassungen für die Besoldungsgruppen A 5 bis A 10 um zwei Monate verschoben

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– ich komme zum Schluss –, die Kostendämpfungspauschale moderat erhöht – das macht beim Gehalt eines Oberstudienrats 2,50 € im Monat aus – und den Beitrag für die freiwillige Wählerleistung, also eine Chefarztbehandlung, erhöht. Sagen Sie mir einmal in der Öffentlichkeit, warum der Steuerzahler für eine freiwillige Chefarztbehandlung im Krankenhaus herhalten soll. Da möchte ich Sie einmal sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Der Beitrag wurde von 13 € auf 22 € erhöht, und kein Cent davon geht in den Haushalt, sondern das ist gerade kostendeckend.

(Glocke der Präsidentin)



**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin, bitte kommen Sie zum Schluss.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie wurde aber auch oft unterbrochen! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das geht ja gar nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Stellen Sie Ihr Licht unter den Scheffel, Herr Rülke!)

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Ich komme zum Schluss; kein Problem.

Wir standen mit den Beamten im Dialog, stehen nach wie vor für den Dialog bereit und werden ihn auch in dieser Form weiter führen.

Bildungseinrichtungen, Kommunen, der ländliche Raum, Kultur und soziale Infrastruktur,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alle sind dankbar!)

all diese Bereiche profitieren von dem Wechsel, der am 27. März 2011 in Baden-Württemberg begonnen hat. Der Haushalt für das Jahr 2012 ist ein Beweis dafür.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und das Ganze eine Kultur des Gehörtwerdens!)

Er gießt unsere neuen Schwerpunkte in Zahlen. Wir wissen, dass es schwierig ist. Es ist ein erster Schritt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Weitere werden folgen!)

Haben Sie den Mut, kommen Sie mit, und helfen Sie dabei.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Abg. Aras, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Kollegen Kößler?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch einmal zehn Minuten!)

**Abg. Joachim Kößler CDU:** Frau Aras, wir haben uns schon im Finanzausschuss damit auseinandergesetzt. Die Frage ist doch ganz einfach: Wenn dieses Land so schlecht sein soll,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat sie doch gar nicht gesagt!)

warum haben wir mit Bayern und Sachsen die geringste Verschuldung?

(Unruhe)

Warum haben die baden-württembergischen Kommunen nur halb so viele Schulden wie die Kommunen in Bayern? Wir haben natürlich im Land das Doppelte. Warum ist das so? Warum zahlen wir jährlich 1,8 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Weil Sie das beschlossen haben! Sie haben es beschlossen, nicht wir!)

– Wir haben den Länderfinanzausgleich beschlossen?

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Unruhe)

Warum ist das so, wenn das Land so schlecht ist?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Weil die Pensionen nicht eingerechnet werden, deshalb! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht das Land, die CDU ist schlecht! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin Aras hat das Wort.

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Lieber Kollege, über diese Frage haben wir auch hier schon an mehreren Stellen diskutiert. Würden Sie nämlich alle Schulden mit einkalkulieren – Pensionsverpflichtungen, Sanierungsstau usw. –, dann würden wir auch anders dastehen. Das wissen Sie genauso gut.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Dann wären wir Nehmerland! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin Aras, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Drexler?

(Unruhe)

**Abg. Wolfgang Drexler SPD:** Frau Kollegin Aras, können Sie bestätigen, dass die CDU-Landtagsfraktion vor zehn Jahren hier den Länderfinanzausgleich beschlossen hat

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da war sie noch gar nicht dabei!)

– ich sage es ja – und dass die SPD damals darauf hingewiesen hat, dass er ungerecht sei? Trotzdem ist er beschlossen worden. Können Sie das bestätigen?

**Abg. Muhterem Aras GRÜNE:** Kollege Drexler, ich danke Ihnen für die Frage. Ich war zwar nicht dabei, aber ich bin gut informiert, und ich kann es bestätigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

**Abg. Klaus Maier SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der Einzelplan 06 – ich fange mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium an – hat einen Umfang von etwa 1,3 Milliarden €. Es fällt auf, dass auf der Einnahmeseite nur noch 243 Millionen € verbucht sind – im Vergleich zu 642 Millionen € im Vorjahr. Man sieht, dass Einmaleffekte nicht mehr möglich sind. Das Land hat wenig oder keine Möglichkeiten mehr, aus Beteiligungen, z. B. bei der L-Bank oder der Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg, Geld zu entnehmen.

Der Einzelplan 06 weist hohe Personalausgaben aus. Er bildet damit eine der großen Verwaltungen ab, und zwar die Steuerverwaltung. Hier gibt es 14 993 Stellen, also 177 Stellen mehr als im Vorjahr. In diesem Bereich, meine Damen und

(Klaus Maier)

Herren, liegt ein politischer Schwerpunkt der neuen Regierung. In diesem Jahr werden in der Steuerverwaltung 100 neue Stellen geschaffen und 100 Anwärterstellen ausgewiesen. Das ist ein Teil der insgesamt 500 zusätzlichen Stellen, die die grün-rote Koalition in dieser Legislaturperiode schaffen will. Die Steuerverwaltung wird gestärkt, Betriebsprüfungen können zeitnäher erfolgen, und in unserem Land wird es mehr Steuergerechtigkeit geben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte darauf hinweisen: Es fielen auch bei der Finanzverwaltung einige Stellenhebungen an. Die Wartezeiten zu den nächsten Beförderungen sind aber in diesem Bereich sehr lang. Ich will hier nicht Mehrausgaben oder gar der Erhöhung von Pensionsverpflichtungen das Wort reden. Ich will nur darauf hinweisen, dass eine Abwanderung von Kräften in die Privatwirtschaft drohen kann und dass es sehr schwer sein wird, junge Leute für einen Beruf in der Steuerverwaltung zu gewinnen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Meine Damen und Herren, beim Landesbetrieb Vermögen und Bau – das ist auch eine wichtige Säule im Ministerium – laufen aktuell 68 Baumaßnahmen in unterschiedlichen Planungsstadien. Das Finanzvolumen hierfür beträgt 630 Millionen €. Es ist ein Anliegen, dass man im staatlichen Hochbau auch über die Zeit der Konjunkturprogramme hinweg auf hohem Niveau weiterarbeitet. Damit bauen wir den Sanierungsstau ab, der an vielen staatlichen Gebäuden sichtbar ist.

Bei der Finanzierung hilft uns die Sanierungsrücklage. Das ist ein neues und sehr gutes Instrument der neu gewählten Regierung zum Erhalt des Landesvermögens. Meine Damen und Herren, wer diese Rücklage abschaffen will, der sagt Nein zur Hochbauverwaltung, der sagt Nein zur Sanierung von Gebäuden, der sagt Nein zum Hochwasserschutz und Nein zum Straßenbau.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Beachtliche Mittel des Landes fließen in den Hochschulbau, vor allem auch in den Bereich der Forschung. Hier sind auch viele Bundesmittel dabei. Der Bund beteiligt sich an vielen Programmen mit 50 %. Schaut man sich diese Forschungsförderung über den ganzen Haushalt hinweg an, erkennt man, dass Baden-Württemberg in hohem Maß profitiert und beachtliche Bundesförderungen erhält. Diesen Umstand muss man auch bei der Diskussion über den Länderfinanzausgleich berücksichtigen. Wir zahlen dort wohl sehr viel ein, aber das Bundesland Baden-Württemberg profitiert auf der anderen Seite auch sehr stark.

Beim Finanz- und Wirtschaftsministerium konzentriert sich die Steuerung der Verwaltungsmodernisierung. Dazu gehören die Neuen Steuerungsinstrumente, „Konsens“ und bei den Finanzämtern ELStAM.

Ich gebe hier Kritik von Mitarbeitern weiter, die gleich am Anfang an uns neu gewählte Abgeordnete herangetragen worden ist. Ich hoffe, wir finden gute Wege, um diese Instrumente zu optimieren. Ich bin auch gespannt, was der Rechnungs-

hof bei der Diskussion über seinen Beitrag zu den Neuen Steuerungsinstrumenten sagt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine Damen und Herren, im Einzelplan 06 findet man auch Hinweise auf die Landesbeteiligungen. Ich möchte hier die größte Landesbeteiligung nennen. Das ist der Anteil an der EnBW. Als Kaufpreis wurde dafür ein Betrag von 4,67 Milliarden € an die EdF gezahlt. Weitere Anteile wurden im Rahmen des freiwilligen Übernahmeangebots erworben. Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH und die Neckarpri haben jetzt diese Tochtergesellschaft. Wer auf dieses Geschäft mit Champagner anstoßen darf, wird der Untersuchungsausschuss klären. Ich meine, die Gläser klingen in Paris lauter als in Stuttgart.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das stimmt!)

Denn wir müssen erst einmal 400 Millionen € an die Neckarpri überweisen. Die rechtlichen Voraussetzungen schaffen wir im Staatshaushaltsgesetz.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Es geht um eine Kapitalerhöhung!)

Jetzt nenne ich Ihnen einfach einen großen Unterschied: Wir wurden für die Diskussion über diese 400 Millionen € kritisiert. Die Diskussion über diese Stärkung des Kapitals fand bei uns in den Fraktionen statt. Wir haben mit dem Unternehmen diskutiert und gesprochen; im Ausschuss und hier im Parlament ist darüber gesprochen worden. Wir haben das demokratisch gemacht und nicht an einem Sonntagabend in der Staatskanzlei.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, das Finanz- und Wirtschaftsministerium ist federführend für die Aufstellung des Staatshaushaltsplans. Ich bedanke mich beim Minister, beim Staatssekretär und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für diese gute Arbeit. Die vielen Fragen in den Ausschüssen konnten sachgerecht und zufriedenstellend beantwortet werden. Die SPD-Fraktion stimmt dem Einzelplan 06 zu.

Jetzt komme ich gleich zum Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung. Das ist das letzte Buch und ein Querschnitt durch den gesamten Haushalt 2012. Es gibt in diesem Einzelplan ein sehr erfreuliches Kapitel, und dieses Kapitel heißt „Steuern“. Die Wirtschaft unseres Landes hat sich kräftig erholt, die Konjunktur brummt. Die Steuereinnahmen bewegen sich auf einem hohen Niveau: Nach 26 Milliarden € im Jahr 2011 kann in diesem Jahr mit einem Bruttoaufkommen von 29 Milliarden € gerechnet werden. Die Welt ist also nach dem Regierungswechsel nicht untergegangen, sondern es läuft besser als zuvor.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Leider gehört zur Wahrheit bei den Steuereinnahmen auch, dass es sich um einen Bruttobetrag handelt. Davon gehen natürlich noch die Anteile an die Gemeinden und die Gemein-

(Klaus Maier)

deverbände ab, und auch der Finanzausgleich unter den Ländern reißt ein tiefes Loch. Zusammen sind es 7,6 Milliarden €. An reinen Landessteuern verbleiben uns 2,2 Milliarden €.

Ein wichtiger Teil des Wachstums der Einnahmen bei den reinen Landessteuern geht auf die Grunderwerbsteuer zurück – gegen alle Unkenrufe, meine Damen und Herren: Die Einnahmen aus dieser Steuer sind im Januar mit am stärksten gewachsen. Wir haben also nicht gebremst, sondern das läuft hervorragend weiter.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Mit diesen Mehreinnahmen gelingt es, das Defizit, das in der alten Finanzplanung für 2012 mit etwa 2,5 Milliarden € ausgewiesen ist, abzudecken. Trotzdem waren weitere Sparanstrengungen nötig, und auch bei sächlichen Kosten und beim Personal musste gespart werden, um zur Nullneuerschuldung zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich warne davor, jetzt durchs Land zu laufen und immer über sprudelnde Steuereinnahmen zu lamentieren. Das geht nicht, wenn man den Haushalt sanieren will.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Man freut sich doch aber darüber!)

Wir machen das sehr solide. Wir nehmen diese Steuereinnahmen, decken zuerst die Löcher und versuchen dann, die Verschuldung nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in der Zukunft im Griff zu halten.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Meine Damen und Herren, ein weiteres wichtiges Kapitel ist „Schulden und Forderungen“. Auch darüber ist sehr Erfreuliches zu berichten. Bei der Kreditaufnahme steht im Jahr 2012 eine Null. Im Vierten Nachtrag für 2011 haben wir den Verschuldungsbetrag von ursprünglich 810 Millionen € auf 560 Millionen € gesenkt. Auch sind noch nicht alle Einnahmemittel von 2010 ausgeschöpft. Der grün-roten Landesregierung ist damit ein bedeutender Konsolidierungsschritt gelungen.

An die Opposition gerichtet sage ich: Es tut natürlich weh, wenn eine grün-rote Landesregierung gleich ihren ersten Haushalt mit null Schulden vorlegt, wenn sie schon beim Start null Schulden macht.

(Zurufe von der CDU)

Dann hält man natürlich gern das Stöckchen ein bisschen hoch und sagt: „Jetzt müsst ihr nicht nur null Schulden machen, sondern auch unsere alten Schulden zurückzahlen.“ Oder – Herr Rülke oder ein anderer, der nachher redet, wird das sagen – man hält das Stöckchen ganz hoch und sagt: „Schreibt in die Landeshaushaltsordnung die Schuldenbremse hinein – möglichst gar keinen Freiraum mehr, um Politik zu machen.“ Ich würde es in der Opposition vielleicht genauso machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Interpretation war aber etwas freihändig!)

Aber ich rate der Regierung: Springt nicht über dieses Stöckchen. Wir haben noch große Aufgaben vor uns. Es gibt gewal-

tige Herausforderungen in der Zukunft, die strukturellen Probleme zu meistern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein ärgerliches Kapitel ist hingegen Kapitel 1204, das den Länderfinanzausgleich betrifft. Baden-Württemberg ist ein ausgleichspflichtiges Land und zahlt einen Betrag von 2,4 Milliarden € ein. Diese Regelungen gelten bis 2019. Sie wurden von der Landes-SPD immer kritisch gesehen. Herr Drexler hat dies gerade ausgeführt. Sie sind aber keine Erfindung von Grün oder von Rot. Als man diese Regelungen schuf, saß auf der Regierungsbank ein der CDU angehörender Ministerpräsident.

Jetzt zu klagen kann natürlich auch ein Risiko bedeuten. Der Finanzausgleich unter den Ländern ist sehr kompliziert. Der Modus zur Anrechnung der Steuerkraft der Städte und Gemeinden kann durch das Gericht durchaus auch zulasten der Geberländer weiter ausgelegt werden. Es ist keinesfalls sicher, dass wir bei 16 Bundesländern und nur vier Nettozahlern nach einem Urteil bessere Karten in diesem Spiel haben werden.

Wichtig ist mir der kommunale Finanzausgleich. Das Land Baden-Württemberg ist ein fairer Partner für seine Städte und Gemeinden. Das spiegelt sich in den Ansätzen wider. Die Finanzzuweisungen steigen auf den stattlichen Betrag von 6,1 Milliarden €. Die Zuweisungen zur Durchführung der Schülerbeförderungskostenerstattung wurden entdeckt und um 20 Millionen € angehoben. Die Förderung der Kleinkindbetreuung steigt. Diese positiven Nachrichten ziehen sich durchs gesamte Finanzausgleichsrecht und werden Städte und Gemeinden in die Lage versetzen, ihre Aufgaben gut zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Im Laufe der Beratungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss wurden eine Reihe von Anträgen zum Einzelplan 12 gestellt. Die Opposition forderte die Wiedereinführung des Lebensarbeitszeitkontos. Dadurch sollten im Jahr 2012 50 Millionen € eingespart werden. Das sind knapp 1 000 Stellen weniger. Auf der anderen Seite fordert die Opposition 600 zusätzliche Lehrerstellen. Das verstehe, wer will.

Eine Reihe weiterer Anträge zielt auf die Streichung aller Stellen ab, die im Rahmen der Regierungsneubildung geschaffen wurden. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind eingestellt worden. Sie werden benötigt. Sie arbeiten gut. Wir werden sie nicht entlassen können. Es ist sicherlich weitaus besser und solider, eine Regelung über ein Stellenabbauprogramm bis zum Jahr 2016 zu treffen, so, wie es die Regierung vorge schlagen hat.

Außerdem gibt es einen lustigen Antrag, dass etwaige Steuermehreinnahmen – Erträge, die es noch gar nicht gibt, also noch unbekannte Beträge – für die Entschuldung verwendet werden sollen.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Meine Damen und Herren, dies kann man unter der Rubrik „Luftbuchungen“ verbuchen.

Weitere Anträge beziehen sich auf die Auflösung der Sanierungsrücklage, auf Kürzungen bei der Schulsozialarbeit und

(Klaus Maier)

auf die Wiedereinführung der Schulgebühren. Diese Anträge sind der vergebliche Versuch, das Rad der Zeit zurückzudrehen.

Schwerpunkte der Koalition im Einzelplan 12 sind die Duale Hochschule in Mosbach, Naturschutz, Filmprojekte, Erwachsenenbildung usw.

Ein ganz netter Antrag – Herr Kollege Dr. Löffler ist bereits darauf eingegangen – zielt auf den Neubau des Menschenaffenhauses in der Wilhelma ab. Frau Kollegin Aras hat diesen Antrag so überzeugend begründet, dass Herr Löffler kurzzeitig überlegt hat, sein Reihenhaus in Stuttgart zu verkaufen und in das Menschenaffenhaus einzuziehen. Wie wir gehört haben, will er sich zudem einen Schimpansen zulegen. Das muss ihn also schwer beeindruckt haben.

(Beifall der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Zuruf von der CDU: Das ging jetzt in die Hose!)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion wird dem Einzelplan 12 zustimmen.

Ich komme zum Staatshaushaltsgesetz, einem Zeitgesetz. Das Staatshaushaltsgesetz ist die Grundlage für den Haushalt, die Grundlage für die 38,847 Milliarden €, die uns im Jahr 2012 zur Verfügung stehen.

An dieser Stelle gibt es einen wichtigen Hinweis auf das Stellenabbauprogramm. 26 Stellen werden aufgrund der Neuorganisation des Dienstreisemanagements abgebaut sowie 187 Stellen durch das sogenannte 1 480-Stellen-Einsparprogramm, das wir von der Vorgängerregierung übernommen haben. 26 Stellen werden aufgrund des Einsparprogramms zur Refinanzierung der im Zuge der Regierungsneubildung geschaffenen Stellen eingespart. Sie sehen also auch hier nachhaltiges Handeln.

Eine wichtige Aussage für den Staatshaushalt 2012 ist die Ermächtigung zur Kreditaufnahme. Der Regierungsentwurf sieht keine neue Kreditaufnahme vor. Die Kreditermächtigungen für die früheren Jahre bleiben bestehen. Wir werden sie dann brauchen, wenn die Ausgabereise, die sich in einer Größenordnung von etwa 1,7 Milliarden € bewegen, abfließen. Wir hoffen, dass wir möglichst wenig davon brauchen.

Die in der Rücklage eingestellten Mittel werden wirtschaftlich eingesetzt zur Liquiditätssteuerung. Wir vermeiden damit Kreditaufnahmen. Die Mittel werden wirtschaftlich und sparsam verwendet.

Wir haben auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Bürgschaften und Garantien z. B. für die Kapitalaufstockung bei der Neckarpri oder die Härtung der stillen Einlagen bei der LBBW gegeben werden können. Sie sehen, dass wir aus unseren Unternehmungen nichts herausziehen, sondern dass wir sie unterstützen.

Wir fördern unsere Unternehmen und werden sie dazu nutzen, eine gute Politik, vor allem eine gute Energiepolitik zu machen. Diese Energiepolitik finden wir auch in der energetischen Sanierung und Modernisierung landeseigener Gebäude wieder. Dafür stehen uns bis zu 50 Millionen € aus dem Grundstock zur Verfügung. Im Jahr 2012 werden daraus 17,6 Millionen € eingesetzt. Dieses Geld kommt mit Gewinn wieder zurück.

Dieses Haushaltsgesetz spiegelt den Haushaltsentwurf und die Anträge der Fraktionen im Parlament wider. Damit kann sich das Land Baden-Württemberg im Jahr 2012 finanziell konsolidieren, kann sanieren und auch investieren. Die SPD stimmt auch dem Haushaltsgesetz zu.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir sind überrascht!)

Jetzt kommt noch ein weiteres Gesetz. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz regeln wir den Finanzausgleich. Beim Finanzausgleich werden die Vorwegentnahmen gekürzt. Sie werden vermindert. Es wurde immer wieder gefragt, was mit dem Geld aus der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes geschieht. Die Kleinkindbetreuung ist hier jetzt schwarz auf weiß verankert.

Wir werden auch das Landesbeamtengesetz ändern. Das betrifft die Beihilfe. Die Anpassung des Satzes für die Wahlleistungen bei stationärem Krankenhausaufenthalt von 13 auf 22 € im Monat ist moderat. Die Beihilfeberechtigten können sich entscheiden, ob sie weiterhin solche Leistungen in Anspruch nehmen möchten. Wir werden mit der Anpassung eine Kostendeckung erreichen. Man hat 2004 dieses Instrument eingeführt, danach aber weitere Schritte versäumt. Jeder, der für Steuern und Gebühren verantwortlich ist, weiß, dass es Ärger gibt, wenn man lange Zeit nichts macht und dann die Sätze stark erhöhen muss. Man muss diese Leistungen der Zeit anpassen. Insofern holen wir ein Versäumnis der vorherigen Regierung nach. Das Gleiche machen wir mit der sozial gestaffelten Kostendämpfungspauschale.

Auch das Privatschulgesetz wird geändert. Mit einer Erhöhung der Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft um 7,5 Millionen € starten wir in Richtung eines Kostendeckungsgrads in Höhe von 80 %.

Sehr großen Ärger hat es natürlich hinsichtlich der Besoldungs- und Versorgungsanpassung gegeben. Die lineare Erhöhung um 1,2 % wird sozial gerecht zeitlich verschoben, nämlich für die Beamten in den niedrigeren Besoldungsgruppen bis zum 1. März und für die anderen bis zum 1. August. Ich meine, das ist ein wichtiger Sparbeitrag. Die CDU hat sich darüber schwer aufgeregt. Meine Damen und Herren von der CDU, mit diesem Sparbeitrag bleiben wir weit hinter Ihren Plänen zurück. Wir haben sie im Finanz- und Wirtschaftsministerium vorgefunden. „Giftliste“ heißen sie. Unser Fraktionsvorsitzender hat die Liste zerrissen. Diese „Giftliste“ hat ganz andere Zahlen enthalten. Der Beamtenbund war so erschrocken, dass er uns die zeitliche Verschiebung angeboten hat.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ach, war das ein Schreiben vom Beamtenbund?)

Wir werden diese Problematik in guten Gesprächen lösen und den Grundstein für eine faire Zusammenarbeit mit den Beamten legen.

Die Landesregierung hat auch die mittelfristige Finanzplanung vorgelegt. Wir müssen sie im Parlament nur zur Kenntnis nehmen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass der haushaltswirtschaftliche Handlungsbedarf, der uns die allergrößten Sorgen bereitet, in den Jahren 2013, 2014 und 2015 jährlich immerhin etwa 2 bis 2,5 Milliarden € ausmacht. Wir haben bei den Steuern zwar einen guten nominalen Bruttozu-

(Klaus Maier)

wachs, aber der Nettozuwachs sieht schon wieder anders aus. Sind es brutto 5 Milliarden €, so kommen netto am Ende nur 2,3 Milliarden € heraus. Wir werden dieses Geld gerade einmal dazu brauchen können, um im Jahr 2012 die größte Lücke zu stopfen.

Die Herausforderung wird in diesem Jahr, wenn der Haushaltsplan für die Jahre 2013 und 2014 aufgestellt wird, richtig hart. Wir werden diese Herausforderung annehmen. Wir werden nachhaltige Haushalte aufstellen. Ich glaube, die grüne Koalition ist hier auf einem guten Weg.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Vorlage des Staatshaushalts 2012 mitgearbeitet haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, gestatten Sie, dass ich noch einmal auf das Thema Mietwohnraumförderung zu sprechen komme. Sie haben zunächst immer angekündigt, all das, was Sie über die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes zusätzlich einnehmen, käme der frühkindlichen Bildung bzw. der Kinderbetreuung zugute. Trotzdem haben Sie dann aber eine Summe in der Größenordnung von rund 20 Millionen € für die Mietwohnraumförderung zur Verfügung gestellt. Uns haben Sie immer vorgeworfen – die Redner der Regierungsfractionen haben das auch heute wieder getan –, wir würden quasi aus ideologischen Gründen die Mietwohnraumförderung blockieren. Es gab in der zurückliegenden Legislaturperiode die politische Entscheidung, in diesem Bereich keinen Schwerpunkt zu setzen, jedoch nicht aus diesem Grund, sondern einfach deshalb, weil deutlich wurde, dass die Mietwohnraumförderungsprogramme im Land Baden-Württemberg nicht attraktiv sind, dass es den Bedarf dafür schlicht nicht gibt.

Wer die Äußerungen der Verbände im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Landeswohnraumförderung 2012 gehört hat, der kann absehen, dass auch das Programm, das Sie da gestrickt haben, nicht nachgefragt werden wird. Sie werden auf diesem Programm sitzen bleiben, meine Damen und Herren. Aber wir werden Gelegenheit haben, das alsbald nachzuprüfen.

Herr Minister, Sie haben behauptet, es gebe keinen Beleg dafür, dass sich die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes negativ auf den Standort auswirke. Ich empfehle Ihnen zur Lektüre das neue Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, in dem deutlich wird, dass gerade Erhöhungen des Grunderwerbsteuersatzes der Mobilität von Fachkräften schaden. Sie haben hier auch erklärt, Sie wollten etwas für die Fachkräfte und den Standort tun. Das konterkarieren Sie mit dieser Steuererhöhung.

Nun haben Sie angekündigt, Sie wollten das umsetzen, was der Innovationsrat uns ins Stammbuch geschrieben hat. Sie haben vier- oder fünfmal die Formulierung „Wir werden“ gewählt. Das ist gut. Der Abschlussbericht des Innovationsrats

enthält viele sinnvolle und viele gute Vorschläge, und wir haben zum Ende unserer Regierungszeit in einem Volumen von rund 100 Millionen € wesentliche Weichen gestellt. Ich hoffe, dass diesen Sätzen „Wir werden“ auch Taten folgen.

Sie waren immerhin so ehrlich, einzuräumen, dass Sie gegenüber dem Instrument der Innovationsgutscheine sehr skeptisch waren. Es ist erfreulich, dass Sie inzwischen davon überzeugt sind. Es ist auch erfreulich, dass Sie das Programm fortsetzen und auch ergänzen wollen. Unsere Unterstützung dabei haben Sie.

Allerdings glaube ich kaum, dass Instrumente wie ein Tarifreuegesetz einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung unseres Standorts leisten. Das ist ein ähnliches Symbolthema wie der flächendeckende allgemeine Mindestlohn oder die Finanzmarkttransaktionssteuer. Damit hat man ein schönes Symbol, das aber nicht wirkt. Die Schweden haben Erfahrungen mit der Finanzmarkttransaktionssteuer. Sie haben sie abgeschafft, weil sie nicht wirksam gewesen ist. Dasselbe gilt für einige Bundesländer, die ähnliche Erfahrungen mit dem Tarifreuegesetz gemacht haben. Wir werden uns gelassen anschauen, welche Erfahrungen wir am Standort Baden-Württemberg mit diesem Tarifreuegesetz machen.

Sie haben den Haushalt mit „Konsolidieren, investieren, sanieren.“ überschrieben. Schauen wir uns einmal im Einzelnen an, was in diesem Haushalt von diesen drei Überschriften eingelöst wird.

Zunächst zum Thema Konsolidieren. Der Herr Ministerpräsident hat vorgestern schon eingeräumt, von Konsolidierung könne keine Rede sein, die Konsolidierung werde verschoben. Er will eine Kommission einsetzen, die für den Doppelhaushalt 2013/2014 erste Vorschläge machen soll.

Das kann man natürlich so machen. Man kann zunächst einmal einen Haushalt ohne Konsolidierung vorlegen. Man kann das zu Zeiten machen, in denen man Rekordsteuereinnahmen hat, und man kann sich, nachdem man weder konsolidiert noch irgendwelche Konsequenzen aus den Möglichkeiten gezogen hat, die man durch die gigantischen Steuereinnahmen hat, auch noch dafür feiern lassen, dass man keine neuen Schulden gemacht hat.

Meine Damen und Herren, das wird sich rächen. Aber wir sind auf die Konsolidierungsvorschläge gespannt, die spätestens in den Doppelhaushalt 2013/2014 Eingang finden müssen. Wenn wir das ernst nehmen, was der Ministerpräsident vorgestern angekündigt hat – er will bis zum Jahr 2020, um dann die Schuldenbremse einhalten zu können, jedes Jahr 300 Millionen € einsparen –, sind wir sehr gespannt auf die Vorschläge zur Einsparung von 600 Millionen €, die Sie dann logischerweise beim Doppelhaushalt 2013/2014 vorlegen müssen.

Wir haben die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten; man muss das immer wieder betonen. Das gute Jahr 2008, in dem wir ohne Neuverschuldung ausgekommen sind, mit 26,7 Milliarden € Steuereinnahmen netto – die Lasten des Länderfinanzausgleichs beispielsweise sind da schon abgezogen –, wird im Jahr 2012 mit Steuereinnahmen von 29,0 Milliarden € noch getoppt. Das sind netto 2,3 Milliarden € mehr. Trotzdem wird nicht konsolidiert, trotzdem werden keine Schulden zurückgeführt, und trotzdem wird dem, was Frau Kollegin Aras

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

wortreich eingefordert hat, nicht entsprochen, nämlich Rücklagen für die Staatsdiener zu bilden und die Pensionsrücklage aufzustocken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie sagen immer nur: „Wir werden“, „wir werden“, „wir werden“, „das kommt“, „das kommt“, „das kommt“. Wann wollen Sie anfangen, wenn nicht in einem Jahr, in dem Sie Rekordsteuereinnahmen haben? Glauben Sie im Ernst, es wird immer besser? Glauben Sie im Ernst, Sie werden 2013, 2014, 2015 immer noch mehr Steuereinnahmen haben? Wir sprechen uns dann wieder, wenn irgendwann die Konjunktur einbricht und Sie dann nicht mehr diese leichte Aufgabe haben wie im Jahr 2012 – denn mit diesen Steuereinnahmen kann jeder einen schuldenfreien Haushalt vorlegen –, sondern unter erschwerten Bedingungen einen Haushalt aufstellen müssen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Noch gar nicht eingerechnet sind die Mehreinnahmen von rund 350 Millionen € aus der von Ihnen vorgenommenen Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes. Wenn Sie diese zusätzlich einrechnen, sind Sie bei bald 3 Milliarden €, um die Sie besser dastehen als wir im Haushaltsjahr 2008 –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die sind aber zwischendurch schon wieder gestiegen!)

gar nicht zu reden von der Wirtschaftskrise, die wir zwischendurch einmal hatten. Deshalb haben Sie auch diesen aufgeblähten Haushalt mit nahezu 38,9 Milliarden € Ausgaben vorgelegt.

Alle Erfahrung lehrt, wie schwierig es ist, dann, wenn sich die konjunkturelle Entwicklung eintrübt und man geringere Steuereinnahmen hat, von diesem Niveau wieder herunterzukommen. Darin liegt das große Risiko dieses Haushalts, wenn man in guten Zeiten wie diesen weder zum Schuldenabbau noch zu Pensionsrückstellungen kommt. Ich sage Ihnen: Das werden Sie, wenn die Konjunktur sich eintrübt, erst recht nicht schaffen.

Sie wissen schon, warum Sie weder die Landeshaushaltsordnung noch die Schuldenbremse in der Landesverfassung sehen wollen:

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Schauen Sie sich doch Ihre Anträge an!)

weil Sie nämlich die Aufnahme neuer Schulden vorhaben, weil Sie schon genau absehen können, in welche Richtung es in den Jahren 2013, 2014, 2015 und 2016 gehen wird, um dann die Möglichkeit zu haben, wieder gewaltig in die Neuverschuldung zu gehen. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Das zeigt sich auch bei Ihrer Personalpolitik, bei dem, was Sie da in den Ministerien alles „verbrochen“ haben,

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: „Verbrochen“?)

auch wenn man sieht, wie Sie die Stellen, die Sie dort verteilt haben, bewertet haben. Sie haben eine richtiggehende Allergie gegen die A-Besoldung. Sie haben alle möglichen Leute in die B-Besoldung gehievt, wahrscheinlich vornehmlich deshalb,

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

weil Sie da den Personalrat sehr wenig beteiligen müssen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Weniger Sachverstand!)

und auch nicht die laufbahnrechtlichen Anforderungen beachten müssen, die normalerweise gelten. Vielmehr kann man im Bereich der B-Besoldung freihändig versorgen. Aber das rächt sich später, besonders bei den Pensionslasten.

Es ist auch nicht verwunderlich – es wurde schon vom Kollegen Klein geschildert –, dass der Unmut in der Beamtenenschaft dann besonders groß ist, wenn man einerseits den Beamten sagt: „Bei euch kleinen Indianern müssen wir sparen“ und andererseits im Bereich der B-Besoldung zusätzliche Häuptlinge schafft.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber noch mehr Häuptlinge abschaffen! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich wünsche Ihnen viel Spaß, das zu erklären. Ich habe jetzt der Nachrichtenlage entnommen: Der Ministerpräsident lässt sich nun doch dazu herab, am 3. März zu den Beamten zu gehen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, den Beamten das Ganze zu erklären.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist kein Problem!)

Von Konsolidierung in diesem Haushalt kann also keine Rede sein.

Zweite Überschrift: Investieren. Sie haben einmal angekündigt, in diesem Haushalt zusätzlich 800 Millionen € investieren zu wollen. Schauen wir uns die Realität an. Nach 3,34 Milliarden € an Investitionen im Jahr 2011 haben Sie jetzt immerhin 3,46 Milliarden € geschafft, also 120 Millionen € mehr. Aber das ist deutlich weniger als die angekündigten 800 Millionen €, und es sind vor allem auch 400 Millionen € weniger als im Jahr 2010. Von Investieren kann also auch nicht wirklich die Rede sein.

Wie ist es mit dem Sanieren? 144 Millionen € – das wurde schon mehrfach beschrieben – wurden der Sanierungsrücklage entnommen. Aber beispielsweise mussten für 100 Millionen € zum Straßenerhalt – immerhin 5 Millionen € weniger als in unserem letzten Haushalt –

(Zurufe der Abg. Dr. Markus Rösler und Muhterem Aras GRÜNE)

schon 50 Millionen € der Sanierungsrücklage entnommen werden. Damit wird schon deutlich, was mit der Sanierungsrücklage eigentlich bezweckt wird, nämlich eine Täuschung zur Haushaltsschonung, damit Sie angeblich sparsame Haushalte vorlegen können. Aber das wird dann wieder durch die Hintertür aus der Sanierungsrücklage zur Schonung des Haus-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

halts aufgefüllt. Von eigentlicher Sanierung kann hier also auch nicht die Rede sein.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sie haben es noch immer nicht kapiert!)

Ähnlich ist es beim staatlichen Hochbau. Da haben Sie für die Sanierung von Landesgebäuden 50 Millionen € aus der Rücklage entnommen. Gleichwohl gehen die Ausgaben um 61 Millionen € gegenüber dem Jahr 2011 zurück. Sie schneiden also deutlich zurück. Dann füllen Sie teilweise wieder aus der Sanierungsrücklage auf, und der Bevölkerung erzählen Sie: Wir haben jetzt die Sanierungsrücklage, weil wir nun den Verfall des Landesvermögens, der über Jahrzehnte angehäuft wurde, bekämpfen müssen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das stimmt! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Richtig!)

In der Realität machen Sie aber in der Summe weniger als die vorherige Landesregierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dafür braucht man doch keine Sanierungsrücklage.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Damit sanieren Sie nicht, sondern damit täuschen Sie bestenfalls die Bevölkerung.

Thema Länderfinanzausgleich: Der Ministerpräsident hat ein wahres Wort gesprochen. Er hat von einem „bescheuerten“ System gesprochen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Allerdings: Wenn man von einem bescheuerten System spricht, meine Damen und Herren, muss man es ändern.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Richtig!)

Dann muss man es relativ rasch ändern. Man kann doch nicht sagen: „Das System ist zwar bescheuert, aber ich lebe die nächsten drei, vier Jahre gern mit bescheuerten Systemen.“

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das hat er aber auch nicht gesagt! – Gegenruf des Abg. Manfred Groh CDU: Das macht er aber!)

Deshalb mache ich erst einmal gar nichts.“ Vielmehr muss ich gleich etwas unternehmen. Er behauptet, er sei da in guten Gesprächen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ja!)

Aber was hört man immer z. B. aus Berlin? Da erklärt der Finanzsenator: „Wir wollen überhaupt nichts ändern, wir brauchen das Geld bis 2019.“

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Klar! – Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Das Einzige, was der Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen einfällt, sind wilde Drohungen, die aber reiner Bluff sind, meine Damen und Herren. Meinetwegen kann man – zu-

sammen mit Nordrhein-Westfalen – auch gern das Thema Umsatzsteuerausgleich auf den Tisch legen. Durch diesen Umsatzsteuerausgleich wird das Land Baden-Württemberg auch mit 1,5 Milliarden € belastet. Das können wir gern dazunehmen. Dann sind wir nicht bei 2,4 Milliarden €, sondern fast schon bei 4 Milliarden €. Von den anderen Systemen profitieren wir entgegen dem, was Herr Kollege Maier vorhin behauptet hat, auch nicht.

Kollege Maier hat vorhin behauptet: „Wenn man sich das Ganze anschaut, sieht man, dass es auch eine ganze Menge gibt, wovon das Land Baden-Württemberg profitiert.“ Herr Kollege Maier, wenn wir von den anderen Dingen profitieren, warum stellt sich der Ministerpräsident hier hin und sagt: „Wenn mir Herr Ramsauer mehr Geld gibt, dann baue ich mehr Straßen“? Offensichtlich profitieren wir in diesem Bereich doch auch nicht.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Oder Sie befinden sich im Dissens mit dem Ministerpräsidenten. Wir sind mit Sicherheit nicht diejenigen, die profitieren.

Wir profitieren bei der Forschung deshalb, weil wir bei der Forschung so gut sind. Das ist der Punkt. Aber ich gebe Ihnen die Forschung gern dahin. Wenn wir den Umsatzsteuerausgleich einrechnen, wenn wir alle diese Dinge einrechnen, habe ich überhaupt kein Problem damit, dass man sagt: Wir verzichten auf unsere überproportionale Forschungsförderung. Dann sehen wir noch immer gut aus.

Die Drohung von Frau Kraft brauchen wir in Baden-Württemberg mit Sicherheit nicht zu fürchten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Ministerpräsident hat beklagt, es gebe von unserer Seite keine Alternativen zur Haushaltssanierung. Ich glaube, vonseiten der CDU-Fraktion ist deutlich geworden, dass durchaus Alternativen von ihrer Seite angeboten wurden, auch Alternativen, die die 250 Millionen €, die Sie fordern, möglich gemacht hätten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Luftbuchungen!)

Das ist nicht unsere Politik. Aber es wurde auf jeden Fall seriös vorgerechnet.

(Zuruf des Ministers Franz Untersteller)

Für uns gilt dasselbe. Wir haben deutlich gemacht: keine Neustellen. Wir haben deutlich gemacht: Wir wollen die Studiengebühren nicht abschaffen, sondern wir wollen ein System der nachlaufenden Studiengebühren. Mit Sicherheit ist es dann auch ein völlig verfehlter Vorwurf, zu behaupten, das sei unsozial.

Wir wollen eine Fortführung und nicht eine Streckung des Stellenabbauplans und des Stellenabbauprogramms. Wir wollen eine Fortführung des Projekts „Flexible Lebensarbeitszeitkonten“. Wir wollen diese Sanierungsrücklage nicht, sondern wir wollen die Sanierungsmaßnahmen aus dem Haushalt finanzieren, und wir wären überhaupt nicht bereit dazu, so, wie

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie das tun, meine Damen und Herren, Mittel für das Prestige-Projekt Einheitsschule zur Verfügung zu stellen.

Dann kämen Sie in eine beträchtliche Größenordnung, bei der die Möglichkeit bestünde, in die Schuldentilgung einzusteigen, wie es die CDU-Fraktion vorgeschlagen hat, oder die Pensionsrückstellungen zu erhöhen, wie wir es vorgeschlagen haben und wie es auch der Rechnungshof vorgeschlagen hat. Frau Kollegin Aras wird nicht müde zu betonen, dieser Schritt sei richtig, nur nicht jetzt, sondern irgendwann später einmal.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Was die EnBW anbelangt, wären wir durchaus bereit – ähnlich, wie es der Ministerpräsident angekündigt hat –, auf die Suche zu gehen, nicht unbedingt nach ausländischen Finanzinvestoren, aber durchaus nach Stadtwerken, nach regionalen Energieversorgern. Es muss unser mittelfristiges Ziel sein, diese Beteiligungen wieder an den Markt zu bringen.

Dasselbe können wir uns bei der Landesbank vorstellen – nicht aktuell. Aber es ist durchaus sinnvoll und notwendig, darüber nachzudenken, nachdem die Landesbank vielleicht 2013/2014 wieder so aufgestellt ist, dass die Möglichkeit besteht, den Landesanteil an den Markt zu bringen. Das ist durchaus eine Möglichkeit, die wir ins Auge fassen würden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Hört, hört!)

Wenn Sie das alles zusammenzählen, können Sie meinetwegen sagen, das hielten Sie für falsch. Sie können meinetwegen sagen, das würden Sie so nicht machen. Sie können meinetwegen unsere Anträge ablehnen – das haben Sie im Ausschuss auch getan –, aber Sie können uns nicht, wie es der Ministerpräsident getan hat, vorwerfen, wir würden keine Alternativen vorschlagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, dieser Vorwurf des Ministerpräsidenten ist unseriös. Dass er diese unseriöse Politik weiterbetreiben will, ist klar. Deshalb erinnert er sich nicht mehr. Der Verkehrsminister hat gestern von Amnesie gesprochen. Ja, meine Damen und Herren, wenn der Oppositionspolitiker Kretschmann immer gefordert hat, die Landeshaushaltsordnung und die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufzunehmen, und sich Ministerpräsident Kretschmann daran nicht mehr erinnert: Wie nennen Sie denn das?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

In der mittelfristigen Finanzplanung wird auch deutlich – Herr Kollege Klein hat es angesprochen –, dass die Fortführung der Verschuldung bei Ihnen schon im Hinterkopf ist. Deshalb brauchen Sie in diesem Haushalt auch die Kreditermächtigung. Auf diese könnte man verzichten,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was haben Sie denn in der Vergangenheit gemacht? – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

wenn man tatsächlich vorhat, keine neuen Schulden aufzunehmen. Sie brauchen diese Kreditermächtigung, weil Sie

schon wissen, dass es dann, wenn Sie Ihre Politik so weiterführen, mit der Verschuldung in Zukunft so weitergehen wird.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Welche Verschuldung?)

– Die Verschuldung des Landes Baden-Württemberg. – Wenn Sie nicht, so wie jetzt, ohne eigenes Zutun von Steuereinnahmen fast totgeschlagen werden,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wer hat Baden-Württemberg denn verschuldet?)

sondern wenn wieder normale Zeiten anbrechen, dann wird diese Verschuldung im Land Baden-Württemberg weitergehen. Dann werden Sie neue Tricks finden müssen, um zu begründen, dass Sie sich keineswegs der Schuldenbremse und der Landeshaushaltsordnung annähern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** In der Allgemeinen Aussprache erteile ich dem Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid das Wort.

(Minister Franz Untersteller: Nils, erklär es ihnen!)

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich sagen, dass es bei den Finanzpolitikern etwas ruhiger und sachlicher zugeht. Aber bei manchen Äußerungen von Herrn Dr. Rülke habe ich meine Zweifel.

Ich glaube, wir sollten die Chance nutzen, diese Debatte auf des Pudels Kern zurückzuführen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war gerade so!)

Des Pudels Kern lautet: Im Jahr 2011 gab es keine neuen Schulden, im Jahr 2012 gibt es keine neuen Schulden – bravo Landesregierung!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut erkannt! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Steuermehreinnahmen!)

Wenn Sie wortreich darlegen, das Geld sei uns ja nur in die Kassen gespült worden, dann kann ich nur sagen: Warum gelingt dann der Bundesregierung keine Nullneuerschuldung, lieber Herr Rülke, lieber Herr Klein?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Ingo Rust SPD: So ist es! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vergleichen Sie einmal das Wirtschaftswachstum von Baden-Württemberg mit dem Wirtschaftswachstum des Bundes!)

Ich sage Ihnen eines: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind stolz auf die Nullneuerschuldung. Schwarz-Gelb ist sie nicht gelungen. Wir schaffen sie in zwei Jahren hintereinander. Das ist eine reife Leistung dieser Landesregierung.



(Minister Dr. Nils Schmid)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Was war 2008? –  
Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wenn man sich dann noch anschaut, welche Deckungslücken und welche Finanzierungslücken Sie uns hinterlassen haben, dann ist das eine umso bemerkenswertere Leistung.

Ich erinnere an den Kassensturz, an die Pensionsausgaben, die auf uns zurollen, an den Sanierungsstau, den Sie hinterlassen haben. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir sind froh, dass wir zumindest 2011 und 2012 ohne neue Schulden auskommen. Aber erst nach 2012 wird es richtig schwierig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! So ist es!)

Für 2012 ist von Ihnen die Bildungsoffensive nicht richtig finanziert worden, die Aufgaben im Hochwasserschutz und im Bereich der Kunst sind nicht ausfinanziert worden. Gerade deshalb war es wichtig, dass wir die gute Lage bei den Steuereinnahmen genutzt haben, um eine Rücklage zu bilden.

Die Sanierungsrücklage versetzt uns in die Lage, die indirekten Schulden des Landes abzubauen. Diese Schulden sind entstanden, indem über Jahre hinweg zu wenig in Landesstraßen, Landesgebäude und andere Aufgaben des Landes investiert worden ist.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Deshalb ist diese Sanierungsrücklage nicht nur ein wichtiges Instrument für die Zukunft, sondern sie versetzt uns auch in die Lage, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung über die Sanierungsausgaben anzukurbeln.

Deshalb ist es falsch, Herr Rülke, wenn Sie beklagen, wir hätten im Jahr 2012 die Mittel für den staatlichen Hochbau zurückgefahren. Wir sind 2011 mit einem Mittelansatz im staatlichen Hochbau von 327 Millionen € gestartet. Es war diese Regierung, die im Vierten Nachtrag 2011 die Mittel im staatlichen Hochbau für 2011 auf 424 Millionen € erhöht hat. Das war der erste Block, den wir bereits im Vierten Nachtragshaushalt aus der Rücklage entnommen haben. Das heißt, wir haben schon die Mittel erhöht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und jetzt?)

Jetzt, im Jahr 2012 liegen wir noch immer über dem Mittelansatz, den Sie uns im Jahr 2011 hinterlassen haben. Wir liegen bei 383 Millionen €, und diese 383 Millionen € liegen natürlich unter dem Ansatz von 2011 einschließlich des Vierten Nachtrags.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Weil wir im Vierten Nachtrag eine Sonderaktion durchgeführt haben und weil wir Schulden zurückzahlen müssen, die Sie uns hinterlassen haben, nämlich für die Refinanzierung des sogenannten Zukunftsinvestitionsprogramms, die ab 2012 greift.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Sonderaktion im Straßenbau werfen Sie uns immer vor!)

Das heißt, Sie haben die Lücken zu verantworten, die wir jetzt mühsam mit der Sanierungsrücklage ausbessern müssen. Ich bin froh und dankbar, dass wir die Sanierungsrücklage haben, um diese verdeckten Schulden, die Sie uns hinterlassen haben, zumindest halbwegs auffangen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

– Sie werden nicht bezweifeln können, dass 383 Millionen € mehr sind als 327 Millionen €, Herr Mack. Selbst ein Jurist, der ja bekanntlich nicht rechnen kann, wird das verstehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie kennen sich aber gut, Herr Finanzminister!)

Dann will ich noch etwas zu dem seltsamen Vorschlag der CDU-Fraktion sagen, man könne jetzt ja sogar Altschulden tilgen – der Vorschlag, mit dem sie jetzt kraftvoll in die Haushaltskonsolidierung einsteigen will, nachdem sie die Regierung verlassen hat.

Schauen wir uns einmal Ihr Finanzierungskonzept an. Sie wollen 250 Millionen € an Altschulden tilgen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das lohnt sich ja gar nicht!)

Woher kommt das Geld? Es kommt im Wesentlichen aus zwei Quellen. Entweder Sie lösen die Sanierungsrücklage auf. Das heißt, Sie wollen zulasten der Vermögenssubstanz des Landes Altschulden tilgen, wodurch die impliziten Schulden des Landes weiter erhöht werden. Das halte ich für nicht solide.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Der zweite große Finanzierungsvorschlag ist die Wiedereinführung der Studiengebühren. Das heißt, die Altschuldentilgung zahlen die Studierenden des Landes. Das halte ich für nicht sozial gerecht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Wenn man schon konsolidieren will, dann muss man es mit Augenmaß tun. Man muss die gesamte Vermögenslage des Landes im Auge behalten, eben auch die Vermögenssubstanz, und man muss auch sozial ausgewogen an die Sache herangehen. Genau das haben wir in dem Haushalt 2012 getan, indem wir die Deckungslücke von etwa 360 Millionen €, die noch zu schließen war, durch Kürzungen von Sachausgaben über alle Einzelpläne hinweg geschlossen haben. Natürlich hat auch der Personalkostenbereich seinen Beitrag leisten müssen. Das sind die 130 Millionen €, die wir bei den Personalkosten einsparen.

Da jetzt von einem Sonderopfer der Beamten zu reden, halte ich für nicht angemessen. Denn die Personalkosten für die Beamten des Landes sind nun einmal Teil des Landeshaushalts, und alle Teile des Landeshaushalts müssen an der Konsolidierung teilhaben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sonst funktioniert das nicht.

Wenn Sie jetzt Krokodilstränen für die Beamten weinen, dann will ich nur einmal daran erinnern, dass Sie in Ihrer Regie-

(Minister Dr. Nils Schmid)

rungszeit allein in diesem Jahrtausend – ich bin gnädig und beginne erst im Jahr 2000 – im Jahr 2000, im Jahr 2001, im Jahr 2004 und im Jahr 2008 die Tarifierung für Beamte verschleppt und verzögert haben. Da wäre ich also etwas vorsichtig mit der Kritik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ingo Rust  
SPD: Aha! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:  
Haben wir auch etwas an der Beihilfe gemacht?)

Wenn ich mir dann noch anschau, was wir in den wenigen Monaten getan haben, um die Leistungsfähigkeit, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen, dann meine ich, dass die Beamtinnen und Beamten des Landes nicht schlecht dastehen.

Wir haben dieses unausgeglichene Modell des Lebensarbeitszeitkontos nicht umgesetzt. Denn jeder, der Finanzpolitik ein bisschen näher betrachtet, weiß, dass ein Lebensarbeitszeitkonto, das nur dazu verwendet wird, Einsparungen zu erzielen, diese Effekte nur kurzfristig erzielt. Es ist keine strukturelle Entlastung des Landeshaushalts, sondern später muss das Land dies sozusagen in Heller und Pfennig zurückzahlen, und damit ist es nichts anderes als eine Lastenverschiebung. Ein Lebensarbeitszeitkonto ist kein struktureller Sparbeitrag.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aha! So ist das!)

Deshalb wundert es mich auch, dass Sie jetzt diesen Vorschlag wieder aufleben lassen, zumal der Vorschlag von der CDU zur Einsparung von 50 Millionen € pro Jahr – ich nehme jetzt einmal die Jahreswirkung eines Lebensarbeitszeitkontos – bedeuten würde, dass man umgerechnet über 1 000 Stellen streichen müsste. Das würde nach der normalen Verteilung bedeuten, etwa die Hälfte der Stellen im Kulturbereich einzusparen. Sie wollen also 500 Lehrerstellen streichen. Das ist Ihre Politik zur Konsolidierung des Landeshaushalts.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben etwas anderes gemacht. Wir haben gesagt: Wir wollen das Lebensarbeitszeitkonto im Dialog mit dem Beamtenbund und den Gewerkschaften ohne Einsparauflage erarbeiten, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern.

Wir haben auch den Stellenabbau, insbesondere bei den Regierungspräsidien, auf der Zeitachse gestreckt, weil wir gemerkt haben, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Belastungsgrenze sind. Wir haben bei der Polizei und in der Steuerverwaltung zusätzliche Spielräume, zusätzliche Stellen geschaffen, auch im Bereich der Ausbildung. Vor allem haben wir im Jahr 2012 alle rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen im Bildungssystem gelassen und damit auch eine Entlastung im öffentlichen Dienst geschaffen. Das ist, glaube ich, eine gute Bilanz, mit der wir dann auch den Beamtinnen und Beamten gegenüber vertreten können, dass wir sie bitten, die Gehaltsanpassung um zwei Monate bzw. um sieben Monate zu verschieben.

Schließlich: Wenn wir über die notwendige Konsolidierung reden, dann geht es immer auch um Steuergerechtigkeit. Dass wir jetzt die Finanzverwaltung stärken, kommt aus unserer Überzeugung, dass es in einer Gesellschaft nicht erträglich ist, wenn zu viele Steuerzahler nicht den vollen Beitrag zum Ge-

meinwohl leisten. Deshalb haben wir gesagt: Mehr Prüferinnen und Prüfer, gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Steuerverwaltung stärken die Einnahmeseite des Landeshaushalts, sind aber vor allem auch ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit. Wenn wir allen Anstrengungen abverlangen, um den Haushalt zu konsolidieren, dann müssen auch alle Bürgerinnen und Bürger den Eindruck haben, dass es dabei gerecht zugeht. Deshalb ist es richtig, dass wir hier eine Verstärkung vorgenommen haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir werden einen noch höheren Beitrag zur Steuergerechtigkeit leisten müssen. Denn die Konsolidierung des Landeshaushalts wird nur funktionieren, wenn wir die Einnahmeseite auch durch Gesetzgebung verbessern. Deshalb hat diese Landesregierung im Bundesrat eine Initiative zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes unterstützt. Denn wir können uns jetzt nicht neue Steuergeschenke leisten, sondern wir brauchen einen leistungsfähigen Staat. Dazu gehört eben auch, dass die starken Schultern in diesem Land endlich mehr Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Andreas Schwarz  
GRÜNE)

Wir haben eine Steuererhöhung in unserer eigenen Zuständigkeit durchgesetzt. Das war – Sie haben es angesprochen – die Grunderwerbsteuererhöhung. Es war immer klar – so wurde es schon in den ersten Kabinettsvorlagen formuliert –, dass ein Teil der Mehreinnahmen verwendet werden soll, um einen sozialen Ausgleich im Bereich der Wohnungsbauförderung zu schaffen. Deshalb ist es jetzt auch so gekommen. Wir haben also Wort gehalten. Das Geld geht zum allergrößten Teil an die Kommunen für die U-3-Kinderbetreuung, und es wird ein sozialer Ausgleich in der Wohnungsbauförderung umgesetzt. Versprochen, gehalten – das ist solides Regierungshandeln.

(Unruhe)

Wenn Sie jetzt noch immer – auch in den Haushaltsberatungen – diese Grunderwerbsteuererhöhung kritisieren und darauf hinweisen: „Ich hätte als Bürgermeister“ – so haben Sie es formuliert, Herr Klein – „in dieser Hochkonjunkturphase eher die Steuern gesenkt, aber keine Steuererhöhungen getätigt“, dann muss ich Sie fragen: Wo würden Sie als Landespolitiker Klein diese 350 Millionen € hernehmen, die wir jetzt dem Bürgermeister Klein und den anderen Bürgermeistern zur Verfügung stellen, damit sie die U-3-Betreuung ausbauen können? Dazu fehlt mir jeder Vorschlag von der CDU oder der FDP/DVP. 350 Millionen € haben wir über die Grunderwerbsteuererhöhung hereingespielt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der größte Teil davon geht an die Kommunen. Alle freuen sich darüber. Aber Sie können doch nicht so tun, als hätten Sie einfach einmal 350 Millionen € aus dem Landeshaushalt herausgeschnitten, um diese Mittel an die Kommunen zu geben. Wo ist Ihr Gegenfinanzierungsvorschlag für die kritisierte Erhöhung der Grunderwerbsteuer, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Wenn wir schon beim Thema „Kommunale Finanzen“ sind, dann warne ich vor einem Trugschluss. Auch der Steuerverbund der Kommunen profitiert von den Steuermehreinnahmen. Das heißt, in der kommunalen Finanzmasse steht jetzt mehr Geld zur Verfügung. Deshalb ist es völlig gerechtfertigt, dass wir die zusätzlichen Investitionen für die Krankenhäuser so, wie es sich gehört, dort, wo es verortet ist, nämlich im KIF, veranschlagen. Wenn wir 45 Millionen € mehr für die Krankenhäuser ausgeben, dann ist das ein sehr guter Beitrag für eine gute soziale Infrastruktur in Baden-Württemberg. Wir haben den ersten Schritt getan, um unser Wort zu halten. Die Krankenhäuser des Landes finden in der Landesregierung einen verlässlichen Kofinanzierungspartner. 50 Millionen € im Nachtragshaushalt 2011, 45 Millionen € im Haushalt 2012 regulär im Kommunalen Investitionsfonds – das ist ein Wort.

Wir wissen, dass wir da noch weiterarbeiten müssen. Aber wir haben schon in den ersten Monaten die Krankenhäuser des Landes deutlich mehr unterstützt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dann fehlen mir natürlich noch die Gegenfinanzierungsvorschläge von der FDP/DVP zu dem Ankauf oder zu der Kapitalerhöhung bei der EnBW. 400 Millionen € wollen Sie nicht über die Neckarprö aufnehmen, sondern aus dem Landeshaushalt finanzieren. Ich frage mich: Wo ist der Antrag über die 400 Millionen €? Sie haben nur gesagt, Sie wollten EnBW-Anteile an Stadtwerke oder an andere Interessierte veräußern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Glauben Sie, so sind das keine Schulden? Glauben Sie das im Ernst?)

Ich frage Sie: Wollen Sie in dieser Legislaturperiode EnBW-Anteile veräußern? Wenn ja, an wen? Ich sage Ihnen: Wenn Sie das tun, dann werden Sie den Haushalt schädigen, weil ich nicht sehe, wie Sie den ursprünglichen Preis, den Sie im Dezember 2010 bezahlt haben, jetzt noch für die EnBW-Anteile bekommen werden. Somit würden Sie den Landeshaushalt schädigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich halte mich strikt an die Vorgabe, dass man über Unternehmensangelegenheiten nicht im Landtag diskutieren sollte.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

Aber einen Punkt will ich Ihnen schon einmal mitgeben, lieber Herr Rülke: Wer so leichtfertig über die Veräußerung von EnBW-Anteilen durch das Land redet, der gefährdet das Rating.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn die Ratingagenturen legen Wert darauf, dass es stabiles Aktionariat bei der EnBW gibt. Wenn Sie dann so locker-flockig daherreden

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann erklären Sie das einmal Ihrem Ministerpräsidenten!)

– ich rede von den Landesanteilen –, Sie wollten die Landesanteile wieder veräußern, dann müssen Sie aufpassen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann erklären Sie das dem Ministerpräsidenten, der erklärt hat, er könne sich das auch vorstellen!)

Wie Sie mit der EnBW umgehen, das halte ich für äußerst leichtfertig. Damit ist es einmal mehr gerechtfertigt, dass Sie in der Opposition sitzen, denn dann wird diese Aufforderung zum Verkauf der Anteile zum Glück nicht erhört werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich habe schon darauf hingewiesen: Die Haushaltsjahre 2013/2014 werden schwieriger. Wir sind aber zuversichtlich, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht. Es gibt keinen Grund zum Schwarzsehen oder gar Schwarzmalen. Die Auftragsbücher sind voll, unsere Unternehmen sind gut unterwegs, auch auf den internationalen Märkten. Wir werden aufgrund von schon vereinbarten Lohnsteigerungen auch aus der Binnennachfrage Impulse erhalten.

Deshalb will ich Sie alle auffordern, zunächst einmal freudig diesem Haushalt ohne Neuverschuldung zuzustimmen, aber dann vor allem in den folgenden Monaten, wenn wir ernsthaft über den Haushalt 2013/2014 reden, sehr solide, sehr aufmerksam den Haushalt anzuschauen und sehr verantwortungsvoll damit umzugehen.

Dazu gehört auch, dass ich die Fraktionen des Landtags zu einem Dialog über die Frage eingeladen habe, wie die grundlegende Schuldenbremse in der Landesverfassung oder überhaupt rechtlich verankert werden kann. Denn auch dazu gilt ausdrücklich das Gesprächsangebot der Landesregierung. Aber eines ist klar: Wir sollten jetzt nicht meinen, lediglich mit einer rechtlichen Vorschrift – sei es in der LHO oder in der Landesverfassung – sei die Arbeit getan. Der größte Brocken Arbeit sind dann der Haushalt 2013/2014, der Haushalt 2015/2016 usw. Die Wahrheit ist dann immer das, was im Haushaltsgesetz und im Haushaltsplan steht. Ich möchte einmal sagen: Die Wahrheit 2012 sieht ganz gut aus; sie bedeutet nämlich eine Nullneuverschuldung für Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei Grünen und SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Herrmann.

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Maier und Herr Finanzminister, Sie haben die Kapitalerhöhung bei der EnBW angesprochen. Herr Maier, wir haben das nicht kritisiert, sondern wir tragen das mit.

(Abg. Klaus Maier SPD: Aha!)

Wir sind froh, dass die permanente Kritik von Teilen der Regierungsfractionen, von Teilen der Grünen, an der EnBW nun ein Ende hat, und wir sind auch froh darüber, dass die Anteile nun alle im Land sind und dass keine Gespräche mit ausländischen Investoren geführt werden,

(Lachen bei der SPD)

(Klaus Herrmann)

wie es der Ministerpräsident am 18. Oktober 2011 angekündigt hatte.

Herr Minister Schmid, Sie haben bei dieser Frage die Unterstützung der CDU-Fraktion, damit wir diese Anteile auch künftig im Land halten.

Frau Aras, Sie haben bemängelt, wir hätten Haushaltskosmetik betrieben. Was Sie angesprochen haben, hat gar nichts mit Kosmetik zu tun.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Schönheitsoperation!)

Die Ansätze waren offen im Haushalt ausgewiesen. In Zeiten mit schlechten Einnahmen haben wir Sanierungen zurückgestellt; das stimmt. In Zeiten schlechter Einnahmen sind wir unter die Abschreibungswerte gegangen; das stimmt. Das schreiben wir auch in unserem Antrag. Als sich aber abzeichnete, dass die Steuereinnahmen deutlich besser werden, haben wir mit dem Dritten Nachtragshaushalt im Januar 2011 mehr Mittel für Straßensanierungen bereitgestellt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Landtagswahl! Wahlgeschenke!)

Das ist der richtige Weg: in guten Zeiten die Gelder dafür einsetzen, in schlechten Zeiten solche Ausgaben verschieben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Finanzminister, Sie haben die Refinanzierung der Konjunkturprogramme angesprochen. Dabei verhält es sich ebenso. Wir haben in schlechten Zeiten Konjunkturprogramme aufgelegt. Diese haben wir teilweise mit Schulden finanziert; auch das stimmt. Wir haben aber auch gesagt: Wenn die Wirtschaft wieder anspringt, wenn die Erträge kommen – das ist jetzt der Fall –, dann können wir diese Programme refinanzieren. Das war jedem vorher klar. Das ist der richtige Weg. Deshalb ist es sinnvoll und richtig, diesen Weg jetzt zu gehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Eines aber grenzt schon an Kosmetik; denn das steht nicht so deutlich im Haushalt; das stand auch in der Vergangenheit nicht so deutlich im Haushalt. Sie haben 1,5 Milliarden € Kreditermächtigungen aus Vorjahren. Wir stellen den Antrag, in der Zeit bester Steuereinnahmen diese Kreditermächtigungen zu streichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben im vergangenen Jahr keine neuen Schulden aufgenommen. Sie haben im Haushalt 2012 keine neuen Kreditermächtigungen vorgesehen; das stimmt. Sie haben aber durch die Kreditermächtigung aus Vorjahren die Lizenz, 1,5 Milliarden € neue Schulden zu machen.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Frau Aras, Sie bemängeln die hohen Schulden und die hohen Zinszahlungen. Stimmen Sie unserem Antrag zu, die Lizenz, weitere Schulden zu machen, zu streichen!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Im Zusammenhang mit den Schulden möchte ich noch einen weiteren Punkt ansprechen. Wir haben beantragt, dass die Mehreinnahmen, die möglicherweise aufgrund der Steuerschätzungen im Mai oder im November in diesem Jahr realisiert werden können, vollständig zur Rückzahlung von Schulden verwendet werden.

Herr Maier, Sie sagen, wir lamentierten über sprudelnde Steuerquellen. Wir lamentieren nicht, sondern wir wollen mit einem Teil der sprudelnden Steuerquellen die Schulden, die in den vergangenen Jahren gemacht worden sind, zurückzahlen. Das ist unsere Politik.

(Beifall bei der CDU)

Frau Aras, dass die Grünen den Beamten an den Geldbeutel wollen, war schon immer klar. Man muss nur die Reden Ihrer früheren finanzpolitischen Sprecher nachlesen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aber Sie haben es in der Vergangenheit gemacht!)

Herr Minister Schmid, es stimmt: Wir haben in den Jahren 2001, 2004 und 2008, und zwar in schlechten Zeiten, die Besoldungserhöhung der Beamten gestreckt. Jetzt sind wir aber in einer Zeit sprudelnder Steuereinnahmen.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Jetzt sind wir in einer Zeit, in der die Wirtschaft auch aufgrund der von der CDU-geführten Landesregierung aufgelegten Konjunkturprogramme boomt.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Kollege Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Aras?

**Abg. Klaus Herrmann CDU:** Ich gestatte sie am Ende meiner Rede.

In einer Zeit, in der zahlreiche Betriebe übertarifliche Zulagen zahlen, um die Arbeitnehmer am Aufschwung zu beteiligen, belasten Sie die Beamten einseitig, und das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist aber sozial gestaffelt!)

Es gibt aber noch ein Versprechen von Ihnen, nämlich das Versprechen gegenüber den Beamten, es komme noch schlimmer.

(Zuruf von der SPD)

Nun zur mittelfristigen Finanzplanung. Sie prognostizieren für das Jahr 2013 Steuermehreinnahmen in Höhe von 800 Millionen €, für das Jahr 2014 Steuermehreinnahmen in Höhe von 900 Millionen € und für das Jahr 2015 Steuermehreinnahmen in Höhe von 1 Milliarde €, jeweils bezogen auf das Vorjahr.

Herr Kollege Fulst-Blei, Sie haben angesprochen, dass das, was Sie einplanen, auch in der mittelfristigen Finanzplanung

(Klaus Herrmann)

abgesichert sein sollte. Gleichzeitig haben Sie in jedem Jahr eine Deckungslücke von 2,5 Milliarden €. Sie haben in diesem Haushalt neue Kosten, die nicht durchfinanziert sind.

Ihnen fehlt nicht nur der Weitblick bis zum nächsten Haushaltsjahr. Ihnen fehlt der Weitblick in die Zukunft völlig. Das hat uns Frau Boser heute früh fälschlicherweise vorgehalten. Auf Sie trifft das in vollem Umfang zu.

(Beifall bei der CDU)

Das sieht man schon daran, dass Sie nicht mehr „Deckungslücke“ schreiben. Wir hatten das in der mittelfristigen Finanzplanung als Deckungslücke ausgewiesen. Wir haben es immer geschafft, diese Lücke zu schließen.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na, na!)

Sie reden jetzt von „haushaltswirtschaftlichem Handlungsbedarf“. Herr Schmiedel, Sie waren es, der uns darauf vorbereitet hat, dass es 2013 oder danach möglicherweise neue Schulden geben kann. Frau Aras, das ist eine haushaltspolitische Wende. Es ist eine Wende hin zu hohen Folgekosten. Es ist im Jahr 2013 und in den folgenden Jahren eine Wende zu mehr Schulden. Das kennen wir aus den Ländern, in denen Rot-Grün einige Jahre regiert hat. Sie fangen gleich im ersten Jahr damit an, die Grundlagen dafür zu legen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

**Abg. Muhterem Aras** GRÜNE: Herr Kollege Herrmann, Sie stimmen mir doch zu,

(Zurufe von der CDU: Nein! – Abg. Tanja Gönner CDU: Das heißt: „Stimmen Sie mir zu?“)

dass die Wahlleistung „freiwillige Inanspruchnahme von Chefarztbehandlung“ von 13 auf 22 € erhöht wird. Das geschieht nur zur Kostendeckung. Es fließt hierbei kein Cent in den Haushalt. Finden Sie es gerecht, dass die Allgemeinheit der Steuerzahler diese Chefarztbehandlung übernimmt? Wie vereinbaren Sie das gleichzeitig mit Ihrem Antrag, mit dem Lebensarbeitszeitkonto 50 Millionen € einzusparen? Erklären Sie bitte diesen Sachverhalt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist schon vorhin beantwortet worden!)

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Frau Aras, ich habe gesagt, dass Sie die Gehaltserhöhungen für die Beamten verschieben. Das ist eine einseitige Belastung im Vergleich zu allen anderen Maßnahmen. Das ist der größte Brocken, der in diesen 130 Millionen € enthalten ist.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Zum Lebensarbeitszeitkonto ist zu sagen, dass genau jetzt Beamte, die länger arbeiten wollen, das auf freiwilliger Basis tun können sollten, und dass wir durch die demografische Rendite in künftigen Jahren die Refinanzierung erwirtschaften können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch eine verdeckte Schuldenaufnahme! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ich finde, das ist ein Weg, der den Menschen mehr nützt als Ihre einseitige Belastung, mit der Sie sie nicht am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er hat nichts zur Chefarztbehandlung gesagt! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Meine Frage zur Chefarztbehandlung ist nicht beantwortet! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

– Ich möchte um Ruhe bitten.

Wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Tagesordnungspunkt **1 c** – Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft. Abstimmungsgrundlage ist zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1106.

Ich rufe auf

Kapitel 0601

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel 0601 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0601 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe gemeinsam auf

Kapitel 0602 bis Kapitel 0624

Wer stimmt diesen insgesamt 14 Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0602 bis 0624 einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1106, abzustimmen. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 06 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft – gelangt.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Tagesordnungspunkt **1 d** – Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft). Abstimmungsgrundlage ist zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1107. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0701

Ministerium

Dieses Kapitel enthält für das Jahr 2012 keine Planansätze mehr, weil diese infolge der Änderung der Abgrenzung der

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Geschäftsbereiche der Ministerien auf andere Einzelpläne übertragen wurden. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen deshalb, von Kapitel 0701 Kenntnis zu nehmen, statt dem Kapitel zuzustimmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Frau Präsidentin! Bitte zusammenfassen bis Kapitel 0708!)

– Bis 0708? Bei Kapitel 0702 haben wir einen Änderungsantrag, Kollege Herrmann.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Den kann man auch zurücknehmen! – Unruhe)

Ich würde sagen: Jetzt kommen wir zunächst einmal zu

#### Kapitel 0702

#### Allgemeine Bewilligungen

und hierzu zu Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1207-2. Die Ziffer 1 betrifft das Kapitel 0711; diese Ziffer rufe ich dann bei diesem Kapitel auf.

Wer Ziffer 2 des Änderungsantrags Drucksache 15/1207-2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die FDP/DVP stimmt nicht dafür? – Unruhe)

– Wir sind jetzt bei Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1207-2. Ziffer 1 kommt später. Wir stimmen jetzt über Ziffer 2 Ihres Änderungsantrags ab.

(Abg. Andreas Stoch SPD zur FDP/DVP: Ihr müsst zuhören!)

Wer stimmt Ziffer 2 zu? –

(Heiterkeit)

Wer stimmt dagegen? –

(Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD zur CDU: Katastrophe da drüben!)

Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 2 des Änderungsantrags Drucksache 15/1207-2 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0702 abstimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0702 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0702 einstimmig zugestimmt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein! – Unruhe)

– Entschuldigung. Es ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Fast einstimmig!)

– Fast einstimmig.

Ich rufe jetzt gemeinsam auf

#### Kapitel 0707

#### Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft

und

#### Kapitel 0708

#### Innovation und Technologietransfer

Wer stimmt diesen Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Damit ist den Kapiteln 0707 und 0708 einstimmig zugestimmt.

(Zuruf von der SPD: Geht doch!)

Ich rufe jetzt auf

#### Kapitel 0710

#### Mittelstandsförderung

Zu diesem Kapitel liegen der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1207-3, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1207-1, vor.

Die Fraktion der FDP/DVP hat beantragt, eine namentliche Abstimmung über den Antrag Drucksache 15/1207-1 durchzuführen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da wartet niemand daheim! – Unruhe)

Da der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1207-3, mit dem erwähnten Antrag der Fraktion der FDP/DVP identisch ist, könnte man über beide Anträge gemeinsam abstimmen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

– Sie stimmen der gemeinsamen Abstimmung zu.

Hat der Antrag auf Durchführung der namentlichen Abstimmung die in § 99 Absatz 1 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete? – Das ist der Fall.

(Zurufe: Knapp! – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer den beiden Anträgen Drucksachen 15/1207-1 und 15/1207-3 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer die Anträge ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten, und wer sich der Stimme enthalten möchte, antworte mit „Enthaltung“.

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe.

Ich bitte nun Herrn Schriftführer Epple, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben G.

(Abg. Konrad Epple CDU: Wie Dora? – Gegenruf: Wie Deuschle! – Lebhaftige Unruhe)

– G wie Gustav.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

(Zuruf: Gustav! Hallo, Gustav! – Lebhaftige Unruhe –  
Glocke der Präsidentin)

Ich möchte um Ruhe während der Abstimmung bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Schriftführer, bitte beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, sind noch Abgeordnete im Saal, die noch nicht abgestimmt haben? –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Fertig!)

Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung beendet. Ich bitte die Schriftführerin und den Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt vor.

Beteiligt haben sich 132 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 68 Abgeordnete gestimmt.*

(Beifall)

Damit sind beide Anträge abgelehnt.

\*

Mit J a haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Elke Brunner, Andreas Deuschle, Dr. Marianne Engeser, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Tanja Gönner, Manfred Groh, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Köbler, Thaddäus Kunzmann, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Claus Paal, Günther-Martin Pauli, Matthias Präfrock, Werner Raab, Dr. Patrick Rapp, Helmut Rau, Nicole Razaavi, Heribert Rech, Wolfgang Reuther, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Volker Schebesta, Viktoria Schmid, Peter Schneider, Felix Schreiner, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Dr. Monika Stolz, Gerhard Strathaus, Stefan Teufel, Alexander Throm, Karl Traub, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Leopold Grimm, Jochen Haußmann, Dr. Timm Kern, Dr. Hans-Ulrich Rülke.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Beate Böhlen, Sandra Boser, Jürgen Filius, Josef Frey, Jörg Fritz, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Manfred Kern, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Ledebal, Siegfried Lehmann, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Wolfgang Raufelder, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Alexander Salomon, Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr, Alexander Schoch, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Nikolaus Tschenk, Franz Untersteller, Jürgen Walter.

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Thomas Funk, Gernot Gruber, Rosa Grünstein, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Helen Heberer, Walter Heiler, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Klaus Käppeler, Gerhard Kleinböck, Ernst Kopp, Klaus Maier, Dr. Frank Mentrup, Georg Nelius, Thomas Reusch-Frey, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Rainer Stickleberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Hans-Peter Storz, Florian Wahl, Alfred Winkler, Sabine Wölfl.

\*

Ich lasse über das Kapitel 0710 – Mittelstandsförderung – abstimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0710 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0710 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0711

Wohnungswesen

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1207-2, vor. Über Ziffer 2 dieses Antrags haben wir schon vorhin abgestimmt. Wer Ziffer 1 des Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch Ziffer 1 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0711 abstimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0711 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 0711 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0712

Städtebau und Denkmalpflege

Wer stimmt dem Kapitel 0712 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0712 einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft).

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über Tagesordnungspunkt 1 e – Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1112. Hierzu liegen mehrere Änderungsanträge sowie ein Entschließungsantrag vor. Die Anträge werde ich an den entsprechenden Stellen zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 1201

Steuern

und

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt diesen beiden Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1201 und 1202 einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe auf

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer stimmt dem Kapitel 1204 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1204 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

Hierzu verweise ich auf Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1208-3. Über Ziffer 1 wurde bereits bei der Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – abgestimmt. Über Ziffer 3 werde ich bei der Behandlung des Haushaltsbegleitgesetzes abstimmen lassen.

Wer Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1208-3, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 2 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Kapitel 1205. Wer dem Kapitel 1205 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1205 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1212-2, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1212-3, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 1206 abstimmen. – Wer stimmt dem Kapitel 1206 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1206 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

und

Kapitel 1209

Staatsvermögen

Wer stimmt diesen beiden Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln 1208 und 1209 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1210

Versorgung

Wer stimmt dem Kapitel 1210 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1210 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1212

Sammelansätze

Hierzu liegen mehrere Änderungsanträge vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1212-4, abstimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass Ziffer 1 und Ziffer 2 des Antrags gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

– Gut.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1212-5. Die Ziffern 2 und 3 werde ich bei den betreffenden Gesetzentwürfen aufrufen.

Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zu Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1212-6 – Ziffer 2 werde ich bei der Behandlung des Staatshaushaltsgesetzes aufrufen –, und zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1212-1.

Ich lasse zuerst über Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU abstimmen. Wer Ziffer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1212-1, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 1212 abstimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1212 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dem Kapitel 1212 mehrheitlich zugestimmt.



(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe gemeinsam auf

Kapitel 1220  
Zukunftsoffensive II

bis

Kapitel 1245

Landesinfrastrukturprogramm und Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes

Wer stimmt diesen insgesamt sieben Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln einstimmig zugestimmt.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum Einzelplan 12, Drucksache 15/1212-7, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1112, abzustimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Abschnitt II mehrheitlich zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 12 angelangt.

Wir kommen nun in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Tagesordnungspunkt 1 f – Staatshaushaltsgesetz. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1116. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Paragraphen aufrufen.

Ich rufe auf

§ 1

Aufgrund des bei Einzelplan 13 in Zweiter Beratung angenommenen Änderungsantrags Drucksache 15/1213-9 muss der dem Staatshaushaltsgesetz als Anlage beigefügte Staatshaushaltsplan im Gesamtplan in Nummer 1 – Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2012 – in der Spalte „Verpflichtungsermächtigungen“ entsprechend angepasst werden.

Der Betrag der Verpflichtungsermächtigung beim Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr und Infrastruktur – lautet nun 285 712 500 € statt 265 712 500 €. Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen verändert sich dementsprechend auf 2 259 122 100 €.

Wer § 1 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit wurde § 1 mit der geänderten Anlage einstimmig zugestimmt.

Ich rufe nun auf

§ 2

und hierzu Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1202-1. Über die Ziffern 1 und 2 dieses

Antrags wurde bereits bei den Einzelplänen 02 und 04 abgestimmt. Wer Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1202-1, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Ziffer 3 des Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über § 2 abstimmen. Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – § 2 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1212-6 – über Ziffer 1 dieses Antrags wurde bereits beim Einzelplan 12 abgestimmt –, sowie zu dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1216-1. Beide Änderungsanträge begehren die Einführung eines neuen § 2 a bzw. § 2 b.

Ich lasse zuerst über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1212-6, abstimmen. Wer Ziffer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 2 des Änderungsantrags wurde mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1216-1, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

§ 3

und

§ 3 a

Wer diesen beiden Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Den §§ 3 und 3 a wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1216-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über § 4 abstimmen. Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 4 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – § 5 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf die

§§ 6, 6 a und 7

Wer diesen drei Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Den §§ 6, 6 a und 7 wurde einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe auf

§ 8

Wer § 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – § 8 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf die

§§ 9 bis 15

Wer diesen sieben Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den §§ 9 bis 15 ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen nun zur **A b s t i m m u n g** über den unter Punkt 2 der Tagesordnung aufgeführten Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2012, Drucksache 15/1001. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1117. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen in Abschnitt I der Beschlussempfehlung, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in den Artikeln 3, 4 und 5 zuzustimmen.

Die beiden zu diesem Gesetzentwurf vorliegenden Änderungsanträge werde ich an den entsprechenden Stellen aufrufen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

und hier zu Nummer 5 die Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1208-3. Über die Ziffern 1 und 2 dieses Antrags wurde bereits bei den betreffenden Einzelplänen abgestimmt. Wer Ziffer 3 des Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Ziffer 3 des Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Artikel 1 abstimmen. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesbeamtengesetzes

und

Artikel 3

Änderung der Beihilfeverordnung

und hierzu Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1212-5, der die Streichung dieser bei-

den Artikel begehrt. Über Ziffer 1 dieses Antrags wurde bereits beim Einzelplan 12 abgestimmt. Ziffer 3 dieses Antrags werde ich beim Gesetzentwurf über die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge aufrufen.

Wer Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1212-5, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 2 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Artikel 2 und 3 abstimmen. Wer den Artikeln 2 und 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Artikeln 2 und 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Privatschulgesetzes

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 4 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 5 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Februar 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsbegleitgesetz 2012“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

**S c h l u s s a b s t i m m u n g**

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da hinten standen noch drei!  
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bei der Enthaltung!)

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 15/1117 abzustimmen. Wer stimmt zu? –

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Kenntnisnahme!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist Abschnitt II mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Wir kommen nun in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den unter Punkt 3 der Tagesordnung aufgeführten Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung in 2011 in Baden-Württemberg (BVAnpGBW 2012) –, Drucksache 15/1002. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1118. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Den dazu vorliegenden Änderungsantrag werde ich bei dem betreffenden Artikel aufrufen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

#### Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2012

Hierzu lasse ich über Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1212-5, abstimmen. Wer Ziffer 3 des Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist Ziffer 3 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Artikel 1 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

#### Gesetz über die Einmalzahlung in 2011

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 3

#### Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 4

#### Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 4 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 5

#### Änderung der Erschwerniszulagenverordnung Baden-Württemberg

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 5 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 6

#### Berechnungsvorschriften

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist Artikel 6 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 7

#### Inkrafttreten

Wer Artikel 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 7 einstimmig zugestimmt.

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Februar 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung in 2011 in Baden-Württemberg (BVAnpGBW 2012)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Damit ist die Beratung über Punkt 3 der Tagesordnung abgeschlossen.

Wir haben nun noch über Punkt 4 der Tagesordnung, die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015, abzustimmen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1119. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft schlägt Ihnen vor, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Damit ist auch die Beratung von Punkt 4 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Staatsgerichtshofs vom**

*(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)*

**17. Januar 2012, Az.: GR(V) 1/11, GR(V) 2/11, GR(V) 3/11, GR(V) 4/11, GR(V) 5/11, GR(V) 6/11, GR(V) 7/11, GR(V) 8/11, GR(V) 9/11, GR(V) 1/12, GR(V) 2/12, GR(V) 3/12, GR(V) 4/12, GR(V) 5/12, GR(V) 6/12 und GR(V) 7/12 – Einsprüche gegen die Volksabstimmung zum S-21-Kündigungsgesetz – Drucksache 15/1226**

**Berichterstatter: Abg. Karl Zimmermann**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken und darauf hinweisen, dass die nächste Sitzung am kommenden Mittwoch, 15. Februar 2012, um 9:00 Uhr stattfindet.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:52 Uhr**